

Jean-Pierre Roth, Jaroslaw Kaczynski, Ed Feulner, Frauke Petry

DIE WELTWOCH

Nummer 3 – 21. Januar 2016 – 84. Jahrgang – Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90



Hoffnung

Zuversichtlicher Blick auf ein schwieriges Jahr



WIR KÖNNEN NICHT IN DIE ZUKUNFT SCHAUEN. ABER DIESE WERTANLAGE HAT BESTAND SEIT JAHRTAUSENDEN.

Wir wünschen allen Teilnehmern des World Economic Forums einen klaren Blick auf die Herausforderungen der Zukunft. Unsere Erfahrung sagt uns: In einer Zeit, in der viele Zahlungsverprechen nur auf dem Papier stehen, ist es besonders wichtig, auch in Werte zu investieren, die seit Jahrtausenden Bestand haben. In unserem Online-Shop sowie in unseren Ladengeschäften in Zürich und Genf haben wir diese Wertanlagen immer für Sie vorrätig. Und selbstverständlich können Sie Ihre Edelmetalle direkt in Ihrem persönlichen Schrankfach bei uns lagern:

DEGUSSA-GOLDHANDEL.CH

Bleicherweg 41 · 8002 Zürich
Telefon: +41 (0)44 403 41 10

Quai du Mont Blanc 5 · 1201 Genf
Telefon: +41 (0)22 908 14 00



Das diesjährige WEF-Jahrestreffen in Davos befasst sich mit der positiven Kraft der digitalen Revolution – für manchen Teilnehmer sicher eine willkommene Abwechslung zu den weniger erfreulichen Aktualitäten aus Aktienmärk-



Republikanische Seele: Vordenker Feulner.



Anekdotisches aus den USA: Autor Broder.

ten und Politik. Für die *Weltwoche* gibt es noch mehr Quellen der Hoffnung als Roboter oder Bits und Bytes: Wir widmen unser diesjähriges WEF-Special der sehr realen Supermacht USA, in der dieses Jahr Präsidentschaftswahlen stattfinden. Wirtschaftschef Beat Gygi legt in seinem weltwirtschaftlichen Ausblick (Seite 46) dar, woher die erstaunliche Widerstandskraft der amerikanischen Wirtschaft kommt: vom amerikanischen Unternehmerteil. Henryk Broder unterfüttert die Hoffnung mit Anekdotischem aus den USA (Seite 64). Florian Schwab hat sich in Washington zum Kern der republikanischen Seele vorgearbeitet und mit Edwin Feulner gesprochen, einem konservativen Vordenker seit Reagan-Tagen. Feulner erklärt, warum der Nachfolger von Obama als US-Präsident weder Donald Trump noch Hillary Clinton heissen wird. (Seite 66) Ein wenig Hoffnung findet auch der frühere SNB-Präsident Jean-Pierre Roth in der eigentlich heillos verfahrenen Situation der Geldpolitik (Seite 50). Unseren Davos-Schwerpunkt rundet Wolfgang Koydl ab mit einem Besuch bei Bürgermeister Tarzisius Caviezel, der dem WEF-Gründer Klaus Schwab ein Denkmal errichten möchte (Seite 74). Von Schwabs Lebenswerk ist auch Börsenguru Marc Faber beeindruckt. Er schreibt, warum er trotzdem nicht nach Davos kommt (Seite 78).

Mit seiner Ablehnung von Abtreibung und Homosexualität hat sich der erzkonservative Sittener Weinhändler Dominique Giroud wenig Freunde gemacht. Im Dezember 2013 glaubte der Journalist Yves Steiner von den Hauptnachrichten («19h30») des Gebührensenders RTS den ungeliebten Zeitgenossen endlich an der Kandare zu haben. In einer über alle möglichen SRG-Kanäle lancierten Serie von Beiträgen bezichtigte er Giroud der Weinpanscherei und des Etikettenschwindels, am Ende stand die halbe Walliser Regierung am Pranger. Die Verdächtigungen erwiesen sich als falsch – sie haben den Unternehmer trotzdem an den Rand des Ruins getrieben. Alex Baur ist der Frage nachgegangen, wie ein solcher Hype entsteht und warum die Selbstregulierung der Medien in der Westschweiz so krass versagt hat. **Seite 34**

Das Richteramt Bucheggberg-Wasseramt im Kanton Solothurn ist nicht zu beneiden. Es



Lebenswerk in Gefahr: Stardompteur Strickler.

muss die Zwangsäumung eines besonderen Grundstücks vollstrecken: den Raubtierpark des Stardompteurs René Strickler in Subingen. Wie Tiger, Löwen, Pumas oder Bären zwangsgeräumt werden sollen, weiss niemand, das Richteramt hofft, bei einer Aussprache am 3. Februar eine Lösung zu finden. Für Strickler ist die Sache eine Tragödie – ihm droht sein Lebenswerk und seine Raubkatzen zu verlieren, mit denen er seit vierzig Jahren tief verbunden ist. Kulturredaktor Rico Bandle hat den weltweit renommierten Tierlehrer besucht. **Seite 28**

In eigener Sache: Der *Weltwoche*-Vize Philipp Gut liest am Sonntag, 24. Januar, um 11 Uhr im Hotel «Dolder» in Zürich aus seinem neuen Buch «Champagner mit Churchill». Tickets unter: lesungen@dolderhotelag.com.

Ihre Weltwoche

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 298.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch
Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Gehrig, Wolfgang Koydl, Hubert Mooser, Alex Reichmuth, Markus Schär, Claudia Schumacher, Florian Schwab

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Mark van Huisseling, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Tom Kummer, Christoph Landolt, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller, Daniela Niederberger, Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), Thilo Sarrazin, David Schnapp, Hildegard Schwaninger, Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*), Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Nathan Beck (*Leitung*), Martin Kappler, Lukas Schmid (*Assistent*)

Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay

Korrektur: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Nadia Ghidoli, Rita Kempter, Sandra Noser, Oliver Schmuki, Dieter Zwicky
Sekretariat: Inga-Maj Hojaij-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Roman Küttel, Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Adextra

Tarife und Buchungen: infoAadextra.ch

Druck: Print Media Corporation, PMC, Oetwil am See

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Migros-Marken treffen den Schweizer Geschmack.



Michael Erismann,
Projektleiter Frey



Frey Tourist Schokolade.
Eines von rund 10'000
Produkten, die wir für
den Schweizer Geschmack
herstellen. Denn was uns
am Herzen liegt, machen
wir selber.

VON UNS.
VON HIER.



www.vonuns-vonhier.ch

MIGROS
Ein **M** einzigartiger.

Thürers Tyrannei

Die faszinierende Offenheit eines Starjuristen.

Von Roger Köppel

Die Schweizer Medien sind grossmehrheitlich gegen die Durchsetzungsinitiative der SVP. Von *Tages-Anzeiger* über Ringier bis hin zur NZZ, von den Staatsmedien gar nicht zu sprechen, schlagen die Journalisten Alarm. Zeigt der schrille Ton Verzweiflung an?

Am Wochenende hat die NZZ den ersten Initiativgegner aus den Reihen der SVP ausgegraben. Es ist der Berner Generalstaatsanwalt Rolf Grädel, seines Zeichens Präsident der Schweizer Staatsanwälte. Er befürchtet Mehrkosten in zweistelliger Millionenhöhe. Die ausländischen Verbrecher würden wegen der verschärften Sanktionen vermehrt auf staatlich finanzierte Verteidiger zurückgreifen müssen, um Verurteilungen und damit Ausschaffungen zu verhindern.

Gut, dass sich Rechtsgelehrte und juristische Praktiker politisch ins Zeug legen. Das ist die Schweiz. Grädel allerdings irrt in doppelter Hinsicht.

Erstens: Es ist ja gerade der Sinn des neuen Artikels, kriminelle Ausländer abzuschrecken. Mag sein, dass sich Straftäter zunächst kostentreibend Rechtsbeistände holen. Mittelfristig aber wird die Zahl der Straftäter sinken, weil sie keine Ausschaffung riskieren wollen. Die Kosten des Strafvollzugs werden bei Annahme der Initiative mit Garantie zurückgehen, wenn man bedenkt, dass heute über siebzig Prozent aller Gefängnisinsassen Ausländer sind.

Zweitens: Die von Grädel befürchtete Kostensteigerung durch Anwälte würde, wenn überhaupt, auch beim Gesetzesentwurf des Bundesrates eintreten. Das Gesetz verzeichnet einen strengen Katalog von ausschaffungswürdigen Delikten, aber eben auch eine «Härtefallklausel», mit der jede Ausschaffung faktisch durch den Richter wieder vermieden werden kann. Die meisten kriminellen Ausländer dürften trotzdem alle Hebel in Bewegung setzen, um eine Verurteilung zu vermeiden.

Oder werden sie wie bisher auf die Gnade der Richter hoffen und auf juristische Sonderanstrengungen verzichten?

Grädel scheint interessanterweise bereits davon auszugehen, dass die Richter die meisten Ausschaffungsfälle ohnehin zu Härtefällen ohne Ausschaffung erklären werden, wodurch die Kriminellen tatsächlich weniger staatliche Rechtsbeistände brauchen. Die absehbare Milde der Richter als kostensenkender Vorteil unserer Justiz: Unfreiwillig liefert der Kritiker der Durchsetzungsinitiative ein gutes Argument für deren Annahme.



«Eindruckliche Reife.»

Fast zeitgleich mit Grädel meldete sich ein Superstar der schweizerischen Rechtswissenschaft im *Tages-Anzeiger* zu Wort. Die Zeitung gewährte ihm einen Teil der Frontseite und die ganze Seite drei, für die sich der schonungsvoll Interviewte vor voller Bücherwand samt einem hell beleuchteten griechischen Steinschädel auf einem Corbusier-Sessel in rotem Leder unmissverständlich als staatsphilosophisch angehauchter Fundamentaldenker fotografieren liess.

Die Rede ist von Völkerrechtler Daniel Thürer, dem Urheber jenes seinerzeit in der *Weltwoche* enthüllten Gutachtens, das zuhänden des Bundesrates aufzeigte, wie ein

Schweizer EU-Beitritt ohne Volksabstimmung am besten durchzubringen wäre. Selbstverständlich findet Thürer die Durchsetzungsinitiative schlimm: «Deren Annahme wäre rechtsstaatlich ein Skandal.»

Warum eigentlich? Hier bleibt der Rechtsgelehrte dunkel. Dafür zählt er unwidersprochen seine Vorbehalte gegen Volksentscheide auf. Das Volk neige zum «Launenhaften». Es fehle den Stimmbürgern an «Augenmass». Richter und Rechtsexperten würden «im Zustand der Nüchternheit» entscheiden, während das Volk sich eben auch «betrunken» äussere. Am neuen Artikel irritiert ihn vor allem: «Das Bild, das er kommuniziert, ist das vom Ausländer als Gefahr» – was angesichts der Tatsache, dass es sich um ein Gesetz gegen schwerkriminelle Ausländer handelt, nicht wirklich erstaunt.

Das Interview mündet in einen Aufruf zum richterlichen Widerstand. Da für Thürer die «grösste Tyrannei, die es heute gibt», die «Tyrannei der Bürger über die Nichtbürger» ist, empfiehlt der ehemalige Zürcher Uni-Professor allen Richtern, auch bei einer Annahme der Initiative das Gesetz auf keinen Fall anzuwenden. Vielmehr müsse das Initiativrecht eingeschränkt werden durch Vorprüfungen einer «Kommission», die sich aus «Parlamentariern, Wissenschaftlern, Richtern, Kirchenleuten und Journalisten» zusammensetzen könnte. Demokratie ist, wenn am Ende das herauskommt, was Professor Thürer will.

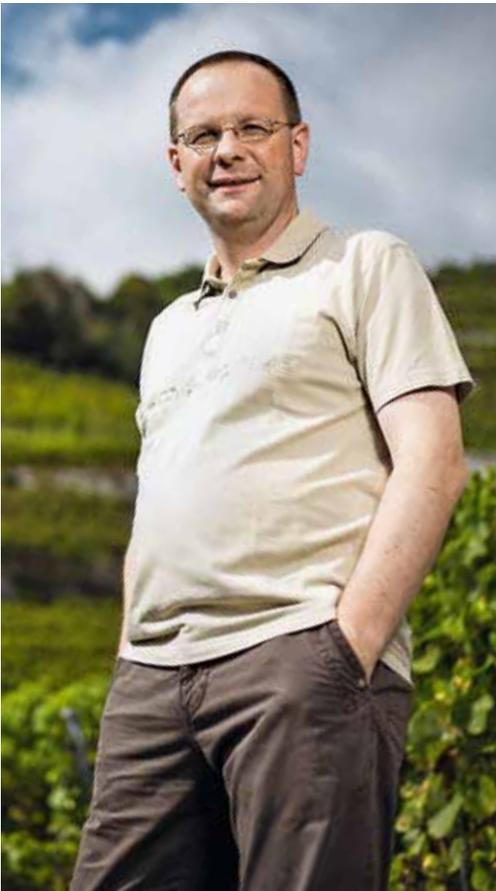
Mit faszinierender Offenheit, vielleicht auch, ohne es zu merken, gibt hier ein hochdekorierter Schweizer Rechtswissenschaftler zu, dass es bei der Durchsetzungsinitiative schlussendlich nicht um juristische, sondern um die Klärung politischer Fragen geht: Wer macht in der Schweiz die Gesetze? Wer ist die oberste Instanz der Verfassung? Wer hat Macht und Augenmass? Das Volk oder die Juristen?

Völkerrechtler Thürer erliegt einem Missverständnis, einer *déformation professionnelle* oder einer schlichten Anmassung, wenn er fordert, Richter, Rechtsgelehrte oder Kommissionen sollten exklusiv dafür zuständig sein, über die Gesetze oder über interpretationsbedürftige Begriffe wie «Willkür» oder «Verhältnismässigkeit» verbindlich zu entscheiden.

Glücklicherweise leben wir in einem Staat, in dem das Volk die Politik bestimmt. Bis jetzt übrigens mit eindrücklicher Reife. Demokratie nach Schweizer Art bedeutet, dass die Bürger entscheiden. Sie haben das letzte Wort. Einzige Schranke bildet das «zwingende Völkerrecht» mit seinem unbestrittenen Verbot von Folter, Ausschaffung Verfolgter, Angriffskrieg und Völkermord.

Nicht die Volksinitiative, die eine längst angenommene Volksinitiative endlich durchsetzen will, steht für ein «archaisches Gerechtigkeitsverständnis». Es ist Thürers Tyrannei der Richter und Gelehrten.





Kesselreiben: Dominique Giroud. Seite 34



Neue Realitäten: Saudi-Arabien. Seite 58



Alternative für Merkel? Frauke Petry. Seite 60



Lampenfieber: Zoë Keating. Seite 72

Kommentare & Analysen

- [5 Editorial](#)
- [11 Kommentar Amerika trotz allem](#)
- [11 Im Auge Jan Hofer, ARD-Chefnachrichtensprecher](#)
- [12 Europa Emanzipation von der West-EU](#)
- [13 Wirtschaft Nur das Geld](#)
- [13 Affären Gurlitts Schatz](#)
- [14 Personenkontrolle Leuthard, Keller-Sutter, Steinmann, Furrer, Stress, Püntener, Baechler, Rytz, Teuscher, von Graffenried, Trede, Grossenbacher, Klette, Staub, Garweg](#)
- [15 Nachrufe Alan Rickman, Gottfried Honegger](#)
- [16 Wirtschaft Im Service-public-Versteck](#)
- [17 Migration Abgaben statt Kontingente](#)
- [18 Mörgeli «Diktatur der Mehrheit»](#)
- [18 Bodenmann Köln: Sind Männer Schweine?](#)
- [19 Medien «Journalism at its best»](#)
- [19 Gesellschaft Dickerchen](#)
- [20 Darf man das? / Leserbrief](#)

Hintergrund

- [22 Komplizierter Blindflug](#)
[Justizministerin Sommarugas umständliches System](#)
- [24 Spektakuläre Wachstumsgeschichte](#)
[Aufstieg des Liftunternehmers Alfred N. Schindler](#)
- [26 Flüchtlinge Neuer Versuch, alte Probleme](#)
- [27 Asylpolitik Staat sponsert Ferien für Flüchtlinge](#)
- [28 Drama des Dompteurs](#)
[Zwangsräumung von René Stricklers Raubtierpark](#)
- [31 Medizin Vorwürfe gegen einen Berner Klinikleiter](#)
- [32 Justiz Das Demokratieverständnis von Andreas Auer](#)
- [33 Bundesrat Geheimabkommen mit der PLO von 1970](#)
- [34 Alle gegen Giroud](#)
[Mediales Kesselreiben gegen einen Walliser Weinhändler](#)
- [38 Kultur der Feigheit](#)
[Wie 20minuten.ch heikle Leserkommentare unterbindet](#)
- [40 Religion Kopftuch für alle Frauen?](#)
- [42 Geladene Gäste](#)
[Die bemerkenswerte Schweizer Doping-Geschichte](#)

Dossier: World Economic Forum

- [44 Inhaltsverzeichnis](#)

— Die Winzer kommen —

**Degustieren Sie kostenlos über 230 Weine.
Und lernen Sie «unsere» Winzer persönlich kennen!**



Willkommen zu den grossen Bindella-Weinmessen!

Montag, 25. Januar 2016

von 16.00 bis 20.00 Uhr

Maag Halle, Hardstrasse 219, 8005 Zürich

Dienstag, 26. Januar 2016

von 16.00 bis 20.00 Uhr

Kornhauskeller, Kornhausplatz 18, 3011 Bern

Exklusiv für alle Besucher vor Ort:

12% Rabatt auf Weinbestellungen!*

25% Rabatt auf Antinoris Spitzen-Chianti Pèppoli.

*ausgenommen davon sind Spezialpreise, Nettoartikel und Spirituosen; ohne weitere Wertrabatte

Bindella
la vita è bella



«Zum Glück haben wir Trümpfe in der Hand»: Ex-SNB-Präsident Roth.

Interview

50 «Das Nullzinsregime ist eine Krankheit»

Der ehemalige Nationalbank-Präsident Jean-Pierre Roth hofft auf Impulse aus dem Privatsektor

Stil & Kultur

80 Stil & Kultur Dolly Parton, Country-Star

82 Bestseller

82 Nur noch schöne Erinnerungen

Die Hirnforschung will traumatisierten Menschen helfen

84 Top 10

84 Serien «The Hollow Crown»

85 Jazz Oscar Peterson

86 Namen Der schöne Klang

87 Hochzeit Abigail Kingston

87 Thiel Anstand

88 Wein Gagliole. Colli della Toscana Centrale IGT 2011

88 Zu Tisch Restaurant «You», Opfikon

89 Auto VW Passat Alltrack

90 MvH trifft Lori Hersberger, Künstler

Autoren in dieser Ausgabe

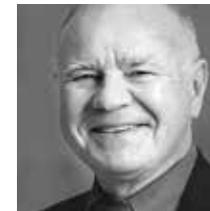
Erich Weede



Der renommierte deutsche Politikwissenschaftler und emeritierte Professor für Soziologie an der Universität Bonn schreibt, welche

Folgen eine unbegrenzt barmherzige Politik gegenüber Flüchtlingen für die Europäer hat. Seite 62

Marc Faber



Der Schweizer Börsenexperte ist Herausgeber des «Gloom, Boom & Doom Report» und gilt als Investment-Guru. In seinem Essay

erklärt er, warum er dieses Jahr dem Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos fernbleiben wird. Seite 78

Zeitung der Schweizer KMU-Wirtschaft

- **Gotthard-Sanierungstunnel**
Wirtschaft braucht sichere Strasseninfrastruktur
- **Integration**
So engagiert sich die KMU-Wirtschaft
- **Autogewerbe**
Neue Weiterbildung zum Fahrzeugrestaurator

www.gewerbezeitung.ch



*C 180 Coupé, 1595 cm³, 156 PS (115 kW), Barkaufpreis CHF 39 292.- (Fahrzeugwert CHF 41 800.- abzüglich CHF 2508.- Preisvorteil). 5,8 l/100 km, 135 g CO₂/km (Durchschnitt aller verkauften Neuwagen: 139 g CO₂/km), Energieeffizienz-Kategorie: D. Abgebildetes Modell: Mercedes-AMG C 63 S Coupé inklusive Sonderausstattungen (designo Lackierung diamantweiss bright, LED Intelligent Light System, Aktiver Park-Assistent inklusive PARKTRONIC, Panorama-Schiebedach, AMG Night-Paket, AMG Carbon-Paket Exterieur I, AMG Carbon-Paket Exterieur II, AMG Schmiederäder 19" im Kreuzspeichendesign, schwarz matt lackiert und Felgenhorn glanzgedreht): CHF 114 008.- (Fahrzeugwert CHF 121 285.- abzüglich CHF 7277.- Star Prämie), 8,4 l/100 km, 195 g CO₂/km, Energieeffizienz-Kategorie: G. Unverbindliche Preisempfehlung sowie Änderungen vorbehalten.

Verführt sofort.

Jetzt neu. Das C-Klasse Coupé und das Mercedes-AMG C 63 Coupé.
Weitere Informationen unter www.mercedes-benz.ch/c-coupe

Schon ab CHF 39 300.-*

Mercedes-Benz
Das Beste oder nichts.





VIP-Genussreise Bordeaux/Cognac

Zu Gast bei den ganz Grossen

Fliegen Sie im Privatjet nach Bordeaux und besuchen Sie das weltberühmte Château Lafite Rothschild, Château Haut-Brion, Château Palmer und Château Gruaud-Larose. In namhaften Châteaux werden Sie zum «Table Privée» erwartet. In Cognac sind Sie Ehrengast im legendären Haus Rémy Martin. Exklusive Führungen, Degustationen sowie kulturelle und gastronomische Genüsse inklusive.

Als VIP stehen Ihnen die Tore zu sonst strikt verschlossenen Top-Châteaux offen. Höhepunkte sind das Soirée-Pianokonzert in der imposanten Wein-Kathedrale von Lafite Rothschild sowie zwei «Table Privées» in Top-Châteaux in den weltberühmten Appellationen Margaux und Saint-Julien.

Erlebnis der absoluten Spitzenklasse
Sie logieren standesgemäss im Fünfsternehotel. Auf der Exkursion nach Cognac werden Sie nach einer exklusiven Kellerführung und einem Seminar bei Rémy Martin im Eigner-Château «Domaine du Grollet» nach allen Regeln der Kunst kulinarisch verwöhnt. Im Privatjet reisen Sie stilvoll und im kleinen Rahmen nach Frankreich und zurück.

Schenken Sie sich und Ihren Liebsten Zeit für ein gemeinsames, unvergessliches Erlebnis.

Programm:

1. Reisetag (Donnerstag, 7. Juli 2016)

- Privatjet-Flug Zürich–Bordeaux
- Château Haut-Brion, Besichtigung und Degustation
- «Table privée»: Château Palmer
- Erlebnisfahrt auf der Château-Route durchs Médoc
- «Table privée»: im Château, in der Saint-Julien Appellation
- Apéro und Soirée-Pianokonzert im Château Lafite Rothschild

2. Reisetag (Freitag, 8. Juli 2016)

- Château Smith Haut Lafitte, Besichtigung und Degustation
- Privatjet-Flug nach Cognac
- Rémy Martin, Besichtigung, Cognac-Seminar und «Table privée» im Eigentümerhaus
- Privatjet-Rückflug Cognac–Zürich

Platin-Club-Spezialangebot

Bordeaux/Cognac-Privatjet-Genussreise – exklusiv nur mit diesem Angebot!

Reisedatum:

Donnerstag, 7. Juli bis Freitag, 8. Juli 2016

Leistungen:

- Privatjet-Flug ZCH-BDX-CNG-ZCH mit Park-&-Fly-Service in ZCH
- 3 «Table privée»-Essen in exkl. Châteaux
- Soirée-Pianokonzert im Château Lafite Rothschild
- Cognac-Seminar bei Rémy Martin
- Übernachtung im Fünfsternehotel «Burdigala» inkl. Frühstück
- Concierge-Reisebegleitung von Executive CH

Spezialpreise:

Fr. 4780.– pro Person
Einzelzimmerzuschlag: Fr. 150.–

Limitierte Teilnehmerzahl:

Maximal zwölf Gäste. Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge ihres Eintreffens berücksichtigt.

Anmeldung:

Detailliertes Reiseprogramm mit Anmeldeformular finden Sie unter: www.weltwoche.ch/platinclub

Veranstalter:

Executive CH GmbH, Privatjet- und Yacht-Reisen,
5430 Wettingen, Telefon 056 427 15 68
www.executive-private.ch
E-Mail info@executive-private.ch

www.weltwoche.ch/platinclub



Amerika trotz allem

Von Hansrudolf Kamer — So schnell wird das amerikanische Zeitalter nicht zu Ende gehen. Trotz aller Widerwärtigkeiten haben die USA die grosse Krise resoluter und schneller überwunden als alle anderen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind die stärkste Nation der Erde. Punkt. Es ist nicht einmal knapp.» Präsident Obama untermauerte die programmatische Aussage in seiner letzten State-of-the-Union-Rede mit etwas, was in unserem datengläubigen Zeitalter sofort einleuchtet: «Wir geben mehr aus für unser Militär als die nächsten acht Nationen zusammen.»

Doch Amerikas Stärke sind natürlich nicht seine Militärausgaben, zumal Obamas Zahlen zu relativieren wären und die lähmende Bürokratie jeweils einen Grossteil des Geldes ohne erkennbaren Nutzen verschlingt. Die Wirtschaft ist es wohl auch nicht. Originalton Obama: «Die Vereinigten Staaten von Amerika haben zurzeit die stärkste, widerstandsfähigste Wirtschaft der Welt.»

Immer, wenn Präsidenten abtreten, heben sie Amerika in alle Himmel und suggerieren, die Nation sei so stark wegen ihres persönlichen Beitrags. Nicht alle Präsidenten tun es auf so direkte Art wie Obama. Und ein kurzer Blick auf die Geschichte zeigt, dass Amerika oft trotz – nicht wegen – seiner Präsidenten seine Grösse bewahrt.

In seinem heute noch lesenswerten Werk «The American Commonwealth», 1888 erschienen, befasst sich der Schotte James Bryce mit der Frage, weshalb das Land meistens nur mittelmässige Talente als Präsidenten hat. «Seit der Zeit, da die Helden der Revolution mit Jefferson und Adams und Madison ausgestorben sind, ist keine Person ausser General Grant mehr Präsident geworden, deren Name in Erinnerung geblieben wäre, wäre sie nicht Präsident gewesen.» Keiner ausser Abraham Lincoln habe aussergewöhnliche Fähigkeiten gezeigt, während er im Amt war.

Innere Kraft

Seit dieser scharfsichtigen Analyse ist einiges passiert. Doch erst mit dem Medium Fernsehen erhielt das Image des Präsidenten die fatalen Charakterzüge eines Übermannes und Alleskönners. Er muss alles wissen und bei Katastrophen der mitfühlende Vater der Nation, bei freudigen Ereignissen der oberste «Cheerleader» sein. Mit dem realen Wohlergehen der Nation hat das wenig zu tun.

Die Geschicke der Vereinigten Staaten werden nicht vom Präsidenten bestimmt. Amerika hat eine innere Kraft und Energie, die es immer wieder neu aufstehen lässt, ganz unab-



«Stärkste Nation»: Präsident Obama.

hängig vom Chief Executive im Weissen Haus. Dennoch zeigt Obama mit seinen Behauptungen in die richtige Richtung.

Auf längere Sicht betrachtet, hat Amerika die Eigenschaften, um noch lange die stärkste Macht zu bleiben. Zum einen, weil diese Stellung immer relativ zu jener der Konkurrenz, zum andern, weil das Geheimnis der amerikanischen Stärke die unvergleichliche, pragmatische und schnelle Anpassung an veränderte Umstände ist.

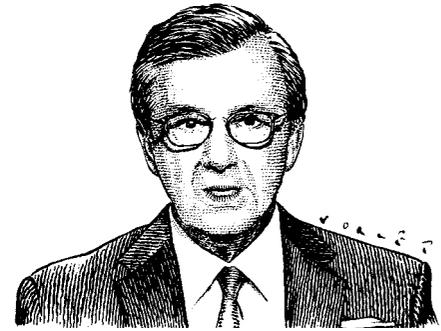
Spiritus Rector der Dekolonialisierung

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Amerika hochverschuldet. Die Schulden des Bundesstaates beliefen sich auf 113 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Durch eine Kombination aus hohem Wachstum, spürbarer Inflation und ausgeglichenen Staatshaushalten haben sich die Amerikaner aus dieser Lage herausgearbeitet und zugleich Westeuropa wieder auf die Beine geholfen.

Die Welt verdankt Amerika auch die grosse Ausweitung der Demokratie und der Marktwirtschaft auf dem Globus. Es hat die entscheidende Rolle beim Sieg über den Nationalsozialismus, den Faschismus, den japanischen Imperialismus und den internationalen Kom-

» Fortsetzung auf Seite 12

Mann mit Unterleib



Jan Hofer, ARD-Chefnachrichtensprecher.

Kann dieser Mann lachen, weinen, aus der Haut fahren oder andere Regungen verraten? Seit ein paar Wochen zeigt er immerhin seine Hose; ganz kurz vor dem Ende der Sendung erhebt er sich in einem Akt der Beinbefreiung vom Pult, ein Bruch mit der 60-jährigen Tradition des Senders. Jan Hofer ist eine Art Sprechautomat, der mit seriöser Ungerührtheit den täglichen Wahnsinn verlaublich laut, Merkel-Dämmerung, Flüchtlingsempörung, Terroranschläge, und das *Poschettli* – Pardon: Einstecktuch – ist neben der Brille das einzig Extravagant-Private seiner Präsentation Punkt 20 Uhr in der ARD-Tagesschau, übrigens eher bescheiden honoriert mit 231,08 Euro pro Auftritt, und die Garderobe, Beinkleider und Schuhe inbegriffen, muss er erst noch selber bezahlen. Hofer verwandelt durch seine Distanziertheit Nachrichten in Wahrheit, jedenfalls erscheint er glaubwürdiger als der Regierungssprecher Steffen Seibert, früher ein ZDF-Moderator, oder die Muttikanzlerin, die ständig lavieren. Aber oho: Die Regenbogenblätter berichten, dass Jan Hofer, der am 31. Januar 66 wird, zum vierten Mal Vaterfreuden erlebt. Der institutionalisierte Oberkörper erweist sich als Mann mit Unterleib. Seine Liebe ist 37, und ihr Verlassener mutmasst, dass Herr Hofer nicht plant, sie zu heiraten, denn «er wohnt ja immer noch mit seiner Ex-Lebensgefährtin unter demselben Dach». Die *Bunte* hat erfahren, dass Hofer das Haus, das er mit seiner Ex-Frau bewohnt, aufwendig sanieren und aufteilen lässt. Seine erste Frau Anne-Karin Mayer ist die Mutter von zwei Söhnen und machte Karriere als Schlagersängerin. Cornelia Modauer, seine zweite, war auch seine Managerin und Copilotin bei Oldtimer-Rallyes, Hofers Leidenschaft; sie bucht weiterhin seine einträglichen Werbe- und Talkshow-Engagements. Ein weiteres Kind entsprang einer wilden Liaison. Herr Hofer scheint also in ein ziemlich verschleiertes Leben verwickelt, und es könnte sein, dass er gar nicht Jan Hofer heisst, sondern, wie verschiedene Zeitungen recherchierten, als Johannes Neuenhofer zur Welt kam, was er bestreitet. Schalten wir jetzt zur Tagesschau. Peter Hartmann

Unabhängigkeit von der West-EU

Von Boris Kálnoky — Erstmals haben die neuen EU-Länder im Osten die Chance, die Ausgestaltung der Union zu prägen. Zusammen mit David Cameron will man «weniger Europa».

munismus gespielt. Es hat die Demokratisierung und wirtschaftliche Modernisierung grosser Räume in Europa, Asien und Lateinamerika gefördert und war lange Spiritus Rec-tor der Dekolonialisierung.

Auch nach dem Schlag vom 11. September 2001 haben sich Amerika und seine Institutionen nicht grundlegend verändert. Während in Europa bald einmal Befürchtungen laut wurden, das Land der Freien sei dabei, diese Freiheiten abzuwürgen, konzentrierte sich Amerika nüchtern auf die notwendige Stärkung der Sicherheitsvorkehrungen. Selbst von Imperialismus und vom Streben nach Weltherrschaft war in Europa die Rede – die Rückzugspolitik Obamas konterkariert all dies. Amerika lässt sich mit europäischen Begriffen nur schwer fassen und begreifen.

Heute ist die Verschuldung nach den Finanzspritzen des Quantitative Easing als Folge der Krise wieder auf über 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts angestiegen. Doch die unkonventionelle Geldpolitik hat einen Schub gegeben. In der innenpolitischen Auseinandersetzung darüber geht es nur darum, ob das nicht hätte schneller, effizienter und solider erreicht werden können.

Die Chancen der Amerikaner

Der Aufschwung nach der Rezession ist für amerikanische Gewohnheiten noch immer schwächlich. Das Argument, dass mit weniger Staatseingriffen, einem Abbau statt einer Ausweitung der Regulationen, das Land heute stabiler dastünde und die Stimmung optimistischer wäre, hat einiges für sich. Doch *better late than never*. Der Vergleich mit dem Rest der Welt spricht Bände. Europa kämpft mit Schwierigkeiten, die nicht einfach zu überwinden sind, weil ideologische Barrieren im Wege stehen. China stösst langsam an Grenzen, die wie einst in der Sowjetunion grundsätzliche politische Fragen aufwerfen.

Russland hat es verpasst, Wirtschaft und Gesellschaft in den guten Jahren zu modernisieren. Indien, der Subkontinent mit riesigem Potenzial, bleibt gefangen im Korsett der Bürokratie und der Kastengesellschaft. Lateinamerika hat eben erst erkannt, dass Linkspopulismus in der Sackgasse endet. Der Mittlere Osten balanciert am Rande des Abgrunds, und Afrika wartet – wie immer – auf den Aufschwung.

Amerika ist am besten von allen über die Runden gekommen. Es dient als Vorbild – wie man Fehlentwicklungen korrigiert, das Geste-hern hinter sich lässt und sich unvoreingenommen auf das Neue einlässt. Obama zitierte in seiner Rede Abraham Lincoln: Amerika klammere sich nicht an die Dogmen der stillen Vergangenheit – «weil wir Chancen sehen, wo andere Gefahren wittern».

Bisher galt in der EU eine klare Dynamik: Die Kernländer mit ihren entwickelten Wirtschaften, angeführt von Deutschland und Frankreich, treiben eine immer tiefere Integration voran. Die anderen folgen. Insbesondere die neuen EU-Mitglieder im Osten Europas, die – so sehen es viele im Westen – der EU alles verdanken, aber nicht danken, zu Rückschrittlichkeit neigen und noch viel zu lernen haben.

Die Dinge sind nicht mehr, wie sie waren. Erstmals hat die Ost-EU eine echte Chance, ihre Interessen durchzusetzen und Einfluss zu nehmen auf die Ausgestaltung des europäischen Hauses. Denn während die EU schwach ist wie nie, wächst Osteuropas politisches Gewicht. Die EU leidet unter vielschichtigen Krisen, in denen Nord gegen Süd, West gegen Ost und London gegen den Kontinent ringen.

Aber die östlichen EU-Länder sind geeint wie nie zuvor. Den Kern bildet die Visegrad-Gruppe: Polen, Ungarn, die Slowakei, Tschechien. «Die Kooperation wächst auch mit dem Baltikum und mit Rumänien», meint der polnische Publizist Igor Janke. Der ungarische Kommentator Bálint Ablonczy sieht es genauso: Auch Kroatien, mit einer nunmehr konservativeren Regierung, und Slowenien, wo die Wähler kürzlich die Einführung der Homo-Ehe ablehnten, tendieren zu einer «östlicheren» Sicht der Welt. Am 22. Januar wird es eine gemeinsa-

me Kabinettsitzung der ungarischen und slowenischen Regierungen geben.

Eine Ost-EU gewinnt Kontur, in der sich die Wähler für Parteien entscheiden, die «weniger Europa» und mehr Freiheit fordern, um nationale Interessen zu verfolgen. Auch wenn es im Westen nicht gefällt. Das will auch der britische Premier David Cameron. Sein jüngster Besuch in Budapest am Donnerstag kündete von einem neuen Zweckbündnis: Grossbritannien und der konservative Osten Europas ringen gegen die Kern-EU. Weil die EU als Ganzes schwächelt, haben die Rebellen durchaus Erfolgchancen.

Angst vor Zwangsumverteilung

Die neue Einheit im Osten hat viele Ursachen. Der konkrete Auslöser ist die Angst davor, Deutschland und die Eurokraten könnten dem Osten über eine Zwangsumverteilung von Flüchtlingen Kölner Verhältnisse aufzwingen. Oder Pariser, Londoner, Berliner Probleme mit Migrantengettos, teuren Integrationsprogrammen, die nie richtig zu gelingen scheinen, Problemschulen, Parallelgesellschaften.

Es gibt weitere gemeinsame Interessen. In Osteuropa argwöhnt man, dass man für den Westen nur einen Wert hat als Absatzmarkt und Lieferant billiger Arbeitskräfte. In Polen und Ungarn soll ein stärkerer Staat mit einer protektionistischeren Wirtschaftspolitik die einheimischen Unternehmen stärken. Da stösst man sich an den liberalen Prinzipien der Kern-EU mit ihrer wettbewerbsfähigeren Wirtschaft.

Dazu kommen kulturelle Differenzen. Da ist ein diffuses Déjà-vu angesichts der «europäischen Werte» des Westens. Säkularismus, Multikulturalismus, internationale Solidarität sind Begriffe, die jeder Osteuropäer aus kommunistischen Zeiten kennt. Man weiss noch, wie es war, als als «reaktionär» verfolgt wurde, wer von Vaterland, Familie und Christentum sprach – Werte, die viele Menschen im Osten als europäisch empfinden. Als man der EU beitrat, dachte man, dass dies auch deren Werte sind.

Während die Osteuropäer mehr Freiheit in der EU wollen, sieht man im Westen die Freiheit in Osteuropa gefährdet und will Polen disziplinieren. Weil der stärkere Staat, wie ihn die neue polnische Führung und Ungarn anstreben, die Freiheit und die Rechte der Menschen beschneiden könnte. Diese Sorge ist nicht unbegründet. Sollte sie sich indes bewahrheiten, werden die Bürger solche Regierungen abwählen. Das ist das Wesen der Demokratie, für die man auch im Osten dem Westen dankbar ist.



Diffuses Déjà-vu: Donald Tusk, Viktor Orbán.

Nur das Geld

Von Beat Gygi — Im Umfeld des WEF wird wie jedes Jahr das Thema Vermögensverteilung zur Sprache gebracht. Warum schauen die Umverteiler nur auf die Finanzen?

Zu Beginn des Weltwirtschaftsforums in Davos hat die Nichtregierungsorganisation Oxfam eine Studie veröffentlicht, in der einmal mehr die Vermögensverteilung in der Welt kritisiert wird. Diese sei sehr ungleich, das sei ungerecht, und Länder mit Niedrigsteuern, Steueroasen samt ihren Banken, trügen grosse Schuld daran. Die 62 reichsten Personen der Welt hätten zusammen gleich viel Vermögen wie die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Viele Medien griffen die Meldung auf und brachten die Botschaft ins breite Publikum. Organisationen, die sich als wohltätig und gerechtigkeitsfördernd verstehen, nutzen gerne die Umgebung und das Publikum des Weltwirtschaftsforums, an dem Reiche und Mächtige zusammenkommen, um diese einem erhöhten öffentlichen Druck auszusetzen.

Die Studie bringt die ganze Sammlung von Argumenten, mit denen üblicherweise eine gleichmässige Verteilung von Vermögen und Einkommen gefordert wird. Die Schere zwischen Arm und Reich gehe immer mehr auf, Kapitaleigentümer erhielten auf Kosten der Angestellten einen zunehmend grösseren Teil des Kuchens, die Wohlhabenden würden der Besteuerung ausweichen und so den Sozialstaat schädigen, soziale Ungleichheit bremsen das Wirtschaftswachstum, und der Wettbewerb zwischen den Ländern begünstige ein «globales Steuervermeidungssystem», das man durch internationale Kooperation und Harmonisierung beseitigen müsse. Alles in allem lässt sich das Ganze in die Wendung fassen: Es ist in Ordnung, wenn ihr dem reicheren Nachbarn etwas wegnehmt.

Wer sind diese Superreichen?

Beim Argumentieren sind auch Tricks hilfreich. Die Datenquellen sind ziemlich wild zusammengemischt, es sind etwa Vermögensverwaltungsexperten von Banken und das Magazin *Forbes*, auf Altersvorsorge und Sozialversicherungen wird nicht eingegangen, auf Kaufkraftunterschiede auch nicht. Und wer sind diese 62 superreichen Personen? Die Studie verweist auf die Liste der Reichsten der Welt von *Forbes*. An der Spitze steht der Microsoft-Gründer Bill Gates mit einem geschätzten Vermögen von 79 Milliarden Dollar, hinter ihm liegen der mexikanische Telekom-Unternehmer Carlos Slim Helú (77 Milliarden) und der legendäre Investor Warren Buffett (73 Milliarden).



Milliarden in Stiftungen: Unternehmer Gates.

Es folgt eine lange Reihe von Namen, die mit Unternehmen wie Zara, Wal-Mart, Oracle, Bloomberg, LVMH, Facebook, Google, Amazon oder H & M verbunden sind. Diese Personen haben ihr Geld nicht auf dem persönlichen Konto, sondern haben es in Unternehmen investiert. Wenn die Firmen Produkte herstellen, die den Leuten zusagen (auch den Armen), steigt ihr Wert und damit das Vermögen der Eigentümer. Bei Bill Gates und Warren Buffett kommt hinzu, dass ihr Vermögen gossenteils in einer Stiftung liegt, die sich für die Lösung von Problemen in Entwicklungsländern einsetzen soll. Soll der Staat also Geld aus der Stiftung herausnehmen und es nach eigenen Massstäben umverteilen, die laut den Ansprüchen der Umverteilungs-Nichtregierungsorganisationen ja sozialer sein müssten als die von Privaten?

Es ist klar, dass Debatten über Verteilungsfragen immer auf hohe Aufmerksamkeit stossen, weil immer auch ein wenig Neid im Spiel ist. Aber wie Ökonomen schon verschiedentlich erwähnt haben, ist es doch erstaunlich, dass es dabei praktisch immer nur ums Geld geht. Selbst energische Befürworter einer «gerechten» und «sozialen» Verteilung, die sich eine alle umarmende Gesellschaft wünschen, blicken immer auf die Einkommens- und Vermögensunterschiede, sehen nur das Geld.

Gurlitts Schatz

Von Rico Bandle — Nichts bleibt vom «grössten Kunstskandal der Nachkriegsgeschichte».

Was wurde nicht alles behauptet. Von einem «Nazi-Schatz» war die Rede, von einem «Sensationsfund», von «versteckter Raubkunst», als 2012 die Polizei in München die Kunstsammlung von Cornelius Gurlitt konfiszierte. Wochenlang sorgten immer neue angebliche Enthüllungen um «den grössten Kunstskandal der Nachkriegsgeschichte» für Schlagzeilen. Nach dem Tod Gurlitts 2014 wurde die Angelegenheit plötzlich auch für die Schweiz brisant: Wohl aus Ärger darüber, wie er in Deutschland behandelt worden war, setzte Gurlitt das Kunstmuseum Bern als Alleinerbe für die rund 1500 Werke umfassende Sammlung ein.

Die Hysterie breitete sich nun auch hier aus. Darf die Schweiz ein solch «kontaminiertes Geschenk» überhaupt annehmen?, lautete die Frage. In Deutschland wurde eine Task-Force eingesetzt, die erst einmal die Raubkunst aussortieren sollte; gegen ein Drittel der Werke solle betroffen sein, hiess es. Zwei Jahre ergründeten Experten die Herkunft der Werke, Millionen von Euros wurden dafür aufgewendet. Nun ist der Abschlussbericht da, mit dem Resultat: Von den 1500 Werken sind bloss 5 Raubkunst – eine Riesenblamage für alle angeblichen Raubkunstexperten, die nicht stark genug ihre moralischen Bedenken gegenüber der Sammlung betonen konnten.

Auch wenn bei vielen Bildern die Herkunft nicht vollständig rekonstruiert werden konnte, klar ist: Es sind nicht mehr heikle Werke vorhanden als in jeder anderen Kunstsammlung aus jener Zeit. Nicht Gurlitts Schatz ist der Skandal, sondern die Vorverurteilung durch Medien und Behörden: Alle schwammen im Empörungsstrom mit, die Beschlagnahmung von 2012 war gemäss heutigem Wissensstand illegal. Wenn nun viele Kommentatoren der Task-Force vorwerfen, zu wenig gründlich gesucht zu haben, so sind das verzweifelte Versuche, vom eigenen Versagen abzulenken.

Für das Kunstmuseum Bern heisst das: Sobald die juristischen Auseinandersetzungen mit den Verwandten Gurlitts, die das Testament anfechten, geklärt sind, sollte es mit Nachdruck darauf bestehen, dass die Bilder umgehend nach Bern kommen, um sie möglichst bald der Öffentlichkeit präsentieren zu können. Gurlitt hat sich nichts zuschulden kommen lassen, sein letzter Wille ist zu respektieren, auch wenn sich bereits mehrere deutsche Museen darum bemühen, selber als erste die Sammlung zeigen zu können.

Personenkontrolle

Leuthard, Keller-Sutter, Steinmann, Furrer, Stress, Püntener, Baechler, Rytz, Teuscher, von Graffenried, Trede, Grossenbacher, Klette, Staub, Garweg

Die Beamten im Bundesamt für Verkehr von Bundesrätin **Doris Leuthard** (CVP) sorgen selbst dafür, dass ihnen die Arbeit nicht ausgeht. Bei der Suche nach 29 Hochgeschwindigkeitszügen, die durch den neuen Bahntunnel am Gotthard rollen sollen, wollten die SBB das bewährte Standardmodell ETR 610 von Alstom beziehen. Das Bundesamt hatte sich quergelegt, weil dieses nicht den Anforderungen des Behindertengesetzes entsprach. Allerdings: Wenn SBB-Einrichtungen behindertengerecht gestaltet sind, passt es den Bürokraten auch nicht. Es zwingt die SBB, bereits angebrachte Markierungen für Sehbehinderte bei der neueröffneten Durchmesserlinie in Zürich zu entfernen, berichtete die *Sonntagszeitung*. Die Aufregung war gross, und das Bundesamt änderte am Montag prompt wieder seine Meinung. Die Sicherheitsmarkierungen müssen nun vielleicht doch nicht weg. Genau wie der Beamte, der sich diesen Unsinn ausdachte. (*hmo*)

Die Übergriffe von Köln sind in der Schweizer Innenpolitik angekommen. FDP-Ständerätin **Karin Keller-Sutter** platzierte im *Sonntagsblick* markige Worte: «Das ruft nach einer klaren Reaktion des Staates.» Kulturelle Differenzen bringe man nicht einfach weg. Man solle versuchen, Fremde zu integrieren. «Aber ein gewisser Grad von Nichtintegration sollte zum Entzug des Aufenthaltsrechts führen.» Wer nun glaubt, die FDP-Politikerin unterstütze mit diesem Statement die Durchsetzungsinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer, täuscht sich. Keller-Sutter engagiert sich nach wie vor an vorderster Front gegen das Volksbegehren der SVP. Dass kriminelle Handlungen so ungefähr der sicherste Beweis für Nichtintegration sind, scheint die St. Gallerin nicht weiter zu stören. (*kep*)

Weil **Walter Steinmann** (SP) nach fünfzehn Jahren zurücktritt, sucht das Bundesamt für Energie einen neuen Direktor. Dabei gibt es klare Vorgaben, was dessen Weltanschauung angeht. «Sie setzen sich für Effizienzsteigerung und Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie ein», heisst es in der Stellenausschreibung. Offenbar braucht Departementschefin **Doris Leuthard** unbedingt einen Nachfolger für Steinmann, der wie dieser ganz auf Linie ist. Denn ein neuer Amtschef, der daran zwei-



Irrfahrt: Verkehrsministerin Leuthard.

felt, dass mit Sonnen- und Windenergie die Versorgung zu gewährleisten ist, würde für die eh schon in Schieflage geratene Energiewende wohl den Todesstoss bedeuten. (*are*)

Normalerweise würde man jetzt sagen, **Ronja Furrer** sei in einen Fettnapf getreten. Da sich das Schweizer Model aber zum Magerkeitsdiktat ihrer Branche äusserte, sprechen wir besser von Minenfeld. «Man sagte mir immer, ich sei für ein Show-Model zu dick», so die Freundin von Rapper **Stress** gegenüber der *Sonntagszeitung*. Grund seien ihre 90 statt der geforderten 86 Zentimeter Hüftumfang – und dazu habe sie eher üppige Kurven. Da staunt der Mann. Aber Ronja Furrer klärt auf: «Fast alle, die etwas zu sagen haben in diesem Business, sind schwule Männer.» Deshalb würden sie auch keine Brüste mögen. «Die wollen Models, die aussehen wie Buben. Je knabenhafter, desto besser.» Huch! Der Schwulen-Dachverband Pink Cross ist empört; es sei «lächerlich, zu behaupten, Schwule würden am liebsten aus Frauen kleine Buben machen». Wie in Köln (Flüchtlinge nötigen Frauen) zeichnet sich auch hier ein interessantes Scharmützel ab, indem zwei politisch korrekte Diskriminierungszonen (Schwule und Frauen) aufeinanderprallen. Ausgang offen. Was aber absehbar ist: Ronja Furrer wird für ihre Aussage wahrscheinlich weniger üppige Modelaufträge bekommen. (*kep*)

«Was soll das?», mussten sich die Leser der *NZZ am Sonntag* fragen. «Asyl-Anwalt wirft Richtern Fehler vor», titelte das Blatt in seiner letzten Ausgabe. Es bot dem aktivistischen Berner Anwalt **Gabriel Püntener** ein Podium, um das Bundesverwaltungsgericht anzugreifen: Er stelle Ausstandsbegehren gegen mehrere Richter, weil sie «mehrfach schwere fachliche Fehler begangen» hätten. Namen gab es keine, Belege für die angeblichen Fehler auch nicht – was also hatte solche Propaganda in einem Sonntagsblatt zu suchen? Als Erklärung bietet sich nur an, dass die *Weltwoche* in der letzten Ausgabe im Detail nachwies, wie namentlich genannte Bundesverwaltungsrichter seit Jahren den Volkswillen missachten. «Nach einer Analyse sind wir zum Schluss gekommen», schrieb der Präsident des zerstrittenen Gerichts, **Jean-Luc Baechler**, in einer internen



Diskriminierungszonen: Topmodel Furrer.



Auf Linie: Chefbeamter Steinmann.

Mitteilung, «dass jegliche Intervention nicht zu einem fruchtbaren Resultat führen würde, sie könnte gar kontraproduktiv sein.» Um die eigenen Seilschaften zu einem Gegenschlag aufzuwiegeln, reichte es allemal. (*sär*)

Die Grünen in der Stadt Bern schnitten jüngst schlechter ab als bei den drei vorangegangenen Nationalratswahlen. Der Vorstand des Grünen Bündnisses (GB) – also die linken Grünen, die mit **Regula Rytz** die nationale Co-Präsidentin stellen – strebt eine Fusion an mit der Grünen Freien Liste (GFL) – das sind die eingemitteten Grünen. Die *Weltwoche* machte die Verlobung vorzeitig publik. Das neue Teamwork soll vorerst in einer gemeinsamen Kandidatur für das Stadtpräsidium gipfeln: Als potenzielle Anwärter gelten die alt Nationalräte **Franziska Teuscher** und **Alec von Graffenried**. Eine Gruppe des GB um die nicht wiedergewählte Nationalrätin **Aline Trede** bekämpft aber die engere Zusammenarbeit, auch wegen der bürgerlichen Ansichten einzelner GFL-Vertreter. Kurz vor dem grossen parteiinternen Show-down am 20. Januar ist nun eine dritte Gruppe



«Nichtintegration»: Ständerätin Keller-Sutter.



Eingemittelt: Grünen-Co-Präsidentin Rytz.



Lebenszeichen: RAF-Trio Staub, Klette, Garweg.

mit einem Antrag vorgeprescht – es ist eine Art Mittelweg, der den Fusionsgegnern wohl den Wind aus den Segeln nehmen soll. Unterschrieben hat ihn unter anderem **Franziska Grossbacher**. Das ist die grüne Berner Politikerin, die eine Kollektivbeschwerde gegen die unbefristete Betriebsbewilligung des AKW Mühleberg mit einreichte. Und dann die Verfahrenskosten den Stimmbürgern aufbrummen wollte. (hmo)

Über ein Jahrzehnt lang galten sie als verschollen, jetzt hat die deutsche Polizei bei Bremen doch noch ein Lebenszeichen der vormaligen Roten-Armee-Fraktion-Terroristen **Daniela Klette, Ernst-Volker Staub** und **Burkhard Garweg** gefunden. Das Trio soll, wie diese Woche bekannt wurde, im letzten Juni unter Einsatz von Kalaschnikows und Panzerfaust versucht haben, einen Geldtransporter zu überfallen, allerdings erfolglos. Ein politisches Motiv ist nach Polizeiangaben eher unwahrscheinlich. Mutmasslich ging es den Terroristen, die sich aufs Rentenalter zubewegen, eher darum, sich finanziell für den Lebensabend vorzubereiten. (axb)

Nachruf



Liebenswert: Schauspieler Rickman.

Alan Rickman (1946–2016) — Auf dem Kontinent lernte ihn das Publikum Ende der Achtzigerjahre als Bösewicht Hans Gruber in John McTiernans «Die Hard» kennen. Später sah es ihn in den «Harry Potter»-Verfilmungen: Der Schauspieler Alan Rickman gab Mal für Mal den mysteriösen Severus Snape. Er liebte die Rolle zwar, bedauerte aber den Zeitverlust, den ihn sein Engagement in den acht Filmen kostete. Vielleicht hatte er geahnt, dass er nicht mehr lange leben würde. Der Part des Bösewichts, wie etwa des Sheriffs von Nottingham in «Robin Hood – König der Diebe», mag für jeden Schauspieler verlockend sein. Rickman bewies auf der Bühne und im Film, dass er auch differenzierte Charaktere beherrschte, etwa in der Jane-Austen-Verfilmung «Sinn und Sinnlichkeit» oder in «Love actually» an der Seite von Emma Thompson. Da erlebte man, wie er die Palette menschlicher Emotionen subtil umzusetzen verstand. Er entstammte dem kleinbürgerlichen Milieu des Westlondoner Stadtteils Acton, wo heute noch viele stolz sind, Mitglied der Labour-Partei zu sein, was Rickman zeitlebens war. Seine Lebenspartnerin Rima Horton, mit der er seit dem Teenageralter liiert war, machte sich einen Namen als linke Ökonomin und Labour-Lokalpolitikerin. Alan Rickman blieb trotz seiner langen USA-Aufenthalte stets bodenständig. Die bürgerliche *Daily Mail* würdigte ihn als den «liebenswertesten Schurken Hollywoods». Rickman ist letzte Woche im Alter von 69 Jahren an Krebs gestorben.

Rolf Hürzeler



Erfrischend: Künstler Honegger.

Gottfried Honegger (1917–2016) — Bei ihm herrschte immer höchste Aufregungsstufe. Egal, ob eine Teddybären-Aktion der Stadt Zürich («visuelle Umweltverschmutzung», «schlicht kriminell»), Kultursubventionen («Geld verdirbt die Künstler») oder das Kunst-Establishment («Versagt haben die Intellektuellen, die Kunsthistoriker, die Kritiker»), Gottfried Honegger wusste wunderbar gegen all das zu wettern, was ihm missfiel.

Honegger hatte sich aus einfachen Verhältnissen hochgearbeitet, erst zum gefragten Grafiker, dessen Büro unter anderem das Bankverein-Logo mit den Schlüsseln erstellte, das noch immer von der UBS verwendet wird. Mit der Zeit widmete er sich nur noch der Kunst, verkehrte mit Grössen wie Max Bill oder Le Corbusier, selber gehörte er wie Bill zu den «Zürcher Konkreten», die Kunst in klare geometrische Formen brachten. In Frankreich erlebte Honegger mehr Anerkennung als in der Schweiz, dort steht auch sein Kunstzentrum, dort erhielt er höchste staatliche Auszeichnungen. In der Schweiz fühlte er sich verkannt, was er auch offen beklagte. Seine Leidenschaft für die Sache, sein aufbrausender Charakter waren immer erfrischend, auch wenn er seine eigene Leistung manchmal etwas gar überhöhte. So erzählte er einmal voller Ernst von der wundersamen Wirkung des von ihm entwickelten kunstpädagogischen Programms für Kinder, die bei den Absolventen Jahre später noch festzustellen sei: «Keiner raucht, keiner hat Drogen genommen, keiner ist dem Alkohol verfallen.» Honegger starb am Sonntag im Alter von 98 Jahren in Zürich.

Rico Bandle

Alle Artikel an Lager.

Das Weltwoche-Archiv macht alle Beiträge der jüngsten Vergangenheit lebendig. Die einfache Volltextsuche garantiert schnelle Resultate. Abonnenten haben unbeschränkten Zugriff zu diesem einzigartigen Nachschlagewerk.



[www.weltwoche.ch/
die-weltwoche/
fruehere-ausgaben](http://www.weltwoche.ch/die-weltwoche/fruehere-ausgaben)

Wirtschaft

De Weck im Service-public-Versteck

Von Silvio Borner — Das Schweizer Fernsehen unterbindet jegliche Diskussion über seine Inhalte und Finanzierung mit Hinweis auf den Dienst an der Allgemeinheit. Die Argumente überzeugen nicht.

Die knappe Entscheidung vom letzten Juni über das Radio- und Fernsehgesetz hat eine medienpolitische Grundsatzdebatte ausgelöst. Dies hat offensichtlich auch der «No Billag»-Initiative zur Abschaffung der Zwangsabgaben zum Erfolg verholfen. Die Zeitungsverleger fordern eine Einschränkung des Service public auf ein «demokratierelevantes Medienangebot» und ein Werbeverbot für die SRG. Inzwischen hat eine unkritische Expertenkommission versucht, die hohe Qualität und Unabhängigkeit der SRG und den finanziellen Status quo zu legitimieren.

Grün-rötlich gefärbte Indoktrination

Das Quasimonopol der SRG gefährdet jedoch nicht nur den Leistungs- und Innovationswettbewerb, sondern auch die Meinungsvielfalt. Diese Gefahr wächst wegen der rasanten technischen Weiterentwicklung internetbasierter Kommunikation, die ein Verschmelzen früher getrennter Medien (Konvergenz) mit sich bringt. Radio-, TV- und Printmedien sind gezwungen, ihre Einwegkommunikation um interaktive Kommunikationsformen zu erweitern. Die leistungsunabhängige und risikobefreite Mediensteuer verschafft der SRG einen unfairen finanziellen Vorteil.

Die SRG hat vom Bund den Auftrag, in allen Sprachregionen der Schweiz eine gesicherte Informationsabdeckung und ein vielfältiges Unterhaltungs-, Bildungs- und Kulturprogramm anzubieten. Dieser nicht näher definierte Leistungsauftrag wird politisch mit dem Begriff Service public verklärt. Deshalb ist es nicht überraschend, dass unterschiedlichste Interpretationen die Runde machen. So argumentiert die SRG, dass nur sie allein Programme anbieten könne, deren Konsum gesellschaftlich besonders erwünscht sei und den sozialen und nationalen Zusammenhalt fördere («idée suisse»).

Solche politischen oder gesellschaftlichen Zusatznutzen des SRG-Medien-Konsums sind jedoch schwer nachzuweisen. Erwiesen ist beispielsweise, dass nur wenige Deutschschweizer sich welches Fernsehen anschauen. Internationale Vergleiche zeigen, dass es Regulierungs- und Finanzierungsformen gibt, die den neuen Medien Rechnung tragen, ohne die Konsumentensouveränität zu beschneiden.

Die Gebühr für den Empfang von Radio- und Fernsehprogrammen ist in der Schweiz deut-

lich höher als in den benachbarten Ländern. In Deutschland müssen vergleichsweise rund 260, in Österreich 334, in Frankreich 155 und in Italien 133 Franken bezahlt werden. Die schweizerische Mediensteuer wird wohl 400 Franken betragen. Der Geldsegen erlaubt es der SRG, neben ihren zahlreichen Radio- und Fernsehprogrammen noch zusätzliche Dienste wie Teletext oder eine internetbasierte Informationsplattform anzubieten und in naher Zukunft auch ein interaktives Fernsehen zu offerieren.

Die risikolose Finanzierung ermöglicht der SRG auch den Aufbau kostspieliger Abteilungen für Wetterprognosen, Verkehrsinformationen, Spezialredaktionen für Wirtschaft oder Wissenschaft, die auf dem Markt qualitativ besser und erst noch günstiger beschafft werden könnten. Überinvestitionen und fehlende Kostendisziplin sind in allen staatlich finanzierten Unternehmen gang und gäbe.

Der Anspruch der SRG geht davon aus, dass ihre Programmleiter genau wissen, wie der aus «gesellschaftlicher Sicht richtige» Konsum von politischer Information und kultureller Berieselung aussehen muss. Objektiv betrachtet, geht es jedoch primär um Werturteile, die eine elitäre oder politische Minderheit der Mehrheit aufzuzwingen versucht. Angesichts der stark

veränderten Mediennutzung ist diese grün-rötlich gefärbte Indoktrination nicht länger zu tolerieren. Erst durch eine Vielfalt von Sendern mit unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Orientierungen kann sich der mündige Bürger unabhängig informieren und sein eigenes Urteil bilden.

Der Versuch, die Monopolstellung durch «Ausgewogenheit» zu rechtfertigen, endet in Beliebigkeit und Oberflächlichkeit, wie Vergleiche mit ausländischen Diskussions-, Kultur- oder Informationssendungen offenlegen. Das Festhalten an einer Finanzierung aus Zwangsabgaben und Werbeeinnahmen wird deshalb fälschlicherweise mit echter Vielfalt zu begründen versucht. Wenn die SRG ihre Zwangsabgaben durch qualitative Vielfalt rechtfertigen will, muss sie auf Werbeeinnahmen verzichten. In Ländern mit ähnlich hohen Gebühren, wie etwa Dänemark oder Norwegen, sind deshalb auch Werbeverbote in Kraft. Entweder müssen die Gebühren weg oder die Werbung. Im ersten Fall löst sich der Service public in Luft auf, im zweiten muss er klar und eng definiert werden.



Abgaben statt Kontingente

Von *Reiner Eichenberger* — Der Bundesrat verheddert sich bei der Personenfreizügigkeit. Die Schweiz sollte von Wirtschaftsmigranten eine Zuwanderungsgebühr von 5000 Franken im Jahr verlangen.



Viele sehen die Gespräche mit der EU zur Personenfreizügigkeit als Pokerspiel. Dumm ist nur, dass der Bundesrat nicht pokern kann. Erstens kennt er seine Karten nicht.

Zwar bestellte er mehrere Studien zur Wirkung der Bilateralen, deutet aber nun ihre Ergebnisse falsch. Aufgrund einer Simulationsstudie der Firma Ecoplan behauptete er kürzlich, ohne Personenfreizügigkeit und Bilaterale I wäre das Bruttoinlandprodukt (BIP) im Jahr 2035 um 4,9 Prozent tiefer. Doch gerade diese Studie zeigt, wie klein die Verluste wirklich ausfielen: Die Arbeitseinkommen pro Arbeitskraft und die Kapitaleinkommen pro investierten Franken wären nur um 0,7 Prozent tiefer; ihr Wachstum bis 2035 betrüge gut 9 statt knapp 10 Prozent.

Die Verluste sind so klein, obwohl Ecoplan auf Geheiss des Bundes alle Wachstumsnachteile über achtzehn Jahre kumulierte und annahm, Wirtschaft und Politik unterliessen alle naheliegenden Anpassungsmassnahmen. Schlimmer noch: Der Bund gab allen bisherigen Studien einen ganz grundsätzlichen Fehler vor. Sie schätzten nicht die Vor- und Nachteile der Bilateralen, sondern nur die Vorteile. Dabei stimmten doch die Bürger für eine selbständige Steuerung der Zuwanderung, weil sie die Nachteile des enormen Bevölkerungswachstums fürchten, etwa die Verknappung von Land, Infrastruktur und die Verminderung der Umweltqualität, oder dass unsere Demokratie leidet darunter, wenn immer mehr Einwohner kein Stimmrecht haben.

Unsinniges Stop-and-go

Zweitens verfolgt der Bundesrat eine unsinnige Strategie. Er will die Zuwanderung mittels Schutzklauseln lenken: Wenn die Zuwanderung einen bestimmten Wert überschreitet, gelten im nächsten Jahr Kontingente. Die Festlegung der Höchstzahlen und Kontingente will er an eine Kommission aus Vertretern von Bund, Kantonen und den Sozialpartnern delegieren. Doch diese Akteure sind gegen griffige Schutzmechanismen! Denn die Kosten der Zuwanderung trägt die Allgemeinheit; jede einzelne Branche und jeder Kanton will für sich möglichst grosse Kontin-

gente. Griffige Schutzklauseln hingegen würden zu absurden Zuwanderungsrennen führen. Migrationswillige würden möglichst noch zuwandern, bevor die Schutzklausel greift. So würde die Zuwanderung aufgebläht und die Schutzklausel erst recht ausgelöst. Dadurch entstünde ein völlig unsinniger Wechsel zwischen übermässiger Zuwanderung und starker Abschottung. Die schädlichen Schutzklauseln gegenüber der EU werden vom Bundesrat mit übermässig restriktiven Kontingenten für Drittländer flankiert. So mangelt es der Schweiz zunehmend an wirklichen Spezialisten, und sie wird von den



Alternative zum lausigen Pokerspiel.

wirtschaftlich dynamischen Weltregionen abgeschottet. Zugleich vertritt der Bundesrat immer stärkere flankierende Massnahmen, die mit dem flexiblen Arbeits- und Wohnraummarkt zwei Erfolgsfaktoren der Schweiz untergraben. Damit öffnet der Bundesrat aber nur die Tore für Volksinitiativen mit viel härteren Beschränkungen.

Zu diesem lausigen Pokerspiel gibt es eine viel bessere Alternative: Zuwanderungsabgaben für Erwerbstätige und Nichterwerbstätige, deren Höhe von der hier verbrachten Zeit abhängen. Mit solchen Abgaben können Ausländer frei, unbürokratisch und zeitgerecht eingestellt werden. Es kommen auto-

matisch diejenigen, die davon stark profitieren oder ihren Arbeitgebern viel nützen. Ein solches Abgabensystem kann auch gut auf Kurzaufenthalter und Grenzgänger angewendet werden. So wird ein Teil der grossen Gewinne aus der Zuwanderung an die Allgemeinheit umgelenkt, die die Kosten der Zuwanderung trägt. Was den Schweizern automatisch einen gewissen Vorrang verschafft.

Abgaben sind EU-kompatibler als Kontingente. EU-Bürger können ohne Zulassungsverfahren frei in die Schweiz einwandern. Trotz Abgaben bleibt ihre fiskalische Gesamtbelastung zumeist kleiner als in der EU. Die Strategie «Abgaben statt Kontingente» ist auch Grundlage der EU-Handels-, -Umwelt- und -Verkehrspolitik. So war die EU strikt gegen Schweizer Alpentransitkontingente, akzeptierte aber Transitabgaben.

Zugang zum Tresor

Zuwanderungsabgaben sind wohlbegründet. Die hohe Zuwanderung ist grossenteils eine Folge besserer Staatsleistungen bei tieferen Steuern. Das kann die Schweiz nur bieten, weil

Abgaben lenken einen Teil der Gewinne aus der Zuwanderung an die Allgemeinheit um.

sie über lange Jahre nur wenig Schulden gemacht hat und ein grosses Vermögen in Form von Infrastruktur, öffentlichen Unternehmen, Immobilien sowie Reserven im Sozialversicherungssystem aufgebaut hat. So ist in der Schweiz das Nettovermögen um weit mehr als 200 Prozent des BIP höher als in der EU. Das bringt bei einer langfristig realistischen Verzinsung von 3 Prozent Finanzierungsvorteile von jährlich rund 38 Milliarden Franken, also jährlich pro Einwohner 4600 Franken oder täglich 12 Franken tiefere Steuern und Abgaben.

Es wäre nur fair, wenn von Zuwanderern während beispielsweise fünf Jahren Abgaben in dieser Grössenordnung erhoben würden. Dadurch würde die Zuwanderung sinken, und sie würde für die grosse Mehrheit der bisherigen Einwohner vorteilhaft. Ein kleiner Teil der Einnahmen könnte der EU überlassen werden, um ihr Verständnis für diese Massnahme zu fördern. Schliesslich sollten die Abgaben auch bei Zuwanderern aus Drittländern erhoben und so die Schweiz gegenüber der grossen Welt geöffnet werden.

Reiner Eichenberger ist Ökonomieprofessor und Leiter des Seminars für Finanzwissenschaft der Universität Freiburg.

«Diktatur der Mehrheit»

Von Christoph Mörgeli

Für den grössten Brüller im Abstimmungskampf um die Durchsetzungsinitiative sorgt das *Bündner Tagblatt* mit folgendem Satz: «Der Bündner alt Bundesgerichtspräsident Giusep Nay äussert sich nur selten in der Öffentlichkeit.» Genauso gut könnte man schreiben, die «Tagesschau»-Sprecherin Katja Stauber äussere sich nur selten in der Öffentlichkeit. Tatsächlich giftelt Nay im Stundentakt gegen die SVP. Er hat Christoph Blocher nicht verziehen, dass dieser das Bundesgericht reduziert und Nay faktisch frühpensioniert hat, wobei kein Nachfolger benötigt wurde. Die Lücke, die Nay hinterlässt, hat ihn vollständig ausgefüllt.

Dementsprechend wütete der Christdemokrat gegen Blochers Immunität im Fall Hildebrand. Genau wie gegen die Minarett-Initiative, die Einbürgerungsinitiative und die Zuwanderungsinitiative. Im Rahmen des Club Helvétique – eines Intellektuellengrüppchens zur Verteidigung des Richterstaates – greift Giusep Nay nun die SVP-Durchsetzungsinitiative an. Laut Nay sei «die Legitimität des Rechtes in der Demokratie begründet», aber die Demokratie sei «nur legitim, wenn sie im Recht begründet ist». Die Frage lautet aber: Wer setzt das Recht? Diese Frage hat die Schweiz schon längstens gültig beantwortet: Es sind Volk und Stände, die als Souverän über den drei Gewalten von Bundesrat, Parlament und Bundesgericht stehen.

«120 Rechtsprofessoren» wenden sich jetzt gegen die Durchsetzungsinitiative. Dagegen stehen 1 252 761 Stimmbürger, die der SVP-Ausschaffungsinitiative zugestimmt haben. Und Zehntausende von Opfern krimineller Ausländer. Im Bundesbrief steht kein Wort von 120 Rechtsprofessoren. Dort steht aber, dass die Eidgenossen keine fremden Richter akzeptieren. Doch wie steht's um die eigenen Richter? Etwa um alt Bundesrichter Heinz Aemisegger (CVP), der vor einer «Diktatur der Minderheit» warnt? Ein Widerspruch in sich selber. Genau wie der Begriff «ein ehrlicher Christdemokrat».

Diktatur ist immer die Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit. Beim Volk dürfte die organisierte Zusammenrottung von Professoren – immer gegen rechts, nie gegen links – wirkungslos verpuffen. Seit je haben sich die Professoren den Diktatoren als Erste an den Hals geworfen: Es waren ausnahmslos Professoren, die Benito Mussolini zum Ehrendoktor der Universität Lausanne ernannt haben.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Köln: Sind Männer Schweine?

Von Peter Bodenmann — Regensburg: Katholische Kirche missbraucht 500 Domspatzen. USA: Für Klimaleugner ist Darwin der Teufel.



Typisch Abendland: Papst Benedikt XVI, Bruder Georg (l.), Regensburger Domspatzen, Vatikan, 2005.

Der strenge Islam verbietet seinen Jüngern den Genuss von Alkohol. Und den Verzehr von Schweinefleisch. Für einige Anthropologinnen sind Männer aller Kulturen Schweine. Die deutschen «Ärzte» teilen diese wenig schmeichelhafte Diagnose.

Rund tausend stockbesoffene Muslime machten ausgerechnet vor dem Kölner Dom Jagd auf Frauen. Die Polizei war heillos überfordert. Und forderte stressgelähmt nicht einmal Verstärkung an. Tröstlich nur für Oktoberfest-Bierbrauer: Integration beginnt 2016 in Deutschland mit aggressivem Dosenbier-Saufen statt mit sanftem Kiffen. Die katholische Kirche hat zu wenig Priester. Trotzdem dürfen Frauen immer noch nicht Priesterinnen werden. Im Dom von Regensburg singen seit Jahr und Tag die Domspatzen. 500 von ihnen wurden im Verlaufe der letzten Jahrzehnte Opfer auch sexueller Gewalt. Zuständig für die Domspatzen war während dreissig Jahren der uneinsichtige Bruder des inzwischen pensionierten Papstes Ratzinger. Typisch Abendland.

In Amerika will die Hälfte der Bevölkerung nicht wahrhaben, dass wir die gleichen Vorfahren wie die Affen haben. Für die verbohrtten Evangelikaner hat uns Gott aus Lehm geformt und danach der Knetmasse sein und unser Leben eingehaucht. Wer in den USA gegen Darwin Sturm läuft, gehört in aller Regel auch zu den verbohrtten Leugnern der Klimaerwär-

mung. Jede Überdosis Religion macht dumm. Es geht in der Regel um den immer gleichen Mix: Männermacht, Rassismus und Wissenschaftsfeindlichkeit. Heute tobt nicht der Kampf zwischen Religionen und Kulturen. Sondern es geht um den Kampf gegen die beiden Steinzeit-Religionen Christentum und Islam. Eine laizistische Schweiz muss dem Islam – wie zuvor dem Katholizismus – die Zähne ziehen. Einst brauchte es ein Jesuitenverbot. Heute vielleicht ein Verbot der Hassprediger. Die einzigen halbwegs vernünftigen Positionen in den sich verschärfenden Auseinandersetzungen sind jene der aufgeklärten Agnostiker und Atheisten. Die Mehrheit der Muslime in der Schweiz hat dies längst begriffen.

Trotzdem hetzt die politische Rechte quer durch Europa erfolgreich gegen Ausländer, gegen Muslime. Die Titelseite der letzten *Weltwoche* erinnert an die Heftli rechter Fremdenfeinde. In Polen siegt militanter Katholizismus gegen liberalen Kapitalismus. Strache und Le Pen können den Sprung in die Regierungen ihrer Länder schaffen. In der Schweiz wird die Ausschaffungsinitiative angenommen.

Und was macht die SP? Die Präsidentin der SP-Frauen will Schweizer Soldaten im Kampf gegen übergriffige Ausländer einsetzen. Gute Nacht.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

«Journalism at its best»

Von Kurt W. Zimmermann — Aus aktuellem Anlass blenden wir uns kurz in die Redaktions-sitzung des nächsten *Sonntags-Blatts* ein.

Chefredaktor: Guten Morgen allerseits. Hört mal her, zur nächsten Nummer des *Sonntags-Blatts* habe ich eine geniale Idee.

Inlandchef: Jetzt wird's gefährlich.

Chefredaktor: Ruhe! Meine Idee ist genial. Wir machen eine Special Edition, wie ich dem sage, wir machen eine Sondernummer zur Durchsetzungsinitiative.

Inlandchef: Und wie stellst du dir das vor?

Chefredaktor: Wie ich immer sage: *Hit the big story hard*. Wir räumen den ganzen ersten Bund aus. Volle Kanne – zehn Seiten nur zur Durchsetzungsinitiative.

Produktionschef: Ich muss warnen: Wie füllen wir diese zehn Seiten ab?

Chefredaktor: Darum sind wir hier. Wie ich immer sage: *Storm your brain!*

Unterhaltungschefin: Wir könnten zum Beispiel eine Umfrage unter Prominenten machen, etwa mit Adolf Ogi, Polo Hofer und dem Mister Schweiz.

Chefredaktor: Prima Approach. Wir titeln: «Promis: Das ist nicht mehr unsere Schweiz!» Ich würde noch Irina Beller und Francine Jordi hinzunehmen. Wir müssen auch an die Leserinnen denken.

Wirtschaftschef: Aus unserem Ressort könnten wir etwas über die Kosten der Initiative für Unternehmen machen. Facharbeitermangel und so. Das kostet sicher Millionen.

Chefredaktor: Millionen? Spinnst du? Wir brauchen Milliarden! Ich formuliere schon mal die Headline: «Blocher-Initiative kostet die Wirtschaft Milliarden!» Kriegst du das hin? *You get it?*

Wirtschaftschef: Müsste machbar sein. Ich telefoniere die üblichen pensionierten Wirtschaftspraktikanten ab, die wieder mal in die Zeitung wollen. Der eine oder andere wird die Milliarden sicher bestätigen.

Chefredaktor: Geile Story.

Inlandchef: Ich hätte noch was Politisches.

Chefredaktor: Muss das sein? Was uns im Mix viel mehr fehlt, ist *human touch*. Gut wäre ein Betroffenheits-Interview mit einem jungen Ausländer. Kennt jemand einen Ausländer?

Volontär: Meine Freundin ist Serbin.

Chefredaktor: *Great stuff!* Wir machen ein intimes Gespräch. Aufgewachsen in Armut, dann die Flucht, dann die Isolation und Fremdenfeindlichkeit bei uns. Die Zeile zum Interview steht schon: «Mein Leben mit dem Hass».

Volontär: Aber es gefällt ihr ganz gut bei uns. Sie arbeitet als Kosmetikerin.



«Ich formuliere schon mal die Headline.»

Chefredaktor: *Sorry guy*, aber wir machen hier Journalismus und nicht Volkshochschule. Interview also wie besprochen, dazu ein Bild deiner Kosmetikerin, die wir knackig aufhübschen. *Sex sells*, wie ich immer sage.

Inlandchef: Ich hätte noch was Politisches.

Chefredaktor: Muss das sein?

Inlandchef: Ich kenne einen Kantons- und einen Gemeinderat der SVP. Die sind sich noch nicht sicher, ob sie für die Durchsetzungsinitiative stimmen werden.

Chefredaktor: Warum sagst du das nicht gleich? Ist doch ein super Scoop. Wir machen das gross auf: «Spaltung! Wie ihre Initiative die SVP zerreisst!»

Produktionschef: Ich muss warnen: Die zehn Seiten sind nun langsam dicht.

Chefredaktor: Was noch fehlt, ist die dezidierte Meinung. Ich brauche darum genug Platz für mein Editorial.

Inlandchef: Jetzt wird's gefährlich.

Chefredaktor: Ruhe! Ich mache meinen *comment* voll auf staatsmännisch. Rechtsstaat, Menschenwürde, bla, bla, bla – die ganze Late. Damit schaffe ich es locker in den Presse-spiegel.

Inlandchef: Die Leser werden begeistert sein.

Chefredaktor: Sehe ich genauso. Zehn Seiten Recherche und Hintergrund. Wir liefern *journalism at its best*, wie ich immer sage.

Dickerchen

Von Beatrice Schlag — Das unangefochtene Massenproblem.

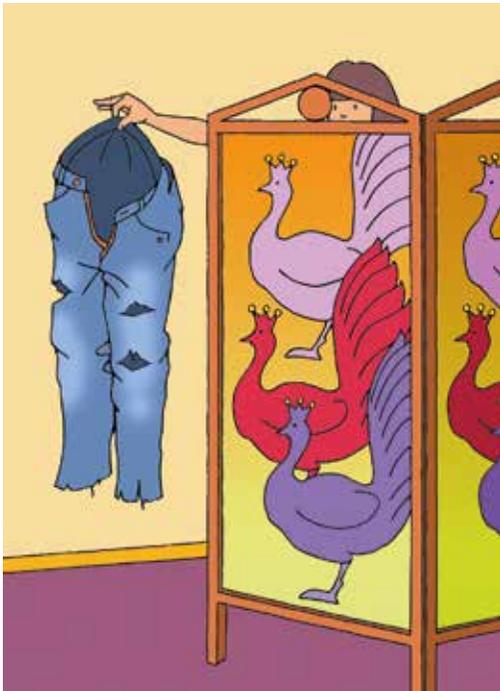
Das Verdikt über Dicke ist einhellig: selber schuld. Zu fressgierig, zu unbeherrscht, zu bewegungsfaul. Nach Meinung von Ernährungsforschern irren wir gewaltig. Was nicht heisst, dass Bewegung kein Segen ist. Aber die Ursachen für Übergewicht und Fettleibigkeit sind komplex. Der Körper ist listiger als das Gehirn. Sobald er weniger Nahrung bekommt, drosselt er den Energieaufwand. Wenn ein Dicker auf Diät geht und ins Fitnessstudio, nimmt er ab. Eine Weile lang. Nach spätestens neun Jahren sind über neunzig Prozent wieder auf ihrem alten Gewicht. Ihre Schuld? Niemand will dick sein. Man ist sich ein trauriger Anblick und hat schlechte Chancen, attraktive Partner zu finden. Von den Gesundheitsrisiken nicht zu reden. Wer es wissen will, kann seit Jahren nachlesen, dass vor allem Fertignahrung und Süssgetränke für das weltweite Zunehmen verantwortlich sind. Aber wer hat noch Zeit, auf den Markt zu gehen und jeden Tag selber zu kochen? Zu viel Zucker führt übrigens zu genau den gleichen Krankheiten wie übermässiger Alkoholkonsum. «Ich würde Alkohol vorziehen», sagt der Ernährungsexperte und Bestsellerautor Robert Lustig, «damit kann man sich wenigstens nur einmal im Tag unter den Tisch trinken.»



Seit zwei Jahrzehnten kommen zu dicke Babys in grosser Zahl zur Welt, in China, Brasilien und Afrika genauso wie in Frankreich und den USA. Man kann sie weder für ihr Gewicht verantwortlich machen noch ins Fitnessstudio schicken. Sie werden dicke Kinder werden und dann dicke Erwachsene, weil ihre seit Geburt überdurchschnittlich zahlreichen Fettzellen unentwegt «Hunger!» brüllen. Viele sind mit vier Diabetiker. Sie werden von Eltern vollgestopft, die sich nicht zu helfen wissen, wenn das Baby dauernd nach Essen schreit. Forscher warnen seit Jahren vor einer Pandemie. Es scheint keiner hinzuhören. 2002 wollte die Weltgesundheitsorganisation einen Zuckergehalt von zehn Prozent der täglichen Nahrung empfehlen. Die USA drohten, ihre Beiträge zu sistieren, wenn die Empfehlung durchgesetzt würde. Ein normales Coca-Cola deckt die zehn Prozent Zucker am Tag ab, wenn Sie kein Spitzensportler sind. Die Empfehlung kam nie. Es gibt dramatischere Probleme. Aber das mit den dicken Babys wäre lösbar.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf ich als älterer, gepflegter und emanzipierter Mann den jungen Frauen mit den zerrissenen und löcherigen Hosenbeinen anbieten, ihre Hosen auf meiner Nähmaschine zu Hause zu flicken, und ihnen bei Bedarf Unterricht im Flickern und Nähen erteilen?

Werner Batt, Lyss

Knifflige Frage. Sie stehen vor einem spätpubertären Rebellionsgestus, scheinen mir aber gleichzeitig etwas überengagiert. Auch ich war eine dieser Frauen. Bis mein Freund kam. «Beim nächsten Hosenkauf müssen die Löcherjeans ja nicht unbedingt ersetzt werden», meinte er einmal mit lächelnder Suggestionkraft ebenso beiläufig wie bestimmt. Ich konnte nicht anders als ihm beipflichten. Das war es dann mit den Löcherhosen und mir. Ein genereller Tipp: Niemals zu viel Aufhebens machen um eine Albernheit, deren Fortbestand man nicht reizen will.

Claudia Schumacher

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Föhrlihubstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Dieses Verhalten, dass man sich einfach von Fremden nimmt, was man selbst nicht erarbeitet hat, passt nicht in unsere Kultur.» Hans-Georg Pabst

Geistiges Niveau

Nr. 2 – «Kriminelle Ausländer»; Titelbild

Im Artikel «Betreutes Lesen» zitiert Rico Bandle aus dem Kapitel «Propaganda» von Hitlers «Mein Kampf» Folgendes: «Jede Propaganda hat volkstümlich zu sein und ihr geistiges Niveau zu richten nach der Aufnahmefähigkeit des Beschränktesten unter denen, an die sie sich zu richten gedenkt.» Und sinnemässig: «Nicht Objektivität oder Ästhetik sei wichtig, sondern nur der Zweck.»

Lehrbuchmässige Anwendung beim Titelbild der neuesten *Weltwoche* oder peinliche Panne? Franz Jäggi, per E-Mail

Das Volk hat immer recht

Nr. 2 – «Richten gegen die Regeln»; Markus Schär über das Verwaltungsgericht

Im Geschäftsbericht des Bundesverwaltungsgerichts vom Jahr 2014 wurden zwei Drittel aller erledigten Geschäfte (total 7209) den Bereichen Ausländerrecht, Asylverfahren und Staatenlosigkeit zugeordnet. Nur gut, dass neun von den zwölf Richtern in Abteilung V aus der Ecke der Grünen, GLP und SP stammen und sehr viel Erfahrung im Verwaltungsapparat Asylwesen aufweisen. Wie hoch wird wohl der Anteil der Geschäfte aus den obigen Bereichen 2015 sein? Barbara Ulrich, Oberwil-Lieli

Nach den Aussagen zweier Bundesrichter gefährdet die Volksabstimmung vom 28. Februar die Demokratie. Die Herren Bundesrichter scheinen nicht zu wissen, was das Wort «Demokratie» bedeutet. Auf Deutsch heisst das «Volksheerrschaft». Wie kann also eine Volksabstimmung die Volksheerrschaft gefährden? Es sind die hohen Beamten, die die Demokratie am liebsten abschaffen würden.

Auch in der Geschichte scheinen die Bundesrichter keine grossen Kenntnisse zu besitzen. Denn Hitler wurde nicht durch das Volk gewählt, sondern vom erzkonservativen damaligen Reichspräsidenten Hindenburg zum Bundeskanzler ernannt. Er tat dies in der irrigen Annahme, er könne dann Hitler besser kontrollieren. Es sind immer die Eliten, die Fehlentscheidungen treffen, nie das Volk.

Und Hitler hat genau das, was die Umsetzungsinitiative verlangt, nicht getan. Er hat die Verbrecher nicht ausgewiesen, sondern hat sie gehätschelt, sie in braune und schwarze Uniformen gesteckt und sie mit staatlichem Wohlwollen rauben und morden lassen. Genau so, wie das unsere heutige Justiz, im Namen eines obskuren Menschenrechtes, in der Schweiz geschehen lässt. Anstatt über das «dumme Volk»



«Der Zweck ist wichtig.»

zu schnöden, sollten unsere Bundesrichter die Bundesverfassung lesen.

Max Salm, Umiken

Fatale Situation

Nr. 2 – «Importierte Unsicherheit»; Peter Keller über kriminelle Ausländer

Heimatliche Gewohnheiten werden in die Gastländer importiert. Mit meiner Frau fuhr ich alleine durch Marokko. An einem wunderschönen Ort suchten wir auf einem Hügel einen idealen Platz für Fotos. Als wir durch die einsamen Strassen zurückfahren, sprangen plötzlich sechs junge Männer in den Weg vor unserem Wagen. Alle hatten etwa einen Meter lange und sechs Zentimeter dicke Knüppel in ihren hochoberhobenen Händen. Sie holten aus, um uns die Frontscheibe zu zertrümmern. Für uns eine fatale Situation. Ich reagierte spontan, schaltete herunter und raste mit Vollgas auf sie los. Im letzten Augenblick bekamen sie Angst und sprangen zur Seite. Dieses Verhalten, dass man sich einfach von Fremden nimmt, was man selbst nicht erarbeitet hat, passt nicht in unsere Kultur.

Hans-Georg Pabst, Gaimersheim (D)

Ist Ihnen aufgefallen, dass in der von Ihnen zitierten Kriminalitätsstatistik die nach Ihrem eigenen Bekunden grösste Zuwanderergruppe überhaupt nicht auftaucht? In den letzten Wochen haben Sie es in keiner Ausgabe verpasst, die Einwanderer aus Eritrea als grösste Bedrohung für Schweizer Blut und Boden hinzu-

stellen und als Scheinasylanten zu entlarven. Sollten wir uns angesichts Ihrer Verbrechensanalyse nicht vielmehr über die Zuwanderung einer Bevölkerungsgruppe freuen, die laut Statistik ehrlichere und bravere Bürger sind als die Schweizer selber?

Burk Becker, Chamby

Schweiz, wohin gehst du?

Nr. 2 – «Pausengebete»; Alex Reichmuth über Luzerner Schulen

Wenn man die *Weltwoche* liest, spielt man unweigerlich mit dem obigen Gedanken. Wenn eine Schulbehörde, die eigentlich Religion und Staat trennen sollte und vor lauter Anpassertum einen Gebetsraum für muslimische Schüler einrichtet, gleichzeitig die Kreuze aus den Schulhäusern verbannt, muss man sich ernsthaft fragen: Wohin läuft unsere Schweiz?

Wir sind bereit, eine unserer Errungenschaften, die Trennung von Staat und Kirche, in den Mülleimer der Geschichte zu werfen. Vielleicht werfen wir in Zukunft unsere Traditionen gleich auch noch hinterher. Das Bundesgericht und das Kopftuch lassen grüssen. Weiter so, liebe Behörden. Irgendwann werden die zugewanderten Muslime die Scharia fordern. Werdet ihr dann im Schulkeller einen Raum einrichten für die Züchtigung unfolgsamer Kinder? Natürlich wird zuerst die humane Forderung gestellt, Knaben- und Mädchenklassen einzuführen. Da kann man nur rufen: «Schweiz, wohin gehst du?» Sind wir noch bei Verstand?

Roman Bont, Oberglatt

So kann man nicht gewinnen

Nr. 2 – «Betreutes Lesen»; Rico Bandle über Hitlers «Mein Kampf»

Der Artikel erinnert mich an das Urteil meines russisch-schweizerischen Vaters, nachdem er 1943 im rumänisch besetzten Odessa die russische Ausgabe von «Mein Kampf» gelesen hatte: «Jetzt ist der Grund für Hitlers Misserfolg bei seinem «Drang nach Osten» klar. So kann man Russland nicht besiegen.» Dieses Urteil gründete auf das, was Hitler über die Slawen allgemein und speziell über die Russen geschrieben hatte. Ich habe ausserdem gelesen, dass die sowjetische «Smersch» (Spionageabwehr) überzeugte und in Gefangenschaft geratene Nazis mit einer simplen Methode «umdrehte», die darin bestand, sie in Einzelhaft einzusperren und ihnen das Buch «Mein Kampf» zum gründlichen Studium zu übergeben. Es scheint, dass diese Methode meist erfolgreich gewesen ist. Den heutigen Lügenpropagandisten gegen Russland schadet es nicht, sich an diese beiden Beispiele zu erinnern.

Victor Lambert, Rickenbach Sulz

Bestens integriert

Nr. 2 – «Im Land der fröhlichen Kühe»; Claudia Schumacher über Expats

Ihr Artikel beschreibt vieles sehr zutreffend, er suggeriert allerdings zum Ende Wehmut oder gar Depression eines Expats mit Millionengehalt in Zürich. Viele Expat-Familien sind bestens integriert und haben einen gutdurchmischten Freundeskreis – auch mit Eidgenossen, deren Einkommen das der Expats nicht selten sogar übersteigt. Entscheidend bei der von Ihnen beschriebenen Gruppe ist der Wille, am hiesigen sozialen Leben teilzunehmen, einen produktiven Entwicklungsbeitrag im jeweiligen Gastland zu leisten. Das «Land der fröhlichen Kühe» ist für viele Expats deutlich glücklicher, normaler und ungebrochen attraktiver, als es Ihre Reportage vielleicht darstellt. Nur sehr kurz ereilte mich nach dem Lesen der Gedanke, die Autorin meine vielleicht, dass diese Gruppe z. B. in Beirut, Bagdad oder Bangkok ein sinnvollerer Dasein führen sollte. Das war eine Überreaktion. *Ken Redel, Zürich*

Typisch Amerikaner(innen): Kein einziger Satz, kein Gedanke, dass man in der reichlich vorhandenen Freizeit Deutsch lernen könnte. Ich habe mit fünfzig Jahren nebst Vollbeschäftigung noch angefangen, Portugiesisch zu lernen. Ich konnte mich nach einem Jahr Wochenendstudium gut unterhalten und spreche es nun fließend, mit reichem Wortschatz, wenn auch sicher nicht fehlerfrei. Das sollten doch die intelligenten Damen mit der deutschen Sprache auch schaffen, wenn sie nur wollten. *Urs Wyrsh, Küssnacht am Rigi*

Als langjährige Hotelière mit Berner Oberländer Wurzeln, die vier Sprachen fließend spricht, ist es in meinen Augen immer wieder erstaunlich, mit welcher selbstverständlicher Arroganz sogenannte *well-educated* Ladys und auch Gentlemen in ihren jeweiligen Gastländern auftreten. In jedem Land, in dem ich bisher tätig war, in dem nicht Englisch die Landessprache war, benehmen sich Englischsprachige in der Regel so, als wäre es eigentlich unser Problem, dass wir nicht ihre Sprache sprechen. Gerade erst hatte ich im Einwohnerrat meiner Wohngemeinde zu tun. Zwei Expat-Damen hatten einen unüberhörbar «amerikanischen» Auftritt. Die Beamtin am Schalter gab sich alle erdenkliche Mühe, die Anliegen zu verstehen, und als die Ladys genervte Kommentare abgaben und dann auch noch die Augen verdrehten, konnte ich nicht widerstehen und gab aus der Warteschlange heraus in meinem besten Oxford-Englisch und ein bisschen ironischem, jedoch sehr höflichem Ton ein direktes Statement ab:

«Now there, Ladies, don't you think that friendly manners and a minimum of respect would be more helpful to solve your prob-

lems? You are guests in Switzerland and obviously you don't speak any of our four languages, do you?»

Natürlich war mein Input etwas sehr direkt, aber es hat der Beamtin hinter dem Schalter, den anderen (auf den Stockzähnen lächelnden) Mitbürgern in der Warteschlange und nicht zuletzt mir gutgetan! Ich habe absolut kein Verständnis für die Luxusprobleme dieser verwöhnten Minderheit. Ausnahmen bestätigen selbstverständlich die Regel.

Nicole Mürner, Baden

Steuergeschenk

Nr. 2 – «Unwort»; «Apropos» von Rico Bandle

Bei der Auswahl linker Kampfbegriffe, die als mögliches «Unwort des Jahres» genannt werden, fehlt einer, der meines Erachtens geradezu das Zeug zum «Unwort des Jahrhunderts» (oder zumindest des Jahrzehnts) hätte: Steuergeschenk. *Barbara Kugler, Basel*

Unter Alkoholeinfluss

Nr. 51 – «Politik und Promille im Bundeshaus»; Philipp Gut und Hubert Mooser über das Parlament

Der Artikel liest sich, Zeile für Zeile, ungebremst wie ein spannender Roman. Die Antwort auf die aufgeworfene Frage, inwiefern der Alkoholkonsum die Kernarbeit des Gesetzgebers beeinflusst, ist simpel: negativ. So negativ wie bei jedem ein Motorfahrzeug lenkenden Bundes- oder SBB- oder Postangestellten, der das Steuer nur dann ergreifen darf, wenn er nüchtern ist. A fortiori soll, wer den Staatswagen lenkt, während der Arbeit das Sucht- und Verblödungsmittel Alkohol nicht im Blut haben. *Jean-Pierre Egger, Murist*

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR IT-SPEZIALISTEN

Mit www.itjobs.ch die besten IT-Spezialisten finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.itjobs.ch

itjobs CH
KARRIERE AUF SICHER

Sklaven der Klausel

Vor der Personenfreizügigkeit steuerte die Schweiz die Zuwanderung effizient mit Kontingenten. Jetzt will Bundesrätin Sommaruga ein unnötig umständliches System einführen, wie ein vertraulicher Bericht der Landesregierung belegt. *Von Hubert Mooser*

Bis zum Ersten Weltkrieg konnten sich Bürger von Staaten, mit denen die Schweiz einen Niederlassungsvertrag unterzeichnet hatte, ohne Einschränkung in der Eidgenossenschaft niederlassen. Der Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 setzte dem ein Ende. Danach wurden die Niederlassungsverträge so ausgelegt, dass die Schweiz beim Zulassungsentscheid das letzte Wort hatte. Diese Einschränkung wurde von den Vertragsstaaten akzeptiert. Der Ausländeranteil in der Schweiz betrug gut 15 Prozent.

Hundert Jahre später sind bereits über 25 Prozent der hier lebenden Bevölkerung Ausländer, konkret gegen zwei Millionen Menschen – eine Folge der offenen Grenzen zur EU mit ihren 500 Millionen Einwohnern auf tieferem Wohlstandsniveau. Am 9. Februar 2014 zogen die Schweizer Stimmbürger die Notbremse und sagten ja zur Masseneinwanderungsinitiative (MEI) der SVP. Der neue Verfassungsartikel verlangt eine Einschränkung bei der Zuwanderung und bedeutet eine ähnliche Zäsur wie das Ende der Freizügigkeit 1914. Diesmal drückt sich jedoch die Landesregierung aus Rücksicht auf internationale Verträge um griffige Zulassungsbeschränkungen im Ausländerrecht.

Weiter wie bisher?

Wie die *Weltwoche* vor einer Woche, gestützt auf einen Entwurf der Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über Ausländerinnen und Ausländer, also über die geplante Umsetzung der MEI, berichtete, ist der federführenden Justizministerin Simonetta Sommaruga bei dieser Gesetzesrevision trotz zweijährigem Hin und Her kein spektakulärer Wurf gelungen. SVP-Präsident Toni Brunner brachte die Schwäche der Vorlage in der *Basler Zeitung* auf den Punkt: Er sehe nicht, wie Bundesrätin Sommaruga die Zuwanderung in den kommenden Jahren massiv reduzieren wolle. Und das Blatt warnte bereits: Ohne substantielle Verbesserungen drohe bereits die nächste Durchsetzungsinitiative.

Konsequent ist die SP-Bundesrätin nur beim besseren Vollzug des Personenfreizügigkeitsabkommens. EU-Bürger, die in der Schweiz auf Jobsuche sind, sollen keine Sozialhilfe mehr erhalten. Bei einem Jobverlust droht nach einer Frist künftig der Entzug der Aufenthaltsbewilligung. Der Datenaustausch zwischen Ausländerbehörden und Sozialversicherungen soll intensiviert werden, um unberechtigten Ansprüchen von mittellosen

ausländischen Rentnern auf Ergänzungsleistungen vorzubeugen.

Das Herzstück der Vorlage ist aber die vom früheren Diplomaten und jetzigen ETH-Professor Michael Ambühl entworfene, reichlich nebelhafte Schutzklausel. Dieses Instrument soll greifen, wenn ein vom Bundesrat noch nicht näher festgelegter Schwellenwert bei der Zuwanderung überschritten wird. In der Botschaft findet man keine konkreten Angaben zu Schwellenwert, Höchstzahlen und Kontingenten. Sommaruga will diese Details in der Verordnung regeln.

Unter der Rubrik Auswirkungen für die Schweiz bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative mit Schutzklausel wird der erwartete angebliche bürokratische Mehraufwand für die Verwaltung herausgestrichen bis übertrieben: Bei einer Fixierung der Höchst-

Wenn man die Vorlage mit oder ohne Segen der EU umsetzen will – wieso legt man keine Höchstzahlen fest?

zahlen und Kontingente zum Beispiel auf dem Niveau der bisherigen Zuwanderung müssten neu rund 140 000 Gesuche für erwerbstätige EU/Efta-Angehörige mit Kurzaufenthalts- oder Aufenthaltsbewilligung sowie 60 000 Gesuche für Grenzgänger bearbeitet werden. Das bisherige Niveau bedeutet: Jährlich wandern weiterhin zwischen 75 000 bis 85 000 Menschen mehr ein als aus. Das trotzige Rechenbeispiel ist allerdings irreführend, da vom Bundesrat ja eine deutliche Verringerung der Zuwanderung erwartet wird.

Stichtag für die Berechnung, ob der Schwellenwert innerhalb eines Jahres überschritten wurde, ist laut Gesetzesentwurf der 1. Juni. Muss die Schutzklausel aktiviert werden, legt der Bundesrat nach Konsultation der neuen Zuwanderungskommission Höchstzahlen und allenfalls kantonale Kontingente für das darauffolgende Jahr fest – also erst nach sechs Monaten. Für die Berechnung des Schwellenwertes sind laut dem vorliegenden Entwurf verschiedene Modelle denkbar: Ausschlaggebend für Begrenzungsmaßnahmen wäre ein starker Anstieg der gesamten ständigen ausländischen Wohnbevölkerung. Bei dieser Rechnung werden Aufenthalts- und Kurzaufenthaltsbewilligungen mit einer Gültigkeitsdauer von über einem Jahr einbezogen. Als



Vor 100 Jahren waren sie konsequenter:

weitere Variante sieht der Gesetzesentwurf eine Lösung vor, bei der nur die Nettozuwanderung von Personen aus EU/Efta berücksichtigt wird. So könne man vermeiden, dass wegen einer hohen Zuwanderung von Personen aus Drittstaaten automatisch auch die Zahl von Angehörigen der EU/Efta-Staaten eingeschränkt werden müsse, heisst es im Gesetzesentwurf.

So viel lässt sich jetzt schon mit Gewissheit sagen: Das Teamwork von Justizministerin Simonetta Sommaruga, Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann (FDP) und Aussenminister Didier Burkhalter (ebenfalls FDP) macht vieles komplizierter, als es tatsächlich ist – zum Beispiel mit der Einführung einer Schutzklausel und eines zusätzlichen Schwellenwertes. Oder auch mit der Bildung einer neuen, laut Botschaft teuren Zuwanderungskommission, die unter Berücksichtigung der Arbeitslosenzahlen, des inländischen Potenzials an Arbeitskräften, des Bedarfs der Wirtschaft und so weiter diesen Schwellenwert definieren muss und auch für Höchstzahlen und Kontingente zuständig ist.



Bundesräte Sommaruga, Burkhalter, Schneider-Ammann (v.l.).

Mit der Schutzklausel plus Schwellenwert wollte man ursprünglich den Anschein der Personenfreizügigkeit aufrechterhalten, um die EU milde zu stimmen. Doch wenn man die Vorlage jetzt auch ohne Segen der EU umsetzen will, wieso verwendet man nach wie vor den komplizierten Schutzklauselmechanismus, anstatt auf das altbewährte und einfache Kontingentsystem zurückzugreifen?

Bevor die Schweiz mit der EU das Abkommen zum freien Personenverkehr abschloss, steuerte sie die Zuwanderung erfolgreich genau so: mit Höchstzahlen und Kontingenten. Je nach Wirtschaftslage gab es Ausschläge nach oben wie nach unten. Der Wert sei aber deutlich tiefer gewesen als die rund 85 000, die heute kämen, sagte der frühere Justizminister Christoph Blocher gegenüber der Zeitung *20 Minuten*. Vor der Personenfreizügigkeit habe die Schweiz eine Zuwanderung von durchschnittlich gegen 21 000 Personen gehabt. Selbst die *NZZ* befand nach der Beratung der MEI im Parlament 2013, Höchstzahlen und Kontingente hätten einen «dämpfenden Effekt» auf die Zuwanderung. Sommaruga

hatte zuvor im Nationalrat steif und fest das Gegenteil behauptet.

Für erwerbstätige Personen aus Drittstaaten gelten heute immer noch Höchstzahlen und Kontingente bei Aufenthalts- und Kurzaufenthaltsbewilligungen – ohne dass zuerst ein Schwellenwert überschritten werden muss. Neu soll es auch Beschränkungen für Aufenthalte ohne Erwerbstätigkeit geben, beim Familiennachzug und im Asylbereich (vorläufig Aufgenommene, anerkannte Flüchtlinge mit Aufenthaltsbewilligung). Die Schweiz gewährt aber auch Kroatien den Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt mit Kontingenten. Diese entsprechen den Zahlen, die im Protokoll III zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien stehen. Der Bundesrat wollte dieses nach dem Ja zur MEI ja nicht mehr unterzeichnen.

Wie sonderbar das Trio Sommaruga, Schneider-Ammann und Burkhalter ans Werk geht, zeigt sich gerade bei der Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien. Wie gesagt, weigerte sich der Bundesrat nach dem MEI-Entscheid, das Protokoll III zu unterschreiben. Aus dem vorliegenden Gesetzesentwurf zum Aus-

länderrecht geht nun hervor, dass der Bundesrat das EJPD beauftragt habe, in Zusammenarbeit mit dem EDA die notwendigen Schritte zur Unterzeichnung des Protokolls zur Erweiterung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien mit einer einseitigen Erklärung der Schweiz an die Hand zu nehmen. Das hätte der Bundesrat schon nach der MEI so beschliessen können.

Handeln ohne Einvernehmen mit der EU

Fassen wir also zusammen: Das System mit Höchstzahlen und Kontingenten hat sich bei der Steuerung in der Vergangenheit und bis heute bestens bewährt. Trotzdem planen Sommaruga, Schneider-Ammann und Burkhalter ein komplizierteres System mit Schutzklausel und Schwellenwert sowie einer neuen Zuwanderungskommission – um die EU bei der Umsetzung ins Boot zu holen. Aber die neuen Regeln will man auch ohne Einvernehmen mit der EU in Kraft setzen. Vor hundert Jahren waren die Entscheide der Landesregierung gewiss nicht über jeden Zweifel erhaben – aber wenigstens waren sie klarer. ○

Spektakuläre Wachstumsgeschichte

Alfred N. Schindler, Hauptaktionär und langjähriger Chef des Schindler-Konzerns, regelt seine Nachfolge. Wie kam es dazu, dass aus dem mittelgrossen Unternehmen ein Riese wurde?
Von Beat Gygi

Vier Jahrzehnte lang hat Alfred N. Schindler mit aller Energie an der Entwicklung des Unternehmens gearbeitet, das in der Schweizer Industrie eine spektakuläre Wachstumsgeschichte darstellt. Als Vertreter der Eigentümerfamilien Schindler und Bonnard, die über Aktionärsbindungsverträge und nahestehende Personen rund 70 Prozent der Stimmen halten, und als Hauptaktionär ist er seit den siebziger Jahren in der Führung, in den achtziger Jahren wurde er Konzernchef und in den neunziger Verwaltungsratspräsident. In der Öffentlichkeit war und ist er der Exponent der Firma. «Schindler ist Schindler», hört man etwa, Entwicklung und Auftritt der Firma werden massgeblich mit ihm in Verbindung gebracht.

Nun stehen aber Änderungen bevor. Vor einigen Tagen hat der 67-jährige Schindler seine Nachfolgeregelung bekanntgegeben, lange vor Erreichen der statuarischen Altersgrenze. Im Frühling 2017 will er den Posten des Präsidenten abgeben und als normaler Verwaltungsrat weiterarbeiten, wahrscheinlich bis 2022. Sein Nachfolger als Verwaltungsratspräsident soll der heutige Konzernchef Silvio Napoli werden, und auch Napolis Nachfolger als Konzernchef, Thomas Oetterli, kommt aus dem eigenen Kader.

Schock durch den Tod des Vaters

«Ich habe seinerzeit Verantwortung übernommen und kann sie nun wieder abgeben, und zwar so, dass es *verhebt*. Das ist mir wichtig, da ist viel Herzblut geflossen», sagt Schindler im Gespräch. Seine Karriere im Unternehmen hat er 1977 begonnen, damals machte die Firma gut 1 Milliarde Franken Umsatz und war etwa 250 Millionen Franken wert. Heute kommt der Schindler-Konzern mit gut 56 000 Beschäftigten auf einen Umsatz von nicht ganz 10 Milliarden Franken, und der Börsenwert lag jüngst je nach Kurs zwischen 16 und 19 Milliarden Franken. Umsatz acht Mal höher, Firmenwert siebzig bis achtzig Mal höher als damals – das ist in knappsten Zahlen die Firmengeschichte, die ohne die Persönlichkeit Schindler wohl nicht zustande gekommen wäre.

Was war in dieser Karriere sein einprägsamstes Erlebnis? Für ihn war es gleich zu Beginn der Schock durch den Tod seines Vaters 1976, als er selber an der Elite-Schule Wharton in den USA mitten in seiner Ausbildung steckte.

Vor der Frage, wie es mit dem MBA-Studium weitergehen solle und wie er sich in der Firma engagieren wolle, ohne Mentor, ohne grossen lokalen Bekanntenkreis – er hatte seine Matura

im Welschland gemacht –, sah sich Schindler damals in der Situation «Vogel, friss oder stirb». Bis in die letzte Faser seines Wesens habe er gespürt, dass es nun darum gehe, entweder sich durchzusetzen oder auf eine Karriere in der Firma zu verzichten. Das Unternehmen war nicht in besonders gutem Zustand; wenn er einsteigen wollte, musste man rasch handeln. Er entschied sich für den Einstieg und schickte sich an, in Verwaltungsrat, Geschäftsleitung und Familie das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines *reality check* zu schaffen. Er holte junge Leute der Familie ins Boot, etwa Luc Bonnard, Uli Sigg und andere. Bonnard bildete zusammen mit Schindler und Alfred Spörri jahrzehntelang den dreiköpfigen Ausschuss, der die Führung des Konzerns prägte.

Neben seinem Eintritt in die Firma setzte Schindler 1977 das Studium in den USA fort, hin- und herreisend, Prüfungen wechselten ab mit der Zeit im Geschäft. In den Verwaltungsrat gewählt, begann er damals – so seine Schilderung –, seine Argumente und Management-Betrachtungen da einzubringen, um die Führung für Reformen zu gewinnen. Neue Methoden und ein eingessenes Führungsgremium – da war

Der Feinschliff des Konzerns brauchte Jahre, und das Ziel ist immer noch nicht voll erreicht.

einiges an Überzeugungsarbeit nötig. War die Strategie des starken Wachstums denn schon damals das Ziel, oder hat sich das mit der Zeit ergeben? Schindler legt dar, es sei rasch klar gewesen, dass die Strategie auf starkes Wachstum und die Fokussierung auf das Kerngeschäft zu richten sei. Aber es gab vieles zu bereinigen, das Unternehmen war damals breit diversifiziert. 1983 wurde er Chef Planung und 1985 Konzernchef. In dieser Zeit begann eine ganze Serie von Firmenverkäufen. Fünfzehn Geschäftsfelder wurden verkauft, etwa der Waggonbau, Hämmerle Maschinenbau, Gelenkketten, Schindler-Digitron (Roboter), des Weiteren das Geschäft mit Wertheim-Kassenschränken, die Giesserei Emmenbrücke, Getriebe für Traktoren, Industriebmotoren, Aktenbeförderer, Pumpen und Krane.

Dann machte man sich an den Auf- und Ausbau des Aufzugs- und Fahrtreppengeschäfts – ergänzt um Gebäudetechnik –, das man vor Augen hatte. Ziel war es, weltweit zur Nummer zwei zu werden und global tätig zu sein. Die sogenannte St.-Charles-Strategie von Anfang der

neunziger Jahre zeichnete die Entwicklung vor, die nach Schindlers Worten im Prinzip heute noch gilt. Im historischen Anwesen der St.-Charles-Stiftung am Vierwaldstättersee fanden treffen statt, um abgeschieden in völliger Ruhe arbeiten zu können. Immer dienstags bis donnerstags traf sich die Führung da; monatelang hat die rund zehnköpfige Gruppe den Konzern analytisch auseinandergenommen, Modelle ausgearbeitet, Szenarien durchgerechnet, budgetiert, Aufgaben zugeteilt, Beurteilungskriterien diskutiert. Auf fast 500 Seiten hat man Werte, Strategien, Aufgaben und zahlreiche Einzelprojekte in sieben Modulen festgehalten.

Und dann wurde umgesetzt, es wurden neue Märkte erschlossen, man suchte in vielen Ländern passende Firmen zu erwerben. Der psychologische Umgang mit Beinahe-Verkaufsbereiten sei wichtig, das seien Leute, die nicht primär Geld, sondern ihr Lebenswerk in den richtigen Händen wissen wollten.

Schindler-DNA passt genau zur Schweiz

Später ging es vor allem darum, aus dem komplexen Puzzle eine homogene Plattform zu machen, so dass ein Konzern aus der Grösse auch die Vorteile ziehen kann; zum Beispiel weltweit ähnliche oder standardisierte Produkte und Arbeitsabläufe einsetzen. In den einen Ländern musste man Gas geben, in den andern bremsen. Noch ist frisch in Erinnerung, wie der leidenschaftliche Porsche-Fahrer Schindler dies mit gleichzeitigem Bremsen und Gasgeben (*punta-tacco*) auf der Rennstrecke verglich. Der Feinschliff des Konzerns brauchte Jahre, und das Ziel ist immer noch nicht voll erreicht. Im Moment läuft die Expansion in den asiatischen Märkten, und der Konzern zählt zu den drei grössten Spielern auf dem Weltmarkt.

Ist das noch eine Schweizer Firma? Ja, sagt Schindler, die DNA des Unternehmens passe genau zur Schweiz. Man wolle auch 142 Jahre nach der Gründung eine unabhängige Schweizer Firma bleiben, und die nächste Generation der Familien stehe langsam bereit. Grundlage dafür sei die Haltung: zuerst der Sache dienen, dann erst etwas fordern.

Um die Schindler-DNA zu erhalten, müsse man allerdings dem Management und dem Verwaltungsrat den Rücken freihalten, eine deutliche Stimmenmehrheit behalten. Sonst wäre auch ein Going-private, also ein Verlassen der Börse, zu überlegen, das viele Probleme der Überregulierung bei kotierten Aktiengesellschaften lösen würde. ○



«Viel Herzblut»: Verwaltungsratspräsident Schindler.

Die alten Probleme

Der Bundesrat will mit einer Flüchtlingslehre erreichen, dass mehr ehemalige Asylanten eine Stelle bekommen. Ob damit die berufliche Integration gelingt, ist fraglich. Ein früherer Versuch verlief ernüchternd. *Von Alex Reichmuth*



«Mangelhafte Grundarbeitsfähigkeit»: eritreische Asylbewerber in Lumino TI.

Das Phänomen ist hinlänglich bekannt: Anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene hängen überaus häufig am Tropf der Sozialhilfe. Nur eine Minderheit der ehemaligen Asylanten hat einen Job. Angesichts der vielen Asylbewerber tickt eine Zeitbombe: Gelingt es nicht, deutlich mehr dieser Menschen in die Arbeitswelt zu integrieren, steigen die Sozialkosten in den nächsten Jahren rasant.

Um die Jobchancen ehemaliger Asylanten zu erhöhen, lanciert der Bundesrat nun eine sogenannte Flüchtlingslehre. Die Regierung gleist für 54 Millionen Franken ein Pilotprojekt auf, an dem ab 2018 jährlich maximal tausend Personen teilnehmen können: Die Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen sollen dank einer Kombination von Kursen und praktischer Tätigkeit innert eines Jahres fähig werden, eine normale Berufslehre zu starten oder direkt einen Job zu bekommen. Im Fokus stehen Branchen wie Bau, Gastronomie, Pflege, Reinigung und gewisse Industriebereiche.

Kaum Festanstellungen

Die Idee der Flüchtlingslehre ist nicht neu: Schon 2006 hat der damalige Justizminister Christoph Blocher ein fast identisches Projekt ins Leben gerufen – allerdings nur für anerkannte Flüchtlinge, nicht für vorläufig Aufgenommene. Das Bundesamt für Flüchtlinge

(BfM, heute Staatssekretariat für Migration) startete damals einen einjährigen Pilotversuch mit rund fünfzig Personen, der zeigen sollte, ob die Kombination aus Schulung und praktischer Arbeit die beruflichen Chancen verbessert.

Schon während des Versuchs zeigten sich Schwierigkeiten. So meinte Blocher im Frühling 2007 gegenüber der Presse: «Sie [die Teilnehmer der Flüchtlingslehre, Anm. der Red.] gehen zwar in die Kurse, aber sie können die Sprache doch nicht.» Das habe zur Folge, dass das Verrichten einfachster Arbeiten als Hilfskellner oder Stapelfahrer unmöglich sei.

Im September 2008 legte das BfM eine Auswertung zum Pilotversuch vor. Das Resultat der Flüchtlingslehre muss als ernüchternd bezeichnet werden. Ausgewiesen wurde, wie viele Absolventen der drei Teilangebote «Logistik», «Gastro» und (nicht branchenspezifisch) «Overall» einen Job ergattern konnten. Beim Angebot «Logistik» fanden von zehn Absolventen zwar fünf eine Arbeit, vier davon aber nur eine temporäre. Ein einziger Absolvent hatte einen festen Job. Beim Angebot «Gastro» fanden von vierzehn Absolventen zwar vier eine Festanstellung, drei konnten einen Vertrag mit einem Temporärbüro abschliessen. Allerdings hatte hier der zuständige Branchenverband entgegen den Vorgaben des Bundes keine «Risikofälle» in die Flüchtlingslehre aufgenommen. Berück-

sichtigt worden waren nur Bewerber mit sehr guten Voraussetzungen bezüglich Deutschkenntnissen, Bildungsstand oder Motivation.

Dürftig war das Resultat vor allem beim Angebot «Overall». Hier fanden zwar sieben von 25 Teilnehmern eine Festanstellung. Vierzehn andere aber, also weit über die Hälfte, hatten den Lehrgang abgebrochen. Der Evaluationsbericht erklärte dies mit einer hohen Zahl an «schlechteren Risiken», «weil offensichtlich gar keine geeigneteren KandidatInnen zur Verfügung standen». Als Abbruchgründe wurden gesundheitliche und sprachliche Probleme genannt, zudem eine «mangelhafte Grundarbeitsfähigkeit» – womit fehlende Pünktlichkeit und Sozialkompetenz gemeint waren.

«Kein wirkliches Interesse an der Arbeit»

Insgesamt hatten einige Monate nach Ende der Flüchtlingslehre nur 24 Prozent der Absolventen einen festen Job. Das lag auch daran, dass drei von ihnen Arbeitsverträge ausgeschlagen hatten – laut BfM-Bericht so begründet: «andere Lebenspläne», «Arbeitsort zu weit vom Wohnort entfernt» oder «kein wirkliches Interesse an der Arbeit». Bezeichnenderweise wurde der ernüchternde Bericht des Bundes in den Medien mit keinem Wort erwähnt.

Die Flüchtlingslehre wurde nach dem Pilotversuch zwar weitergeführt und läuft bis heute, aber in kleinem Umfang nur in den Kantonen Luzern und Zürich. Verantwortlich ist die Organisation Hotel & Gastro Formation, die eine knapp einjährige Grundausbildung in der Gastronomie, in Gebäude- und Automobiltechnik oder im Baugewerbe anbietet, mit jährlich vierzig bis fünfzig Absolventen. Laut Angaben der Organisation finden etwa achtzig Prozent von ihnen anschliessend einen Job. Diese hohe Quote dürfte darin begründet sein, dass die Kursverantwortlichen vorwiegend überdurchschnittlich geeignete Bewerber unter den Flüchtlingen aussuchen können.

Wie steht Altbundesrat Blocher heute zur Flüchtlingslehre, die er vor fast zehn Jahren initiiert hat? Die Idee sei eigentlich gut, meint er. Die Krux sei aber gewesen, dass viele Absolventen gar kein echtes Interesse an einem Job gehabt hätten. «Sie wussten, dass sie nur mit Mühe einen Verdienst erzielen können, der höher als Sozialhilfeleistungen liegt», so Blocher. «Das nahm ihnen die Motivation.»

Jetzt lanciert der Bundesrat die Flüchtlingslehre also neu. Die alten Probleme dürften seine hehren Ziele bald wieder durchkreuzen. ○

Staat sponsert Ferien für Flüchtlinge

Die Stadt Winterthur organisiert Flugtickets für eine eritreische Familie, die von der Sozialhilfe lebt. Der Steuerzahler zahlt mit.

Von Philipp Gut

Der Brief hat es in sich. Absender ist die Stadt Winterthur, Soziale Dienste, Sozialberatung, Abteilung 2. Am 17. Dezember 2015 schrieb Sozialarbeiterin Xhylije Ismaili ein «Beitragsgesuch» an mehrere lokale Stiftungen und Organisationen, darunter die traditionsreiche Hilfsgesellschaft und die Heilsarmee. Zweck des Bettelbriefs: «die Finanzierung des Flugtickets». Davon soll eine eritreische Familie profitieren, die mit ihren drei kleinen Kindern der Jahrgänge 2008, 2011 und 2013 in Winterthur lebt und Sozialhilfegelder kassiert. Der Antrag benennt den Zweck der Reise: «Familienerien Sommer 2016 in Sudan».

Die unglaubliche, aber aktenkundige Geschichte begann 2009. Damals reiste Frau Adhanet T. mit ihrer einjährigen Tochter in die Schweiz ein. Die eritreische Staatsbürgerin erhielt den Flüchtlingsstatus. Dabei blieb es nicht: Durch Familiennachzug kam ihr Ehemann Ataklti D. 2010 ebenfalls in die Schweiz. Sofort bezog die Familie Sozialhilfe. «Seit November 2010 sind sie in der Unterstützung», wie es laut Akten im Sozialarbeiterjargon heisst.

In der Begründung ihres Antrags schreibt Sozialarbeiterin Ismaili, die Familie bemühe «sich sehr, sich in der Schweiz zu integrieren». Herr D. – geboren 1979 – habe eine Lehrstelle gefunden und stehe im dritten Lehrjahr als Strassen-transportfachmann. Frau T., seine Gattin, besuche einen Intensiv-Deutschkurs. Allerdings nicht ganz so intensiv: Wegen «Betreuungspflichten» habe sie «eine Pause einlegen» müssen. Schliesslich sei sie schon mit einem Kleinkind in die Schweiz eingereist, und zwei weitere Kinder seien seither hinzugekommen.

Ferienziel Sudan – oder doch Eritrea?

Die letzten drei Jahre seien für die Familie «sehr anstrengend» gewesen. Im Sommer schliesse Herr D. seine Ausbildung ab. «Sie würden gerne ihre Familie besuchen, aber nicht in Eritrea, sondern im Sudan treffen.»

Spätestens an dieser Stelle horcht man auf. Die *Weltwoche* hat von Fällen berichtet, in denen Eritreer, die in ihrer Heimat angeblich verfolgt werden, munter dorthin reisten (*Weltwoche* Nr. 37/15) «Hochzeitsferien in Eritrea»). Auch der eritreische Honorarkonsul Toni Locher, der seit Jahrzehnten jedes Jahr nach Eritrea geht und dort verschiedene Hilfsprojekte betreibt, sagt auf Anfrage, solche Ferienreisen kämen häufig vor. Der Bund will davon aber nichts wissen, und die Stadt Winterthur verweist einfach auf die gesetzlichen Grundlagen: Der Aufenthalt

von Flüchtlingen oder vorläufig Aufgenommenen in ihrem Heimatland führe zum Verlust des Aufenthaltsrechts in der Schweiz. Auf die Frage der *Weltwoche*, ob man es nicht für wahrscheinlich halte, dass die Eritreer vom Sudan aus ihr benachbartes Heimatland besuchen, gab das Sozialamt nur ausweichend Antwort.

«Auszeit in den Sommerferien»

Ein Aufreger sind auch die Kosten für die Flugbillette. Diese betrügen 3400 Franken, so Sozialarbeiterin Ismaili in ihrem Schreiben. Und weiter: «Allerdings liegen diese Ferien, bei ihrer finanziellen Lage, nicht im Rahmen des Machbaren.» Die drei Kinder könne die Stadt Winterthur – und somit der Steuerzahler – mit einem Betrag von 400 Franken unterstützen. Dies als «situationsbedingte Leistung» gemäss Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos). Die Familie selbst steuere eine «Eigenbeteiligung» von 200 Franken bei. Ihr fehlten also noch 2800 Franken. «Damit sich die Familie eine Auszeit in den Sommerferien 2016 gönnen und durch den Familienbesuch wieder neue Motivation tanken kann, bitten wir um Übernahme der Kosten für fünf Flugtickets», schreibt die Sozialarbeiterin. Kontonummer und Einzahlungsschein lieferte sie gleich mit.

Der Fall bleibt bemerkenswert. Abgesehen davon, dass es politisch umstritten ist, eritreischen Staatsangehörigen den Status als an Leib

und Leben verfolgte Flüchtlinge zu gewähren, sticht die Nonchalance ins Auge, mit der die Behörde diese Frage behandelt («Sie würden gerne ihre Familie besuchen, aber nicht in Eritrea, sondern im Sudan treffen»). Kontrolliert wird das offenbar nicht – sonst könnte vielleicht noch herauskommen, dass die Familie in Eritrea gar nicht wirklich verfolgt ist.

Hinzu kommt die Finanzierung. Die fünfköpfige Familie aus Eritrea ist kein Einzelfall. Im letzten Jahr haben allein in der Stadt Winterthur vier weitere staatlich organisierte Ferienreisen stattgefunden. Gesamtkosten: gegen 10 000 Franken.

Ist es tatsächlich Staatsaufgabe, dafür zu sorgen, dass ausländische Sozialhilfebezüger «Sommerferien» in Afrika machen können, um «neue Motivation» zu tanken? Motivation wofür – etwa den Bezug weiterer Sozialleistungen? Oder den abgebrochenen Deutschkurs?

Die Stadt Winterthur begründet die Reisen so: «Bei Working-Poor-Familien bestehen positive Effekte, wenn sie ihren belastenden Alltag einmal kurze Zeit zurücklassen können.» Positive Effekte wird diese Praxis sicher auf die Anziehungskraft der Schweiz als Asyl-land haben: Die Eritreer werden ihren Verwandten und Bekannten kaum vorenthalten, dass man in der Schweiz nicht nur Geld und Wohnung und eine Vielzahl weiterer Leistungen vom Staat erhält, nein: Man erhält auch Flugtickets für Sommerferien auf fernen Kontinenten. ○



In Afrika «neue Motivation» tanken.



Sie nannten ihn «Dr. Dolittle»: René Strickler mit weissem Königstiger in seinem Raubtierpark im solothurnischen Subingen.

Drama des Dompteurs

René Strickler gehörte zu den gefragtesten Tierlehrern der Welt. Vor zehn Jahren eröffnete er in Subingen seinen eigenen Raubtierpark. Nun hat ein Gericht die Zwangsräumung des Zoos angeordnet, den zum Teil seltenen Tieren droht die Erschiessung. *Von Rico Bandle*

Das geschmeidige Tier nahm einen kurzen, aber kräftigen Anlauf, sprang los und flog in der Manege fast drei Meter weit direkt in René Stricklers Arme. Der Sprung des schwarzen Panthers war der Höhepunkt einer weltweit bewunderten Dressurnummer. Vor allem aber war es ein eindrücklicher Vertrauensbeweis der Raubkatze gegenüber ihrem Dompteur, dem Schweizer René Strickler.

In den siebziger bis neunziger Jahren erlebte der Zirkus eine Glanzzeit, und René Strickler, der mit Tigern, Löwen, Bären, Panther und Pumas die grösste gemischte Raubtiernummer weltweit präsentierte, gehörte zu den ganz grossen Namen. Während dreier Saisons war er mit dem Circus Knie unterwegs, zwei Mal erhielt er am weltweit bedeutendsten Zirkusfestival, jenem von Monte Carlo, eine Auszeichnung. In ganz Europa zeigte er seine spektakuläre Dressur-

nummer, in Australien gastierte er in einer der grössten Zirkusshows der Welt, selbst der legendäre US-Zirkus Ringling Bros. and Barnum & Bailey wollte ihn engagieren – er sagte jedoch ab, weil seine Tiere dort nicht genug Auslauf gehabt hätten. Strickler war in jungen Jahren nicht nur ein herausragender und höchst erfolgreicher Tierlehrer, sondern auch ein attraktiver Mann, der zuweilen auch als Fotomodell oder Filmschauspieler tätig war.

Heute kämpft Strickler in der Industriezone von Subingen SO um sein Lebenswerk. Vor elf Jahren wurde er hier sesshaft, mietete eine Fabrikhalle sowie rund 10 000 Quadratmeter Land und erschuf sich ohne jegliche Unterstützung der öffentlichen Hand seinen eigenen Raubtierpark. 190 Bäume und 500 Sträucher pflanzte er und seine sechs Mitstreiter an, sämtliche Stallungen und die elf

grosszügigen Aussengehege schweissten sie eigenhändig zusammen. Zwischen Fabrikgebäuden und Fertigungshallen der Georg Fischer AG ist in unermüdlicher Arbeit eine Oase entstanden, die in den Sommermonaten Tausende von Familien anlockt. Strickler investierte einen grossen Teil seines Vermögens in den Park, er wohnt auch mittendrin, ganz nahe bei seinen Tieren – von seiner Stube aus sieht er direkt in das Löwengehege.

«Jungle World» in Subingen

September 2008 lief der vorerst auf fünf Jahre befristete Mietvertrag für das Land aus, die Eigentümerin, die Immobilienfirma Espace Real Estate AG, wollte ihn nicht verlängern. Zweimal konnte Strickler eine Mietfrist-erstickung erwirken; vor zwei Jahren unterzeichnete er mit der Firma einen Vergleich, laut dem er das Gelände bis Ende 2015 hätte

verlassen müssen. Als Alternative bot ihm die Eigentümerin an, das Land zu kaufen. Strickler suchte schweizweit verzweifelt nach einem neuen Standort – vergeblich. Zu streng sind die Zonenvorschriften. Zuletzt wollte er mit Hilfe eines ausländischen Investors das Gelände erwerben. Das Geld sei da, aber zwecks Prüfung noch bei den Aufsichtsbehörden blockiert, sagt er.

Dies klingt abenteuerlich, Strickler beteuert inbrünstig, dass dies stimme: Es sei nur eine Frage der Zeit, bis die 14 Millionen Franken für das Land und die Umsetzung des geplanten Erlebnisparks «Jungle World» eintreffen. Der mutmassliche Investor, «ein sehr reicher Tiefreund», wolle anonym bleiben – was eine Überprüfung unmöglich macht. Jedenfalls möchte die Espace Real Estate AG nicht länger zuwarten und hat ein Vollzugsbegehren für die Räumung eingereicht.

Doch wie will man Raubtiere wie Löwen, Tiger, Pumas und Bären zwangsräumen?

Das weiss niemand. Am 3. Februar findet diesbezüglich beim Richteramt Bucheggberg-Wasseramt eine öffentliche Aussprache statt. Obschon die Räumung beschlossene Sache ist und die Lage aussichtslos erscheint, glaubt Strickler fest daran, dass sich noch eine Lösung finden lässt, dass beispielsweise noch ein anderer Geldgeber auftaucht, der das Geld vorschiesst.

Der Puma schnurrt wie eine Hauskatze

Zurzeit ist der Park wie immer während der Wintermonate geschlossen. Ganz ohne Gäste macht er an dem kalten Wintertag einen eher tristen Eindruck – bis der 67-jährige Tierlehrer zu einem Rundgang einlädt. Ein weisser Löwe mit eindrücklicher Mähne steht direkt am Gitter des Geheges, er befindet sich etwas mehr als einen Meter vor uns – so nahe kommt man einem solchen Tier sonst nirgends. Es ist ein Prachtsexemplar, stolz und kraftvoll, eine Erscheinung, die einen ehrfürchtig werden lässt, auch wenn da noch ein Gitter dazwischen ist. Die Tiger nebenan kommen gleich hergelaufen, als sich Strickler ihrem Gehege nähert. Der Meister streckt die Hand zwischen die Gitterstäbe, streichelt liebevoll die Tiere, die seine Zuneigung sichtlich geniessen. Dasselbe nebenan, wo die Pumas hausen. Das eine Tier beginnt ob den Streicheleinheiten zu schnurren wie eine Hauskatze. «Pumas sind die einzigen Wildkatzen, die das tun», erzählt Strickler.

Strickler und die Raubtiere, das ist eine vierzig Jahre währende Liebesgeschichte. Aufgewachsen ist der Tierlehrer in Rapperswil am Zürichsee, sein Schulweg führte an den Winterstallungen des Circus Knie vorbei. Wann immer er konnte, schaute der Junge zu, wenn in den Wintermonaten namhafte Dompteure die exotischen Tiere für die kommende Saison ausbildeten. Dennoch schlug er erst eine bür-

gerliche Laufbahn ein, besuchte in Zürich die Handelsschule Juventus. Sein bester Freund in der Klasse war: Rolf Knie. In den Ferien reiste er jeweils mit Rolf im Zirkus mit und verbrachte jede freie Minute bei den Tieren. Nach der Ausbildung arbeitete er eher widerwillig ein Jahr als Sachbearbeiter beim Bankverein

Mit dem Eisbären hatte er ein so enges Verhältnis, dass er sogar bei ihm schlafen konnte.

am Paradeplatz, um dann seiner Bestimmung zu folgen: Beim Circus Knie erhielt er eine Stelle als Assistent des Mediensprechers, durfte in der Freizeit bei Fredy Knie mit den Tieren arbeiten. Nach zwei Jahren engagierte ihn der heute nicht mehr existente Künzler-Zoo in Romanshorn, um dessen sechzehn bis achtzehn Monate jungen Tiger und Löwen zu dressieren. Strickler, damals 21 Jahre alt und ohne Erfahrung, sah nur eine Möglichkeit, die halbwüchsigen Raubkatzen zu bändigen: indem er eine Freundschaft zu ihnen aufbaute. Er verbrachte Tag und Nacht mit den Tieren; die Nummer, die er entwickelte, war so gut, dass ihn der Circus Nock und ein Safaripark in Mallorca engagierten.

Die artenreichste Nummer der Welt

Dass es da einen jungen Mann gab mit der herausragenden Gabe, eine Beziehung zu den Tieren aufzubauen, von ihnen als Partner und Leittier akzeptiert zu werden, sprach sich rasch herum. So auch in Mallorca, wo er nach seinem Engagement mit den Romanshorner Raubkatzen den Auftrag erhielt, sich mit den jungen Pumas, Leoparden, Löwen und Tigern

des dortigen Parks zu beschäftigen. Verschiedene Tierarten gleichzeitig in die Manege zu bringen, gilt als äusserst anspruchsvoll. Der Schweizer Dompteur mit der sanften Stimme meisterte auch diese Herausforderung: Noch keine 25 Jahre alt, präsentierte er die damals weltweit artenreichste Raubtiernummer.

Strickler war ganz oben angekommen. Der gutaussehende Dompteur mit dem feschen Kostüm war in grossen Fernsehshows zu Gast, spielte mit seinen Tieren in Filmen mit, trat in den bedeutendsten Zirkussen Europas auf. Mit einem Bankkredit kaufte er dem mallorquinischen Safaripark die von ihm dressierten Tiere ab; seine erste eigene Horde umfasste zwei Pumas, zwei Leoparden, zwei schwarze Panther, drei Löwen, vier Tiger, vier verschiedene Bärenarten – einen Schwarzbären, einen Eisbären, einen kanadischen Schwarzbären und einen Kragenbären. Letzterer ist mittlerweile 35 Jahre alt und lebt noch immer bei ihm im Raubtierpark. Auch zwei Bernhardinerhunde waren Teil der Nummer.

Im Fracht-Jumbo nach Australien

Strickler war der erste Zirkusdompteur, der für seine Raubtiere an jedem Gastspielort ein Aussengehege aufstellte, damit die Tiere nicht ständig im Wagen bleiben mussten. In den Medien wurde er «Dr. Dolittle» genannt, «der Mann, der mit Tieren reden kann». Er ist noch heute überzeugt, dass gutgehaltene Zirkustiere durch die Abwechslung und die tägliche Beschäftigung ein besseres Leben haben als Zootiere, die sich in der immergleichen Umgebung langweilen.

Aber gehört ein Eisbär wirklich in einen Zirkus? «Wenn Sie wüssten, aus welcher widrigen Verhältnissen ich das Tier gerettet hatte, wür-



Aufgeben kommt nicht in Frage: Strickler mit Berglöwen im Zirkus Krone in München, 1999.

den Sie das nicht fragen», sagt er. «Vierzehn Jahre lang hat mich der Eisbär begleitet, wir hatten ein so enges Verhältnis, dass ich sogar bei ihm schlafen konnte.» Beim Transport nach Australien sei er mit seinen Tieren im Fracht-Jumbojet mitgereist, zum Teil in den Käfigen drin. «Dadurch blieben die Tiere ganz ruhig, die haben die Reise problemlos überstanden.»

Vielleicht hatte er auch deshalb nie Probleme mit Tierschützern: Wenn man sieht, wie sich die Tiere an ihn schmiegen, wie sanftmütig er mit ihnen umgeht, wie gesund und agil sie wirken – da wird jedes Tierschutzargument zur Farce.

Tiger biss sich in seinem Bein fest

1978, 1991 und 1994 war Strickler mit dem Circus Knie unterwegs – für jeden Schweizer Zirkuskünstler die Erfüllung eines Kindheitstraumes. Eine grosse Zeit erlebte er auch im deutschen Circus Roncalli, bei dem er von 1981 bis 1990 tätig war. Roncalli, gegründet nicht von Zirkusleuten, sondern von den ausserstehenden Künstlern André Heller und Bernhard Paul, revolutionierte mit seinem völlig neuartigen Programm die Zirkuswelt ähnlich stark wie zwanzig Jahre später der kanadische Cirque du Soleil. Und gleich zwei Schweizer waren da viele Jahre lang die Stars: René Strickler und der St. Galler Clown Pic, bekannt vor allem durch seine poetische Seifenblasennummer. Die beiden wechselten im Anschluss an das Roncalli-Engagement 1991 gemeinsam zu Knie.

Der 18. Oktober ist seit einem Zwischenfall so etwas wie sein zweiter Geburtstag.

Während der Zeit bei Roncalli ereignete sich auch der grösste Unfall in Stricklers Karriere. Am 18. Oktober 1988 klemmte ein Schieber am Aussengehege, Strickler war unkonzentriert, stolperte, da lag schon ein Tiger auf ihm und biss sich an seinem Bein fest. Ein Artist, der ihn verzweifelt retten wollte, wurde ebenfalls von einem Tier angefallen. Zum Glück war zufällig ein pensionierter Dompueur anwesend, der die Sache entschärfen konnte. Vier Minuten lang lag Strickler unter dem Tiger, «eine Ewigkeit», wie er sagt. Er musste operiert werden; ob er je wieder in der Manege stehen würde, war offen. Einen Groll gegen das Tier hegte er nicht. «Es war ja mein Fehler», sagt er. Der 18. Oktober ist seither so etwas wie sein zweiter Geburtstag.

Stricklers Raubtierherde wuchs stetig, meistens rettete er überzählige Zootiere vor dem Erschiessen. Ein Engagement in einem Zirkus zu finden, war mit über vierzig Raubkatzen kaum mehr möglich. Also kaufte er 1995 ein Zelt und zog fortan mit dem eigenen



Erfüllung eines Kindheitstraumes: 1978 im Circus Knie.



«... sonst sterben sie an gebrochenem Herzen»: 1991 im Circus Knie.

Raubtierzirkus durchs Land, wobei er an jedem Ort mit künstlichen Felsen und Wasserfällen einen prächtigen, temporären Zoo errichtete. Ziel war jedoch immer, ein festes Quartier beziehen zu können mit einem eigenen Zoo, in dem die Tiere weiterhin beschäftigt werden und eine enge Beziehung zum Menschen pflegen. In Subingen konnte der aussergewöhnliche Tierlehrer seinen Lebenswunsch erfüllen – doch nun droht er jäh zu scheitern.

Was passiert mit den Tieren, wenn es tatsächlich zur Zwangsräumung kommt? «Sie sterben», sagt Strickler. «Alle die Tierschützer

und Schreibtischexperten, die sagen, man könne die Tiere auswildern oder einem anderen Zoo geben, haben keine Ahnung.» Die zum Teil vom Aussterben bedrohten Tiere hätten ein so enges Verhältnis zu ihm, dass eine Trennung gar nicht möglich sei. «Man müsste die Tiere wohl erschiessen. Sonst sterben sie an gebrochenem Herzen», sagt er.

Die Hoffnung hat er nicht aufgegeben. «Vielleicht hilft mir ja durch Ihren Bericht noch jemand», sagt er. Aufgeben jedenfalls kommt für ihn nicht in Frage.

René Strickler ohne seine Raubtiere, das ist schlicht nicht vorstellbar. ○

Dreister Chefarzt

Der Berner Klinikleiter Frank Stüber betreibe eine Günstlingswirtschaft. Das wirft eine entlassene Oberärztin dem umstrittenen Chefarzt vor. Wie Recherchen zeigen, hat sich Stüber in der Tat zweifelhafte Vollmachten bei der Verteilung privatärztlicher Einnahmen gesichert. *Von Alex Reichmuth*

Der Konflikt zwischen der ehemaligen Anästhesie-Oberärztin Natalie Urwyler und dem Berner Klinikleiter Frank Stüber hat Schlagzeilen weit über Bern hinaus gemacht. Urwyler verlor als Schwangere während eines Dienstes am Inselspital ein Kind und kritisierte anschliessend spitalintern Stübers Führungsstil. Insbesondere vernachlässige dieser den Mutterschutz und diskriminiere Frauen. Prompt entliess das Inselspital darauf die Kritikerin, die als erst zweite Frau an der Universität Bern in Anästhesiologie habilitiert hatte.

Urwyler klagt nun gegen ihre Entlassung und wirft ihrem ehemaligen Chef vor, an seiner Klinik ein Klima der Angst und des Misstrauens geschaffen zu haben. Über die Klage ist noch nicht entschieden. Sie ist derzeit am Berner Regionalgericht hängig. Bereits 2013 haben 65 Anästhesiepflegende Frank Stüber in einer spitalinternen Beschwerde vorgehalten, die Patientensicherheit zu gefährden. Auffällig sind die vielen Abgänge von Ärzten und Pflegenden an seiner Klinik.

Natalie Urwyler wirft Stüber in ihrer Klage auch vor, eine Günstlingswirtschaft bei der Verteilung von Einnahmen aus privatärztlicher Tätigkeit errichtet zu haben. Statt im Konsens mit den leitenden Ärzten der Universitätsklinik für Anästhesiologie und Schmerztherapie (KAS) bestimme Chef Stüber eigenmächtig über die entsprechenden Gelder. Die Berner Staatsanwaltschaft ermittelte darum gegen Stüber wegen ungetreuer Geschäftsbesorgung, ein Verfahren wurde dann aber nicht an die Hand genommen.

Dubioser Zusatzvertrag

Im November bestätigte die Berner Kantonsregierung, am Inselspital werde das Reglement über die privatärztliche Tätigkeit eingehalten. Gemäss diesem Reglement fliessen die entsprechenden Einnahmen der Ärzte in jeder Klinik in einen Pool. Die Verteilung der Poolgelder ist Sache der sogenannten Vertragsärzte. «Die Vertragsärzte/die Vertragsärztinnen befinden im Konsens über die Verteilung»,



Machtgefälle: Klinikleiter Stüber.

heisst es im Reglement. Die Regierung betonte explizit, dieser Konsensansatz gelte am Inselspital.

Sind es also nur böse Gerüchte, dass Chefarzt Stüber seine Kompetenzen überschreite? Der *Weltwoche* liegt ein brisantes Dokument vor. Es ist eine Art Zusatzvertrag zwischen einem leitenden Arzt der KAS und seinem Vorgesetzten, Frank Stüber. Der leitende Arzt hat vor der Unterzeichnung dieses Zusatzvertrags schon einen Vertrag mit dem Inselspital «betreffend privatärztliche Tätigkeit» abgeschlossen – wie im Reglement vorgesehen. Im Zusatzvertrag tritt der Arzt nun aber die Rechte, über die Gelder mit zu entscheiden, an den Klinikchef ab. Der Arzt, heisst es konkret, «überträgt Prof. Stüber die Aufgabe und Entscheidung, die Einnahmen aus privatärztlicher Tätigkeit der KAS, unter Berücksichtigung dieses Vertrags und dem Reglement über privatärztliche Tätigkeit am Inselspital [...], an die Vertragsärzte

der KAS und allfällig weitere Begünstigte zu verteilen» (siehe Ausriss). Zwar ist laut dieser Formulierung das Reglement gültig. Aber diese Regelung widerspricht dem Konsensprinzip, das dort angeführt ist.

Abenteuerliche Argumentation

Auf Anfrage schreibt die Insel Gruppe AG, zu der das Inselspital gehört, Chefarzt Stüber habe mit all seinen Vertragsärzten entsprechende Zusatzverträge abgeschlossen. Somit hatte Stüber effektiv ganz alleine das Sagen über die Verteilung der Pool-Gelder. Eine solche «vertragliche Delegation dieser Verteilkompetenzen» sei möglich, argumentiert die Insel-Gruppe. Der Zusatzvertrag widerspreche nicht dem Konsensprinzip – denn: «Dieser Vertrag wurde von Prof. Stüber im Konsens mit seinen Vertragsärzten vereinbart.» Die Spitalgruppe sagt also, es sei im Konsens vereinbart worden, dass das Konsensprinzip bei der Verteilung der Gelder nicht gelten soll.

Diese Argumentation wirkt abenteuerlich. Ob sie rechtlich zulässig ist, werden die Gerichte entscheiden. Zentral ist aber auch, ob die leitenden Ärzte in Stübers Klinik den Zusatzvertrag völlig freiwillig unterschrieben haben. Immerhin besteht zwischen dem Chef einer Klinik und den untergebenen Ärzten ein Machtgefälle. Auf die Frage, ob ein Arzt die Unterzeichnung des Zusatzvertrags hätte ablehnen können, ohne Nachteile fürchten zu müssen, antwortet die Spitalgruppe nur ausweichend: Ein privatrechtlicher Vertrag bedinge «immer eine gegenseitige Willensübereinstimmung», heisst es. «Dies gilt auch für diesen Vertrag.» Frank Stüber selber wollte sich nicht äussern.

An seiner Klinik fliessen jedes Jahr mehrere Millionen Franken aus privatärztlicher Tätigkeit in den entsprechenden Pool. Für viele Ärzte machen Einnahmen aus ihrer Arbeit als Privatarzt einen wesentlichen Anteil des Einkommens aus. Es geht also nicht um Kleinigkeiten. Dass sich Stüber als Klinikchef auf so einfache Art das Recht sichern kann, alleine über solche Gelder zu entscheiden, stärkt das Vertrauen in das Inselspital als solide öffentliche Einrichtung nicht. Irritierend ist vor allem, dass Stüber offenbar nicht der Einzige ist, der sich entsprechende Vollmachten gesichert hat. «Es gibt weitere Kliniken, die im Konsens delegiert haben», lässt die Spitalgruppe nämlich wissen. ○

überträgt Prof. Stüber die Aufgabe und Entscheidung die Einnahmen aus privatärztlicher Tätigkeit der KAS, unter Berücksichtigung dieses Vertrags und dem Reglement über privatärztliche Tätigkeit am Inselspital vom 31. August 2007, an die Vertragsärzte der KAS und allfällig weitere Begünstigte zu verteilen. Die gleichen Bestimmungen gelten für Auszahlungen aus dem wissenschaftlichen Fonds der KAS.

Regelung widerspricht dem Konsensprinzip: Passage aus dem brisanten Zusatzvertrag.

Professor Unstet

Der Zürcher Rechtsgelehrte Andreas Auer kämpft überall auf der Welt für die direkte Demokratie. Nur im einzigen Land der Welt, in dem sich die direkte Demokratie seit bald eineinhalb Jahrhunderten bewährt, passt ihm die Mitsprache des Volkes nicht. *Von Markus Schär*

«Die grosse Verliererin ist die Demokratie, auf allen Ebenen», warnte der Staatsrechtsprofessor. «Das Volk als Staatsorgan und seine Repräsentanten werden buchstäblich ausgebootet oder zu Prügelknaben erklärt.» Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg seien die demokratischen Grundsätze und Institutionen in ihren Wurzeln so verkannt und ausgeschaltet worden: «Das könnte sich rächen. Ohne Demokratie verliert der Staat seinen Halt in der Bevölkerung und damit seine Legitimität.»

Der Mahnruf für mehr Mitbestimmung des Volkes in der NZZ vom 29. November 2011 stammte vom Zürcher Professor Andreas Auer. Auch von ihm stammt das Manifest, das am 14. Januar 2016 in der NZZ stand. 120 Schweizer Rechtsprofessoren setzten ihren guten Namen unter den Text, der das Volk davor warnt, am 28. Februar der Durchsetzungsinitiative zuzustimmen, weil sie die schweizerische Rechtsordnung «mehrfach und in schwerwiegender Weise» gefährde.

Bezahlte Gutachten

Das Volk soll mehr mitbestimmen können – aber nur, wenn es ihm die Rechtsprofessoren erlauben? Der Widerspruch lässt sich leicht auflösen: Der Mahner schrieb vor einer Woche über die direkte Demokratie in der Schweiz, die er bekämpft, vor vier Jahren aber über die direkte Demokratie in der EU, die er erträumt. Wer sich durch das Werk des meinungsfreudigen Rechtsgelehrten kämpft, der sieht allerdings: Andreas Auer ist der wandelnde Widerspruch.

Nach dem Studium an der Uni Neuenburg und an der Southern Methodist University in Dallas («World Changers Shaped Here») stieg der Staatsrechtler dank einer Arbeit zu den politischen Rechten in den Kantonen 1980 in Genf zum Professor auf. Dort gründete er 1993 das Centre for Research on Direct Democracy. Zehn Jahre später ging ihm allerdings das Geld aus, deshalb schrieb er gerne bezahlte Gutachten, um die Bundesverfassung im Sinn von finanzkräftigen Auftraggebern auszulegen.

So kämpfte Andreas Auer 2003 als wissenschaftlicher Söldner für einen jüdischen Friedhof im calvinistischen Genf. Dabei stellte sich nur ein Problem: Die Bundesverfassung von 1874 setzte dem Kulturkampf auf den Friedhöfen ein Ende, indem sie die Kompetenz für das Bestattungswesen den zivilen statt den kirchlichen Behörden übertrug. Auf den Schweizer Friedhöfen liegen seither alle, ungeachtet ihres Glaubens, in einer Reihe. Und in



Wandelnder Widerspruch: Staatsrechtsprofessor Auer.

Genf verbot das Gesetz sogar Sonderfriedhöfe, auf denen andere Regeln gelten.

Doch kein Problem lässt sich nicht von einem gewieften Rechtsgelehrten lösen. Der Verfassungsartikel von 1874, der gerade für eine säkulare Ordnung auf den Friedhöfen sorgen wollte, sei «nicht neutral», mäkelte Andreas Auer in seinem Aufsatz: «Die Regeln bezüglich der Bestattung in einer Reihe und auf Zeit entsprechen praktisch nur den religiösen Überzeugungen von Christen.» Das Genfer Gesetz verletze deshalb die Religionsfreiheit, welche die Bundesverfassung von 1999 auch Juden oder Muslimen gewähre. Sie würden diskriminiert – und diskriminierten nicht die «Ungläubigen», neben denen sie sich nicht bestatten lassen wollen. (In der Antwort auf eine Interpellation von SVP-Nationalrätin Sylvia Flückiger zu muslimischen Friedhöfen schrieb der Bundesrat 2011: «Im Rahmen der Menschenwürde

[Art. 7 BV] gewährleistet die Bundesverfassung das schickliche Begräbnis. Ein Anspruch auf ewige Grabesruhe, die Unberührtheit des Grabterrains oder eine freie Grabmalgestaltung lässt sich daraus nicht ableiten.»)

Zwei Jahre später höhnte Andreas Auer im Auftrag eines Tabakkonzerns über die kantonale Initiative «Passivrauchen und Gesundheit»: Die Politiker liessen sich verlocken, auf der Welle der Political Correctness zu surfen. Dabei schränke ein Rauchverbot in öffentlichen Räumen, zumal es Zweifel an der Schädlichkeit des Passivrauchens gebe, die persönliche Freiheit der Raucher auf unverhältnismässige Weise ein. Deshalb müsse das Kantonsparlament die Volksinitiative für ungültig erklären. (Das Genfer Volk nahm die Initiative im März 2008 mit 80 Prozent Ja an.)

Der Rechtsprofessor ohne Centre for Research on Direct Democracy wechselte 2008 an

die Uni Zürich, denn diese zahlte ihm ab 2009 das Zentrum für Demokratie in Aarau. Als Direktor lehrte Andreas Auer die Volksherrschaft, gerne auf Madagaskar oder in der Mongolei, am liebsten aber in den Ländern der EU. «Demokratie schafft Legitimation, und Legitimation lässt Macht als gerechtfertigt erscheinen», schrieb er (etwas tautologisch) in seinem NZZ-Aufsatz von 2011. Und: «Wenn der Konflikt zwischen Finanzzwängen und Volkssouveränität offen ausbricht, können innerhalb und ausserhalb des Staates Kräfte erwachen, die weder Demokratie noch Liberalismus auf ihre Fahne geschrieben haben.»

Die direkte Demokratie, also die Mitsprache des Volkes, dränge sich als «Mittel gegen die wachsende Politikverdrossenheit» auf, lehrt Andreas Auer überall auf der Welt. Nur im einzigen Land, das die direkte Demokratie seit bald eineinhalb Jahrhunderten übt – und dies mit grossem Erfolg –, passt ihm die Mitsprache des Volkes nicht. So schimpfte er, nachdem 1463854 Stimmbürger am 9. Februar 2014 die Masseneinwanderungsinitiative an-

«Das Volk ist eine mathematische Konstruktion, eine der direkten Demokratie innewohnende Fiktion.»

genommen hatten, in der NZZ: «Das Volk ist eine mathematische Konstruktion, eine der direkten Demokratie innewohnende Fiktion, denn die Summe jener Aktivbürger, die am Stichtag eine Mehrheit bilden, ist keine organische Gesamtheit und kann weder denken noch diskutieren, noch handeln.»

Von allen Staatsorganen sei das Volk «das mächtigste, aber auch das abhängigste, denn für sich allein ist es hilf- und machtlos», klagte der Rechtsprofessor. Deshalb braucht das Volk Rechtsprofessoren, die es aufklären, so zum Beispiel bei der SVP-Initiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» (Selbstbestimmungsinitiative), über die Andreas Auer am 13. April 2015 in der NZZ lästerte: «Der Titel versucht ungeniert, den Volkswillen zu manipulieren, und betreibt reine Wahl- und Abstimmungspropaganda, denn: Wer ist schon gegen Selbstbestimmung und für fremde Richter? Dass die Bundeskanzlei diesen grob irreführenden Text genehmigen konnte, ist schwer verständlich.» Und deshalb braucht das Volk Rechtsprofessoren, die es belehren, ihm also nach einem Fehlentscheid den richtigen Weg weisen. Darum tat Andreas Auer eifrig mit bei der Initiative zur Streichung der Masseneinwanderungsinitiative aus der Verfassung – mit dem keineswegs irreführenden Titel «Raus aus der Sackgasse» (Rasa).

Was gilt nun? Es ist vergebliche Liebesmüh, die Widersprüche im Werk von Auer aufdröseln zu wollen: Für ihn gilt als Volkswille und Verfassung immer, was ihm gerade passt. ○

Pakt mit Terroristen

Nationalrat Jean Ziegler vermittelte 1970 ein Geheimabkommen zwischen dem Bundesrat und der PLO. Um vor Attentaten verschont zu werden, liess die Schweiz verurteilte Mörder laufen. Von Alex Baur



Geiselnahme: Swissair-Maschine in Jordanien, 9. September 1970.

Es waren Nachrichten und Bilder, die eine Generation prägten. Im Februar 1969 beschiesst ein palästinensisches Kommando auf dem Flughafen Kloten eine Maschine der israelischen El Al, ein Pilot und ein Terrorist werden getötet, drei Attentäter verhaftet. Ein Jahr später bringen Palästinenser bei Würenlingen AG eine Coronado der Swissair zum Absturz, 47 Insassen sterben. Im September 1970 entführen Palästinenser drei Flugzeuge nach Zerqa in Jordanien, darunter eine DC-8 der Swissair, die sie später in die Luft sprengen. Die Geiseln kommen nach Verhandlungen frei, allerdings auch die drei in Zürich verurteilten El-Al-Terroristen. Danach wird die Schweiz vom Palästinenser-Terror verschont.

Viel wurde seither über einen Geheimdeal zwischen der PLO und der Schweiz spekuliert. Dies, zumal die Bundesanwaltschaft plötzlich kein Interesse mehr zeigte, Sufian Kaddoumi, den mutmasslichen Attentäter von Würenlingen, vor Gericht zu bringen. Dem NZZ-Reporter Marcel Gyr ist es nun gelungen, das Geheimnis zu lüften. In einem sorgfältig recherchierten Buch* beschreibt er, zum Teil aufgrund von bislang gesperrten Akten aus dem Bundesarchiv, wie sich der damalige Aussenminister Pierre Graber (SP) mit dem faktischen PLO-Aussenminister Farouk Kaddoumi auf ein geheimes Stillhalteabkommen einigte. Den Kontakt zwischen den beiden hatte der damalige Genfer SP-Nationalrat, Soziologieprofessor und PLO-Sympathisant Jean Ziegler eingefädelt. Hässliches Detail: Der heute hochbetagte Farouk Kaddoumi, den Gyr in Tunis interviewte, war mit dem gleichnamigen Terroristen offenbar eng verwandt.

Mit dem Geheimdeal liess die Schweiz nicht nur verurteilte und mutmassliche Mörder laufen. Sie fiel auch den Briten, Amerikanern und Deutschen in den Rücken, mit denen sie ein gemeinsames Vorgehen vereinbart hatte, und sie gefährdete nicht zuletzt auch die exzellenten Beziehungen zu Israel. Gleichzeitig machte sich die Eidgenossenschaft erpressbar gegenüber der PLO, die recht dreist auf den begehrten Zugang zur Uno in Genf pochte und diesen schliesslich auch

bekam. Die Flugzeugentführungen hörten erst auf, als der Westen mit den spektakulären Befreiungsaktionen von Entebbe (1976) und Mogadischu (1977) klarmachte, dass er sich von Terroristen nicht länger erpressen liess.

Säbelrasseln in West und Ost

Doch Marcel Gyr verzichtet verdienstvollerweise auf den moralischen Zeigefinger und begnügt sich damit, die dramatischen Ereignisse so plastisch und detailgetreu wie nur möglich und vor allem aus damaliger Sicht zu rekonstruieren. Was er nicht belegen kann, lässt er offen. Bevor man den Stab über den damaligen Bundesrat und über Ziegler bricht, muss man auch bedenken: Die Schweiz befand sich in einer verzwickten Lage. Nach Zerqa rüsteten sich die westlichen Alliierten zu einer grossen militärischen Operation im Nahen Osten, auch das Sowjetregime liess die Säbel rasseln, und die Schweiz hatte ein grosses Interesse, nicht in diesen Konflikt hineingezogen zu werden.

Die Paketbombe, welche die Swissair-Coronado bei Würenlingen zum Absturz brachte, war eigentlich für ein israelisches Flugzeug bestimmt. Der Irrtum der Palästinenser machte das Verbrechen zwar keinen Deut besser, aber er erleichterte es doch, die Staatsräson über den Rechtsstaat zu stellen. Abgesehen davon misstraute Bundesrat Graber der Standhaftigkeit seiner westlichen Partner – und das durchaus zu Recht, wenn man sich das schnelle Einknicken der deutschen Regierung 1972 nach dem Massaker an den Olympischen Spielen in München vor Augen hält.

* Marcel Gyr: Schweizer Terrorjahre – Das geheime Abkommen mit der PLO. NZZ Libro. 184 S., Fr. 34.–

Alle gegen Giroud

Eine Medienkampagne um einen Panscherei-Verdacht, der sich als falsch erwies, trieb den Walliser Weinhändler Dominique Giroud an den Rand des Ruins. Die SRG spielte beim Kesseltreiben eine führende Rolle – mit fragwürdigen Methoden. Der Schaden geht in die Millionen. *Von Alex Baur*

Am Anfang stand ein Artikel in *Le Temps*, den ausser ein paar Insidern kaum jemand zur Kenntnis nahm. Offenbar aufgrund eines Lecks bei der Verwaltung in Bern berichtete die Zeitung am 29. Oktober 2013 über ein Verfahren gegen den Walliser Weinhändler Dominique Giroud wegen Steuerbetrugs. Doch die Lunte war damit gelegt für die grosse Bombe, die das Westschweizer Fernsehen RTS einen Monat später, am 6. Dezember, in den Hauptnachrichten detonieren liess: Giroud solle auch im grossen Stil Wein gepanscht und unter falscher Bezeichnung verkauft haben. Eine Strafuntersuchung sei im Gange, erfuhr man, Experten orakelten von einem «schweren Fall».

In den folgenden Tagen und Wochen doppelte RTS mit immer neuen Details und Weiterungen zur angeblichen Panscher-Affäre um Giroud nach. Anders als Steuerbetrug elektrisierte die angebliche Fälschung von St-Saphorin und andern edlen Tropfen in der Romandie ungemein. Federführend war das Nachrichtenjournal «19h30», das Pendant zur Deutschschweizer «Tagesschau», das in Form und Stil aber eher «10 vor 10» entspricht. Andere Gefässe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zogen nach. Gibt man auf der Website von RTS die Stichworte «Dominique Giroud» und «Betrug» ein, findet man Links zu über hundert TV-, Radio- und Internet-Beiträgen.

«Spiel über die Banden»

Die meisten Westschweizer Zeitungen nahmen die RTS-Berichte auf und reicherten diese zum Teil mit eigenen Ingredienzen an. Als Giroud Anfang 2014 die Kampagne des Gebührensenders mit Klagen unterbinden wollte, berichtete *Le Matin* umgehend empört über die «Medienzensur» – und RTS zitierte die Berichte von *Le Temps* wiederum auf seiner Website. «Spiel über die Banden» nennt man den Trick im Fachjargon. Gemeint ist ein Kesseltreiben, bei dem sich Journalisten verschiedener Verlagshäuser gegenseitig zitieren und einander Informationen zuschieben, um einen Skandal hochzuschaukeln und am Köcheln zu halten.

Am 12. Juni 2014 lanciert RTS dann den Super-Coup: Dominique Giroud wird in Genf verhaftet, zusammen mit einem Nachrichtendienstler, einem ehemaligen Ruag-Informatiker sowie Antonino Mannisi, einem Privatdetektiv und ehemaligen Genfer Lokalpolitiker (ursprünglich SVP, später Mouvement Citoyens Genevois, MCG). Das Quartett soll versucht haben, die Computer von Yves Steiner,

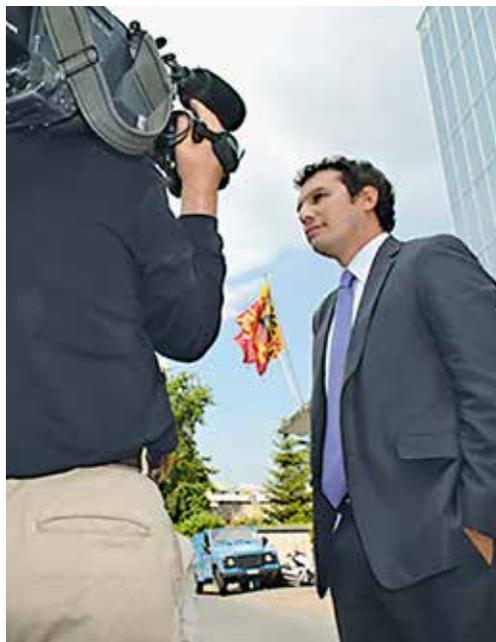
einem Nachrichtenredaktor bei RTS, sowie der Journalistin Marie Parvex von *Le Temps* zu hacken. Girouds Ziel: Die Amtsgeheimnisverletzungen, die er hinter den journalistischen Enthüllungen vermutete.

In einem dramatischen Auftritt in den Hauptnachrichten erklärt Yves Steiner, wie er den Cyber-Angriff aufgedeckt und zur Anzeige gebracht habe. Der Journalist deutet an, dass Giroud, der gerüchteweise über zweifelhafte Kontakte nach Osteuropa verfüge, selber für den Schweizer Nachrichtendienst arbeiten könnte und ein nationaler Skandal bevorstehe. Unter medialem Verdacht stand mittler-

Eine Debatte über das Versagen der medialen Selbstregulierung in der Romandie wäre überfällig.

weile die halbe Walliser Regierung, die Giroud angeblich gedeckt haben soll (Finanzdirektor Maurice Tornay war vor seiner Wahl Revisor von Giroud Vins SA).

Zwei Wochen nach der Verhaftung waren Giroud und seine Spione wieder auf freiem Fuss. Der Weinhändler räumt ein, einen Hacker-Angriff mit den drei Mitbeschuldigten besprochen zu haben; einen konkreten Auftrag will er jedoch nie erteilt haben. Das Verfahren ist nach wie vor hängig. Doch die Realität, die seither peu à peu an die Öffentlichkeit tröpfelt, ist weit weniger sexy – und sie wirft ein schlechtes Licht



Plötzlich verstummt: Anwalt Soussi.

auf die Westschweizer Medienszene, die beim Kesseltreiben gegen Giroud der mächtigen SRG kritiklos folgte. Am Panscherei-Verdacht wie auch an der grossen Walliser Staatsverschwörung, das steht mittlerweile amtlich fest, war nichts dran. Eine Debatte über das Versagen der medialen Selbstregulierung in der Romandie wäre überfällig. Nur fehlt im Westschweizer Medieneintopf eben die kritische Stimme, welche eine solche Debatte anreissen würde.

Vorwürfe erwiesen sich als haltlos

Am 17. November 2014 stellte die Waadtländer Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen Giroud wegen Weinpanscherei und Etikettenschwindel ein. Die Vorwürfe erwiesen sich als haltlos. Zwar war der Weinhändler bereits wegen Steuerbetrugs verurteilt und zur Zahlung von rund 9,5 Millionen Franken Nach- und Strafsteuern verknurrt worden. Doch das Strafmass (180 Tagessätze bedingt) zeugt von einem eher leichten Verschulden. Giroud hatte unter anderem mit fiktiven Quittungen den Aufkauf von Ernteüberschüssen vertuscht, die wegen Mengenbeschränkungen für kontrollierte Weine (AOC) trotz guter Qualität hätten vernichtet werden müssen. Diese billig aufgekauften Überschüsse brachte er ohne AOC-Label auf den Markt. Das mag unfair gegenüber der Konkurrenz sein, doch mit Panschen hat es nichts zu tun.

Zwischenzeitlich liegt auch das Resultat einer Untersuchung der angeblichen Vetternwirtschaft bei der Walliser Regierung und in der Verwaltung vor: Ausser Spesen nix gewesen. Sonderermittler Dick Marty, der als scharfer und furchtloser Strafverfolger gilt, konnte keinerlei Unregelmässigkeiten aufdecken. In der Sache ist Giroud damit rehabilitiert.

Hatten die Spekulationen über den falschen St-Saphorin Zeitungsseiten und TV-Sendungen gefüllt, wurde die Rehabilitation bestenfalls beiläufig und oft mit vielen Fragezeichen abgehandelt. Ganz nach dem Motto: «Man konnte es bloss nicht beweisen.» Ausser Thierry Meyer, dem Chefredaktor von *24 Heures*, der nach der Einstellung des Panscherei-Verfahrens in einem kurzen Kommentar das Kesseltreiben um den Weinhändler selbstkritisch hinterfragte, sah sich keine Redaktion je zu einer Entschuldigung bemüssigt.

Wie schlecht es um die Westschweizer Medienvielfalt steht, zeigen auch die Ermittlungen der Genfer Staatsanwaltschaft im Hacking-Verfahren. Gemäss einem polizeilichen Untersuchungsbericht, welcher der Welt-



In der Sache rehabilitiert: Weinhändler Giroud.

woche vorliegt, wandte sich Dominique Giroud Ende November 2013 an einen Mitarbeiter des Schweizer Nachrichtendienstes, mit dem er befreundet war. Dieser brachte einen ehemaligen Cyber-War-Spezialisten der Rüstungsfirma Ruag sowie den Privatdetektiv Antonino Mannisi ins Spiel. Die drei Kriminalisten sollten mit Hilfe von osteuropäischen Hackern die vermeintlichen amtlichen Lecks hinter den medialen Enthüllungen aufdecken.

Der Zufall wollte es, dass die Genfer Polizei damals Mannisis Handy in einem anderen Verfahren abhörte. Wie die Protokolle zeigen, spielte der Detektiv von allem Anfang an eine Doppelrolle. Zwischen November 2013 und Februar 2014 telefonierte er oft mehrmals täglich mit dem RTS-Journalisten Yves Steiner – und versorgte diesen permanent mit Insider-Infos über Giroud. Mit anderen Worten: Der vermeintliche Vertrauensmann war in Wahrheit das Leck, das der Weinhändler suchte. Mannisi informierte Steiner auch brühwarm über Girouds zusehends verzweifelnde Abwehrmassnahmen. Offenbar kannten sich die beiden seit Jahren. Der Detektiv war bei RTS früher schon als Experte aufgetreten.

Doch Steiner, darauf weisen zumindest die umfangreichen Abhörprotokolle hin, empfindet nicht nur Informationen, beteiligte sich recht aktiv an Mannisis Doppelspiel. So er-

mutigte der Journalist den Doppelagenten am 10. Dezember 2013 etwa, dem in die Enge getriebenen Giroud einen PR-Berater der Firma Dynamics nach seinem Gusto unterzujubeln. Steiner bat den Privatdetektiv auch mehrmals, Gespräche mit Giroud und dessen Anwälten heimlich aufzuzeichnen – was, wie er als Journalist wissen musste, strafbar ist.

Illegale Cyber-Attacke

Aus den von der Polizei mitgehörten Gesprächen ist zu schliessen, dass Steiner auf der Redaktion des Sonntagsblattes *Le Matin Dimanche* seine *petits camarades* (Kumpel) hatte, mit denen er seine Kampagne koordinieren konnte. Dank Mannisi war der RTS-Journalist bestens informiert über den geplanten Hacker-Angriff, der sich in erster Linie gegen Marie Parvex von *Le Temps* und dann auch gegen ihn selber richtete. Steiner bereitete sich entsprechend vor – Parvex zu warnen, kam ihm offenbar nicht in den Sinn. Am 31. Januar 2014 erklärt er Mannisi am Telefon sogar, dass es ihn «interessieren würde, das Resultat zu sehen, wenn man etwas finden würde». Steiner hätte damit heimlich Einsicht nehmen können in die Recherchen und Quellen seiner Kollegin von *Le Temps*.

Lang und breit diskutieren Mannisi und Steiner auch, wie sich der Tatverdacht von den Haupttätern, den Geheimdienstlern, abwen-

den und auf Giroud umlenken liesse, sollte die Hacker-Affäre auffliegen. Steiner fühlt sich offenbar mächtig. «Die RTS mit einer Armada von Juristen» würde ihn beschützen und sich «um die Justizkosten kümmern», prahlt er gegenüber Mannisi. Die Opferrolle, die Yves Steiner dem TV-Publikum später vorgaukelt, wirkt vor diesem Hintergrund heuchlerisch. In Tat und Wahrheit liefen Girouds Hacker am 4. März 2014 beim Angriff auf Steiners Computer in eine gestellte Falle.

In den Telefonaten findet sich kein Hinweis darauf, dass Mannisi und Steiner je etwas unternommen hätten, um die Hacking-Aktion zu verhindern. Es stellt sich vielmehr die Frage, ob der Detektiv die illegale Cyber-Attacke als Agent provocateur nicht sogar förderte – und ob derartige Machenschaften wirklich mit der Rolle eines öffentlich-rechtlichen Senders vereinbar sind. Wie Yves Steiner in einem Nebenverfahren zu Protokoll gab, war er während über eines halben Jahres «quasi hundert Prozent der Arbeitszeit» mit der Affäre Giroud befasst. Die Ausbeute war – gemessen am kolossalen Aufwand und am Tumult – nachgerade kläglich. Was Steiner herausfand, war den Behörden im Wesentlichen längst bekannt, und es reichte nicht einmal für eine Anklage.

Dominique Giroud, der nie eine öffentliche Funktion innehatte und in seinen besten Zei-

ten einen Jahresumsatz von 56 Millionen Franken erzielte, war auch keine Person des öffentlichen Interesses – zumindest nicht, bis ihn RTS gegen seinen Willen dazu machte. Der Schaden geht derweil in die Millionen. Grosskunden wie Coop und Denner sprangen wegen des sogenannten Reputationsrisikos im Frühling 2014 ab (auch darüber berichtete RTS natürlich umgehend). Als der staatsanwaltliche Persilschein erfolgte, war die Marke Giroud längst ruiniert. Der Weinhändler musste seine über Jahre etablierte Eigenmarke Giroud Vins SA aufgeben, er gründete die Château Constellation SA. Doch der verlorene Ruf liess sich damit nicht wiederherstellen.

Bereits im Dezember 2014 deponierten Girouds Anwälte Schadensforderungen über 30 Millionen Franken gegen die SRG beim Betreibungsamt. Nächste Woche steht die Verhandlung vor dem Friedensrichter in Sitten an. Der wirtschaftlich angeschlagene Weinhändler tritt als David gegen die milliarden schwere SRG an. Doch anders als in der Bibel dauern solche Kämpfe bei der Schweizer Justiz unendlich lange. Die Zeit spielt für Goliath, der auf Kosten der Gebührenzahler prozessiert.

Die Nerven liegen blank

Ganz so hochmütig wie einst ist man bei der SRG freilich nicht mehr. Ein Fragenkatalog der *Weltwoche* an die Adresse von Yves Steiner, der seit September 2014 als Mediensprecher für die Eidgenössische Finanzkontrolle arbeitet, sowie an Bernard Rappaz, seinen damaligen Vorgesetzten bei RTS, blieb unbeantwortet. An ihrer Stelle meldete sich der Genfer SRG-Anwalt Jamil Soussi und erklärte, seine Mandanten dürften aus Rücksicht auf das laufende Verfahren keine Stellung nehmen. Ansonsten verbietet sich der Anwalt jede Zitierung und stellt bei ungehöriger Berichterstattung juristisches Ungemach in Aussicht.

Yves Steiner wird diese Woche – fast zwei Jahre nach dem Vorfall – von der Genfer Staatsanwaltschaft erstmals zu seiner Rolle beim Cyber-Angriff eingehend einvernommen. Auch der Zürcher Medienanwalt Andreas Meili, der Dominique Giroud im Verfahren gegen die SRG vertritt, lehnt jede Stellungnahme ab. Privatdetektiv Antonino Mannisi hängte das Telefon kurzerhand auf, als ihn der Schreibende mit dem Genfer Polizeibericht konfrontieren wollte. Danach war die Leitung tot. Die Nerven liegen blank, offenbar auf allen Seiten.

Bei informellen Gesprächen mit Westschweizer Journalisten schimmert durchaus ein gewisses Unbehagen über den Fall Giroud durch. Doch anders als in der Deutschschweiz oder im Tessin muss sich die SRG in der Romandie kaum je ernsthafte öffentliche Kritik gefallen lassen. Da RTS auch als Arbeitgeber den kleinen Markt dominiert, will es sich kein Journalist mit dem Riesen verderben. Die beiden grossen Verlagshäuser am Genfersee,

Tamedia und Ringier, bauen seit zehn Jahren Stellen ab. Man ist vielleicht bald einmal froh um einen sicheren, gutbezahlten und gemächlichen Job beim staatsnahen Koloss, der namentlich im Internet expandiert.

«Die Attacken gegen Giroud waren im Rückblick übertrieben», meint einer der Nichtgenannt-sein-Wollenden, «doch zum Teil hat er sich das auch selber zuzuschreiben.» Viele hätten versucht, auch seine Sicht zu bringen. Doch statt Red und Antwort zu stehen, habe Giroud mit Verweis auf die pendenten und langwierigen geheimen Gerichtsverfahren zumindest in den ersten Monaten geschwiegen und hartnäckigen Journalisten mit juristi-



Ausser Spesen nix gewesen: Sonderermittler Marty.



Konfrontative Strategie: RTS-Journalist Steiner.

schem Ungemach gedroht. Danach habe er seinen Mediensprecher Marc Comina vorgeschickt. Die Taktik, die RTS ironischerweise nun selber anwendet, habe den Jagdinstinkt der Rechercheure erst recht provoziert.

Ob es für Giroud besser gekommen wäre, wenn er von sich aus alles offengelegt hätte, ist allerdings zweifelhaft. Namentlich Yves Steiner fuhr von allem Anfang an eine konfrontative Strategie, die auf den Mann zielte. Als er Giroud vor laufender Kamera telefonisch erstmals zu einer Stellungnahme bezüglich des Panscherei-Verdacht einlud, signalisierte ihm Steiner mit einem aggressiven Tonfall unmissverständlich: Was auch immer der Weinhändler sagen würde, man würde es gegen ihn auslegen. Tatsächlich konnte sich der TV-Mann nie über einen Mangel an Informationen beklagen. Dank dem Doppelagenten Mannisi hatte er von allem Anfang an intimste Kenntnisse über die Geschäfte des Weinhändlers wie auch über dessen Abwehrstrate-

gie, die im Rückblick doch eher unbeholfen und naiv anmutet.

Die Perfidie der RTS-Kampagne gegen Dominique Giroud wird im Dok-Film («Affaire Giroud, du vin en eaux troubles») begreiflich, der im Rahmen von «Temps Présent» am 22. Januar 2015 ausgestrahlt wurde – also zwei Monate nach Girouds amtlicher Rehabilitation. Der Beitrag beginnt mit der Einstellung des Strafverfahrens – und erzählt über 50 Minuten, warum Giroud, ganz im Sinne seiner erzkatholischen Doppelmoral, halt doch ein Filou sei, der die Behörden an der Nase herumführt.

Schmählied auf die Omertà in Sizilien

Der von den Hausjuristen der SRG zweifellos auf Herz und Nieren geprüfte Streifen ist ein Meisterwerk der Manipulation, wie es Michael Moore nicht besser hingekriegt hätte. Diverse Straf-, Steuer- und Verwaltungsverfahren, die zum Teil gar nicht Giroud betreffen, werden miteinander vermischt. Dass Giroud-Weine mit den renommiertesten Qualitätszertifikaten prämiert wurden, erfährt man dagegen nirgends. Wo Text und Bild nicht reichen, hilft die Musik nach, wird der wahre Geist der Walliser Weinberge auch mal mit einem Schmählied auf die Omertà in Sizilien untermalt. Um das zu erkennen, muss man allerdings ganz genau hinhören, braucht es vor allem auch Insiderwissen. Die wirklich harten Unterstellungen werden bloss insinuiert. Schaut man sich einzelne Passagen in Zeitlupe an, sagen sie oft das Gegenteil von dem, was man als normaler Zuschauer im Schnelldurchgang verstanden hatte.

Der Film hat allerdings auch etwas Entlarvendes: das religiöse Leitmotiv des Sünders, das sich durch den ganzen Film zieht. Giroud ist ein Anhänger der erzkonservativen katholischen Priesterbruderschaft St. Pius X. von Ecône und auch schon als Gegner der Gay Pride in Erscheinung getreten. Dass er vor über einem Jahrzehnt einmal wegen Diffamierung von Abtreibungsbefürwortern gebüsst worden war, wurde bereits bei der Lancierung der Panscherei-Vorwürfe in den RTS-Nachrichten erwähnt – obwohl das eine mit dem andern rein gar nichts zu tun hatte. Es war reine Stimmungsmache, aber auch ein Signal zur Treibjagd. Wer sich so radikal gegen den herrschenden Zeitgeist stellt, steht zum Abschuss frei.

Ein welscher Kollege verwahrt sich indes gegen das «Zürcher Vorurteil», laut dem bei RTS nur «beschwipste Linke» am Werk seien. Vielleicht war es auch so, dass die TV-Macher bloss einen Knüller brauchten. Dabei taten sie exakt das, was sie Giroud unterstellen: Sie tricksten und panschten, bis die im Kern banale Story süffig genug war. Vielleicht war die Vernichtung des erzkonservativen Weinhändlers nur ein Kollateralschaden, den man in Kauf nahm – auch wenn es nicht ganz dem Qualitätsjournalismus entspricht, als dessen unersetzlichen Garanten sich die SRG gerne anpreist. ○

8-Länderfahrt zum Donaudelta mit luxuriöser MS Antonio Bellucci ☀☀☀☀

Es het solangs het
Rabatt*
Fr. 500.-
*Abhängig von Auslastung,
Saison, Wechselkurs



Eisernes Tor in den Karpaten

Jetzt Katalog 2016 bestellen!



Passau–Donaudelta–Budapest–Passau

15 Tage ab Fr. 2290.-

(Rabatt Fr. 500.- abgezogen, Vollpension, Hauptdeck hinten)

- **Beliebtes und bewährtes Luxusschiff**
- **Donau, die Lebensader Europas**
- **Taldurchbruch «Eisernes Tor»**

Tag	Destinationen	Programm / Ausflüge
1	Schweiz–Passau	Busfahrt ab Zürich Sihlquai/St. Margrethen. Einschiffung und «Leinen los!» in Passau.
2	Wien	Schiffahrt durch die wunderschöne Wachau nach Wien. Nachmittagsrundfahrt/-gang* durch die imposante Kaiserstadt oder Busausflug° «Nördlicher Wienerwald» mit Besuch Stift Klosterneuburg.
3	Ordas/Südungarn	Ausflug* in die steppenartige Puszta mit traditioneller, artistischer Reitvorführung.
4	Belgrad	Rundfahrt/-gang* durch die serbische Hauptstadt mit Besuch der Festung Kalemegdan.
5	Eisernes Tor	Fahrt durch die spektakuläre Kataraktenstrecke, ein Naturphänomen der Extraklasse.
6	Bukarest	Ausflug* mit Rundfahrt/-gang in die rumänische Hauptstadt, dem «Paris des Ostens».
7	Donaudelta	Rundfahrt* mit Ausflugsbooten durch die vielfältige Flora und Fauna des oberen Donaudeltas. Ausflug+ Schwarzes Meer nach Mamaia und Constanta inkl. Mittagessen und freier Zeit.
8	Rousse	Stadtrundfahrt/-gang* in Rousse mit den bedeutendsten Sehenswürdigkeiten der Stadt.
9	Eisernes Tor	Nochmals beeindruckende Passage des «Eisernen Tores», dem Taldurchbruch der Donau.
10	Novi Sad	Stadtrundfahrt/-gang* mit Besuch der europaweit grössten Wehranlage Petrovaradin.
11	Mohács	Ausflug* nach Pécs, eine der schönsten und ältesten Städte Ungarns.
12	Budapest	Nach beeindruckender Einfahrt in Budapest Stadtrundfahrt* mit Burgviertel, Matthiaskirche und Fischerbastei. Spektakuläre Aussicht vom Gellertberg aus. Zeit zur freien Verfügung
13	Bratislava	Ausflug* zum Burgareal und Rundgang durch die wunderschöne Altstadt mit St. Martins-Dom.
14	Krems	Busfahrt* durch die liebliche Wachau zum barocken Benediktinerstift in Melk (UNESCO-Weltkulturerbe) mit Rundgang durch die imposante Anlage. Ausflug° zur Burgruine Aggstein.
15	Passau–Schweiz	Ausschiffung und Busrückfahrt nach St. Margrethen oder Zürich Sihlquai. Ind. Heimreise.

* Im Ausflugspaket (11 Ausflüge Fr. 340.-) enthalten, vorab buchbar | ° Alternativer Ausflug an Bord wählbar
+ Fak. Ausflug vorab und an Bord buchbar | Programmänderungen vorbehalten | Reederei/Partnerfirma: feenstra

Reisedaten 2016 Es het solangs het Rabatt
27.05.–10.06. **500** 10.06.–24.06. **500**

Preise pro Person in Fr. (vor Rabattabzug)

2-Bettkabine Hauptdeck hinten	2790
2-Bettkabine Hauptdeck	2990
2-Bettkabine Mitteldeck hinten mit franz. Balkon	3790
2-Bettkabine Mitteldeck mit franz. Balkon	3990
2-Bettkabine Oberdeck hinten mit franz. Balkon	4140
2-Bettkabine Oberdeck mit franz. Balkon	4290
Zuschlag zur Alleinbenutzung	auf Anfrage

Inkl. Kreuzfahrt mit Vollpension, Bustransfers. Details zu den Leistungen im Internet oder Prospekt verlangen.

Weitere Schiffe auf der Donau

MS Thurgau Ultra*****

8 Tage ab Fr. 990.- Rabatt Fr. 1200.- abgezogen, HD, VP

15 Tage ab Fr. 1750.- Rabatt Fr. 2500.- abgezogen, HD, VP

MS Edelweiss****

8 Tage ab Fr. 1090.- Rabatt Fr. 200.- abgezogen, HD hinten, VP

15 Tage ab Fr. 1990.- Rabatt Fr. 400.- abgezogen, HD hinten, VP

MS Savor*****

8 Tage ab Fr. 990.- Rabatt Fr. 1000.- abgezogen, HD hinten, VP

MS Antonio Bellucci*****

Luxusschiff mit Platz für 141 Gäste. Alle Kabinen sind mit Dusche/WC, Föhn, Telefon, Safe, TV und individuell regulierbarer Klimaanlage ausgestattet. Kabinen auf Mitteldeck und Oberdeck (15 m²) verfügen über franz. Balkon, Tisch und zwei Sessel (ausser Mitteldeck hinten). Kabinen auf dem Hauptdeck (13 m²) haben kleinere, nicht zu öffnende Fenster. Bordausstattung: Foyer, Shop, grosszügiges Restaurant, grosser Panorama-Salon mit Tanzfläche und Bar, Sauna- und Fitnessbereich, Sonnendeck mit Whirlpool, Liegestühlen und Sonnenschirmen. Gratis WLAN nach Verfügbarkeit. Lift zwischen Mitteldeck und Oberdeck. **Nichtraucherschiff** (Rauchen auf dem Sonnendeck erlaubt).



2-Bettkabine Mittel- und Oberdeck mit französischem Balkon



Online buchen und sparen
www.thurgautravel.ch

Buchen oder Prospekt verlangen
Gratis-Nr. 0800 626 550

Rathausstrasse 5, 8570 Weinfelden,
Tel. 071 626 55 00, info@thurgautravel.ch



Thurgau Travel

Aussergewöhnliche Reisen zu moderaten Preisen



Debatten unerwünscht: Chefredaktor Boselli.

Kultur der Feigheit

Das Internet ist die Freihandelszone der Meinungen und Debatten. Aber nicht unbedingt bei den grossen Medienhäusern: Wie das Schweizer Online-Medium *zominuten.ch* politisch heikle Leserkommentare unterbindet. *Von Peter Keller*

Nachdem in der Kölner Silvesternacht Hunderte von Frauen sexuell genötigt und beraubt worden waren, ging es drei Tage, bis die offiziellen Leitmedien über die Vorkommnisse zu berichten begannen und die Polizei mit konkreteren Informationen herausrückte. Man scheute offensichtlich den Umstand, dass es sich bei der Täterschaft um einen Mob von Migranten handelte und sich womöglich auch Asylbewerber darunter befanden.

Im Internet hatten sich derweil die Ereignisse schon längst rasend schnell verbreitet, und es war wohl der Druck dieser digitalen Debatte, der Politik, Polizei und die etablierten Medien (am schwersten taten sich dabei die öffentlichen Anstalten, ARD und ZDF) zwang, diese Übergriffe durch vornehmlich junge arabische Männer überhaupt zu thematisieren. Die herrschende politische Korrektheit zeigte ihre feige Fratze.

In Deutschland steht die «Lügenpresse» schon länger am Pranger. Trotzige Bürger schmähen mit diesem Kampfbegriff jene Medien, die, ihrer Ansicht nach, Migrationsprobleme ausblenden und jeden, der gegen dieses Schweigekartell aufmuckt, in die rassistische oder islamfeindliche Ecke verweisen. Wie sieht die Situation in der Schweiz aus? Wie gehen die Leitmedien mit politisch heiklen Themen um? Ist die Meinungsäusserungsfreiheit gewährleistet? Oder gibt es auch hier Formen der versteckten Zensur?

Gradmesser ist der Umgang mit Themen, die die Flüchtlingspolitik und das Phänomen der Ausländerkriminalität betreffen. Mit der anstehenden Durchsetzungsinitiative werden diese Fragen wieder einmal der öffentlichen Agenda aufgedrückt. Damit ist bereits ein wichtiger Unterschied zu Deutschland benannt: Die direkte Demokratie in der Schweiz,

namentlich die Volksinitiativen, zwingt den politischen Betrieb – und in seinem Gefolge die etablierten Medien –, sich auch mit heiklen Themen zu befassen.

Verlagerung der Debatte ins Internet

Die politische Debatte verlagert sich dabei weg von öffentlichen Podien, Inseraten und Plakaten hinein ins Internet. Man nutzt soziale Netzwerke wie Facebook und Online-Medien. Artikel und Kommentare werden geteilt und erreichen schnell einmal Hunderttausende Zugriffe – etwas, wovon die Printpresse nur noch träumen kann. Der Erfolg der digitalen Medien liegt auch darin, dass Leser die Möglichkeit haben, sich schnell und unkompliziert mit Kommentaren einzubringen – sofern dies noch erlaubt ist.

Das Beispiel von *20 Minuten*, einem der erfolgreichsten Produkte des Tamedia-Konzerns,

zeigt, dass auch in der Schweiz die Meinungsäusserungsfreiheit zunehmend eingeschränkt wird. Als sich die von Deutschland befeuerte Willkommenskultur für Flüchtlinge ziemlich rasch abkühlte und die Stimmung kippte, wurden die Kommentarfunktionen auf zomin.ch bei einschlägigen Artikeln über Asylthemen kaum mehr freigegeben.

Ein Beispiel: Am 5. Januar führte zomin.ch eine grosse Abstimmungsumfrage durch: «Wie stimmen Sie bei der Durchsetzungsinitiative?» – ohne Kommentarfunktion. Ein Videobeitrag über einen die Strasse überquerenden Alligator durfte dagegen kommentiert werden. Die nächste Geschichte über Flüchtlinge in der Asylunterkunft Thun, die sich bei der Frühstücksausgabe geprügelt hatten, war wieder gesperrt. Dafür konnte sich die Leserschaft zu einem rappenden Mathelehrer äussern. Je belangloser das Thema, desto grösser die Kommentarfreiheit.

Sex-Mob und SVP-Durchsetzungsinitiative

Dasselbe Schema zeigte sich auch bei den weiteren Artikeln: Kommentare zu einer Ampel, die während der ganzen Nacht auf Rot stand, waren erlaubt, nicht aber zum Beitrag über die Kölner Sex-Attacken («Die Männer rissen ihr den Slip vom Körper»). Zu «Clowns sollen Heiterkeit in Krisengebiete bringen» durfte sich die Leserschaft einfühlend äussern, nicht jedoch über aus denselben Krisengebieten zurückgekehrte Dschihadisten («Sie könnten vom IS ausgebildet worden sein»).

Alles nur Zufall? Am 9. Januar tritt Toni Brunner als SVP-Präsident zurück – hier sind Kommentare erlaubt, wie auch zum alpinen Ski-Weltcup («Görgl führt – Suter und Hählen erfreulich»). Dazwischen findet sich ein Artikel über die Durchsetzungsinitiative im Lichte der Ereignisse von Köln. Überschrift: «Sex-Mob dürfte SVP in die Hände spielen.» Anfänglich (bis am Mittag) ohne Kommentarfunktion, dann erfolgt doch noch die Freigabe, nur um diese kurz darauf wieder zurückzunehmen – mit einem Hinweis der Redaktion in roten Buchstaben: «Die Kommentarfunktion wurde geschlossen. Wir danken für Ihr Verständnis.» Bitte. Aber Verständnis wofür?

Das Bild wiederholt sich täglich. Die *Weltwoche* fragt nach beim *20 Minuten*-Chefredaktor Marco Boselli. «Warum wird die Kommentierung von Artikeln nur teilweise ermöglicht? Wer entscheidet jeweils, ob diese Funktion freigeschaltet wird oder nicht? Kann die Redaktion für diese Entscheidung auf klar festgelegte Kriterien zurückgreifen?»

Als die Anfrage an Boselli geht (11. Januar, 15.53 Uhr), ist gerade ein Artikel darüber auf zomin.ch zu lesen, inwiefern die Übergriffe auf Frauen in Köln mit der arabisch-islamischen Herkunft vieler Täter zu tun hätten («Sie glauben, man dürfe mit Frauen alles

machen») – ohne Kommentarfunktion. Auch hier möchten wir vom Chefredaktor die Gründe wissen – und auch, warum der Bericht über den Sex-Mob, die SVP und ihre Durchsetzungsinitiative vom 9. Januar zunächst keine Kommentarfunktion hatte und weshalb diese nach kurzer Zulassung wieder gesperrt wurde.

Auf abermaliges Nachfragen antwortet der *20 Minuten*-Chefredaktor schliesslich mit einem Verweis auf einen früher erschienenen Artikel (16. Dezember 2015), «der unsere Kommentar-Richtlinien erklärt». Auf die konkreten Beispiele und Fragen geht er nicht ein. Marco Boselli schliesst sein Mail mit dem

Je belangloser das Thema, desto grösser die Kommentarfreiheit.

Statement: «Selbstverständlich werden wir gesellschaftskritische Themen weiterhin journalistisch behandeln – natürlich auch mit Stimmen aus dem Pro- und Contra-Lager (wie wir das übrigens immer schon getan haben).»

Politik überlässt Opfer ihrer Ohnmacht

Was die journalistische Arbeit angeht, ist Boselli absolut recht zu geben. *20 Minuten* scheut sich nicht davor – das zeigen nur schon die angeführten Berichte zur Asyl- und Migrationsproblematik –, heikle Themen für ein grösseres Publikum aufzubereiten. Das Gleiche lässt sich von der Debattenkultur jedoch nicht behaupten. Hier hat sich das Medien-

haus Richtlinien auferlegt, die nach Zensur riechen. Zu belanglosen People-Artikeln über Fussballstars, die im Auto singen, oder Lady Gagas Rempler bei den Golden Globes darf sich die Leserschaft auslassen, nicht aber zum gleichzeitig erschienenen Artikel über einen abgewiesenen Asylbewerber, der unweit von Uster eine Joggerin zu vergewaltigen versuchte (alle Artikel erschienen am 11. Januar zum Zeitpunkt der Anfrage an Marco Boselli).

Was sagen die Kommentar-Richtlinien von *20 Minuten*? Grundsätzlich behält sich die Redaktion vor, Beiträge nicht zu publizieren. Dies gelte insbesondere für ehrverletzende, rassistische, unsachliche, themenfremde Kommentare. Die Beobachtung von «Leser Mike», dass bei heiklen Themen wie der Flüchtlingskrise oder Islamismus keine Kommentarfunktion bestehe, bestätigt *20 Minuten*: «Wir haben damit leider keine guten Erfahrungen gemacht.» Zu einem Artikel über Asylsuchende gingen beispielsweise unverhältnismässig viele Kommentare ein, die gegen die Richtlinien verstiessten. «In solch einem Fall müssen wir mehr als die Hälfte der Kommentare löschen, worauf sofort der Zensurvorwurf laut wird.»

Eine etwas eigenwillige Entschuldigung. Man geht dem Zensurvorwurf aus dem Weg, indem man überhaupt keine Meinungsäusserung mehr zulässt. Das Beispiel von Köln zeigt, dass diese Kultur der Feigheit im Extremfall Täter schützt und den Rest der Bevölkerung, insbesondere die Opfer, seiner Ohnmacht überlässt. Eine gefährliche Mischung für einen demokratischen Rechtsstaat. ○

Shurat HaDin's
ACTIVIST LAWYER'S TRAINING SEMINAR



CALLING ALL LAWYERS!
Israel needs you now more than ever

MARCH 7-13, 2016
EARN UP TO 15 CPD CREDITS

Join us for an intense one week seminar in Israel filled with cutting-edge lectures and workshops by accomplished advocacy, security and legal experts, including Irwin Cotler and Alan Dershowitz. Learn to combat BDS, defend Israeli soldiers against war crimes, represent terror victims, and more. Go on field trips to IDF Bases, the Syrian Border, the Supreme Court and Military Court. Network with Pro-Israel attorneys from around the world. Discover the power and capacity you possess as lawyers and gain the tools you need to be innovative legal strategists, and to act on behalf of Israel and the Jewish people worldwide.

Website: www.IsraelLawcenter.org Email: Seminar@israelLawcenter.org
Phone: 646-661-2811, 972-3-751-4175

 **SHURAT HADIN**
ISRAEL LAW CENTER

Kopftuch für alle?

Logische Folge der ungehinderten Zuwanderung von Menschen aus anderen Kulturkreisen wird sein, dass sich auch westliche Frauen zur Verminderung sexueller Übergriffe so werden kleiden müssen, dass sie als «sittsam, züchtig und nicht unnötig sexuell aufreizend» wahrgenommen werden. *Von Christian Huber*

Der 64-jährige Ismet Krasniqi (alle Namen sind geändert), der aus einer Kleinbauernfamilie im Kosovo stammt, reiste 1970 nach Deutschland, wo er während fünfzehn Jahren als Hilfsarbeiter ein Barackendasein fristete. Seine Ehefrau und seine neun Kinder blieben im Kosovo zurück. Er integrierte sich kaum, seine Deutschkenntnisse blieben dürftig. 1985 kehrte er ins Kosovo zurück, um auf seine Töchter aufzupassen. Praktisch alle seine Kinder wanderten als Asylbewerber in die Schweiz aus, unter ihnen auch seine Tochter Valbona, welche 1990 in ihrer Heimat einen Landsmann heiratete. Dieser betätigte sich in der Schweiz als Drogenhändler. Ismet Krasniqi reiste mindestens einmal jährlich zu seinen Angehörigen in die Schweiz, so auch im Spätherbst 1992. Kurz vor seiner geplanten Heimreise wurde Valbonas Ehemann wegen eines Tötungsdeliktes verhaftet. Um Valbona vor der Blutrache der Angehörigen des Getöteten zu beschützen, quartierte sich Ismet Krasniqi bei seiner Tochter ein. Auf dem Schwarzmarkt besorgte er sich eine Pistole.

Zudem pflegte Valbona in seinen Augen einen viel zu freizügigen Lebenswandel. Seine Tochter sei dem anderen Geschlecht nicht mit gesenktem Haupt begegnet, wie dies einer verheirateten Frau geziemt hätte, und sie habe sogar unzüchtige Kleider getragen, welche die Arme nicht bedeckt hätten. Sie habe zudem seine Befehle missachtet und selbständig entscheiden wollen.

«Ich habe getan, was ich tun musste»

Am 23. April 1993 ging Valbona entgegen dem Verbot ihres Vaters mit ihren Kindern an die Chilbi im Nachbardorf. Ismet Krasniqi folgte ihr. Als sie mit den Kindern vor der Himalaya-Bahn stand, gab er drei Schüsse auf sie ab. Valbona erlitt nur einen Streifschuss. Hingegen wurde ihr dreijähriges Töchterchen getötet, der fünfjährige Sohn erlitt einen Leberdurchschuss, den er überlebte.

Für diese Tat musste sich Ismet Krasniqi im Frühling 1995 vor dem Geschworenengericht des Kantons Zürich verantworten, das ich damals präsidierte. Er gab nur sehr wortkarg Auskunft. Er habe nur seine Tochter töten wollen. Nein, er könne sich nicht für schuldig erklären, denn er habe dies als Familienoberhaupt tun müssen, um die von Valbona besudelte Familienehre wiederherzustellen. Ismet Krasniqi empfand nicht das geringste Unrechtsbewusstsein: «Ich habe getan, was



«Scharia-Europa im Namen der negativen Vielfalt?»

ich tun musste.» Einen Schuldspruch und eine langjährige Zuchthausstrafe konnte er damit nicht abwenden.

Nun lässt sich der soziokulturelle Hintergrund eines Ismet Krasniqi nicht mit dem der meisten hier in Europa lebenden Muslime vergleichen. Und deren soziokultureller Hintergrund wiederum ist ein anderer als derjenige der hierherströmenden jungen Männer aus mehr oder weniger streng islamischen, männerdominierten Gesellschaften wie Tunesien, Marokko, Afghanistan oder Syrien.

Diese jungen Männer werden mit einem fundamental anderen Frauenbild sozialisiert als wir in der modernen westlichen Welt. So hat der Mann gegenüber seinen Ehefrauen ein Züchtigungsrecht, Frauen sind im Erbrecht prinzipiell den Männern gegenüber benachteiligt, und ein Mann gilt als Zeuge so viel wie zwei Frauen. In einem solchen Weltbild sind Frauen im öffentlichen Raum aus eigener Schuld Freiwild, weshalb sie sich zu verhüllen haben, um das Interesse des anderen Geschlechts nicht auf sich zu lenken: mindestens mit Kopftuch und weiten Kleidern.

Drei Stellen im Koran schreiben den Frauen sitzames und schamhaftes, auf Koketterie verzichtendes Betragen vor, da dies sonst zu unnötiger sexueller Aufreizung der Männer führe (gemäss Professor Rotraud Wielandt).

Dass die ungehinderte Einwanderung Hunderttausender junger Männer, die im islamischen Kulturraum sozialisiert wurden, zu einem «clash of civilizations» (Samuel Huntington) führt, ist eine reale Möglichkeit. Diese Gefahr haben auch diejenigen erkannt, die nicht bereit sind, dieser Zuwanderung Grenzen zu setzen. Sie wollen das Risiko dadurch steuern, dass sie den Zuwanderern Merkblätter in arabischer Sprache in die Hand drücken oder diese Vereinbarungen unterschreiben las-

Im Weltbild dieser Männer sind Frauen im öffentlichen Raum aus eigener Schuld Freiwild.

sen, gemäss denen sie sich verpflichten, sich an die hiesigen Regeln zu halten. Das ist – mit Verlaub – von geradezu mitleiderregender Naivität. Glaubt irgendjemand im Ernst, bei einem in Nordafrika, in Syrien oder in Afghanistan sozialisierten Mann werde damit seine soziokulturelle Prägung quasi umprogrammiert?

Körperformen nicht erkennen lassen

Wer der ungehinderten Zuwanderung von Menschen, die mit anderen Regeln und Verhaltensweisen aufgewachsen sind, das Wort redet, muss redlicherweise anerkennen, dass angesichts des Ansturms eine kulturelle Assimilation, viel mehr noch eine Integration nur schon aus Kapazitätsgründen ein Ding der Unmöglichkeit sind. Logische Folge wird dann aber sein, dass westliche Frauen zur Verminderung sexueller Übergriffe sich so werden kleiden müssen, dass sie als «sittsam, züchtig und nicht unnötig sexuell aufreizend» wahrgenommen werden: mit Kopftuch und weiten Kleidern, welche die Körperformen nicht erkennen lassen.

Der syrischstämmige Muslim Bassam Tibi, der als Professor in Göttingen internationale Beziehungen lehrte, formuliert die Frage so: «Bleibt dieser Kontinent demokratisch auf der Basis des säkularen Rechts und der individuellen Freiheit, oder wird er ein Scharia-Europa im Namen der negativen Vielfalt?» Viel Zeit, diese Frage zu beantworten, bleibt uns nicht mehr.

Christian Huber war Staatsanwalt, Oberstaatsanwalt und Oberrichter. Von 1994 bis zu seiner Wahl in den Regierungsrat 1999 präsidierte er das Geschworenengericht des Kantons Zürich.



JUGENDSTIL IN DAVOS

Esplanade Belle Epoque. Die schönsten Eigentumswohnungen von Davos: Historische Pracht trifft auf elegante Moderne, zeitgenössisches Design im Glanz der Belle Epoque, oberhalb Davos-Platz, an Südlage mit fantastischer Aussicht. Es sind noch 3 Wohnungen im Angebot (Strelastrasse 2, Davos Platz).

Besichtigungstage

19. und 26. Februar 2016 von 14 – 17 Uhr oder nach Vereinbarung.

Kontakt: Irmgard Planzer, Tel. 079 362 21 21

www.esplanade-belle-epoque.ch

meiliunternehmungen
Wir setzen Akzente.

ESPLANADE
Belle Époque



«Grauzone»: Leichtathletin Gasser (l., 1987, mit Nummer 506), Kugelstösser Günthör (1993), Radprofi Camenzind (2004).

Geladene Gäste

Die Sportwelt zeigt mit dem Finger auf die russischen Dopingsünder. Auch die Schweiz hat eine bemerkenswerte Doping-Geschichte. Beteiligte Ärzte und Betreuer erzählen, wie sie vorgegangen sind.

Von Thomas Renggli

«Nur für geladene Gäste» stand auf einem Schild vor dem VIP-Bereich am Austragungsort eines Schweizer Radrennens. Die Botschaft richtete sich an die nicht so wichtigen Besucher, doch sie enthielt eine unfreiwillige Doppeldeutigkeit, die das Dilemma des Spitzensports auf den Punkt bringt. Wer eine herausragende Leistung zeigt, steht automatisch unter Verdacht. Spätestens seit dem Fall des siebenfachen Tour-de-France-Siegers Lance Armstrong gilt die Unschuldsvermutung nicht mehr.

Sportärzte und Dopingfachleute malen ein noch düstereres Bild. Matthias Kamber, Direktor von Antidoping Schweiz, sagt: «Mit dem heutigen Wissen ist es möglich, einen Athleten mit verbotenen Substanzen zu präparieren, ohne dass er positiv getestet wird.» Kamber bezieht sich auf das Verfahren in Mikrodosen, bei dem bereits geringste Mengen von ver-

botenen Substanzen zu einer Leistungssteigerung verhelfen.

Verseuchte Zahnpasta

Der langjährige Schweizer Olympia-Arzt und Anti-Doping-Spezialist Beat Villiger geht noch einen Schritt weiter: «Der wissenschaftliche Fortschritt macht das Dopen immer einfacher.» Sein Beispiel: «Es gibt Substanzen, die die körpereigene Produktion von Wachstumshormonen fördern, aber nur kurz nachweisbar sind. Wer diese Mittel um 23 Uhr einnimmt – und um 5 Uhr auf die Toilette geht, kommt problemlos durch jeden Test.» Die Richtlinien der Welt-Anti-Doping-Agentur (Wada) spielen den Betrugern in die Hände. Trainingskontrollen sind zwar grundsätzlich während 24 Stunden möglich, werden aber – aus Rücksicht auf die Nachtruhe – in der Regel zwischen 5 Uhr und

23 Uhr durchgeführt.» Auch ein tiefer, gesunder Schlaf ist leistungsfördernd.

In der Schweiz konzentrierte sich die Liste der berühmtesten Dopingsünder mehrheitlich auf den Radsport: Oscar Camenzind, Alex Zülle, Laurent Dufaux und Armin Meier gerieten im Epo-Zeitalter auf die schiefe Bahn. Die ersten Schlagzeilen lieferte die Leichtathletin Sandra Gasser. An den Weltmeisterschaften 1987 wurde sie nach ihrem dritten Platz über 1500 Meter positiv auf Methyltestosteron getestet.

Wie die Mehrheit der überführten Athleten beteuert Gasser bis heute ihre Unschuld. Die Auswahl an Ausreden ist länger als die Liste der verbotenen Substanzen: Sie reicht von kontaminiertem Fleisch über Manipulation durch Gegner bis zu verseuchter Zahnpasta. Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt. Belgiens Rad-Idol Frank Vandenbroucke erzählte

den Dopingfahndern, die verbotenen Asthmamittel seien für seinen Hund bestimmt gewesen. Der amerikanische Sprinter Dennis Mitchell führte seine erhöhten Testosteronwerte auf eine wilde Liebesnacht und den üppigen Bierkonsum zurück. Martina Hingis erklärte den positiven Kokainbefund mit der Unzulänglichkeit des Barkeepers: «Jemand hat es mir in den Orangensaft getan.»

Jean-Pierre Egger, früherer Spitzenkugelschösser und seit den achtziger Jahren der bekannteste Leichtathletik- und Krafttrainer des Landes, kann mit dem Generalverdacht schlecht leben: «Es ist traurig, dass sich jeder Athlet nach einer Topleistung rechtfertigen muss. Faktoren wie Talent, Trainingsaufwand und Vorbereitung werden schlicht ausgeblendet.» Er verweist auf herausragende Athleten, die der Konkurrenz allein aufgrund ihrer natürlichen Veranlagungen überlegen sind (oder waren).

Zu dieser Kategorie zählt er einen seiner ehemaligen Schützlinge, den dreifachen Kugelstossweltmeister Werner Günthör. Der heute 54-jährige Thurgauer gehörte Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre zu den populärsten Sportlern des Landes und machte eine Disziplin zum nationalen Kulturgut, die zuvor vor allem von den hochgezüchteten Kraftmännern aus der Athletenfabrik der DDR dominiert worden war. Während seine Konkurrenten ihre aufgepumpten Oberkörper teilweise nur mit Mühe in den Wurfring schleppten, repräsentierte «Kugel-Werni» das gute Gesicht dieses Sports. Bis sich das deutsche Magazin *Spiegel* als Spielverderber einmischte. Im Vorfeld der Olympischen Spiele von Barcelona beschrieb es Ende Juli 1992 unter dem Titel «Schweizer Geheimbund» die medizinischen Praktiken in der heilen Welt der helvetischen Leichtathletik.

Hintergrund des Artikels war ein sogenanntes Therapiefenster, das es den Medizinern ermöglichte, verletzte Sportler während eines begrenzten Zeitraums mit verbotenen Substanzen zu versorgen. So wurde Günthör von seinem persönlichen Arzt, dem renommierten Schweizer Sportmediziner Bernhard Segesser, zwischen 1984 und 1988 mehrmals mit Anabolika-Präparaten therapeutisch behandelt, um den Heilungsprozess zu beschleunigen. Diese Tatsache ist längst bekannt, doch noch immer erstreckt sich die Beurteilung der damaligen Praktiken über die ganze Bandbreite der Wertungsskala und Wahrnehmungen.

Täter auf der Überholspur

Die schweizerische Doping-Untersuchungskommission (DUK) war schon 1993 in ihrem Schlussbericht über die erwähnten Vorkommnisse zu einem klaren Verdikt gekommen: «Die therapeutische Verabreichung von Anabolika vor 1989 versties gegen die damals gültigen nationalen und internationalen Dopingbestimmungen, da diese keinerlei Ausnahmestimmungen hinsichtlich der Verabreichung

verbotener Substanzen vorsah. Anabolika-Behandlungen dieser Art hätten auch im Rahmen des im Dopingstatut des Schweizerischen Landesverbands für Sport von 1989 eingeführten Therapiefensters keinen Platz gefunden.»

Mit anderen Worten: Nach heutigen Kriterien basiert die Karriere des erfolgreichsten Schweizer Leichtathleten der Geschichte (auch) auf der Verabreichung von Chemie. Segesser widerspricht dieser Einschätzung vehement: «Günthör war ein Ausnahmeathlet – am ehesten zu vergleichen mit Roger Federer im Tennis. Seine

Die Auswahl an Ausreden ist länger als die Liste der verbotenen Substanzen.

Hebelverhältnisse und Schnellkraft setzten Massstäbe. Seine Grossefolge erzielte er dank Trainingssystematik, Disziplin und Charakter.» Die Behandlung mit Anabolika sei damals normal gewesen: «In dieser Zeit musste man nach einer Diskushernie-Operation sechs Wochen im Bett liegen. Schon nach zwei Wochen beträgt der Kraftverlust 25 Prozent. Um einen Sportler wieder an sein ursprüngliches Niveau heranzuführen, brauchte es medikamentöse



Therapiefenster: Sportmediziner Segesser.

Hilfe.» Die Anschuldigung, Günthör bewusst gedopt zu haben, weist Segesser von sich: «Ich habe nie einen Athleten so weit behandelt, dass seine Leistung manipuliert wurde.»

Wo hört die Therapie auf? Trainer Egger kann nicht verneinen, dass sich der Leistungssport in einer «Grauzone» befindet. Auch das Therapiefenster müsse man in diesem Zusammenhang sehen: «Damals war das normal, heute werden wir dafür angeprangert. Das ist nicht fair.» Auch er betont: «Günthör war ein Jahrzehnttalent. Als ich ihn 1978 zum ersten Mal stossen sah, wusste ich: Der wird meinen Schweizer Rekord um mindestens zwei Meter übertreffen.»

Letztlich hatte aber auch der medizinische Behandlungsspielraum entscheidenden Einfluss darauf, dass jemand an der internationalen Spitze mitzuhaltenden vermochte: «In einer

Welt, in der systematisch gedopt wurde, konnten die Schweizer vom Therapiefenster profitieren», sagt Egger.

Ein Blick auf die gegenwärtige Rekordliste in der Schweizer Leichtathletik lässt wenig Interpretationsspielraum. Von den Schweizer Rekordern der Männer in Einzeldisziplinen wurde nur die 100-Meter-Bestmarke von Alex Wilson im laufenden Jahrzehnt aufgestellt. Die Topresultate in den Mittel- und Langdistanzen (1500 Meter bis 5000 Meter) stammen von Pierre Délezé und Markus Ryffel und gehen auf die Jahre 1979 bis 1987 zurück. Gleiches gilt für die Bestleistungen im Diskuswerfen und Kugelstossen. Werner Günthör setzte am 23. August 1988 auf dem Berner Neufeld mit 22,75 Meter wohl eine Marke für die Ewigkeit. Die Jahresweltbestleistung 2015 des Amerikaners Joe Kovacs betrug 22,56 Meter.

Günthörs Leistungszerfall

Seit Günthörs Rekordwurf sind 27 Jahre vergangen. Lässt sich der Leistungszerfall wirklich mit der entschärften Konkurrenzsituation und der gesunkenen Popularität des Kugelstossens erklären? «Das ist Blödsinn», sagt Beat Villiger entschieden, «eine stichhaltige sportliche Erklärung für diese Rückschritte gibt es nicht.»

Villiger hat mit eigenen Augen gesehen, wie Wettkämpfe(r) manipuliert wurden. Er erzählt von Heerscharen von Langläufern, die an der WM 1997 in Trondheim am Morgen vor dem Rennen an Infusionen zur Blutverdünnung gehängt haben, etwa vom Österreicher Johann Mühlegg, der an den Olympischen Spielen 2002 in Salt Lake City die Urinabgabe mit Hilfe der IOC-Dopingkontrolleure auffällig lange herausgezögert habe, um seinen Hämatokritspiegel durch Wasserkonsum zu reduzieren, und von Radprofis, die lebensbedrohliche Blutwerte ausgewiesen hätten. «Deshalb bin ich beim Phönax-Team ausgestiegen», sagt Villiger.

In der Schweiz hat Villiger aber nie ein institutionalisiertes Dopingsystem ausgemacht – im Gegenteil: «Mir haben die Langläufer vorgeworfen, dass mit meinen erlaubten Methoden wie Höhentherapie kein Blumentopf zu gewinnen sei.» Berufskollege Segesser teilt Villigers Einschätzung: «Ich stehe zu dem, was wir gemacht haben. Aber organisiertes Doping gab es in der Schweiz nie.» Egger sieht es ähnlich: «Als Anabolika noch nicht verboten war, hat man damit experimentiert. Aber ich habe nie mit einem Sportler zusammengearbeitet, der gedopt hat.»

Überhaupt sei es mit dem Doping im Sport wie beim Autofahren, sagt Egger: «Wenn es keine Kontrollen gibt, hält sich doch niemand ans Limit.» Das Problem: Im Spitzensport lässt es sich erst in zwanzig Jahren sagen, wer heute zu schnell gefahren ist. Die Täter befinden sich auf der Überholspur und lächeln den Kontrolleuren im Rückspiegel zu. Oder wie es Villiger fatalistisch sagt: «Wenn jetzt nicht weltweit reagiert wird, ist der Kampf gegen Doping für immer verloren.» ○



Zeit für Begegnungen: Bundespräsident Johann Schneider-Ammann (r.) empfängt US-Vizepräsident Joe Biden auf dem Flughafen Zürich.



Gipfeltreffen

Topleute aus Wirtschaft und Politik suchen Antworten auf die Fragen unserer Zeit.

- 46 Weltwirtschaft:
Lichtblick USA

- 50 Jean-Pierre Roth über
die Notenbanken

- 54 Umfrage: WEF-Teilnehmer
zu Chancen und Risiken

- 58 Saudi-Arabien: Neue
Realitäten für das Königshaus

- 60 Frauke Petry:
Alternative für Merkel?

- 62 Erich Weede:
Globale Barmherzigkeit

- 64 Henryk M. Broder:
Die vom Sturm Getriebenen

- 66 Edwin Feulner:
«Europa ist wie Disneyland»

- 70 Jaroslaw Kaczynski:
Was Polen zusammenhält

- 72 Zoë Keating:
Karriere trotz Lampenfieber

- 74 Reportage aus Davos:
Ein Denkmal für Klaus Schwab

- 76 Mark Haefele:
Vierte industrielle Revolution

- 78 Marc Faber: «Warum ich nicht
ans WEF gehe»

Lichtblick USA

Die Weltwirtschaft wird schwächer, Schwellenländer verlieren an Schwung, Europa ist lernunfähig. Hoffentlich hilft der amerikanische Unternehmergeist.

Von Beat Gygi

Zum Glück ist dieses Jahr ein Schaltjahr, so hat die Wirtschaft einen Tag mehr als üblich zur Verfügung, um auf eine ansehnliche Leistung zu kommen. Der zusätzliche Arbeitstag ist sicher dringend nötig, denn heute, drei Wochen nach Jahresanfang und nach einem denkbar schlechten Start an den Börsen, sehen einige Probleme der Weltwirtschaft erheblich bedrohlicher aus als im vergangenen Sommer und Herbst. Bei einem ersten oberflächlichen Blick auf die Ausgangslage will allerdings nicht ganz einleuchten, warum es so weit gekommen ist. Eigentlich müsste es doch ganz anders sein: Das Erdöl ist unglaublich billig, und das Geld, das von den Notenbanken in die Wirtschaft fliesst, ist praktisch gratis. Nullzinsgeld und Billigstenergie – wenn das keine Treibstoffmischung ist, die der Wirtschaft einen Schub verleiht, als ob er von einer Rakete käme.

Scherz auf Kosten der Schweiz

Der Schub ist aber nicht da. Von den drei grössten Wirtschaftsräumen, China, USA und EU, die alle kaufkraftbereinigt je auf ein Bruttoinlandsprodukt von etwa 18 Billionen Dollar kommen, gibt eigentlich nur Amerika zu Hoffnung Anlass. Lichtblicke in der Weltwirtschaft sind – abgesehen von kleineren Boomregionen in Asien und Afrika – heute am ehesten im

Unternehmergeist der USA zu finden. In China dagegen hat sich das Wachstum von Jahresraten mit über 10 Prozent in kurzer Zeit auf Raten in der Nähe von 5 Prozent verlangsamt, und zahlreiche Schwellenländer haben ebenfalls stark an Tempo eingebüsst, besonders deutlich Brasilien. Sollte die Nachfrage aus China und Schwellenländern nun wirklich so flau werden, dass Produkte und Dienstleistungen plötzlich nicht mehr wie bisher und notfalls nur mit Preisnachlässen exportiert und an die Kunden ge-

Das Erdöl kostet heute so wenig wie 2002, als die Weltwirtschaft praktisch auf den Felgen fuhr.

bracht werden können, dann werden Schweizer Firmen zunächst einmal die Anstrengungen erhöhen – in der Hoffnung, dass sich mit mehr Fleiss und Zeiteinsatz doch noch einiges wettmachen lasse. Immerhin war das ein erfolgreiches Rezept für viele hiesige Exporteure, als sie im vergangenen Jahr mit dem rasanten Erstarren des Frankens fertig werden mussten.

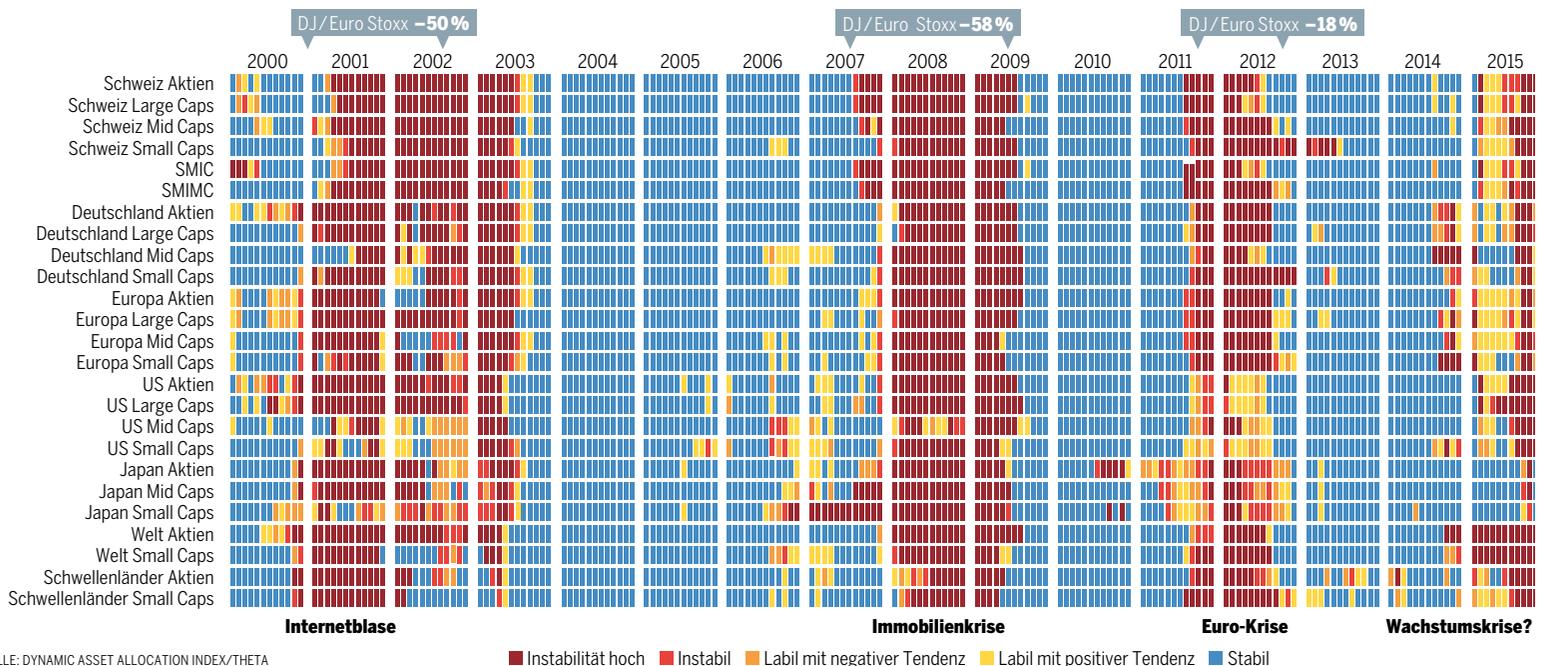
Halt, der Kalender leistet sich einen kleinen Scherz auf Kosten der Schweiz. Bei näherem Hinsehen bringt das Schaltjahr dem Land netto ja gar keinen Vorteil gegenüber 2015. Dieses Jahr

nämlich fällt der erste August auf einen Montag; der arbeitsfreie Nationalfeiertag blockiert also ein volles Tagespensum, nachdem im Vorjahr lediglich ein ohnehin arbeitsfreier Samstag belegt worden war. Dass die Schweizer Wirtschaft gegenüber den anderen Ländern mit einem kleinen Kalendernachteil ins Rennen geht, ist allerdings ein lässliches Problem, wenn man auf die Wolken schaut, die zurzeit den Horizont verdunkeln. Besonders wetterfühlilig scheinen die Anleger an den Aktienmärkten zu sein.

Erst wenige Tage ist es her, dass die Finanzexperten der Royal Bank of Scotland mit dem dramatischen Appell «Verkaufen!» Anleger und Kunden aufgeschreckt haben. Die Kursverluste an den Börsen seit Jahresanfang tun bereits vielen weh, und man weiss nicht, ob das nur eine mindere Störung oder der Anfang eines grösseren Einbruchs ist. Dass der Erdölpreis weiter nachgegeben hat und nun beim Preis von 28 Dollar pro Fass so niedrig ist wie seit gut zwölf Jahren nicht mehr, sehen viele als Anzeichen dafür, dass grosse Teile der Wirtschaft ernsthaft krank sind. Schwellenländer, Russland und arabische Länder, die vom Ölexport leben, pumpen trotz Preiszerfall ohne Mässigung Erdöl auf den Markt, weil sie auf die Einnahmen angewiesen sind und kaum alternative Einkommensquellen haben. Das

Alle paar Jahre ein Sturm

Stabilität der Kursentwicklungen an den Börsen, monatliche Tendenzen 2000–2015



QUELLE: DYNAMIC ASSET ALLOCATION INDEX/THETA

Von rot markierter Blase zu rot markierter Blase: Seit Ende 2015 stehen wir erneut am Beginn einer roten Phase mit ungewissem Ausgang.



Was wäre ohne US-Firmen in der Welt überhaupt noch möglich? Drohnen-Präsentation, Washington 2015.

Erdöl kostet heute etwa gleich wenig wie letztmals im Jahr 2002, als die Weltwirtschaft nach dem Platzen der Internet- und Technologie-Blase praktisch auf den Felgen fuhr. Damals waren die Aktienkurse bis Frühling 2003 am Sinken und erreichten schliesslich Tiefstwerte, die man sich heute kaum vorstellen kann. Ein Glückspilz, wer damals in dieser Finsternis Aktien gekauft hat.

Krisen hängen eng zusammen

Die Grafik auf Seite 46 veranschaulicht die längerfristige Geschichte der Stürme und der ruhigen Phasen an den Börsen. Die Beratungsfirma Theta hat in Zusammenarbeit mit der ETH Zürich einen Indikator konstruiert, um Unsicherheit unter den Anlegern zu messen. Bei hoher Unsicherheit ist die Lage instabil, es kann zu Brüchen, zu Wendepunkten in den Kursentwicklungen kommen. Die Grafik zeigt vier Phasen mit hoher Instabilität, die jeweils mit mehr oder weniger massiven Wertverlusten der Aktien einhergingen. Die erste Krise entspricht der Häufung der roten Zellen von 2001 bis 2003. Das sind die Monate, die für die meisten Börsenindizes instabile Kursentwicklungen mit Einbrüchen bedeuteten. Mitte 2003 wurden die roten vielerorts durch die gelben Zellen abgelöst, das heisst, dass labile Entwicklungen mit

Aufwärtstendenz einsetzen. Gegen Ende 2003 fing die stabile Aufwärtsbewegung an, die an den meisten Börsenplätzen bis Ende 2007 dauerte, als die berühmt-berüchtigte Finanzkrise von 2008/2009 ausbrach.

Die Internet- und Technologie-Krise von 2001/2003 sowie die Finanzkrise mit der sogenannten grossen Rezession 2008/2009 haben beide auf breiter Front und massiv Werte von Anlegern vernichtet, beide Male wurde quasi das Aktienvermögen halbiert. Der Aktienindex Euro Stoxx 50 beispielsweise, der die 50 grössten Unternehmen der Euro-Zone umfasst – also Konzerne wie Allianz, Axa, BMW, Carrefour, Daimler, Philips, Siemens und Volkswagen – hat in beiden Krisen je 50 Prozent verloren, wobei freilich atemberaubende Kursgewinne dazwischen lagen. Die Euro-Krise von 2011/2012 war für die Aktienkurse weitaus weniger schlimm, der Index verlor lediglich 18 Prozent.

Ein Blick auf die Grafik wirft nun gleich die Frage auf, wie zerstörerisch die heutigen Entwicklungen an den Aktienmärkten allenfalls werden könnten. Kommt wiederum ein Sturm, der das Vermögen halbiert, oder bleibt es bei einem Gewitter? Am rechten Rand der Grafik zeigen sich seit Herbst 2015 weltweit Instabilitäten, und seit dieser Zeit summieren sich die Kursverluste im Index Euro Stoxx 50 auf ein

Minus von rund 20 Prozent. Das entspricht nun bereits etwa dem Ausmass der Euro-Krise von 2011/2012, die im langfristigen Vergleich als Gewitter einzustufen ist. Etliche Beobachter glauben aber, dass es mit den bisherigen Börsenturbulenzen noch nicht getan ist. Einige Marktexperten sprechen gar davon, dass der Einbruch dieses Mal schlimmer ausfallen werde als in der grossen Rezession von 2008/2009.

Die Krisen hängen enger zusammen, als viele denken. In der Grafik werden die einzelnen Einbrüche als Internet-, als Immobilien- und als Euro-Krise bezeichnet; die jüngsten Turbulenzen tragen die Etikette «Wachstumskrise?». Was sie aber verbindet, ist eine Geldpolitik, die immer mildernd und korrigierend eingzugreifen versuchte, dadurch von Krise zu Krise lockerer wurde. Damit wurden die wirklichen Probleme oft nur übertüncht und jeweils bereits die nächste Krise vorbereitet. Heute dominiert eine Nullzins- oder Fast-Nullzins-Politik in Kombination mit einer Überflutung der Wirtschaft mit neuem Geld. Diese Tradition geht zurück auf den früheren US-Notenbankchef Alan Greenspan, der bereits in den neunziger Jahren immer dafür besorgt war, Kurseinbrüche an den Börsen mit Geldspritzen der Notenbank zu bekämpfen. Der damals geprägte Begriff «Greenspan put»

bedeutet eigentlich: «Wenn es an den Börsen schlimm wird, dann hilft die Notenbank.»

«Falsch investiert – drehen Sie wenn möglich um», so würde dagegen ein ehrliches Navigationsgerät die Lage kommentieren. Das Platzen der Internet- und Technologie-Blase 2001/2003 ergab sich aus einem Ausleseprozess unter Tausenden von neuentstandenen Firmen, die von hoffnungsvollen Anlegern viel Kapital angezogen hatten. Es überlebte nur ein kleiner Teil der Start-ups, der Rest verschwand von der Bildfläche, und die Eigentümer und Aktionäre mussten ihr eingesetztes Geld, ihre Investitionen, abschreiben. Telekom-Riesen verloren neun Zehntel ihres Wertes, auf diesem Niveau sind die meisten heute noch. Für viele andere Unternehmen kam die Erholung dann aber rasch, es begann eine Phase der steilen Kursentwicklungen an den Börsen und an den Immobilienmärkten. Die amerikanische Notenbank stimulierte das mit einer Lockerung der Geldpolitik. Gleichzeitig führte in der EU die frisch konstruierte Währungsunion zu einem gewaltigen Strohfeuer. Der Euro breitete das niedrige deutsche Zinsniveau auf ganz Europa aus und löste einen fast zehnjährigen Investitionsboom aus, bis sich der Aufschwung 2008 als Blase erwies. All dies regte auch die Schweizer Wirtschaft an. Der Franken war zudem lange Zeit niedrig bewertet, was Exporte aus der Schweiz zusätzlich befügelte.

Amerika als Übeltäter

Die grosse Krise von 2008/2009 wurde vor allem durch allzu stark gestiegene Immobilienpreise in den USA ausgelöst. Als um 2007 herum immer klarer geworden war, dass viele Hauseigentümer unter anderem wegen sozialpolitischer Vorgaben allzu leichtfertig Kredite erhalten hatten, wurden die Geldgeber vorsichtiger, der Markt kam ins Stottern, die Häuserpreise fielen, und im Hypothekenmarkt machte sich Unsicherheit über die Qualität von Kreditabsicherungen breit. In den USA war ein grosser Teil der Hypothekarkredite verbrieft, das heisst, dass der anfängliche Kreditvertrag zwischen Bank und Hauseigentümer als Schuldenpapier verselbständigt wird, das dann frei am Markt gehandelt werden kann. Das Problem war, dass die Angaben zu Handwechsellern und zur Qualität von Schuldner oft zu wenig genau waren, es wurde unsauber gearbeitet. Dies führte zu Misstrauen und blockierte schliesslich den ganzen Markt zwischen den Banken, die einander nicht mehr trauten.

Als Reaktion darauf wurde die Geldpolitik noch lockerer. Weltweit sprangen die Notenbanken und Regierungen ein, übernahmen faule Kredite und stellten den Banken immense Mengen von Geld zur Verfügung, um den Markt einigermaßen am Leben zu erhalten und Bankzusammenbrüche oder das Stürmen von Banken durch Sparer zu vermeiden. Amerika galt damals quasi als Übeltäter, der die Welt-



Gesundes US-Wachstum: Martin Naville.

wirtschaft an den Rand des Abgrunds geführt hatte und in eine schwere, wenn auch kurze Rezession riss. Die Notlage in zahlreichen Ländern gab Notenbanken und Regierungen riesige Handlungsspielräume, um sich mit politischen Eingriffen und Regulierungen neue Betätigungsfelder zu erschliessen und zu sichern. In der Schweiz griffen Bund und Nationalbank der UBS unter die Arme und retteten sie zwei Mal; zuerst durch das Einschliessen von Geld, dann durch die Auslieferung von Kundendaten an die USA, um die Bank vor dem Zugriff der US-Justiz zu schüt-

Die Euro-Krise zeigte, dass die Haftung für begangene Fehler nicht ins Weltbild der Euro-Elite passt.

zen. Weltweit spannten die Politiker zusammen, sie nutzten die Finanzkrise, um Hunderttausende von Seiten mit neuen Gesetzestexten zu produzieren und dem Privatsektor zu zeigen, wer nun das Sagen hat.

Die dritte Krise von 2011/2012 brachte geringere Kursverluste als die zwei vorangegangenen, aber von den grundsätzlichen Zusammenhängen her war sie gefährlicher als die anderen. Sie ist erstens noch nicht ausgestanden, zweitens erinnert sie besonders deutlich an die verhängnisvolle Rolle der Geldpolitik, und drittens steht sie auch für ein Auseinanderdriften von Europa und Amerika. Die Euro-Krise zeigte, dass Konkurse, Abschreibungen verfehlter Investitionen und die Haftung für begangene Fehler nicht ins Weltbild der Euro-Elite passen. Ein Staatsbankrott Griechenlands war tabu, im renovationsbedürftigen europäischen Bankensektor wurde wenig reformiert, die Konstruk-

tionsfehler der Europäischen Währungsunion werden nach wie vor mit Geldumverteilung, Vergemeinschaftung der Haftung und Geld drucken übertüncht.

Damit werden schlecht funktionierende Einrichtungen am Leben erhalten. Der frühere Nationalbankpräsident Jean-Pierre Roth spricht im Interview auf Seite 50 von enttäuschenden Wachstumsperspektiven der EU. Eine Expansion von einem Prozent oder etwas mehr reiche nicht aus, um die Arbeitslosigkeit spürbar zu reduzieren. Die Wachstumsschwäche in Europa sieht Roth vor allem damit verbunden, dass dringende Reformen in Europa nicht an die Hand genommen werden; in der EU fehle es den Unternehmen nicht an Geld, sondern an Vertrauen, Vertrauen wäre eine Art Wachstumsmotor. Roth ist zudem der Ansicht, dass die Europäische Zentralbank mit dem Überfluten der Wirtschaft mit Geld am Ende ihres Lateins sei. Das Nullzins-Regime bringe keine Wachstumswirkungen, ja es sei eine Krankheit, die Pensionsvermögen aufzehre und zu unrentablen oder wirtschaftlich falschen Investitionen führe, weil die Zinssignale fehlen.

Der Gedanke an «Amerika, du hast es besser» ist da kaum zu vermeiden. Die US-Notenbank hatte zwar auch die Märkte mit Geld geflutet und die Zinsen praktisch auf null gedrückt, aber im Dezember hat sie mit einer kleinen Leitzinserhöhung immerhin einen ersten kleinen Schritt in Richtung normaler Zinsen getan, und auf diesen Schritt dürften weitere ähnliche folgen. Die Zinsverhältnisse in den USA sind damit etwas weniger verlogen als die in Europa, entsprechend ist zu erwarten, dass weniger Geld sinnlos vertan wird.

Blick auf moderne Industrielwelt

Wo hat es Amerika sonst noch besser? Für die amerikanische Wirtschaft wird für 2016 eine Wachstumsrate von 2,4 Prozent erwartet, die deutlich über der europäischen Leistung liegt und eine leichte Beschleunigung gegenüber dem vergangenen Jahr bedeutet – dies bei deutlich geringerer Arbeitslosigkeit als in den meisten europäischen Ländern. Martin Naville, Direktor der schweizerisch-amerikanischen Handelskammer, weist zudem darauf hin, dass die US-Wirtschaft sich von den andern Gebieten dadurch abhebe, dass sie relativ normal wachse und kein Alterungsproblem habe. Zudem würden die USA durch den Freihandel mit dem asiatisch-pazifischen Raum einerseits und das angestrebte transatlantische Freihandelsabkommen andererseits zu einer Art Plattform für Unternehmen, die in mehreren Richtungen offene Märkte suchten. Und schliesslich: Am diesjährigen WEF in Davos ist die moderne Industrielwelt das Titelthema, und mit Blick auf Technologie, Informatik, Computer und Kommunikationsnetze wäre der Test interessant: Was wäre ohne US-Firmen in der Welt überhaupt noch möglich? ○

If you want to know where it's all leading, start leading.

At KPMG, we are a leading professional services firm that addresses both today and tomorrow. We offer insights and multidisciplinary expertise in audit, tax and advisory. It's who we are. Around the globe, and right next to you. Let's get ahead together – talk to us:

kpmg.ch/wef



Stefan Pfister
CEO KPMG Switzerland



«Das Nullzinsregime ist eine Krankheit»

Der ehemalige Nationalbankpräsident Jean-Pierre Roth sieht mit Unbehagen auf die Weltwirtschaft. Die Notenbanken und Regierungen hätten ihr Pulver verschossen. Impulse könnten nur noch aus dem Privatsektor kommen. *Von Beat Gygi, Florian Schwab und Sébastien Agnetti (Bild)*

Er hat in der Geldpolitik fast die ganze Periode seit der spektakulären Freigabe des Franken-Wechselkurses 1973 aus nächster Nähe erlebt. Im Gespräch mit Jean-Pierre Roth schimmert die Ruhe eines sturmerprobten Ökonomen durch. Er ist 1946 in Saxon im Unterwallis geboren, studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Genf, doktorierte am Institut de hautes études internationales in Genf und trat 1979 in die Schweizerische Nationalbank (SNB) ein. Von 2001 bis 2009 war er Präsident des Nationalbank-Direktoriums.

Das Jahrzehnt, in dem er die Geldpolitik an oberster Stelle mitbestimmte, begann mit dem Platzen der Internetblase. 2007/08 folgte ein noch schärferer Einbruch, als die Geldpolitik in der Finanzkrise weltweit eine neue Rolle bekam und die SNB zusammen mit dem Bund die Grossbank UBS stützen musste. In der stürmischen Ära war er auf internationaler Ebene an der Front, von 2006 bis 2009 etwa als Verwaltungsratspräsident der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. In der Wirtschaft ist Roth als Präsident des Verwaltungsrates der Genfer Kantonalbank sowie als Verwaltungsrat bei Nestlé, Swatch Group und Swiss Re tätig.

Herr Roth, was ist nach Neujahr an den Finanzmärkten passiert, warum sind die Börsen so schlecht gestartet?

Das Jahr 2016 wird meiner Einschätzung nach ein Jahr der grossen Gefahren, und das ist jetzt gleich zu Beginn auch an den Aktienmärkten zum Ausdruck gekommen. Es gibt in der Weltwirtschaft grosse Unsicherheiten und Fragezeichen. Schon 2015 hat in China und den Schwellenländern eine Verlangsamung eingesetzt, und dieses Jahr dürfte es zu einer Kumulation der Schwierigkeiten kommen. Lösungen für die Probleme in den Schwellenländern sind zurzeit nicht in Sicht, und man weiss nicht genau, wie es um China steht.

Die Statistiken sehen nicht ganz düster aus.

China publiziert zwar offizielle Zahlen, es ist aber nicht klar, wie zuverlässig diese sind. Einige Beobachter sind der Meinung, die Verlangsamung sei viel stärker, als es heute scheint. Unklar ist auch, welche Strategie die chinesische Regierung fährt, ob die Nachfrage und die Wirtschaft erfolgreich neu ausgerichtet werden.

Kann man immerhin mit einer Stabilisierung in Europa rechnen?

Für Europa wird 2016 ein sehr kritisches Jahr. Bisher hat man vor allem die Geldpolitik herangezogen, um die Wirtschaft anzukurbeln. Es ergab sich zwar ein geringfügiges Wachstum, das ist aber eher eine Stagnation auf hohem Niveau, und die Wachstumsaussichten sind enttäuschend. Ein Plus beim Bruttoinlandprodukt von einem Prozent oder etwas mehr reicht nicht

«Irgendwann wird sich der Schluss aufdrängen, dass die Wirkung der Geldpolitik nicht gross war.»

aus, um die Arbeitslosigkeit spürbar zu verringern. Europa wird dieses Jahr wohl kaum aus seiner schwierigen Lage herauskommen. Irgendwann wird sich der Schluss aufdrängen, dass die Wirkung der Geldpolitik nicht besonders gross war. Die Ratlosigkeit dürfte zunehmen, das gibt wenig Anlass zu Hoffnung.

Wie hängen China und Europa zusammen?

Schauen Sie sich Deutschland an. Die deutsche Exportindustrie spürte sofort die schwächere Nachfrage der Chinesen nach Investitionsgütern. Auch die Schweizer Uhrenindustrie leidet unter Chinas Nachfrageflaute bei Luxusgütern. Das sind die direkten Wirkungen. Indirekt sind die Probleme etwa auch über den Einbruch des Erdölpreises zu spüren. Wenn die Wirtschaft in Schwellenländern schwächer wird, werden weniger Rohstoffe gebraucht. Ein niedrigerer Erdölpreis kann zwar den Konsum anregen, aber abgesehen davon sind die Auswirkungen negativ auf die Investitionsnachfrage der Erdölproduzenten.

Müssen europäische Exporteure nun mit einer langen Flaute rechnen?

Die Europäer haben ja schon alles unternommen, um den Wechselkurs des Euro zu drücken. Die Europäische Zentralbank hat die Währung mit allen Mitteln geschwächt, um den Exportmotor möglichst in Schwung zu bringen. Das hat Firmen im Euro-Raum Preisvorteile an den Exportmärkten gebracht, aber wenn sich die Nachfrage der Weltwirtschaft ernsthaft abschwächt, stösst diese Strategie an Grenzen.

Die Europäische Zentralbank hat die expansive Geldpolitik ja grösstenteils von

den USA kopiert. Warum klappte es damit in Amerika einigermassen, aber in Europa nicht?

Es handelt sich da um zwei Kulturen, die völlig unterschiedlich sind. In Europa besteht das Problem nicht darin, dass die Zinsen zu hoch sind, sondern darin, dass alte, verkrustete Strukturen nicht reformiert werden. Das amerikanische System ist viel flexibler. Sobald da die Zinsen gesenkt werden, beginnen die Unternehmen mehr zu investieren, und die Leute werden konsumfreudiger.

Das heisst also, dass die Anreize des Preissystems mehr oder weniger funktionieren?

Ja, aber in Europa ist es anders. Da fehlt in den Unternehmen und auch in den privaten Haushalten das Vertrauen, weil die dringend notwendigen Reformen bei den Staatsfinanzen, der Regulierung und in den Sozialsystemen nicht vorankommen. Wenn kein Vertrauen da ist, bewirken Zinssenkungen nichts, die Investitionen und die Konsumausgaben sprechen nicht darauf an. In Europa ist Vertrauen das Hauptproblem, in Amerika ist das ganz anders, da herrscht ein viel vertrauensvolleres Geschäftsklima.

Kann man erwarten, dass die USA nun wieder zur Lokomotive der Weltwirtschaft werden?

Die USA bilden die grösste Volkswirtschaft der Welt, und ihre Erholung ist deutlich, aber ich glaube nicht, dass das reicht, um die Weltwirtschaft wirklich vorwärtszuziehen. Nochmals und aus grundsätzlicher Sicht: Wenn Europa nicht tiefgreifende Reformen durchführt, wird es im Wachstum weit hinter dem zurückbleiben, was eigentlich möglich wäre.

Ist die kleine Zinserhöhung der US-Notenbank Fed vom Dezember Ihrer Ansicht nach der Anfang einer Normalisierung der Geldpolitik, oder ist nach diesem kleinen Schritt nichts mehr zu erwarten?

Wenn die Fed keine weiteren Schritte mehr vornähme, würde ihre Glaubwürdigkeit stark leiden. Eine echte Zinsschwende verlangt nach weiteren Schritten, und die sind auch zu erwarten. Aber es kann sein, dass die Bewegungen klein ausfallen. Das würde dann heissen, dass die US-Wirtschaft zwar zum Wachstum zurückgefunden hat, dass dieses aber nicht so stark ist wie zunächst vermutet. Das kann eine weitere Unsicherheit des Jahres 2016 sein. Ich glaube aber, dass die Fed die Zinsschwende umsetzen wird, jedenfalls,



«Vertrauen ist der einzige Wachstumsmotor»: Ex-SNB-Präsident Roth.

solange Inflation und Arbeitslosigkeit ähnlich günstig bleiben wie heute.

Wo sehen Sie Wachstumskräfte, die zu Hoffnung Anlass geben können?

Ich muss sagen, Wachstumskräfte sind schwierig zu entdecken. Auf jeden Fall sind sie nicht bei der Geldpolitik zu suchen, da hat man schon alles versucht. Grundsätzlich könnten Wachstumsimpulse vom privaten Konsum herkommen, wenn genügend Vertrauen da wäre. Auf jeden Fall ist es so, dass der Staat heute kaum noch irgendwelche Mittel in der Hand hat, um die Konjunktur anzukurbeln. Neue Impulse können nur noch vom Privatsektor herkommen.

So, wie man es in den USA beobachtet?

Ja, und wie gesagt, in Europa passiert so etwas nur, wenn vorher Reformen erfolgen. Erst wenn die Arbeitsmärkte und andere Bereiche liberalisiert werden, werden die Firmen wieder mehr investieren. Es fehlt nicht an Liquidität, die ist da, es fehlt an Vertrauen. Heute ist Vertrauen der einzige Wachstumsmotor.

Ist die Null- oder Niedrigzinspolitik kein Motor?

Da treffen Sie mein Lieblingsthema. Das Nullzinsregime ist eine Krankheit, und zwar eine mit gravierenden Folgen. Nullzinsen gefährden Pensionskassen und alle Einrichtungen, die auf Kapitalisierung beruhen. Die Leute fragen sich, ob ihre Rente dereinst noch hoch genug sein werde, und sie beginnen vermehrt zu sparen. Statt den Konsum anzuregen, bewirken Nullzinsen also erst recht eine Zurückhaltung.

Ein Sparen ohne Zins, ohne Ertrag?

Bei traditionellen Sparern, ja.

Aber es gibt doch auch Gewinner dieser Politik risikofreudige Investoren und Immobilieneigentümer, die auf Wertsteigerungen aus sind.

Dass im heutigen System gewisse Kreise der Bevölkerung profitieren und andere verlieren, ist klar. Verlierer sind die Sparer, die Geld zurückgelegt haben für die Zukunft und nun sehen, dass sie auf dem Vermögen kaum noch eine Rendite erzielen. Für unsere Wirtschaft ist das eine ungesunde Situation, denn der Appell der Geldpolitik ist klar: Sparen lohnt sich nicht mehr, nun muss man konsumieren! Man will um jeden Preis die Nachfrage stimulieren, indem man den Leuten das Sparen verleidet. Aber eben, ein grosser Teil hat Angst und verlegt sein Tun noch mehr aufs Sparen. Die Nullzinspolitik schafft enorme Gefahren und Unsicherheiten.

Und risikofreudige Investoren bringen der Wirtschaft nichts?

Wenn es praktisch keine Zinsen mehr gibt, sind auch Investoren orientierungslos.

Ohne Zinssignale wird nämlich die Unterscheidung zwischen guten und schlechten Investitionen schwierig bis unmöglich. Heute investieren praktisch alle in Immobilien. Aber ist das gut für das Wirtschaftswachstum? Es ist wirklich sehr fraglich, ob das produktiv ist.

Für viele ist das der einzige Ausweg aus dem sogenannten Anlagenotstand.

Es gibt eine sehr interessante These, die von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich vertreten wird: Nullzinspolitik ist langfristig eine Gefahr für das Wachstum. Die Qualität des Kapitalbestands verschlechtert sich bei fehlenden Zinssignalen. Man investiert in falsche Projekte, in unproduktive Sektoren. Auch politisch ist es gefährlich. Für

«Man erwartet heute, vor allem in der EU, alles von der Zentralbank.»

Regierungen ist eine langfristige Nullzinspolitik etwas sehr Bequemes, denn die Schulden und das Schuldenmachen kosten fast nichts. Eine Normalisierung der Zinsen würde dann in gewaltigen Haushaltsdefiziten resultieren. Die Zinszahlungen würden rasch zu enormen finanziellen Belastungen führen und in Konflikt geraten mit anderen Staatsausgaben – etwa für Gesundheit, Sozialpolitik oder Bildung.

Kann eine EZB unter diesen Verhältnissen denn überhaupt irgendwann aus der expansiven Geldpolitik aussteigen?

Ich sage es noch einmal: 2016 wird ein schwieriges Jahr. Es wird auch ein Schlüsseljahr für die EZB. Die Notenbank hat alles Erdenkliche unternommen und ist jetzt am Ende ihres Lateins. Die Zinsen sind im negativen Bereich, man hat mit dem sogenannten Quantitative Easing enorm viel Geld in die Märkte gepumpt. Ich kann mir nicht vorstellen, wie ein Ausstieg aus dieser Politik aussehen könnte.

Ist es den Zentralbankern bei der EZB bewusst, dass sie – wie Sie es ausdrücken – am Ende ihres Lateins sind?

Ich habe den Eindruck, dass im Kernteam der EZB gewisse Vertreter schon besorgt sind über die sehr expansive Geldpolitik. Aber ihre Politik ist nun einmal eine Flucht nach vorne.

Was wäre die Alternative gewesen?

Den Regierungen der Euro-Zone schon früher zu sagen: «Halt, wir stoppen hier. Eine weitere Lockerung der Geldpolitik bringt nichts und könnte sogar kontraproduktiv sein. Ihr Politiker aus den Regierungen, ihr müsst jetzt handeln!»

Wäre das die klügere Politik gewesen?

Ja, aber die Massnahmen, die bei dieser Variante umzusetzen wären, wären schmerzhaft. Politisch wäre das schwierig

durchzustehen, das wäre bei Wählern nicht populär.

Wo sehen Sie die Chancen der Schweiz, in dieser ganzen Wirrnis das Beste für das Land herauszuholen?

Die Schweiz ist in dieser turbulenten Zeit praktisch ein Opfer der Vorgänge, die in der Welt passieren. Zum Glück haben wir grosse Trümpfe in der Hand. Wir sind global ausgerichtet. Es ist viel besser, eine globalisierte Wirtschaft zu haben als eine rein europazentrierte. Unsere Wirtschaft ist auch sehr diversifiziert; sie umfasst Chemie, Pharma, Uhren, Maschinen und vieles mehr. Besonders im Aussenhandel sind wir sehr breit aufgestellt. In all diesen Bereichen haben wir *world champions* – Firmen, die erstklassig sind und führend in ihren Bereichen.

Bleibt das Ihrer Ansicht nach so?

Für unsere Exportwirtschaft habe ich stets die Strategie vertreten: Innovation, hoher Wertgehalt der Produkte, Besetzen von Nischen – nur so geht es, und das verspricht auch für die Zukunft Erfolg. Die Entwicklung seit der Aufhebung der Euro-Frankenkursuntergrenze am 15. Januar 2015 zeigt, dass der hiesige Privatsektor sehr widerstandsfähig und in der Lage ist, Schocks zu absorbieren. Diese Flexibilität der privaten Wirtschaft ist die Chance der Schweiz.

Aber es wird nun wieder intensiver darüber diskutiert, ob die Schweiz bei der Produktivität zu schwach sei. Das Produktivitätsproblem ist wieder ein Thema.

Man sagt schon lange, die Schweiz sei schwach bei der Produktivität. Die OECD bemängelt dies seit ewigen Zeiten. Ich hatte immer Mühe mit dieser Argumentation. Es ist klar, dass man in einem Markt mit sieben Millionen Konsumenten Produktivitätssteigerungen nicht so schnell erzielt wie in einem Markt von mehreren hundert Millionen Kunden. Nehmen Sie unsere Uhrmacher – die sind bei der Produktivität wahrscheinlich nicht an der Weltspitze, sie streben aber nach Qualität und Innovation. Ich sehe das, aber ich halte es eher für einen Widerstandsfaktor unserer Wirtschaft als für ein Problem. **Sie vertrauen auf die Privatwirtschaft und kennen viele grosse Unternehmen auch als Verwaltungsrat. Arbeiten die Konzerne effizient genug, oder macht die interne Bürokratie die Firmen zu schwerfällig?**

In jedem grossen Konzern stellt sich die Frage nach der Grösse der Administration und nach der Schwerfälligkeit der Bürokratie. Die Vision, die wir für die Schweizer Wirtschaft haben sollten, gilt aber unabhängig davon: Ein Unternehmen muss eine globale Plattform sein, es soll mit einem grossen Namen überall auf der Welt operieren können. Unter dieser Marke kann man dann die Produkte bis zu einem gewissen Grad diversifizieren. Das ist das, was wir für die Schweiz brauchen.

Also globale Konzerne mit Sitz oder Heimatort in der Schweiz?

Ja, man sieht dies auch an der Börsenbewertung. Die grossen Konzerne haben sich gut gehalten, denn da investiert man in Firmen, bei denen die Risiken relativ gut verteilt sind. In grossen Schweizer Unternehmen ist dies der Fall, weil sie unter anderem geografisch und von den Produkten her breit genug aufgestellt sind. Es ist also in der heutigen Situation keine schlechte Überlegung, in grosse Firmen zu investieren.

Was halten Sie eigentlich vom Weltwirtschaftsforum, das doch von vielen Konzernchefs besucht wird?

Ich habe ungefähr zehnmal teilgenommen. In Davos findet ein interessanter Gedankenaustausch statt. Allerdings hatte ich gelegentlich auch den Eindruck, manche Leute überschätzten ihre Fähigkeit, die Welt zu regieren. Aber die Reaktionen der Konzernchefs oder der grossen Firmen waren immer interessant. Es war eine gute Gelegenheit, die sogenannten Topshots zu beobachten. Ich glaube nicht, dass man in Davos die Lösung der Probleme findet. Aber es ist ein Ort, an dem viele Ideen ausgetauscht werden.

Sie sind 1979 in die Schweizerische Nationalbank eingetreten, haben Karriere gemacht und sind von 2001 bis 2009 ihr Präsident gewesen. Sie haben also drei Jahrzehnte im Zentrum der Geldpolitik gearbeitet. Ist der Eindruck richtig, dass die Notenbanken heute mit immer kleineren Massnahmen immer grössere Ausschläge an den Märkten hervorrufen können, weil die Geldmenge derart gross geworden ist?

Ich sehe das nicht so. Ich glaube eher, dass die Notenbanken das Ruhekissen der Regierungen geworden sind. Weil die Regierungen nicht handeln, sind die Notenbanken sozusagen an das Steuerrad gekommen, mit dem man die Konjunktur zu lenken versucht. Man erwartet heute, vor allem in der EU, alles von der Zentralbank, während von der Politik keine grossen Anstrengungen kommen.

Die Geldpolitik selber ist aber nicht kräftiger geworden?

Nein, dass wegen der grossen Geldmenge die Wirkung der Geldpolitik grösser geworden wäre, kann man nicht sagen. Eher im Gegenteil. Die Zinsen sind so tief gesunken, dass eigentlich das umgekehrte Argument angebracht ist: Die Notenbanken haben keinen Spielraum mehr, um mit ihren Instrumenten wirklich etwas zu bewegen. Wie können die Notenbanken heute noch etwas bewirken? Ich sehe wenig Möglichkeiten, sie können eigentlich nur noch bremsen.

Demokratie

Tocquevilles Amerika



Alexis de Tocqueville.

Der Erfolg der USA liegt – verblüffend ähnlich wie jener der Schweiz – in der freiheitlichen, demokratischen Staatsform. Interessanterweise war es ein Franzose, der die amerikanische Erfolgsformel entdeckt hatte und als

Erster vor über 175 Jahren mit anhaltender Überzeugungskraft beschrieb.

Alexis de Tocqueville, königstreuer Aristokrat, Katholik, beendete nach neunjähriger Arbeit 1840 seinen Klassiker «Über die Demokratie in Amerika». Als er 1831 in New York an Land ging, war er noch bestürzt angesichts der Primitivität. Das Essen fand er barbarisch, die Architektur armselig. Was ihn bald begeisterte, war der Patriotismus, der Überschwang der Amerikaner für ihren noch jungen Staat. Tocqueville analysierte den ausgeprägten Bürgersinn als Folge de-

mokratischer Teilnahme, wonach sich «jeder für seine Gemeinde, seinen Kanton und den Bundesstaat genauso interessieren kann wie für seine eigenen Angelegenheiten».

Tocqueville wurde zum Verehrer föderalistischer Strukturen, vor allem der Gemeindeautonomie: «In den Gemeinden steckt die Kraft der freien Völker.» Der amerikanische Staat war für ihn eine Art Selbsthilfeorganisation auf der Grundlage von Vereinen. Demokratie definierte er als «Gleichheit der Bedingungen». Die Ungleichheit des Besitzes durch Leistung begrüsste er.

Entscheidend war die Religion. Amerika war das Land der protestantischen Sekten, die bei aller Vielfalt am Ende die christliche Grundlage schufen. Ob sich Tocqueville ein katholisches oder gar muslimisches Amerika vorstellen konnte, ist unbekannt. Tocqueville ahnte, dass die amerikanische Frömmigkeit eher den «Gewohnheiten» als den «Überzeugungen» entsprang. Pragmatische «Heuchelei» sei daher ein durchaus amerikanischer Wesenszug – was die Faszination des Franzosen nicht verminderte. (RK)

Sind wir vielleicht bald am Ende einer bestimmten Phase der Geldpolitik? Früher dominierte eine Zeitlang der Monetarismus mit der Ansicht, dass die Geldpolitik in der realen Wirtschaft nicht wirklich etwas verändern könne. Dann kam mit Alan Greenspan der Machbarkeitsglaube auf, die Krise hat die Tendenz noch verstärkt. Folgt jetzt eine grosse Ernüchterung?

Es gibt keinen allgemeingültigen Glauben in der Geldpolitik. Der Monetarismus war eine bestimmte Herangehensweise an die Probleme. Danach kam die Steuerung über Inflationsziele, daneben kamen andere Methoden auf. Nach 2008 entstand der Eindruck, das Bankensystem funktioniere nicht mehr, weshalb die Zentralbanken via Geldpolitik die Finanzierung der Wirtschaft sichern müssten. Man hat hier sehr viel versucht. Alles, was die EZB macht, dient dem Ziel, mehr Kredite in die Wirtschaft zu pumpen, also die Banken zum Geldausleihen anzutreiben. Aber die Wirtschaft schluckt die Kredite nicht, das Geld bleibt quasi bei den Banken hängen.

Dann wäre eine neue Geldpolitik fällig?

Auf jeden Fall kann man nicht einfach die heutige Linie fortschreiben, aber man kann auch nicht zurück zu alten Rezepten. Es ist sicher so, dass man irgendwann in nächster Zeit auf eine neue Art der Geldpolitik kommen sollte. Das bestehende Instrumentarium ist ausgereizt.

Wagen Sie eine Prognose, wie die neue Geldpolitik aussehen könnte?

Das ist schwierig. Vielleicht stehen uns ja Überraschungen bevor, die die Geldpolitik in eine neue Richtung treiben.

In den letzten Jahrzehnten ist die Staatsquote unaufhörlich gestiegen. Damit einher geht eine zunehmende Umverteilung von Einkommen und Vermögen. Stösst das nicht allmählich an eine Grenze?

Mit der gestiegenen Staatsquote wird ein grösserer Teil des Volkseinkommens durch den Staat verteilt. Es gibt da zwar keine definitiven Antworten, aber ich bin der festen Überzeugung, dass grosse Probleme entstehen, wenn der Staat das Management der Wirtschaft übernehmen will. Unsere Chance in der Schweiz ist die relativ niedrige Staatsquote und damit die beschränkte Rolle des Staates. Die Flexibilität der Wirtschaft ergibt sich aus der Flexibilität des Privatsektors.

Der Staat sollte also eine Nebenrolle haben?

Ich habe jedenfalls viel grösseres Vertrauen in die Fähigkeit der vielen privaten Unternehmen, sich an neue Rahmenbedingungen anzupassen, als in die Fähigkeit des Staates, zu definieren, wie man sich anpassen muss. Es ist momentan nicht sehr populär, zu sagen, dass der Privatsektor die besseren Antworten auf die grossen Fragen bereithält als der Staat, aber ich bin überzeugt davon. ○

«Glaube an menschliche Fähigkeiten»

Die *Weltwoche* wollte von ausgewählten WEF-Teilnehmern wissen: Woher nimmt man im Jahr 2016 die Hoffnung? Welcher politischen oder wirtschaftlichen Führungsfigur, welcher Organisation oder welchem Land ist eine Wende zum Guten zuzutrauen?

Das Motto des diesjährigen Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos ist die sogenannte Vierte industrielle Revolution. Doch viele Teilnehmer treiben derzeit andere Sorgen um als die Innovation des Internets und der technologische Wandel. Im Westen explodieren Bomben, massive Flüchtlingsströme bewegen sich über den Globus, die Wachstumsaussichten der Weltwirtschaft sind schwach. Zu Jahresbeginn gerieten die Märkte ins Rutschen und artikulierten damit die gestiegene Unsicherheit. Die Umfrage der *Weltwoche* zeigt, was die WEF-Besucher denken und was sie wirklich bewegt.

David Agus, Arzt



Ich wünschte, darauf eine Antwort zu wissen. Für jeden Wandel und Fortschritt braucht es Leadership. Es gibt viele politische und religiöse Führungspersonen, die sie übernehmen könnten, und ich hoffe, sie überwinden die nationalistische Politik und bereiten den Weg für Verbesserungen.

Thomas Bieger, Rektor Universität St. Gallen (HSG)



Die Begegnung von Entscheidungsträgern aus Politik, Gesellschaft, NGOs, Wirtschaft und Wissenschaft sollte klärende Beiträge zu brennenden aktuellen Fragen wie den Perspektiven der EU vor dem Hintergrund des aktuellen Problemdrucks, zu den Herausforderungen der Digitalisierung für eine offene und liberale demokratische Gesellschaft oder zu Migration und Integration bieten. Gerne erhoffe ich mir hier auch eine spürbare Rolle der Schweiz, die, gestützt auf ihre Tradition der guten Dienste, ihr Modell eines föderalistischen Zusammenlebens verschiedener Kulturen, ihre Wirtschaftskraft auf der Basis einer einmaligen Konzentration global tätiger Unternehmen, aber auch als Heimat wichtiger internationaler Organisationen – nicht zuletzt des IKRK –, Beiträge zu aktuellen Fragen der Welt leisten kann. Vor allem erhoffe ich mir, dass die vielen persönlichen Begegnungen zwischen Vertretern von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft den gegenseitigen Respekt und das Verständnis als Voraussetzung für jegliche Problemlösung

stärken. Persönlich bin ich überzeugt, dass ein wichtiger Beitrag zur Lösung aktueller Fragen wie jener zunehmender Produktivitätsunterschiede – und damit Einkommensunterschiede – zwischen Ländern und Bevölkerungsgruppen und die damit zusammenhängenden Phänomene wie Migration im verbesserten Zugang zu einer guten Ausbildung liegen muss.

Patrick Aebischer, Präsident ETH Lausanne (EPFL)



Drei Milliarden Menschen sind heutzutage mit dem Internet verbunden. In zehn bis zwanzig Jahren wird es wahrscheinlich fast die ganze Menschheit sein, und sie wird somit zum ersten Mal einen sofortigen Zugang zum Wissen haben. Dies ist völlig neu – es ist eine Revolution, deren Bedeutung vergleichbar ist mit der Erfindung des Buchdrucks. Diese neue Konnektivität ermöglicht die Entwicklung einzigartiger Formen des Lernens. Die Bildung bleibt von zentraler Be-

«Es sind nur wenige, die unabhängig zum Wohle unserer nächsten Generation handeln.»

deutung für die Entwicklung einer Gesellschaft. Im Hinblick auf die jüngsten Dramen ist dies wahrer denn je. Die neuen Technologien müssten in der Lage sein, es den weniger entwickelten Ländern zu ermöglichen, Zeit zu sparen und Schritte zu überspringen.

Thomas Aeschi, Nationalrat



Weltweit ist derzeit eine Tendenz hin zu mehr Zentralisierung und Überregulierung feststellbar. Mit ihren Staatssäulen der direkten Demokratie, des gelebten Föderalismus und einer ausgeprägten Subsidiarität ist die Schweiz gut positioniert, um diesem von der OECD und der EU massgeblich mitgeprägten Trend entgegenzuwirken. Um dabei jedoch erfolgreich zu sein, braucht es Standhaftigkeit und Durchsetzungsvermögen – zwei Attribute, welche in der Schweizer Aussenpolitik der letzten Jahre zu wenig zur Geltung kamen. Die globalen Migrationsströme

werden anhalten oder sich gar noch verstärken. Nationalstaaten werden auch 2016 nicht nur die dominierenden Akteure sein, sondern sie werden ihre Souveränität und Handlungsfreiheit wieder verstärkt einfordern.

Peter Friedli, Friedli Corporate Finance



Das Leben für die Menschheit zu verbessern und es lebenswerter zu machen, ist eine ständige Herausforderung. Ich denke, dass wir im Moment nicht viel dazu beitragen. Im Gegenteil, wir gehen in die falsche Richtung. Dies vor allem, weil die Menschen und Institutionen, die darauf Einfluss haben, nur auf sich und ihre Macht schauen und in eigenem Interesse handeln. Es sind nur wenige, die unabhängig zum Wohle unserer nächsten Generation handeln. Ich habe keine grossen Erwartungen an Personen, Organisationen oder Länder. Die Geschichte zeigt, dass der Mensch immer wieder zu sich gefunden hat und ein Leben im Fortschritt und unter besseren Bedingungen fortführen konnte. Die Frage ist nur, wie schmerzhaft, wie gross das Leid sein wird für Mensch, Tier und Umwelt, bis wir zu der richtigen Erkenntnis kommen. Wichtig ist, dass wir unter anderem zur Wirtschaft Sorge tragen. Es ist die Wirtschaft, die Arbeit, Verdienst und Wohlstand schafft.

Michael Haefliger, Intendant Lucerne Festival



Die Herausforderungen an unsere Gesellschaft haben alleine in den letzten zwölf Monaten Dimensionen angenommen, so dass sie der Normalbürger in ihrer Komplexität nur mehr schwer oder gar nicht mehr versteht. Die Aufgabe von Führungspersönlichkeiten aus allen Bereichen der Gesellschaft ist es, einer breiten Gesellschaft diese Komplexität und entsprechende Lösungsansätze möglichst einfach darstellen zu können, ohne in schwarzweisse Muster zu verfallen. Europa ist durch den Terror und die enormen Flüchtlingsbewegungen der letzten Monate gefordert wie noch nie. Sogar die feste Burg des Schweizer Frankens ist dramatisch unter Druck geraten. Auf einmal ist das vermeintlich Weitentfernte innerhalb kürzester Zeit vor der eige-

nen Haustüre und in der direkten Nachbarschaft gelandet. Der Nahe Osten ist mit all seiner Problematik nicht mehr irgendwo, sondern hier bei uns zu Hause. Zwischen der Bühne dort und dem Leben hier gibt es keinen Graben, keine Distanz mehr. Nur eine Politik der kleinen Schritte, der täglichen Vermittlung zwischen Fronten und Feinden, und ein starker Glaube an unsere menschlichen Fähigkeiten, das Allerschwierigste immer wieder guten Lösungen zuführen zu können, vermögen da weiterzuhelfen.

**Katherine Garrett-Cox,
CEO Alliance Trust**



Viele Aspekte beeinflussen die Aussichten für 2016 und darüber hinaus. Die Wirtschaft sieht vielleicht schwach aus, aber ich glaube, dass wir das Messen des Wachstums anhand der traditionellen Kennzahlen überwinden sollten. Wir müssen langfristige Trends verstehen, welche die Dynamik der Welt und der Gesellschaft verändern. Die Uno-Nachhaltigkeitsziele wurden Ende 2015 definiert, um die Bedürfnisse unserer Gesellschaft zu beschreiben und aufzuzeigen, wie sie erreicht werden können. Der Privatsektor hat eine einmalige Chance, der Gesellschaft dabei zu helfen, diese Ziele zu erreichen.

**Heinz Karrer,
Präsident Economiesuisse**



Die globalen Ziele im Klimaschutz sind formuliert, die weltweite Finanzkrise ist bewältigt, die internationale Allianz gegen den IS-Terror gebildet und die Ausbreitung von Ebola zur weltumspannenden Seuche verhindert. Diese Beispiele internationaler Zusammenarbeit zeigen: Die Welt wächst zusammen. Die Verflechtung zwischen Menschen, Organisationen und Staaten nimmt zu – global, stetig und unaufhaltsam. Davon betroffen ist die Wirtschaft genauso wie die Politik und die Gesellschaft. Neue Herausforderungen ergeben sich und Probleme, deren Lösung eine internationale Koordination unabdingbar macht: überstaatliche Rechtsnormen zum Beispiel, Migrationsströme oder Schutz der natürlichen Ressourcen. Das verändert die Rolle von Nationalstaaten. Die Schweiz hat von der Globalisierung sehr stark profitiert – dank ihrer Offenheit und ihrer internationalen Vernetzung. Unser Land wird auch in Zukunft in der Welt eine wichtige Rolle spielen können, wenn wir die Zeichen der Zeit rechtzeitig erkennen und uns für die Herausforderungen von morgen fit machen. Eine zentrale Verantwortung hat hier die Politik. Meine Hoffnungen ruhen sehr stark auf Stimmvolk, Parlament, Regierung und Ver-

waltung. Auf dass sie weitsichtige Entscheidungen treffen, die zum Wohl unseres Landes internationale Kooperation ermöglichen, ohne die schweizerische Herkunft und Identität zu verleugnen.

Lino Guzzella, Präsident ETH Zürich



Die Schweiz kann sich vor den Problemen nicht verschliessen. Aber wir dürfen uns angesichts akuter Risiken nicht davon abbringen lassen, langfristig an der Zukunftsfähigkeit der Schweiz weiterzubauen. Und diese entsteht auf einem Fundament wirtschaftlicher Stärke, innenpolitischer Stabilität und aussenpolitischer Offenheit. Als ETH tragen wir zur technologischen Erneuerung bei und schaffen über unseren Wissenstransfer Arbeitsplätze. Dank des guten Schweizer Bildungssystems verfügen Berufslleute und Hochschulabsolventen über diejenigen Qualifikationen, welche die Wirtschaft erfolgreich machen und die Gesellschaft voranbringen. Sorgen wir dafür, dass dies so bleibt. Sorgen wir dafür, dass sich gezielte, kreative und innovative Köpfe in der Schweiz weiterhin wohl fühlen und entfalten können. Das hilft dem Land und der Welt am meisten.

**Andrew McAfee, MIT-Professor
und Autor «The Second Machine Age»**



Die Welt steht grossen Spannungen und Gefahren gegenüber, die durch das schwache Wachstum akzentuiert werden. Aber wir sollten auch die erzielten Fortschritte im Auge behalten. Die Armut geht zurück, die Verbreitung von Krankheiten nimmt ab, und wir treten etwas sanfter auf unserem Planeten auf als früher. Die wichtigste einzelne Aktion, mit der wir die Verfassung der Welt positiv beeinflussen können, besteht darin, den technologischen Fortschritt voranzutreiben. Dieser bewirkt Verwerfungen, die man anerkennen und managen muss. Insgesamt führt uns die vierte industrielle Revolution aber in eine bessere Zukunft – eine, die vor den Geistern von gestern und vor den Gegnern von heute in Schutz genommen werden muss.

Björn Johansson, Headhunter



Die Basis für jede Art von Erfolg ist Vertrauen. Zu Vertrauen gehören gegenseitiger Respekt, offene Dialoge und Flexibilität. Dies trifft nicht nur auf die Corporate World, sondern auch auf die Politik,

NGOs und andere Organisationen zu. Das World Economic Forum spielt in der heutigen Welt eine sehr wichtige Rolle und bildet eine einzigartige Plattform, auf der alle Stakeholder zusammenkommen können, um Vertrauen aufzubauen. 2016 werden vor allem China und Russland eine zentrale Rolle spielen. China wird weiterhin im *driver's seat* sitzen und vermehrt Firmen in Europa und anderen westlichen Ländern aufkaufen und integrieren. Russland hat wahrscheinlich die weltweit stärkste Führungspersönlichkeit in der politischen Welt. Ein Europa ohne Russland wird nie ein starkes Europa sein, und Russland wird von grosser Wichtigkeit sein, vor allem was Dialog und Problemlösung im Mittleren Osten betrifft. Europa wird «innenpolitisch» zunehmend mit Flüchtlings- und Integrationsproblemen zu kämpfen haben, mit grossen Auswirkungen auf die politische Verfassung in den kommenden zwei bis drei Jahren.

**Arianna Huffington,
Gründerin der Huffington Post**



Wer die Welt zum Besseren verändern möchte, braucht zunächst eine akkurate Vorstellung davon, was in ihr vorgeht. Für uns Medienschaffende bedeutet dies: Nicht nur Tragödien, Spannungen und Chaos zeigen und nicht nur auf das fokussieren, was kaputt ist und nicht funktioniert. Vielmehr muss man auch die Geschichten erzählen von den Leuten, die diesen Herausforderungen begegnen und wie sie in ihren Anstrengungen gemeinsam vorankommen. Wenn wir nur die dunkle Seite zeigen, dann verfehlen wir unseren Auftrag. Was die realen Krisen betrifft, so können wir nicht auf den einen Führer warten, der auf einem weissen Pferd heran reitet, um uns zu retten. Viele der nötigen Änderungen betreffen die lokale Ebene und werden von Bürgermeistern und engagierten Bürgern vorangetrieben. Die wahren Ideenfabriken, von denen beherztes Anpacken der Probleme ausgeht, sind wahrscheinlich eher auf der Ebene unserer Städte anzutreffen als in den administrativen Zentren unserer Länder.

**Witali Klitschko,
Bürgermeister von Kiew**



Viele Jahre lang hat man darüber gesprochen, wie man die Vereinten Nationen reformieren könne, dass sie die zentrale Institution der globalen Sicherheitsstruktur bleiben. Tatsächlich beobachten wir aber weltweit eine Verschlechterung der Situation. Die Vorgänge in der Ukraine zeigen, dass die globale Sicherheitsarchitektur, die

nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet wurde, immer öfter versagt. Aus dem Grund müssen wir die Vereinten Nationen auf eine Art und Weise reformieren, die verhindert, dass daraus ein zweiter Völkerbund wird. Es ist zudem wichtig, einen wahrhaft globalen Kampf gegen den Terror zu führen. Auch dafür sind effektive Mechanismen gefragt, vorzugsweise im Kontext der Uno. All dies ist auch eine Voraussetzung dafür, dass es neue Impulse für die Entwicklung der Weltwirtschaft geben kann.

Pierre Maudet, Staatsrat Genf



Angesichts der terroristischen Bedrohung, der Europa ausgesetzt ist, denke ich, dass die Rolle von Interpol immer wichtiger wird. Eine Bedrohung, die keine nationalstaatlichen Grenzen kennt, verlangt

nach verstärkter Zusammenarbeit in den Bereichen der Polizei und der Sicherheit. Für ein Land wie die Schweiz ist diese Kooperation umso wichtiger, als sie nicht alleine handeln kann. Das totale Schliessen der Grenzen und das Abriegeln des Staatsgebiets ist eine Utopie. Darauf zu bauen, bedeutet, eine Maginot-Linie zu errichten, die uns am Tage des Ernstfalls nichts nützen wird. Im Gegenteil, die zunehmende Zusammenarbeit der Polizei wird es uns erlauben, der terroristischen Bedrohung und der Kriminalität wirksamer zu begegnen. Daraus geht hervor, dass Interpol und deren Generalsekretär Jürgen Stock, mit dem ich mich in Davos treffe, ganz klar zu den Schlüsselakteuren des Jahres 2016 gehören werden. Es braucht Zusammenarbeit, am besten in Rahmen einer Organisation wie Interpol. Unsere Souveränität und Unabhängigkeit zu verteidigen, in dem Fall unsere Sicherheit, bedeutet auch, mit anderen Ländern zusammenzuarbeiten. Der Terrorismus verlangt nach gemeinsamen und koordinierten Antworten. Und diese müssen irgendwo definiert werden.

Edmund S. Phelps, Nobelpreisträger Wirtschaft



Im Westen sticht nach wie vor die amerikanische Wirtschaft heraus. Aber sie kann den Westen, geschweige denn die Welt, nicht mehr mitziehen. Einerseits hat Europa beim Wohlstand und bei

der Produktivität aufgeholt, andererseits verstehen die Europäer nicht, wie wertvoll Unternehmer und Innovatoren sind. Ich sehe den beeindruckenden anhaltenden Erfolg Chinas. Es gibt dort einen wachsenden Enthusiasmus für Wandel und Fortschritt. Dieser Geist ist es, der die Wirtschaft dazu befähigt, uns mit Innovationen immer wieder aufs Neue zu überraschen.

Als Ergebnis davon glaube ich, dass China eine grössere Wirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung in Asien entfalten wird. Vielleicht reisst das ja den Westen aus seiner Apathie.

Bertrand Piccard, Aviatik-Pionier



Die grosse Herausforderung im 21. Jahrhundert besteht nicht in der Eroberung neuer Gebiete. Nicht einmal darin, auf den Mond zu fliegen, was ja bereits geschafft ist. Das Ziel heute muss sein, die

Lebensqualität auf der Welt zu verbessern. Dies geschieht durch die Bekämpfung der Armut, durch die Menschenrechte, die medizinische Forschung, eine bessere Governance und ganz sicher auch durch die nachhaltige Entwicklung mittels sauberer Technologien und erneuerbarer Energien. All das lässt sich nicht durch *wishful thinking* oder gutgemeinte Utopien erreichen. Das Wesen des Menschen besteht darin, kurzfristig nach persönlichen Vorteilen zu streben und langfristig altruistisch zu sein. Deswegen müssen die Lösungen rentabel sein. Sie müssen Arbeitsplätze schaffen und wirtschaft-

«Es ist wichtig, einen wahrhaft globalen Kampf gegen den Terror zu führen.»

liche Gewinne ermöglichen. In dem Sinne sind die politischen und wirtschaftlichen Zusammenkünfte des WEF wertvoller als philosophische und idealistische Debatten. Es geht darum, die Entscheidungsträger, die möglichen Akteure des Wandels, zu motivieren. Ihnen aufzuzeigen, welche Vorteile sie aus dem Transformationsprozess ziehen können, um die Lage der Welt zu verbessern. Erwarten wir keine Wunder. Die Fortschritte sind langsam, aber sie versprechen so viel Gutes, dass niemand so kleingeistig sein sollte, sie abzulehnen.

Martin Schmid, Ständerat Graubünden



Nicht nur die wirtschaftlichen, auch die geopolitischen Risiken haben stark zugenommen: die Krise im Nahen Osten zwischen Iran und Saudi-Arabien mit einem Stellvertreterkrieg im Jemen und der erhöhten Förderung von Öl mit der Wirkung des kalkulierten Preiszerfalls; ein seit Jahren ungeklärter Syrien-Konflikt mit riesigen Flüchtlingsströmen, die Europa überfordern; eine EU, die mit der Drohung des Austritts von Grossbritannien und der ungelösten Migrationsfrage vor der Zerreihsprobe steht; Russland, das mit einem Währungszerfall und einer selbstverschuldeten Wirtschaftskrise zu kämpfen hat und

sein Heil in der offensiven und unter Waffengewalt ausgeführten Aussenpolitik sucht ein nordkoreanischer Diktator, der zusätzlich neue Unruhe durch sein nur schwer verständliches Verhalten auslöst; und nicht zuletzt wirtschaftliche Turbulenzen in China und Brasilien – alles Herausforderungen, die geradezu dazu auffordern, in der neutralen Schweiz und im verschneiten Davos in formellen und informellen Verhandlungen und Gesprächen Konfliktparteien und verantwortliche Wirtschaftsführer an einen Tisch zu bringen. Das WEF ist daher wichtiger denn je. Es knüpft an die lange Tradition guter Dienste der Schweiz und ihrer hervorragenden Gastgeberqualitäten an.

sein Heil in der offensiven und unter Waffengewalt ausgeführten Aussenpolitik sucht ein nordkoreanischer Diktator, der zusätzlich neue Unruhe durch sein nur schwer verständliches Verhalten auslöst; und nicht zuletzt wirtschaftliche Turbulenzen in China und Brasilien – alles Herausforderungen, die geradezu dazu auffordern, in der neutralen Schweiz und im verschneiten Davos in formellen und informellen Verhandlungen und Gesprächen Konfliktparteien und verantwortliche Wirtschaftsführer an einen Tisch zu bringen. Das WEF ist daher wichtiger denn je. Es knüpft an die lange Tradition guter Dienste der Schweiz und ihrer hervorragenden Gastgeberqualitäten an.

Giovanni Porcellana, Nuklearforscher Cern



In dieser kritischen Situation – so glaube ich – ist es entscheidend, die Zusammenarbeit zwischen Nationen, Firmen und der Zivilgesellschaft breiter aufzustellen und zu vertiefen. Das WEF-Jahrestreffen

ist sicherlich ein Anlass, an dem dies stattfinden kann, aber es muss über Davos hinaus wirken. Beispielhaft sehe ich die Europäische Union als eine Akteurin, die eine Protagonistin in diesem Prozess werden kann, indem sie ge-eint handelt und mit den anderen Anrainerstaaten des Mittelmeeres zusammenarbeitet, um die regionalen und globalen Probleme zu lösen.

Barry Eichengreen, Ökonom University of California, Berkeley



Es zeichnet sich ab, dass 2016 ein Jahr vielfältiger wirtschaftlicher Gefahren wird. Kein Leader, keine Organisation und auch kein einzelnes Land kann einseitig die Abwärtsrisiken beseitigen. China

muss seine finanzielle Verfassung in den Griff bekommen. Die Wähler bei den US-Primaries sollten zwei vernünftige Kandidaten aufstellen, nicht zwei Populisten, deren Pläne für das Zusammenstreichen der Bundessteuern und die Beschränkung der Unabhängigkeit der Notenbank Fed die Investitionstätigkeit unterbinden könnten. Europa muss seiner vielen ineinander-greifenden Krisen Herr werden, um die Konsumentenstimmung zu heben. In Lateinamerika sollten andere Länder dem jüngsten Beispiel Argentiniens folgen und eine vernünftige Wirtschaftspolitik betreiben (ein Satz, von dem ich nie gedacht hätte, dass ich ihn einmal schreibe). Wird all das passieren? Ganz klar nicht. Aber auch wenn nur ein Bruchteil davon eintritt, dann wird der Weg nächstes Jahr sehr steinig.

Umfrage: Florian Schwab



With discipline comes performance.

Swiss wrestling requires constancy and regularity,
fundamental qualities necessary to reach our goals.





Lockerer geworden: stellvertretender Kronprinz bin Salman (2. v. l.) in der saudischen Hauptstadt Riad, November 2015.

Zeitlupensprung in die Zukunft

Privatisierung, weg vom Öl, etwas mehr Rechte für Frauen: In Saudi-Arabien stehen Reformen an, weil das Land mit einer neuen Realität konfrontiert ist. Das Königshaus muss sich allerdings gegen die radikal-konservativen Kleriker durchsetzen. *Von Pierre Heumann*

Offen gestanden, dachte ich zunächst, der Mann sehe die Reformbereitschaft des erzkonservativen Saudi-Arabien völlig falsch. Ich traf ihn vor rund acht Jahren am Opec-Gipfel in Riad, und er hatte sich als Politologe der King Saud University vorgestellt. «Saudi-Arabien wird sich reformieren», sagte er mir, «wir haben keine andere Wahl. Aber wir werden die Änderungen nur langsam vollziehen können, um die Konservativen nicht vor den Kopf zu stossen.» Aussenstehende würden deshalb den Wandel, der sich in Saudi-Arabien vollzieht, kaum wahrnehmen.

«Sie drängen auf Veränderungen»

Inzwischen hat der Professor in allen drei Punkten recht bekommen. Saudi-Arabien macht einen Wandel durch, der behutsam in Mini-Schritten daherkommt und deshalb kaum erkennbar ist.

Das Gespräch mit dem saudischen Politologen fand zu einer Zeit statt, als ein Fass Öl um die 90 Dollar kostete. Seine Reformvoraussage stützte sich also nicht auf sinkende Einnahmen des Wüstenreichs. «Wir haben einen sehr grossen Anteil von Jugendlichen», sagte mir der Hochschullehrer, der mich bat, seinen Namen nicht zu nennen. Fast 40 Prozent der

Viele Saudis müssen erst noch verinnerlichen, dass Arbeiten keine Schande ist.

Bevölkerung seien zwischen 15 und 34 Jahre alt, «sie drängen auf Veränderungen, brauchen Jobs, auch die Frauen».

Inzwischen sind es allerdings nicht die demografischen Trends, die Reformen nötig machen. Es ist der tiefe Ölpreis, der ein grosses

Loch in die Staatskasse reisst und das Land zum Handeln zwingt.

Saudi-Arabien lebt über seine Verhältnisse. Als Christine Lagarde, die Chefin des Internationalen Währungsfonds, kürzlich in Riad war, präsentierte sie den Herrschern eine nüchterne Rechnung. Wenn sie weiter so haushalten würden wie bisher, werde ihnen bei den gegenwärtigen Ölpreisen in fünf Jahren das Geld ausgehen. Lediglich bei Ölpreisen, die pro Fass höher als 300 Dollar seien, könnte Saudi-Arabien seinen bisherigen Lebensstandard weiterhin finanzieren, ohne auf die Reserven zurückgreifen zu müssen.

Während Jahrzehnten hat Saudi-Arabien nichts unternommen, um die Abhängigkeit vom Öl abzubauen. Jetzt wird gehandelt. Allein in den vergangenen Wochen wurde so viel in Angriff genommen wie nie zuvor. Künftig müssen die Bürger den Gürtel enger schnal-

len. Subventionen werden querbeet gekürzt. Ein Liter Benzin für rund 20 Rappen, Arztbesuche zum Nulltarif, zu Verschwendung anspornende Strompreise – das ist Geschichte. Auch auf die bisher automatisch erfolgten Lohnerhöhungen müssen die Beamten – sie stellen die Mehrheit der Arbeitnehmer – fortan verzichten.

Um die Zukunft meistern zu können, muss sich Saudi-Arabien vom Öl lösen. Das erfordert allerhand. So müssen viele Saudis erst noch verinnerlichen, dass Arbeiten keine Schande ist. Unternehmensberater bemängeln fehlende Qualifikationen, die es brauchte, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Der Lehrplan in den Schulen muss mit neuen Inhalten gefüllt werden, weil derzeit das Studium des Islam höher bewertet wird als ein solches in den Fächern Mathematik oder Sprachen. So dürftig die Ausbildung ist, so hoch sind dann die Lohnvorstellungen: Viele bestehen darauf, trotz mangelnder Qualifikation als Chef angestellt zu werden. Wird ihnen das versagt, bleiben sie lieber ohne Job. Bisher konnten sie damit rechnen, vom Staat ausgehalten zu werden. Fortan werden sie mit dieser Einstellung nicht mehr weit kommen.

Frauen am Arbeitsplatz akzeptiert

Um das Familienbudget aufzubessern, müssen mehr Frauen einen Job suchen. Sie sind zwar nach wie vor mit zahlreichen Verboten konfrontiert. Weil sie sich nicht selber ans Steuer setzen dürfen, müssen sie sich zum Beispiel ins Büro fahren lassen. Aber einiges ist lockerer geworden in den letzten Jahren. So sind Frauen am Arbeitsplatz akzeptiert. In einer Handelskammer sitzen Frauen im Vorstand, und an saudischen Universitäten sind die Hälfte der Absolventen Frauen. Die (langsamen) Reformen zeigen sich auch äusserlich. Das Tragen des unförmigen Überhangs, der Abaja, ist zwar nach wie vor Vorschrift. Aber die Abaja muss nicht mehr unbedingt schwarz sein. Zunehmend fallen geschmückte Abajas auf, statt schwarz sind sie auch mal bunt oder mit glitzernden Streifen versetzt. Das mag man als kleinen, symbolischen Fortschritt abtun – aber vor einigen Jahren noch wäre eine individuelle Gestaltung der Bekleidung geahndet worden.

Die enge Verzahnung von Religion und Staat lässt abrupte Veränderungen nicht zu. Die dogmatischen Geistlichen und der Königshof teilen sich die Macht. Wer den Islam beleidigt, wird gleich hart bestraft wie derjenige, der die nationale Sicherheit bedroht: mit Peitschenhieben oder mit dem Tod.

Nichts zeigt die Reformbereitschaft des Königshauses aber besser als die Ankündigung, einen Teil der staatseigenen Ölgesellschaft Aramco an die Börse zu bringen. Der junge stellvertretende Kronprinz Mohammed bin

Salman hat diesen Vorschlag neulich lanciert. Noch ist zwar nichts entschieden – in Riad, mahnen Skeptiker, würden immer wieder Reformschritte angekündigt, die dann in Vergessenheit geraten. Es sei offen, ob die Adligen bin Salmans Vorschlag akzeptieren würden, denn mehr Transparenz bedeute für sie auch Kontrollverlust.

Aber allein die Tatsache, dass der starke Mann in Riad, Königssohn Mohammed bin Salman, öffentlich darüber spricht, ist schon allerhand. Aramco, die weltweit grösste Ölgesellschaft, gilt in Riad als eine zentrale Grundlage für die Macht im Staat und für den Einfluss in der Region. Selbst wenn bloss ein paar Prozent des staatlichen Giganten an ausländische Investoren verkauft würden, könnte das in der saudischen Gesellschaft einen Reformschub auslösen. Ausländische Investoren würden darauf dringen, dass Aramco transparenter wird, dass die Korruption abgebaut wird und dass das Management dokumentiert, wie es sich modernisiert.

Den Reformwilligen stehen in Riad hochkarätige Beratungsfirmen wie McKinsey, Boston Consulting Group oder Oliver Wyman zur Seite, die im Staatsauftrag für Effizienz in Saudi-Arabiens Wirtschaft sorgen sollen. Aber Saudi-Arabien lebt mit Widersprüchen. Denn gleichzeitig setzt eine stets präsente Sittenpolizei durch, dass der puritanische wahhabiti-

Die enge Verzahnung von Religion und Staat lässt abrupte Veränderungen nicht zu.

sche Lebensstil eingehalten wird. Immerhin ist inzwischen auch die Sittenpolizei nicht mehr allmächtig. So erhielt sie im letzten Jahr eine Liste der «Vergehen», gegen die sie vorgehen soll – womit implizit toleriert ist, was nicht auf dem Zettel steht. Die Trennung der Geschlechter, meinte bereits vor einigen Jahren der Chef der Religionspolizei von Mekka, sei kein Teil des Islam, und beruft sich auf den Propheten. Zu dessen Lebzeiten sei es üblich gewesen, dass die Geschlechter in der Öffentlichkeit miteinander verkehrt hätten. Erwähnenswert ist dies deshalb, weil der Religionspolizist trotz scharfer Kritik von seinen Kollegen nicht entlassen wurde.

Jetzt steht das Königshaus vor einem Dilemma. Aus ökonomischen Gründen muss es sich den Reformen stellen. Der Zeitpunkt dafür ist allerdings jetzt besonders ungünstig: Im kalten Krieg mit dem Iran ist das Herrscherhaus auf die Unterstützung der Kleriker angewiesen – und die wollen nichts von einer Liberalisierung wissen. Sie müssten dann nämlich einen grossen Teil ihrer Macht im Wüstenreich, das sich als Hüter der heiligen Stätten Mekka und Medina versteht, abgeben. ○

Politik

Gegen das Chaos

Warum der Westen mit den Saudis zusammenarbeiten soll. Von Pierre Heumann

Saudi-Arabien ist kein einfacher Partner. Weil das Königreich regelmässig Menschenrechte missachtet, Regime- und Religionskritiker auspeitschen lässt, Frauen als Bürgerinnen dritter Klasse behandelt und seine radikale Staatsreligion weltweit exportiert, stellt sich in Politik und Wirtschaft immer wieder die Frage, wie darauf zu reagieren sei. In der Diplomatie stehen weder Freundschaften noch Sympathien, noch gemeinsame Moralvorstellungen im Vordergrund, sondern gegenseitige Interessen. Dabei geht es nicht in erster Linie um lukrative Aufträge aus Riad, sondern vor allem um die Entwicklung im instabilen Mittleren Osten.

Der Westen ist auf Saudi-Arabien angewiesen. So ist eine Kooperation mit dem Königreich unverzichtbar, wenn man auf ein Ende des syrischen Bürgerkriegs hinarbeiten will. Eine Ächtung Saudi-Arabiens käme indirekt einer Stärkung des Iran gleich, also jenes Regimes, das Militante im Libanon und im Jemen sowie Syriens Präsidenten Baschar al-Assad mit Geld, Waffen und Truppen massiv unterstützt und damit brutale Kriege anzettelt und verlängert.

Im Kampf gegen den Terror des Islamischen Staates oder von al Qaida ist eine Kooperation mit Saudi-Arabien ebenfalls notwendig: Nachdem Riad die Gewaltbereiten während Jahren hat gewähren lassen, werden sie jetzt rigoros verfolgt. Fahrlässig wäre es deshalb, eine Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien im Kampf gegen den Terror radikaler Islamisten abzulehnen. Zudem sind Saudi-Arabien und der Westen gleichermaßen besorgt über den Zerfall staatlicher Strukturen im Mittleren Osten, und beide wollen dem Chaos entgegenarbeiten.

Ob einem Saudi-Arabien als strategischer Partner passt oder nicht – das ist zweitrangig. Entscheidend ist, dass Riad im Kampf gegen den Terror am selben Strick zieht wie der Westen.

Die neue Crew in Riad bemüht sich inzwischen um Reformen. Noch bleibt viel zu tun – aber die angekündigte Politik zeigt zumindest in die richtige Richtung. Gerade in der Übergangsphase, in der sich Saudi-Arabien derzeit befindet, sind die Reformwilligen auf den Beistand von Freunden im Westen angewiesen, um gegen den Widerstand der Erzkonservativen den notwendigen, aber schwierigen Wandel durchzustehen.

Alternative für Merkel?

Frauke Petry ist die Chefin der noch jungen konservativen Partei Alternative für Deutschland. Ein Besuch bei der vielfach Angefeindeten.

Von Claudia Schumacher

«Hat er das so gesagt?», fragt die Parteichefin der Alternative für Deutschland (AfD), Frauke Petry, beim Treffen in der Berliner Parteizentrale zurück auf die Frage, was sie vom Vorschlag des Parteikollegen Björn Höcke halte, Kanzlerin Merkel für ihre Flüchtlingspolitik in «der Zwangsjacke» abzuführen.

Die jüngste Pöbelei des AfD-Fraktionsvorsitzenden im Bundesland Thüringen haben an diesem Tag die Medien bundesweit aufgegriffen. Hat Petry das nicht mitbekommen? Seltsam. Andererseits kann man schon den Überblick verlieren. Höcke, der mit Äusserungen am rechten Rand derzeit in Deutschland viel Aufsehen erregt, redet schliesslich viel und hat schon ganz andere Sprüche vom Stapel gelassen. Dabei klingt der beurlaubte Geschichtslehrer so zackig und pathetisch und steht so stramm, als habe er ein bisschen viel Unterrichtsmaterial zu Reichspropagandaminister Joseph Goebbels angeschaut.

«Merkel ist ein Machtmensch»

Früher Abend. Ohne Schminke im Gesicht sitzt Petry vor Kräutertee und Guetzli, die sie nicht anrühren wird. Die wichtigsten Termine für heute sind erledigt. Jetzt noch die Journalistin aus der Schweiz – einem Land, das sie für direkte Demokratie und EU-Distanz bewundert. Später noch eine nichtprivate Verabredung zum Abendessen. Von früh bis spät: Politik. Wie sie das mit den vier eigenen Kindern zu verbinden weiss, bleibt auch nach dem Treffen erstaunlich.

Die vierzigjährige Rechtskonservative ist die im Moment zentrale Figur der AfD. Petry gewann im Juli 2015 einen innerparteilichen Machtkampf gegen den Gründer der Partei, Bernd Lucke. Der Wirtschaftsprofessor, aktuell Abgeordneter im Europäischen Parlament, rief die AfD 2013 als liberale und konservative Wahlalternative zu den etablierten Parteien CDU und FDP ins Leben. Er sprach von der Einführung des Euro als historischem Fehler. Sein Thema war die Wirtschaft, nicht die Migration. Dann kam Pegida. Dann kamen die Flüchtlinge.

Petry, die zuvor den Wahlslogan «Kinder sind unser Kapital» hatte, nahm sich der neuen Themen an. Als Talkgast in Polit-Sendungen wurde sie bekannt. – Warum steht der Spruch mit den Kindern eigentlich noch neben ihrem Gesicht auf der Website, als wäre das ihr grosses Thema? «Tut er das?», Petry schmunzelt. «Das ist nicht mehr ganz aktuell.» Im Gespräch skizziert Petry Angela Merkel als Frau



«Von der AfD als Kanzlerpartei zu sprechen, wäre noch zu früh»: Parteichefin Petry, 40.

ohne Überzeugungen und als Opportunistin. «Merkel ist ein Machtmensch», sagt sie. Es ist das gleiche Bild, das Kritiker auch von der AfD-Chefin zeichnen.

Was innerparteilich zwischen Lucke und Petry letztes Jahr abgelaufen ist, bezeichnen Lucke-nahe Kreise bis heute als «intrigant» und «falsch» von Petry. «Falsch» – eine Beschreibung, die man neben «hart» häufiger im Zusammenhang mit ihr hört und liest. «In den Medien wurde so getan, als sei der AfD-Austritt Luckes der Abgang der Vernunft», sagt Petry selbst beim Gespräch – nicht ohne ein Kopfschütteln des Widerspruchs.

Emotionen statt Vernunft. Der Vorwurf wird Frauen schnell gemacht. Im Gespräch wirkt Petry hingegen sachlich und konzentriert. Die promovierte Chemikerin aus Dresden argumentiert logisch. Ist sie als Chefin der Alternative für Deutschland auch eine Alternative für Merkel? «Von der AfD als Kanzlerpartei zu sprechen, wäre noch zu früh», sagt sie und lacht. Sie klingt geerdet. Ein früheres AfD-Mitglied, das einige Zeit eng mit Petry zusammengearbeitet hat, bezeichnet sie als «zwar nicht unintelligente und auch nicht per se unvernünftige Person». Sie neige im politischen Tagesgeschäft jedoch zu Impulshandlungen, werde auch einmal «fahrig» und scheue sich nicht davor, Untergebene bei Bedarf zusammenzustauchen.

Vom Ehemann zum Kritiker

Frauke Petry hat keinen richtig guten Ruf. Sie hat Unterstützer, aber keine Schwärmer. Die Kritiker hingegen sind leicht zu finden. Die wohl am wenigsten schöne Konsequenz einer ihrer Entscheidungen, die emotional getroffen worden sein dürfte: Petry hat ihren Noch-Gatten, einen Pfarrer, an die Kritiker verloren.

«Für eine Frau mit traditionellen Vorstellungen ist es nicht schön, den eigenen Überzeugungen hinsichtlich der Ehe nicht voll entsprechen zu können, aber ehrlich und authentisch zu sein, ist mir ebenso wichtig», sagt Petry. Sie spricht nicht gerne über ihre Familiensituation, weicht dem Thema aber auch nicht aus. Im Oktober 2015 machte Petry die Trennung von ihrem Mann bekannt. Im Verlauf des Jahres 2016 soll die Scheidung vollzogen werden. Petry ist jetzt mit Marcus Pretzell zusammen. Dem Parteikollegen, der die AfD als «Pegida-Partei» bezeichnet hat.

Innerhalb der AfD wird von einigen ein zunehmender Einfluss Pretzells durch die Liaison mit Petry bemängelt. Als Frau, die ohnehin Angriffen ausgesetzt ist: Hätte man sich nicht scheiden lassen können – und dann erst die neue Beziehung eingehen? Privates Chaos einer Parteichefin wird schnell zum Imageschaden für die Partei. «Wir haben die Trennung sauber vollzogen und kommuniziert», sagt Petry und wird etwas rot im Gesicht. Auf

die genauen chronologischen Hergänge in der Privatangelegenheit wolle sie nicht eingehen.

Der gehörnte Ehemann ist währenddessen der CDU beigetreten und engagiert sich für Flüchtlinge. Die Eheleute Petry kennen sich seit Schulzeiten. Sie machte Abitur als Jahrgangsbeste, er als Zweitbester. Sie bekamen vier gemeinsame Kinder. In der Kirche spielte sie mitunter die Orgel. Jetzt setzen sich Journalisten auf Herrn Petrys Kirchbänke und klopfen die Predigten auf Kritik an der Politik seiner Noch-Gattin ab.

Wo genau verortet sich Frauke Petry selbst politisch? «Wenn es konservativ ist, sich für Familie und Rechtsstaatlichkeit einzusetzen, dann bin ich gerne konservativ», sagt sie. Solange der Kampf zwischen rechts und links in Deutschland als ein Kampf zwischen Gut und Böse geführt werde, sei dieses Vokabular allerdings vergiftet. Gängige AfD-Zuschreibungen wie «rechtspopulistisch» sieht sie als Verunglimpfung der Medien, die in Deutschland tendenziell links stünden. «Wenn es als nationalkonservativ gilt, dass man die Kompetenz der Nationalstaaten wieder stärken möchte, die sich in der Vergangenheit bewährt haben, bin ich wohl nationalkonservativ», positioniert sie sich weiter. Und: «Als frühere Unternehmerin habe ich ausserdem viel für die Freiheit des Marktes übrig.»

Es heisst, Petry stehe der muslimischen Zuwanderung nicht nur kritisch gegenüber – sie halte den Islam für kategorisch unvereinbar mit westlichen Werten. Auf einem Parteitag sagte sie: «Der Islam ist nicht mit dem Grund-

Sie hat Unterstützer, aber keine Schwärmer. Die Kritiker hingegen sind leicht zu finden.

gesetz vereinbar.» Dafür gab es Beifall. Später relativierte sie die Aussage in der Presse: Sie habe sich lediglich auf das politische Staatsverständnis des Islam bezogen. Hat sie eigentlich selbst Ausländer in ihrem Freundeskreis? Petry bejaht das und erzählt von Freunden aus Grossbritannien und Frankreich. Wie steht es um Kontakte zur muslimischen Bevölkerung? Petry erzählt von muslimischen Mädchen zu Schulzeiten, die sie als unfrei und unterdrückt empfunden habe.

Als Parteigründer Lucke die AfD verliess, tat er das mit Verweis auf fremdenfeindliche Tendenzen in der Partei. Schaut man sich die heutige AfD an, so ist Frauke Petry die moderate Figur, welche bürgerliche Wähler bei der AfD hält. Lucke wirft ihr allerdings vor, nicht wirklich etwas gegen die Stimmungsmache einzelner AfD-Mitglieder am äussersten rechten Rand zu unternehmen.

Petry seufzt. Sie sei relativ geduldig. Es sei ein Erfolg der AfD, dass Themen zurück auf die politische Bühne gekommen seien, die

nicht mehr ausreichend Gehör gefunden hätten. «Gleichzeitig gehen Einzelne manchmal mit ihren Aussagen über das hinaus, was wir als Partei sagen wollen.»

Gegen Björn Höcke, dem immer wieder eine nicht nur rhetorische, sondern auch faktische Nähe zur NPD unterstellt wird, ist unter dem damaligen Parteichef Bernd Lucke ein Parteiausschlussverfahren geführt worden. Im Vorfeld war Höcke unter anderem nachgesagt worden, unter Pseudonym in einem Naziblatt veröffentlicht zu haben. Er stritt ab, weigerte sich aber, die von der AfD-Führung geforderte eidesstattliche Erklärung darüber zu unterschreiben.

Nach Luckes Abgang wurde das eingeleitete Parteiausschlussverfahren gegen Höcke unter Petry gestoppt. Ein Schritt, der von vielen als Zeichen der AfD interpretiert wurde, sich jetzt allgemein stärker nach rechts zu orientieren.

Betonte Freundlichkeit

Ende 2015 brachte Höcke seine Partei in einen weiteren grösseren Clinch. Bei einer Rede hatte er von einem «lebensbejahenden afrikanischen Ausbreitungstyp» und von einem «Bevölkerungsüberschuss» Afrikas gesprochen. Der Thüringer AfD-Chef sagte: «Solange wir bereit sind, diesen Bevölkerungsüberschuss aufzunehmen, wird sich am Reproduktionsverhalten der Afrikaner nichts ändern.»

Prominente AfD-Männer beurteilten die Äusserungen des Kollegen als rassistisch und verlangten ein klares Gegenzeichen der Chefin. Petry forderte Höcke zwar zum Rücktritt auf, intern wurden effektiv aber keine Schritte gegen den Polter-Prinzen eingeleitet. «Einen Politiker, der gewählt wurde, kann man nicht ohne Weiteres aus dem Amt entfernen», sagt Petry und nimmt einen Schluck Tee. Juristisch sei das schwierig. «Herr Höcke hat jetzt aber viele gelbe Karten von uns bekommen. Er weiss, dass beim nächsten Vergehen die rote folgen wird». Der geschasste Lucke hingegen deutet in Interviews an, dass es sich bei den Differenzen zwischen Petry und Höcke um einen künstlichen Zwist handelt.

«Good cop, bad cop»: Petry in der Rolle der Bürgerlichen mit Wirtschaftserfahrung, welche ehemalige CDU- und FDP-Wähler bei der AfD hält. Höcke, der Fast-Nazi, der nach rechten Wählerstimmen ausserhalb des bürgerlichen Spektrums angelt. Man braucht sich. Voneinander distanzieren muss man sich nur mit Blick auf die Glaubwürdigkeit der jeweils etwas anderen Wählerschaft.

Beim abendlichen Gespräch in der Parteizentrale lächelt Petry und bedankt sich mehrmals, wenn eine Untergebene hereinkommt, um frischen Tee zu bringen. Als ein Mitarbeiter sich in den Abend verabschiedet, wirkt Petrys Freundlichkeit betont. Als müsse der Journalistin etwas gezeigt werden, für das die Politikerin nun einmal nicht bekannt ist. ○



Globale Barmherzigkeit

Das grosseuropäische Projekt der EU hat am Anfang wirtschaftliche Freiheit gefördert. Zentralisierung, Regulierung und Harmonisierung engen diese immer mehr ein. Jetzt erlaubt die Massenzuwanderung eine praktisch unbegrenzte Ausweitung der Staatstätigkeit. *Von Erich Weede*

Wenn man sich die Wirtschaftsgeschichte Europas ansieht und Europa mit den grossen asiatischen Zivilisationen vergleicht, dann fällt zweierlei auf: Erstens waren die grossen asiatischen Zivilisationen während des Mittelalters Europa mindestens ebenbürtig. China war Europa sogar technologisch und wirtschaftlich überlegen. Zweitens gab es in Asien Grossreiche, wie China, das Indien der Moguln oder das Osmanische Reich, aber Europa zeichnete sich durch Kleinflächigkeit und politische Fragmentierung aus. Das gilt selbst dann, wenn man an früh geeinte Nationalstaaten wie Frankreich – aus chinesischer Perspektive nur ein Gebiet mit Provinzgrösse – denkt, und erst recht für die vielen Kleinstaaten in Mitteleuropa. In der europäischen Kleinstaaterei kann man die Voraussetzung für den Aufstieg Europas, die Entstehung einer freiheitlichen Marktwirtschaft und die historisch erstmalige Überwindung der Massenarmut sehen. Die Kleinstaaterei und die Standortkonkurrenz zwangen die Herrschenden zur Respektierung privater Eigentumsrechte von Kaufleuten und Produzenten. Das vermittelte schon Arbeits- und Investitionsanreize, als asiatische Herrscher von Grossreichen noch ihren konfiskatorischen Neigungen nachgeben konnten. Ausserdem machen kleinflächige Herrschaftsgebiete die Durchsetzung grossflächiger Fehlentscheidungen unmöglich. Europas Uneinigkeit sorgte dafür, dass kein europäischer Herrscher so viel Macht wie der Kaiser von China hatte, der im 15. Jahrhundert die Erkundung der Weltmeere, den Bau hochseetüchtiger Schiffe und den Überseehandel verbieten und das auch durchsetzen konnte. Die europäische Uneinigkeit nahm Europas Herrschern die Möglichkeit, Innovation und Fortschritt flächendeckend zu verhindern.

Abbau der Standortkonkurrenz

Rein wirtschaftshistorisch betrachtet, war Europas Uneinigkeit ein Glücksfall, weil sie die Voraussetzung für seinen Aufstieg in der Neuzeit war. Aber ohne diese Uneinigkeit wären auch die vielen zwischenstaatlichen Kriege unter den europäischen Staaten kaum denkbar gewesen, in denen allein im 20. Jahrhundert zirka fünfzig Millionen Europäer ihr Leben verloren. Daraus haben Europas Politiker den naheliegenden Schluss gezogen, dass die friedliche

Einigung möglichst grosser Teile des Kontinents künftige Kriege in Europa verhindere. Man kann darüber streiten, ob der seit 1945 anhaltende Frieden in West- und Mitteleuropa in erster Linie der Europäischen Union und ihren Vorstufen zu verdanken ist. Vielleicht waren die amerikanische Dominanz im transatlantischen Bündnis, der Frieden durch Furcht zwischen den Nuklearmächten oder auch wirtschaftliche Zusammenarbeit und Freihandel über die EU hinaus oder der demokratische Frieden noch wichtiger.

Das bisher schon erreichte Ausmass der europäischen Einigung hat zunächst zu einem freien Binnenmarkt und damit zu mehr wirtschaftlicher Freiheit beigetragen, aber zunehmend auch zum Abbau der Standort-

Grosseuropa ist ein Traum, der die Chance zu grossflächigen Fehlentscheidungen vermittelt.

konkurrenz, zur Zentralisierung und – beziehungsweise oder – zur Harmonisierung der wirtschaftspolitischen Entscheidungen und Regelungen geführt. Zentralisierung und Harmonisierung implizieren auch, dass jetzt in der EU und in der noch stärker integrierten Euro-Zone flächendeckende Fehler möglich geworden sind statt nur punktueller Fehlentscheidungen hier oder dort.

Man kann das Streben nach der Einheit Europas in der EU oder in der Euro-Zone nicht für alle Fehlentwicklungen oder Probleme in den Mitgliedstaaten verantwortlich machen. Das Ergrauen Europas kann man nicht der EU anlasten. Auch die zunehmende Tendenz zur Verstaatlichung des Volkseinkommens – am Anstieg der Staatseinnahmen- und Ausgabenquoten relativ zum Bruttoinlandprodukt von etwa 10 bis 50 Prozent während des 20. Jahrhunderts ablesbar – kann man nicht nur innerhalb der EU, sondern auch in der Schweiz, den USA oder Japan beobachten. In fast allen westlichen Demokratien findet man auch den Trend, dass Sozialleistungen und Umverteilung immer stärker die Staatstätigkeit prägen, dass sich über lange Zeit fast überall die Staatsschulden, oft auch die privaten Schulden von Unternehmen und Haushalten nur nach oben bewegen.

Auch die schwache Eigenkapitalbasis und die daraus resultierende Anfälligkeit für Banken- und Finanzmarktkrisen hat nicht viel mit der EU zu tun. Allerdings fällt auf, dass der europäische Anteil an den globalen Sozialleistungen nicht nur annähernd siebenmal so hoch ist wie der an der Weltbevölkerung, sondern auch viel höher ist als Europas Anteil an der globalen Wertschöpfung; dass Europas Volkswirtschaften damit schlecht auf das Ergrauen ihrer Be-



Wirtschaftshistorisch betrachtet, war Europas

völkerung vorbereitet sind. Das Streben nach «mehr Europa» und die EU sind verantwortlich für die Einführung des Euro.

Illusionen standen Pate bei der Einführung des Euro. Die Väter des Euro erwarteten, dass das mediterrane Europa eine Währungsunion mit Deutschland und anderen Hartwährungsländern verträge, darüber hinaus sogar eine gewisse Konvergenz in der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften. Als mit der Krise diese Erwartungen ad absurdum geführt waren, verliessen sich die Grosseuropäer bei der Euro-Rettung auf perverse Anreize. Wenn Staaten besonders schlecht regiert werden und deshalb besonders hoch verschuldet sind – wie Griechenland –, dann behandeln andere europäische Staaten das Land so, als ob dadurch ein moralischer Anspruch auf Hilfe von anderen Staaten, also letztlich von deren Steuerzahlern, erworben sei. Dank des Einsatzes von falschen Anreizen ist es der Euro-Rettungs-Politik gelungen, ein grosses Negativsummenspiel zu be-

treiben, bei dem alle Direktbeteiligten verlieren – die einen durch hohe Arbeitslosigkeit, die anderen durch Haftung für fremde Schulden. Grosseuropa ist ein Traum, der auf Illusionen aufbaut und die Chance zu grossflächigen Fehl-

Es gibt ein erfolgreiches kleineuropäisches Gegenmodell, die Schweiz.

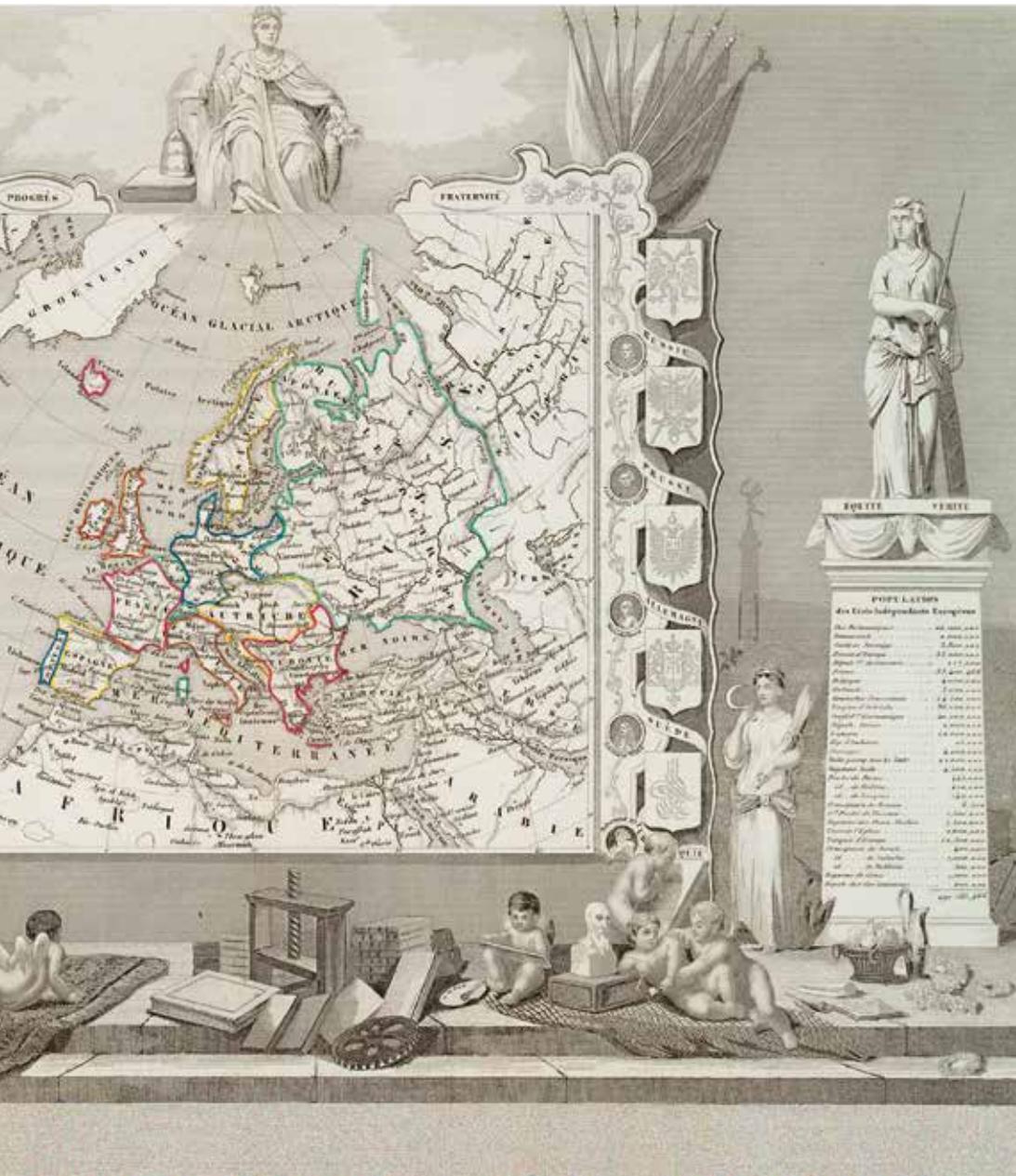
entscheiden vermittelt. Die herrschenden Politiker haben diese Chance genutzt: zuerst den Euro eingeführt, dann den Euro «gerettet» und dabei ein Negativsummenspiel betreiben.

Im Prinzip läuft die Euro-Rettung auf den Aufbau einer zweiten Etage des Umverteilungs- und Sozialstaates hinaus. Im nationalen Sozialstaat bestrafte progressive Steuern wirtschaftlichen Erfolg schon lange umso härter, umso grösser er ist, um die Ansprüche der Leistungsschwachen und Bedürftigen befriedigen

zu können. Jetzt wird auch ein halbwegs solider Staatshaushalt noch durch die Verpflichtung zur Hilfe für ganz unsolide Länder bestraft. Diese Anreizstruktur kann sich das alternde Europa eigentlich nicht erlauben. Grosseuropa, beziehungsweise die EU, hat sich selbst eine Falle gestellt. Es gibt ein erfolgreiches kleineuropäisches Gegenmodell, die Schweiz. Den Erfolg der Schweiz kann man leicht an zwei Indikatoren ablesen. Erstens wollen viel mehr Menschen aus der EU in der Schweiz leben und arbeiten als Schweizer in der EU, obwohl fast alle Schweizer sprachlich auf die Arbeit in Deutschland oder Frankreich oder Italien gut vorbereitet wären. Zweitens sagt auch der Euro-Franken-Kurs etwas aus über den relativen Erfolg von Gross- und Kleinearopa.

«Alle Macht der Politik»

Angela Merkel reicht ein zweistufiger Umverteilungs- und Sozialstaat noch nicht. Man kann sich eine dritte Stufe vorstellen. In Anbetracht des auf der Welt existierenden Massenelends – mehrere Milliarden Menschen leben schlechter, als man in Deutschland von Sozialleistungen lebt, viele Millionen Menschen sind irgendwo auf der Flucht – hat Merkel die Öffnung Deutschlands für Flüchtlinge und Asylanten aus aller Welt, aber ohne Obergrenze durchgesetzt, möchte sie die ganze Europäische Union für die Massenzuwanderung öffnen. Falls sie sich gegen den bis jetzt noch heftigen Widerstand vieler Nachbarländer Deutschlands durchsetzen sollte, würde globale Barmherzigkeit zum Staatsziel nicht nur Deutschlands, sondern Grosseuropas. Damit würde Europas Zivilisation gefährdet. Diese zeichnet sich auch durch Freiheits- und Eigentumsrechte für Leistungsträger und Steuerzahler aus. Für die Ausdehnung der Staatstätigkeit gäbe es dann keine Grenze mehr. Individuelle Rechte müssten kollektiven Bedürfnissen untergeordnet werden. «Alle Macht der Politik» würde Realität. Mit der Massenzuwanderung in die Sozialsysteme müssen die Eigentumsrechte der Menschen an den Früchten ihrer Arbeit weiter verwässert werden, so dass die Grundlagen für Europas wirtschaftlichen Erfolg, für seine Attraktivität, verschwinden. Erst wenn Europa so arm wie der islamische Kulturkreis oder Afrika geworden ist, wird das Zuwanderungsproblem auch ohne Obergrenze und Grenzbefestigungen verschwinden. Politiker, die gegenüber Ausländern unbegrenzt barmherzig sind, müssen gegenüber dem eigenen Volk konsequent unbarmherzig sein.



Uneinigkeit ein Glücksfall: Landkarte mit allegorischer Rahmung von 1849.

Professor Erich Weede ist emeritierter Lehrstuhlinhaber für Soziologie an der Universität Bonn.

Die vom Sturm Getriebenen

Mehr als ein Jahrhundert nach der Einwanderungswelle in Amerika scheint sich die Geschichte zu wiederholen. Die Massen strömen diesmal nicht in die Neue, sondern in die Alte Welt. Aber es gibt da eben doch noch einen grossen Unterschied. *Von Henryk M. Broder*

Emma Lazarus, 1849 in New York als Kind jüdischer Migranten geboren, hat eines der schönsten und bewegendsten Gedichte der Neuzeit geschrieben: «The New Colossos». Darin heisst es unter anderem:

«Gebt mir eure Müden, eure Armen, eure geknechteten Massen, die frei zu atmen begehren, den elenden Unrat eurer gedrängten Küsten; schickt sie mir, die Heimatlosen, vom Sturme Getriebenen.

Hoch halt' ich mein Licht am gold'nen Tore!»

Das goldene Tor war die damals im Bau befindliche Statue of Liberty auf Liberty Island im Hafen von New York, ein Geschenk des französischen Volkes an das amerikanische Volk. Das 1883 von Emma Lazarus verfasste Gedicht war Teil einer Kampagne, um Spenden für den Bau des massiven Sockels zu generieren, auf dem die Freiheitsstatue stehen sollte. Das Monument wurde 1886 eingeweiht, aber erst 1903 hat man Emma Lazarus die Ehre erwiesen und ihr Gedicht auf einer Bronzetafel verewigt.

Mehr als ein Jahrhundert später scheint sich die Geschichte zu wiederholen. Die «geknechteten Massen, die frei zu atmen begehren», die «Heimatlosen, vom Sturme Getriebenen», strömen neuen Gestaden entgegen, diesmal nicht in der Neuen, sondern in der Alten Welt. Allerdings, sie werden nicht von einem 93-Meter-Symbol aus Eisen und Stein begrüsst, sondern von Hausfrauen, Studenten und Rentnern, die «Refugees Welcome!»-Plakate hochhalten.

Am Abgrund

Eine Weile sah es in der Tat danach aus, als ob Europa das Amerika des 21. Jahrhunderts werden könnte, neue Heimat für Millionen von Einwanderern, die sich ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand wünschen.

Die Illusion währte kurz und beruhte auf Gegenseitigkeit. Die einen glaubten, sie seien willkommen, die anderen, es kämen vor allem Ärzte, Facharbeiter und Ingenieure, die Deutschland helfen würden, sich zu verjüngen und seine Rentenprobleme zu beheben.

Inzwischen hat sich die «Willkommenskultur», wie jede euphorische Aufwallung, weitgehend beruhigt und der Wirklichkeit Platz gemacht. Bis zu einer halben Million «Schutzsuchende» sind untergetaucht; mindestens ebenso viele «leben» in sogenannten «Erstaufnahmeeinrichtungen», dezentralen Internie-



Amerikaner machen es anders: New York in den dreissiger Jahren.

rungslagern, und warten darauf, registriert und «gerecht umverteilt» zu werden, ob auf die einzelnen Bundesländer oder auf die Staaten der EU, das muss erst geklärt werden. Der-

weil werden in grosser Hektik neue Gesetze verabschiedet, um den «Zuzug» der Migranten zu begrenzen, Länder wie Algerien und Marokko sollen zu «sicheren Drittstaaten» be-

fördert und abgelehnte Asylbewerber «schneller» abgeschoben werden. Es ist, als würde der Kapitän eines auf Grund gelaufenen Bootes anfangen, Platzkarten zu verteilen und überzählige Passagiere über Bord zu kippen, derselbe Kapitän, der vor der Abfahrt verkündet hatte, es sei genug Platz für alle da, man werde die Reise schaffen. Deutschland hat sich übernommen. Schweden, Österreich, Holland und Belgien ebenso. Griechenland und Italien dienen nur als Transitstationen, und die neuen EU-Länder im Osten wollen sich dem Diktat aus Brüssel nicht beugen. Mit einem Wort: Europa steht wieder am Abgrund.

Und während eine Initiative an der Technischen Universität Darmstadt, die «das Sprachbewusstsein und die Sprachsensibilität in der Bevölkerung fördern» möchte, «Gutmensch» zum Unwort des Jahres ernannt, weil es «Toleranz und Hilfsbereitschaft pauschal als naiv, dumm und weltfremd» diffamiere, kursieren im Netz zahllose von Gutmenschen verfasste Gebrauchsanweisungen für den Umgang mit Flüchtlingen, zum Beispiel diese: «Einige Grundregeln zum Umgang mit den Flüchtlingen: [...] den Flüchtlingen ihre Würde zu lassen (als oberstes Gebot); die Kultur- und bisherige Lebensform der Flüchtlinge zu respektieren; das Überstülpen unserer Lebensgewohnheiten (zum Beispiel morgens früh aufstehen, mittags kochen, usw.) zu vermeiden ...»

Seit kurzem melden sich aber auch frustrierende Gutmenschen zu Wort, die entnervt aufgegeben haben, wie eine Hamburger Sozialarbeiterin, die unbedingt in einer Erstaufnahmestelle arbeiten wollte: «Natürlich darf man auf keinen Fall pauschal über alle Flüchtlinge urteilen, es gibt unter ihnen viele, die sehr freundlich sind, sehr dankbar, sehr integrationswillig, sehr froh, hier zu sein. Aber wenn ich ehrlich bin, dann ist die Zusammenarbeit mit neunzig Prozent von denen, die ich treffe, eher unangenehm und leider nicht so, wie ich mir das vorher gedacht habe.»

So hat sich «das» auch die Kanzlerin nicht vorgestellt, als sie eine «Erstaufnahmeeinrichtung» besuchte, wo sie mit Flüchtlingen für Selfies posierte. Der deutsche Umgang mit Angehörigen fremder Kulturen ist von Unkenntnis und Naivität geprägt. Und wenn sie merken, dass die «edlen Wilden», deren Lebensform sie respektieren wollen, nicht ganz so «edel» sind, wie sie gehofft haben, dass die Zugereisten auch aufdringlich, fordernd und grob sein können, wie Menschen nun einmal sind, dann lassen sie enttäuscht den Griffel fallen.

Und das ist es, was den grossen Unterschied zu den USA ausmacht. Wer in die USA kommt, weiss, dass er arbeiten muss. Wer nach Deutschland kommt, weiss, dass es ein «System» gibt, das sich um ihn kümmert. Dieses System hat sich inzwischen zu einer gigantischen Industrie entwickelt, in der Milliarden umgesetzt

werden. Für die Anmietung von Unterkünften, für ärztliche Versorgung, für Erwachsenenbildung und Kinderbetreuung, für Sicherheitspersonal und um die Neujahrsansprache der Kanzlerin ins Arabische zu übersetzen. Diese Art der Rundumversorgung entspricht durchaus den Erwartungen der Versorgten, die aus Ländern kommen, in denen staatliche Leistungen mit Wohlverhalten vergolten werden. Lassen diese Leistungen nach oder werden sie als unzureichend empfunden, werden die Untertanen ungehalten. «Soziale Verwerfungen» sind die Folge.

Luxus des Sozialstaates

Die Amerikaner machen es anders. Wer nicht schwimmen kann, muss schwimmen lernen, egal, wie kalt das Wasser ist. Ich habe vor Jahren in Virginia ein Ehepaar getroffen, das sich in Deutschland auf der Durchreise kennengelernt hatte. Sie kam aus Kroatien, er aus China. Beide wollten in die USA und schafften es, ein Visum zu bekommen. Nach ihrer Ankunft wurden sie von einer Bürgerinitiative sechs Monate lang betreut. In dieser Zeit fassten sie Fuss im Hotel- und Gaststättengewerbe und arbeiteten sich hoch, bis sie genug gespart hatten, um einen eigenen kleinen Dim-Sum-Laden aufzumachen, «ein Loch in der Wand», wie sie sagten, gerade gross genug, damit er hinten die Dim Sum zubereiten und sie die Teigtaschen vorne verkaufen konnte. Heute haben sie drei Restaurants, und die drei Kinder besuchen private Schulen.

Wären sie in Deutschland geblieben, würden sie wohl noch immer Integrationskurse besuchen, deren Anbieter ein Interesse daran haben, die Kundschaft nicht zu verlieren. Das ist ein Luxus, den sich nur ein Sozialstaat leisten kann. Aber irgendwann stellt sich die Frage, wie lange der Staat sozial handeln kann, wenn er immer mehr Menschen versorgen muss. Wann ist der Kuchen alle?

Deutschland ist auf dem Weg zum Einwanderungsland. Das, so heisst es, sei der Preis der Globalisierung. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Ralf Stegner, hat vor kurzem gesagt: «Wir müssen aufhören, die Welt mit Scheuklappen zu betrachten. Und wir werden bereit sein müssen, unseren Wohlstand zu teilen. In einer globalisierten Welt funktioniert es nicht mehr, dass ein Teil in Reichtum und Frieden lebt, während andere Regionen in Krieg und Not versinken.»

Demnächst also werden sowohl Wohlstand wie auch Krieg und Frieden neu verteilt werden. Bei uns wird es weniger Wohlstand und weniger Frieden geben, in den bis jetzt armen Ländern dagegen mehr Wohlstand und weniger Krieg. Einer globalisierten Welt zuliebe. Das ist der neue Koloss, die Heimat der «vom Sturme Getriebenen». Jetzt muss sich nur noch ein Dichter finden, der ihm ein Gedicht auf den Leib schreibt. ○

Istanbul

Anti-Globalisierer

Das Geschrei einiger rot-grüner Wirrköpfe ist von gestern.

Vor einigen Jahren reisten die Anti-Globalisierer noch scharenweise nach Davos ans WEF. Sie brachten dort medienwirksam und oft brachial ihre wachstumskritischen Anliegen zum Ausdruck. Heute sind die nachhaltigsten Anti-Globalisierer nicht mehr wohlstandsverwahrloste westliche Kra-walltouristen, die ihr Leben mit ideologisch unterlegtem Tumult etwas aufmischen. Es sind vielmehr die Mitglieder der Terrormiliz Islamischer Staat, die ihr Leben mit ideologisch unterlegten Attentaten hingeben.

In Istanbul hat mit ziemlicher Sicherheit ein IS-Angehöriger sich und zwölf unschuldige, zufällige Opfer umgebracht. Der 27-jährige Selbstmordattentäter Nabil Fadli begab sich mitten in eine Reisegruppe im pulsierenden Herzen des türkischen Tourismus, auf den Sultanahmet-Platz zwischen Blauer Moschee und Hagia Sophia. Es handelte sich beim Täter um einen syrischen Staatsbürger, der sich unlängst in der Türkei als Flüchtling registrieren liess. Das Beunruhigendste: Fadli wurde damals von vier Personen begleitet, nach denen jetzt intensiv gefahndet wird. Von den Todesopfern sind zehn deutsche Staatsbürger, zwölf weitere Deutsche wurden schwer verletzt. Möglicherweise etwas gar vorschnell hat Innenminister Thomas de Maizière versichert, der Anschlag habe mit deren Nationalität nichts zu tun. Für einen Vergeltungsschlag könnte immerhin die Tatsache sprechen, dass sich die Bundeswehr gegenwärtig am internationalen Militäreinsatz gegen den IS beteiligt. Zu den wirksamsten Globalisierungsprojekten gehört der Tourismus. Überdies stellt er die sinnvollste Art der Entwicklungszusammenarbeit dar. Wo immer auf der Welt der Tourismus blüht, entsteht selbst in den ärmsten Ländern Wohlstand. Die asymmetrische Kriegsführung islamistischer Terroristen richtet sich mit voller Absicht gegen Touristen. Ob in Ägypten, Tunesien oder in der Türkei – ihre Botschaft an westliche Reisende lautet, dass es keinen sicheren Ort mehr gibt. Die erwünschten Folgen wären touristische Wirtschaftstotestille, Weiterverbreitung des extremistischen Islam durch Verlust jeder Zukunftsperspektive und Destabilisierung des Westens durch noch grössere Flüchtlingsströme. Diese Art der Anti-Globalisierung ist weit gefährlicher als das Geschrei einiger rot-grüner Wirrköpfe. *Christoph Mörgeli*

«Europa ist wie Disneyland»

Der konservative US-Vordenker Edwin Feulner ragt mit seiner Heritage Foundation wie ein Brückenkopf von der Reagan-Ära in die Gegenwart. Wie ist die Ausgangslage für die Präsidentschaftswahlen? Warum gibt es in Europa keine echten Konservativen? Ein Treffen in Washington. Von Florian Schwab und Alexo Wandael (Bild)

Die USA stellen dieses Jahr die politischen Weichen neu. Der Wahlkampf um die Präsidentschaft wird mit viel Leidenschaft und hohen Einsätzen geführt. In wenigen Wochen müssen sich die Kandidaten in den ersten Vorwahlen (Primaries) bewähren. Langsam wird es ernst: Wer wird ins Weisse Haus einziehen? Behalten die Republikaner die Mehrheit im Kongress?

Seit Jahrzehnten ein leidenschaftlicher Beobachter der amerikanischen Polit-Arena ist Edwin Feulner, der Gründer der Heritage Foundation, einer einflussreichen konservativen Denkfabrik. Letztes Jahr hat er das Tagesgeschäft abgegeben, belegt aber weiterhin ein repräsentatives Büro der Foundation, nur wenige hundert Meter vom Kongress entfernt. In einem separaten Gebäude, ein paar Strassen weiter, tragen Hunderte Mitarbeiter die Idee der Foundation weiter, sezieren mit Akribie politische Fragen. Geschätzte achtzig Millionen Dollar Umsatz macht die Denkfabrik. Feulner ist der Erfinder einer Art von Think-Tank, die sich nicht mit der Rolle an der Seitenlinie begnügt. Wenn die Republikaner am Ruder sind, dann ist Feulner immer auch ein bisschen am Ruder. Seit der Gründung der Heritage Foundation hat er sechs US-Präsidenten kommen und gehen sehen.

Wir besuchen den konservativen Vordenker in Washington. In seinem Büro scheint die Zeit stehengeblieben zu sein: schwere Teppiche und Polstermöbel, ein dunkler Holzschreibtisch mit Ornamenten, im Gestell die Klassiker der liberalen und konservativen Philosophie. An der Wand Dutzende Briefe von und mit den republikanischen Präsidenten Reagan und den beiden Bushs sowie mit politischen Führern aus der ganzen Welt, vor allem Asien. Der 74-Jährige, der mit der Agilität eines Jungspunds politische Neuigkeiten aufsaugt, bewertet und kommentiert, setzt sich weltweit für die Verbreitung seiner Ideale ein. Das Jahr 2016, ist er überzeugt, bringt die republikanische Wende im Weissen Haus.

Mister Feulner, wer wird der nächste Präsident der Vereinigten Staaten?

Vermutlich der republikanische Kandidat. Entweder Senator Ted Cruz oder Senator Marco Rubio. Ich denke nicht, dass es die ehemalige Aussenministerin Hillary Clinton wird. Mehr noch: Ich hege Zweifel daran, dass sie überhaupt nominiert wird...

... Clinton wird als Favoritin gehandelt...

... wegen der Skandale um ihre E-Mails und wegen der Clinton Foundation. 150 FBI-Agenten leuchten den Hintergrund der Stiftung und potenzielle Interessenkonflikte aus. Wenn Hillary nicht nominiert wird, dann läuft es bei den Demokraten vermutlich auf Joe Biden hinaus, da die Partei nicht mit Bernie Sanders ins Rennen steigen wird. Ein republikanischer Kandidat der jüngeren Generation könnte Vizepräsident Biden schlagen. Anfang Februar wird man klarer sehen, wenn die Vorwahlen in New Hampshire und Iowa vorüber sind.

Sie haben den Namen Donald Trump nicht erwähnt.

Donald Trump ist ein ganz aufregender Meteorit, der am Firmament der Vereinigten Staaten aufleuchtet. Er spielt offensichtlich auf ein stark ausgeprägtes Gefühl im ameri-

«Obama schreckt davor zurück, Clinton offiziell zu unterstützen. Das ist doch bemerkenswert!»

kanischen Volk an: *distress and discontent* mit Washington. Allerdings glaube ich nicht, dass Trump eine politische Maschinerie am Laufen hat, die ihn ins Weisse Haus tragen kann. Auch hier werden die ersten Primaries zeigen, wie viel Schnauf Mister Trump hat.

Hillarys ominöser E-Mail-Skandal – worum geht es da?

Der ehemalige CIA-Direktor David Petraeus musste zurücktreten, weil er offizielle E-Mails über eine private Adresse verschickt hatte. Warum gelten bei seiner E-Mail-Kommunikation strengere Standards als bei der Aussenministerin? Es gibt Gründe, warum man Sicherheitssysteme hat und sichere Server nutzt. Damit wird die Wahrscheinlichkeit kleiner, dass E-Mails abgehört oder «gehijackt» werden. Hillary durfte als Aussenministerin nicht unverschlüsselt telefonieren. Als sie Regierungs-E-Mails über private Server schrieb, verletzte sie Gesetze. Jetzt heisst es gar, dass sie ihre Untergebenen angewiesen hat, Vertraulichkeitsvermerke zu entfernen.

Die Affäre zieht sich schon seit dem Sommer hin – ohne dass sie Clinton ernsthaft geschadet hätte.

Die Clintons und deren Unterstützer denken anscheinend, dass sie an anderen Standards gemessen werden als jedermann sonst. Das

sieht man daran, dass das State Department weiterhin in zweiwöchentlichen Intervallen Tausende E-Mails veröffentlicht, Monat für Monat. Und nicht alles sofort auf den Tisch legt, wie dies die amerikanischen Gerichte und der Kongress auf der Grundlage des Freedom of Information Act verfügt haben. Die Salamtaktik zeigt, dass sie der Meinung sind, damit durchzukommen. Da wäre ich mir nicht so sicher.

Damit es für Hillary Clinton gefährlich würde, müssten sich die Ereignisse überschlagen. Viel Zeit bleibt nicht mehr.

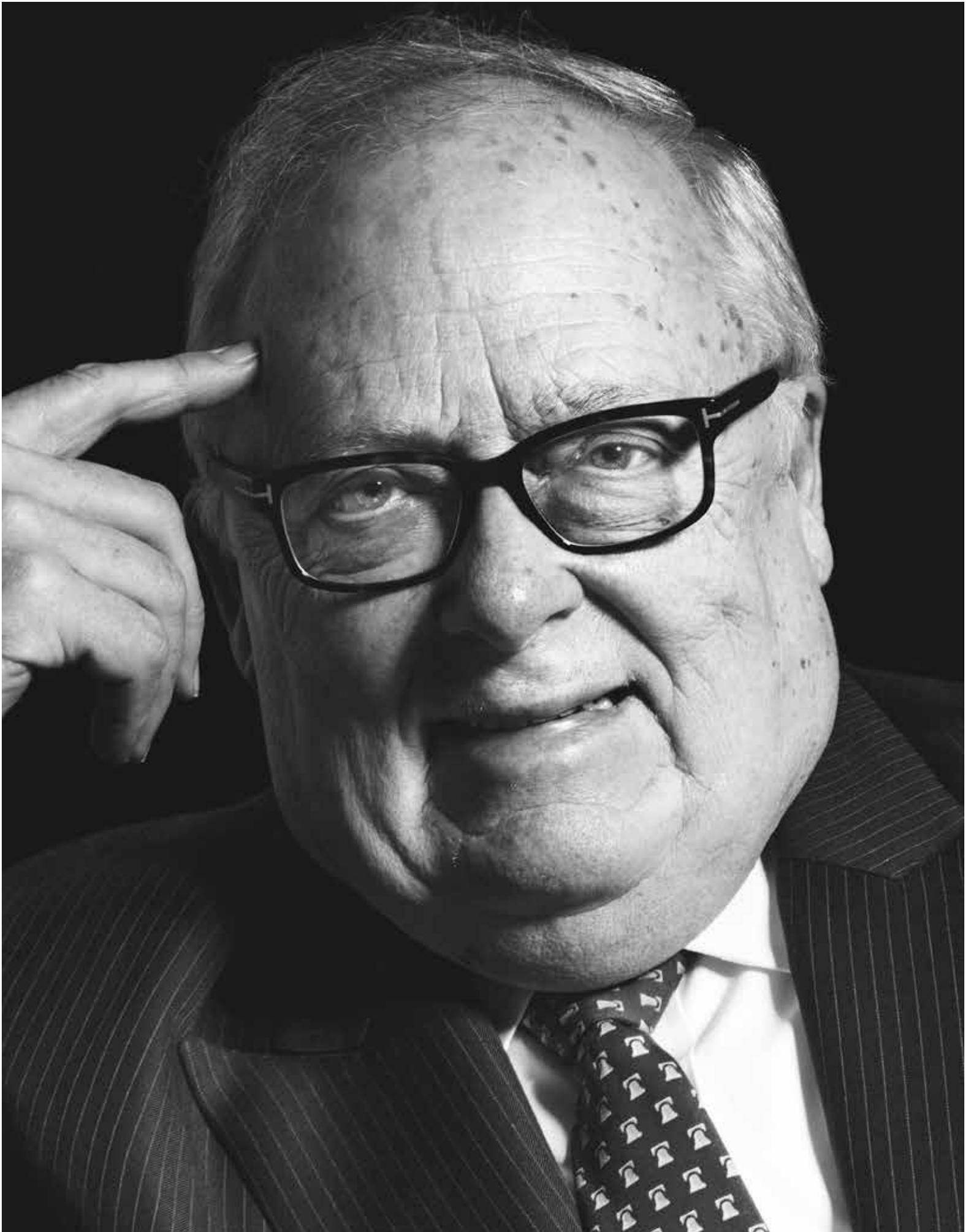
Ich glaube, es gibt jetzt innerhalb des FBI genügend Druck, damit Bewegung in die Sache kommt. Technisch gehört das FBI zur Exekutive. Ein interessantes und oft übersehenes Detail ist, dass Präsident Obama die Kandidatur Hillary Clintons nicht offiziell unterstützt, wohlgerne, des höchstrangigen und prominentesten Mitglieds seines Kabinetts! Weiss er etwas, was wir noch nicht wissen und was Einfluss auf die Nominierung haben könnte? 1988 wollte Jack Kemp für das Präsidentenamt kandidieren. Da musste ich ihm sagen: «Jack, ich mag dich und die Politik, für die du stehst, und ich würde dich gerne unterstützen. Aber Ronald Reagan hat bereits gesagt, dass George H. W. Bush sein logischer Nachfolger ist.» Weil er die Person war, die Reagan als Vizepräsidenten von Hand verlesen hatte. Hillary gehört zu den Personen mit dem höchsten Profil, die Obama in ein Amt gehoben hat. Jetzt schreckt er davor zurück, sie offiziell zu unterstützen. Das ist doch bemerkenswert! Martin O'Malley und Bernie Sanders sind nicht in derselben Liga.

Was hat die Clinton Foundation mit den E-Mails zu tun?

Es hat mit den E-Mails begonnen, und jetzt geraten die Stiftung und die Interessenkonflikte in den Fokus – grosse US-Firmen wie Chevron oder auch Schweizer Banken, die die ehemalige Aussenministerin für Reden einladen und gleichzeitig signifikante Geldbeträge an Bill Clinton oder seine Stiftung überweisen. Das besteht den «Geruchstest» nicht, wie wir hier in Washington sagen.

Sie sind selber ein *foundation man*, haben die Heritage Foundation aufgebaut. Wie sehen Sie die Clinton Foundation?

Manche ihrer Tätigkeiten in der Bekämpfung von Krankheiten und der Förderung wirtschaftlicher Fortschritte in Entwick-



«Big ist nicht besser»: Edwin Feulner.

lungsländern finde ich unterstützenswert. Andere Aktivitäten sind aus meiner Sicht eher trivial. Aber es ist ihre Stiftung, und sie können entscheiden, welche Politik sie verfolgen. Ich glaube in der politischen Arena an *addition and multiplication* und nicht an *division and subtraction*. Ich bin keiner, der rausgeht und auf der Gegenseite herumhaut. Ich suche die 20, 25 Prozent, bei denen wir einiggehen und zusammenarbeiten können. Lassen wir sie ihr Ding machen.

Kürzlich hat Präsident Obama seine letzte «State of the Union»-Rede gehalten. Haben Sie sie verfolgt?

Von A bis Z. Jeder in Washington tut das, was wir als «spinning» bezeichnen. Obama hat sehr gute Spindoktoren, die ihm sagen, wie er die Sache so gut darstellen kann, wie es eben geht. Sein politisches Testament ist aber leider nicht annähernd so positiv, wie er uns glauben machen möchte. Ich sage das nicht aus parteipolitischen Kalkül. Bill Clinton hatte in der Wirtschaft und auch insgesamt in der Aussenpolitik eine recht positive Bilanz, die man anerkennen kann. Das ist bei Obama nicht der Fall.

Wie sähe aus Ihrer Sicht eine realistische Obama-Bilanz aus?

Obama spricht von der Gesundung der Wirtschaft. Aber es ist keine positive Erholung des Wachstums, wenn wir die tiefste Beteiligungsrates am Arbeitsmarkt seit vierzig Jahren haben und die Löhne des Durchschnittsamerikaners seit zehn Jahren auf demselben Niveau verharren. Zur Aussenpolitik: Obama sagt, er sei zufrieden mit der Entwicklung in Syrien. Dies, nachdem eine Viertelmillion Menschen gestorben, Hunderttausende nach Europa geflohen sind und nachdem er in einem frühen Stadium versucht hatte, «rote Linien» für Assad zu ziehen. Der Nahe Osten ist heute in viel schlechterer Verfassung als vor acht Jahren. Nordkorea ist noch viel näher an der Entwicklung der Atombombe, trotz Obamas Asien-Schwerpunkt. Vieles von dem hätte verhindert werden können, glaube ich.

Obama hat die Probleme im Nahen Osten nicht verursacht.

Gut, die Probleme gehen Jahrtausende zurück. Aber seine Doktrin des «leading from behind» und des Zusammenzimmerns von Ad-hoc-Koalitionen war doch zum Scheitern verurteilt. Sie hat die Situation verschlimmert. Das sage ich als jemand, der grosse Vorbehalte gegen Bushs Irak-Politik hatte. Nicht wegen des Ziels, Saddam Hussein loszuwerden, das war ein edles und lohnenswertes Unterfangen.

Was ist falsch gelaufen?

Wir haben unsere Fähigkeiten überschätzt, von aussen eine neue Staatsform in eine interne, bestehende politische Struktur zu

verpflanzen. Anfang 2002, am WEF im «Waldorf» in New York, habe ich an einem Panel mit dem Vorsitzenden des aussenpolitischen Senatsausschusses, Joe Biden, gesprochen. Er lancierte damals den Gedanken, Irak in drei Einzelstaaten zu unterteilen: Die Kurden hätten den Norden bekommen, die Sunniten die Mitte, die Schiiten den Süden. Das wäre eine interessante Idee gewesen. Stattdessen versuchte man, eine Demokratie zu bauen. Ich hoffe, wir haben daraus gelernt und tun so was nicht noch einmal.

Also gibt es keinen Demokratie-Export mehr?

Wir sind nicht der Messias, der dazu da ist, Demokratie auf der Welt zu verbreiten. Entscheidend ist nicht so sehr, ob Demokratie oder nicht Demokratie, sondern ob die Menschen Möglichkeiten haben, zu wachsen und sich zu entwickeln. (*Feulner zieht eine Handvoll Dollarscheine aus seiner Brieftasche*) Diese Art Demokratie ist vermutlich ebenso wichtig, wie ein Stück Papier in eine Wahlurne zu werfen. Hier haben Sie Kontrolle über Ihr eigenes Leben. Das ist nicht der Fall, wenn Sie bei einer Abstimmung zu den 49 Prozent Minderheit gehören. Also stellt sich die Frage: Wie verbreiten Sie die Marktwirtschaft?

Welches ist derzeit die grösste aussenpolitische Herausforderung?

Die Kissinger-Doktrin ist vorbei, diese Vorstellung, dass Nationalstaaten in internationalen Beziehungen weiterhin das Mass aller Dinge sind. Der Islamische Staat (IS) ist ein nichtstaatlicher Akteur, dessen Handeln nicht nur Paris oder Zürich, sondern auch San Bernardino oder Fort Hood betreffen kann. Das sind neue Phänomene. Bomben

«Die tiefen Geburtenraten in Europa sollten jeden beunruhigen, der vorausdenkt.»

können das nicht lösen. Hier Strategien zu entwickeln, ist die grösste Herausforderung. Das müssen alle verinnerlichen, die um die Situation ihrer Kinder und Kindeskinde besorgt sind.

Was braucht es seitens der USA?

In den letzten Jahren ist unsere Aussenpolitik windschlüpfrig geworden. Obama hat langjährige Alliierte wie die Golfstaaten und Saudi-Arabien irritiert, indem er seine Aussenpolitik von Fall zu Fall ausgewürfelt hat. Die immer komplexere Welt ruft mehr denn je nach berechenbarer amerikanischer Leadership, die auf einer stabilen und verlässlichen Grundhaltung beruht. Putin kann auf eine vernünftige Grösse heruntergebracht werden durch einen vernünftigen Leader im Weissen Haus, der sagt: «Bis hierhin und nicht weiter.» Wo immer man die

rote Linie zieht, darf es keine *Obama red line* sein, sondern es muss eine echte sein. Auch gegenüber China.

Cruz und Rubio können das?

Beide könnten als Präsident das Vertrauen in Amerika wiederherstellen. Sowohl bei traditionellen Alliierten wie auch in Russland und China, mit denen wir nicht so innig vereint sind, mit denen wir aber auch zu recht kommen müssen. Ein Donald Trump wäre in der Hinsicht vielleicht weniger vorhersehbar, aber wenigstens hätte er klare Botschaften. (*Lacht*)

Sind Sie eigentlich ein Liberaler oder ein Konservativer?

Persönlich betrachte ich mich als Konservativen ohne Bindestrich, ich bin kein Neokonservativer, kein *new right conservative* oder was auch immer. Ich glaube an die maximale individuelle Freiheit, abgestützt auf ein starkes Bekenntnis zu traditionellen Werten und auf eine vorsichtige Dosis an Wandel, nicht einen radikalen Wandel. Ja, wir brauchen *change*, aber die Vorsicht ist aus meiner Sicht die wichtigste aller Tugenden. Diese Betonung traditioneller Werte macht mich wohl eher zum Konservativen als zum Liberalen. Bei einem Cruz oder einem Rubio ist es mir wohlher als bei einem Rand Paul.

Gibt es in Europa noch richtige Konservative vom Schlage einer Maggie Thatcher?

Ich sehe heute keine herausragenden politischen Leader mehr. Das betrifft aber auch die USA. Die Adler heben nicht ab. Vor einer Generation gab es an der Universität von Chicago nicht nur Milton Friedman, sondern auch Ronald Coase, George Stigler, Gary Becker und fünf bis sechs andere Nobelpreisträger, die talentierte Forscher um sich scharten. Heute sind es beidseits des Atlantiks ein paar versprengte.

Wie sehen Sie die Zukunft Europas?

Die Demografie ist unser Schicksal. Die tiefen Geburtenraten in Europa sollten jeden beunruhigen, der vorausdenkt. Unsere Bevölkerung wächst hauptsächlich wegen der hohen Geburtenrate der Immigranten. Wenn, wie in Japan oder Europa, nicht mehr genug Kinder geboren werden, dann bedeutet dies auf lange Sicht fundamentale Änderungen.

Und politisch?

Das Referendum über den «Brexit» finde ich sehr gut. Hoffentlich bringt es die Bürokraten in Brüssel zum Nachdenken darüber, ob ihr Wesensinhalt wirklich darin besteht, das Design von Rasenmähern zu standardisieren, statt die Märkte zu öffnen und Unternehmern Chancen zu geben. Eine Frage, die man sich auch in Washington stellen sollte. Hier ist der unternehmerische Spirit noch am Leben, in Europa bin ich mir da nicht sicher.

Ist Europa zu einer Gesellschaft von Rentenbezügern geworden?

Ich fürchte, ja. In Europa zu sein, bedeutet, die Vergangenheit zu bewundern: Die alten Schlösser und Kathedralen sind hübsch. Es ist ein bisschen wie Disneyland. In Asien hingegen sieht man den menschlichen Spirit – gesund und in Aktion. Das fühlt sich einfach anders an als in Downtown Zurich oder sonst einem Ort auf dem europäischen Kontinent.

Stehen wir am Beginn des asiatischen Zeitalters?

Ja. Ich reise fünf- bis sechsmal pro Jahr nach Asien und treffe mich mit politischen Persönlichkeiten und Akademikern, mit Führern kleiner und grosser Unternehmen. Asien bedeutet Dynamik, Aufregung.

Und Lateinamerika?

Ich bin jetzt 74 Jahre alt. Vor sechzig Jahren – ich ging noch zur Schule – fragte ich meinen Vater nach den Aussichten Brasiliens. Mein Vater sagte: «Mein Sohn, in deinem Alter habe ich meinen Vater nach den Aussichten Brasiliens gefragt. Es war immer das Land der Zukunft, und es wird immer das Land der Zukunft bleiben.» Nein, Lateinamerika ist nicht die Zukunft. Vor hundert Jahren hatte Argentinien ein höheres BIP als Italien, und schauen Sie, in was für einem Schlamassel das Land heute steckt.

Die Heritage Foundation verbreitet auf der ganzen Welt den Gedanken der freien Marktwirtschaft. Was braucht es, um ein erfolgreicher Think-Tank zu sein?

Sie müssen die Leute mit positiven Argumenten überzeugen. Den Empfänger von Sozialleistungen dürfen Sie nicht erniedrigen. Sie müssen ihm zeigen, dass er es aus eigener Kraft schaffen kann. Das ist *adding and multiplying* [addieren und multiplizieren]. Diese mentale Grundhaltung ist sehr wichtig, und da habe ich – nebenbei bemerkt – meine Bedenken bei Donald Trump. Dann: Die Forschung ist das zentrale Produkt, die Daseinsberechtigung des Think-Tanks. Sie muss glaubwürdig, ja unanfechtbar sein. Nicht nur auf Fakten abgestützt und rigoros, auch transparent. Darum sind wir so stolz auf unseren Index of Economic Freedom. Jedermann kann sich die Daten und Zahlen zusammensuchen und kommt zum selben Ergebnis. Für einen erfolgreichen Think-Tank ist es ebenso wichtig, das Produkt zu vermarkten wie, es zu produzieren. Alle Büchergestelle sind voller Studien. Hätte man die Studie von Hayek 1937 gelesen, wäre die Grosse Depression früher zu Ende gewesen, vielleicht hätte der Zweite Weltkrieg nicht stattgefunden. Aber niemand hat sie gelesen. Also: Marketing ist wichtig.

Und die Finanzierung?

Sie brauchen eine breite Unterstützerbasis. Die Zuwendungen von fünfzig Firmen oder drei *multinationals* genügen nicht. Wir

haben 700 000 individuelle Mitglieder aus der ganzen Welt, die 65 Prozent unserer Einnahmen garantieren. Von Stiftungen bekommen wir 24 Prozent, von Firmen 3 oder 4 Prozent. Es kommen immer wieder Leute ins Büro und sagen: «Die Heritage Foundation muss ihre Haltung zum Freihandel oder sonst etwas überdenken, dann geben wir mehr Geld.» Ich antworte: «Das tun wir nicht.» Dann zerreißen sie den Check und laufen raus. Wir glauben an den Freihandel. Das ist eines unserer Prinzipien.

Von der Regierung nehmen Sie kein Geld?

Keinen Dollar. Wir versuchen es auch nicht. Häufig spreche ich mit Leuten von Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Viele von ihnen bekommen Geld von der Regierung. Dann frage ich mich: Wie kann man sich als NGO bezeichnen, wenn man Geld von der Regierung bekommt?

Was wäre Ihre Kernbotschaft an die in Davos versammelten Führungskräfte?

Erstens: Besinnt euch auf einfache Prinzipien! Zweitens: «Habt Glauben und Vertrauen in die Fähigkeit des Einzelnen, einen Unterschied zu machen. Baut nicht auf Regierungen, internationale Organisationen oder Ähnliches, um die Welt zu ver-

«Individuen können Dinge verändern. Sie sind Bürokratien systematisch überlegen.»

ändern.» Als ich das letzte Mal in Davos war, war auch Bill Gates dort. «Schaut euch nach den Bill Gates der Zukunft um, ermutigt sie!» Nicht nur in der IT, auch den kleinen Mann, der einen Sandwich-Shop in Mumbai oder in Busan aufmacht. Individuen können Dinge verändern. Sie sind Bürokratien systematisch überlegen. «Überwindet den Eindruck, dass man gross sein muss, um voranzukommen!» «Big» ist nicht besser.

Das hört sich fast wie die Gründungsprinzipien der USA an.

Ganz genau.

Wie viel ist von diesen noch übrig?

Nicht so viel, wie ich es mir wünschen würde. Wir haben in den letzten Jahren fünf Millionen Exemplare der Verfassung verteilt, um die Bürger und die Politiker daran zu erinnern, was darin steht. Theoretisch haben wir ja einen Verfassungsrechtsprofessor als Präsidenten. (*Lacht*) Aber Obama hat viel häufiger die Exekutive vorgeschickt, als dass er sich an die Verfassung gehalten hätte. Artikel 1 besagt, dass Gesetze vom Kongress zu genehmigen sind. Jetzt will die Obama-Administration einseitig Waffen verbieten, Obama hat die Umweltschutzagentur am Kongress vorbei mit Vollmachten ausgestattet, seine Pläne für Guantánamo – es gibt viele Beispiele.

Viele Republikaner befürchten, dass ihre Basis vom demografischen Wandel weggespült wird.

Momentan ist diese weiss und grösstenteils männlich. In meinem Buch «Getting America Right» habe ich ein ganzes Kapitel der Assimilation von Immigranten und der Notwendigkeit der Assimilation gewidmet. Assimilation ist nicht nur der Schlüssel zur republikanischen Basis, sondern zu einem starken Amerika. Kanzlerin Merkel steht vor derselben Herausforderung. Das zeigen die Ereignisse von Köln. Die Frage ist: Wie können wir Individuen in einen politischen Körper integrieren? Da glaube ich an die Durchschlagskraft der konservativen Botschaft vom Unternehmertum: «Individuen sind fähig, die ökonomische und soziale Leiter emporzukletterten.» Eine meiner Kolleginnen an der Foundation kam als Einwanderin erster Generation aus Taiwan in die USA. Als Kind sprach sie kein Wort Englisch, sie schloss hier ihr Studium cum laude ab und erlangte einen Harvard-MBA, wurde Mitglied im Kabinett des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Eine fantastische Geschichte, die Republikaner verinnerlichen sollten.

Die meisten Immigranten haben das Gefühl, ihre Anliegen seien links besser aufgehoben.

Das ist ein Bild, das wir korrigieren müssen. Der jetzige *speaker* der Republikanischen Partei, Paul Ryan, versteht das. Auch die republikanischen Präsidentschaftskandidaten werden diese Message glaubwürdig vertreten. Das Immigranten-Bashing bringt uns nicht weiter. Trotzdem bleibt es natürlich wahr, dass sich eine Nation über die Grenzen definiert. Immigranten müssen die Kultur eines Landes akzeptieren und sich anpassen. Nicht in jeder Hinsicht, aber in den wichtigen gesellschaftlichen Fragen. Man muss sich an historische Tatsachen halten: Was geschah mit den ersten irischen Immigranten? In Boston wurden sie regelrecht hinausgeschmissen. Benjamin Franklin befürchtete, dass Pennsylvania deutsch werden würde. Das Motto der Vereinigten Staaten ist und bleibt: «*E pluribus unum* – aus vielem eines.»

Edwin («Ed») John Feulner junior wurde 1941 in Chicago geboren. Sein Vater, als Sohn deutscher Einwanderer in den USA aufgewachsen, hatte es als Bankkaufmann und Immobilienmakler zu Wohlstand gebracht. Feulner machte ein MBA an der Wharton School und studierte an der London School of Economics, bevor er an der Universität Edinburgh (Schottland) doktorierte. Seine berufliche Karriere begann beim Center for Strategic and International Studies, einem ausserpolitischen Think Tank in Washington. Er wurde Mitarbeiter eines republikanischen Kongressabgeordneten, mit dessen Unterstützung er 1977 die Heritage Foundation gründete. Über die Jahrzehnte erhielt Ed Feulner dutzende Ehrungen und Preise, unter anderem 1989 von Präsident Reagan die Presidential Citizens Medal als «Leader der konservativen Bewegung» sowie 2012 den Bradley Prize for Outstanding Achievement. Feulner ist verheiratet, hat zwei Kinder und lebt in Old Town, Alexandria, Virginia.

Kaczynskis Held

Wie ist die Politik von Polen zu verstehen, die in der EU für Irritationen sorgt? Der ehemalige Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski bewundert die nationale Identifikationsfigur: Jozef Pilsudski (1867–1935), den einflussreichsten Politiker des Landes im 20. Jahrhundert. Von Gerhard Gnauck

Kaczynski – ein Mann von kleinem Wuchs. Ein durchschnittlicher Händedruck, nicht zu hart, nicht zu weich. Dunkle Augen, die gern in die Ferne schweifen. Oder aber den Gesprächspartner mit einem Röntgenblick durchbohren. Die jedenfalls nicht das tun, was man im alten Westen Europas von Politikern gewohnt ist: eine gute Gesprächsatmosphäre herstellen, das Gegenüber mehr oder weniger geschickt umgarnen.

Wer die Gelegenheit hatte, mit Jaroslaw Kaczynski zu sprechen, der tat gut daran, sich auf ein Gespräch mit einem «Naczelnik» einzustellen. Frei übersetzt: mit einem *comandante* oder Chef. Dieser Titel hat in Polen Tradition. Ein früherer Bürgerrechtler, Andrzej Celinski, erzählte kürzlich, wie er 1981 mit dem Arbeiterführer Lech Walesa zu einem Termin fuhr. Es war die Zeit, als die Solidarnosc, diese im Ostblock nicht für möglich gehaltene, unglaubliche Demokratiebewegung, das Land veränderte. Das Gespräch im Auto kam darauf, welche Rolle Walesa in Polen künftig einnehmen wolle. Walesa antwortete – ob ganz im Ernst oder nur halbernst, sei dahingestellt: «Na, welche wohl? Die Rolle des Naczelnik.»

Traumatischer Verlust des Bruders

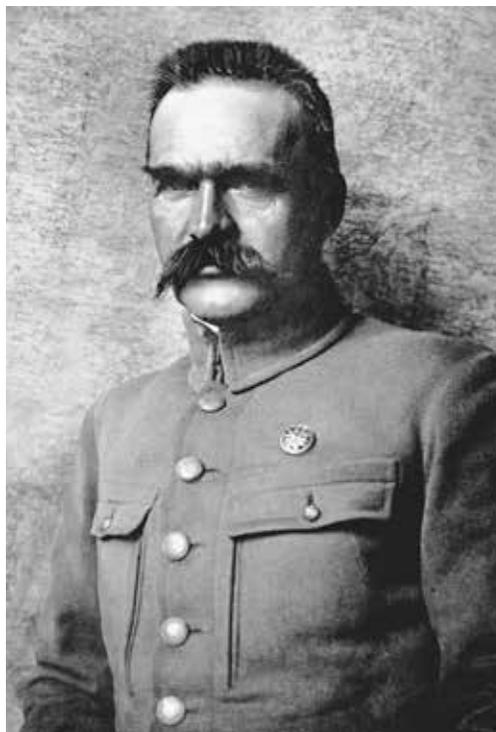
Damals und noch etwas früher, seit 1976/77 schon, waren die Kaczynski-Zwillinge – zu jener Zeit junge Jura-Dozenten an der Universität – bereits im inneren Kreis der polnischen Bürgerrechtsbewegung. Später gingen sie gemeinsam in die Politik, wobei Lech Kaczynski Staatspräsident wurde und 2010 im Westen Russlands mit dem vollbesetzten Regierungsflugzeug abstürzte. Der Verlust des ihm am nächsten stehenden Menschen hat den Jungesellen Jaroslaw traumatisiert. Seine Partei wird die Absturzursachen noch einmal zu klären versuchen, da wird er kaum lockerlassen.

Heute sprechen Kaczynskis Mitstreiter, ob im Ernst oder nur halbernst, von Jaroslaw Kaczynski als dem «Naczelnik», auch wenn sie ihn wohl nicht direkt so ansprechen. Der erste «Naczelnik» war eine Figur, mit der sich der Chef der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von heute gut identifizieren kann. Besser als mit Walesa, dem Kaczynski heute vor allem vorwirft, um 1970 mit der Staatssicherheit kooperiert zu haben (was für eine kurze Zeit offenbar zutrifft, aber seinen späteren Verdiensten keinen Abbruch tut).

Diese Identifikationsfigur war Jozef Pilsudski, vielleicht der wirkungsmächtigste

Politiker Polens im 20. Jahrhundert. Vorneweg sei gesagt: Marschall Pilsudski (1867–1935) in die Nähe von Faschismus und Antisemitismus zu rücken, wie es manche (im alten Westen Europas) wider besseres Wissen tun, geht völlig fehl. Auch auf seinem Höhepunkt konnte das Pilsudski-Regime, so urteilte der bedeutende Osteuropa-Historiker Gotthold Rhode, «weder faschistisch noch nationalsozialistisch genannt werden, da es abgesehen von einem Pilsudski-, Staats- und Militärkult keine geschlossene Ideologie entwickelte».

Schon eher entsprach sein Regime dem von Max Weber 1920 formulierten Typus der «charismatischen Herrschaft»; diese stützt sich, gemäss Weber, auf die «Heiligkeit oder die Heldenkraft oder die Vorbildlichkeit einer Person und der durch sie offenbarten oder geschaffenen Ordnungen». Denn ein musterhafter Demokrat war Pilsudski natürlich nicht; insofern passte er allzu gut in die Landschaft Ost- und Mitteleuropas, wo die parlamentarische Demokratie in der Zwischenkriegszeit früher oder später überall – ausser in der Tschechoslowakei – scheiterte. Pilsudski stammte aus Litauen, was im 19. Jahrhundert bedeutete, dass er Untertan des Zaren war. Als Medizinstudent beteiligte er sich an antizaristischen Aktivitäten und wurde zu fünf Jahren sibirischer Verbannung verurteilt.



«Charismatische Herrschaft»: Marschall Pilsudski.

Danach schloss er sich der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) an. Bald wich er in den österreichischen Teil Polens aus, in das liberal verwaltete Galizien, wo er Schützenverbände polnischer Freiwilliger aufstellte. Daraus wurden «Legionen», mit denen Pilsudski 1914 unter österreichischem Oberbefehl in den Ersten Weltkrieg zog: gegen Russland. Sein Kalkül lautete, erst würden die Mittelmächte Russland besiegen, dann die Westmächte die Mittelmächte. Dann müssten sich die Polen recht-

Die Rote Armee konnte erst im «Wunder an der Weichsel» gestoppt werden.

zeitig von den Mittelmächten absetzen und nach 123 Jahren ihren eigenen Staat wiederherstellen. Und so kam es denn auch.

Kaum wiedergegründet, erlebte Polen schwere Kämpfe an der West- und besonders an der Ostgrenze; die Rote Armee konnte erst im «Wunder an der Weichsel» gestoppt werden. Pilsudskis Rolle als Heerführer war nicht zu unterschätzen; in Wahlen hatte er weniger Glück, seine PPS schnitt gegenüber den nationalistischen Nationaldemokraten schlecht ab. So zog sich Pilsudski grollend aus der Politik zurück.

Als jedoch 1926 eine Wirtschaftskrise das Land erschütterte und das Vertrauen in die «Schwatzbude» Parlament auf einem Tiefpunkt angekommen war, trat Pilsudski auf den Plan. Mit ihm ergebenen Truppen besetzte er in Warschau eine Weichselbrücke und forderte den Rücktritt der Regierung. Am Ende sprachen die Waffen und forderten knapp 400 Menschenleben. Die Linke unterstützte Pilsudski. Er war siegreich.

Genau achtzig Jahre später sagte Polens Staatspräsident Lech Kaczynski: «Wenn ich wie durch ein Wunder in diese Zeit versetzt worden wäre, ich hätte den Staatsstreich unterstützt.» Natürlich sei es unvorstellbar, «in einem EU-Staat Panzer auf die Strassen zu schicken». Doch Pilsudski habe damals die Schwäche und Korruptiertheit des Staates als Gefahr erkannt. Für den Marschall sei der Staat das oberste Gut gewesen, für die Nationaldemokraten die Volksgemeinschaft – und das in einem Land, das zu einem Drittel von Ukrainern, Juden, Deutschen und anderen Minderheiten bevölkert war. «In diesem Streit stehe ich in der Tradition Pilsudskis», bekennt Lech Kaczynski, «und mein Bruder ganz genauso.»

Anfangs war der «Naczelnik» durch Autorität und Charisma ein Diktator ohne Diktatur. Als er kurz vor seinem Tod 1935 seine Unterschrift unter die neue Präsidialverfassung gesetzt hatte, war eine Art Diktatur entstanden, die wenige Wochen später ohne Diktator stand.

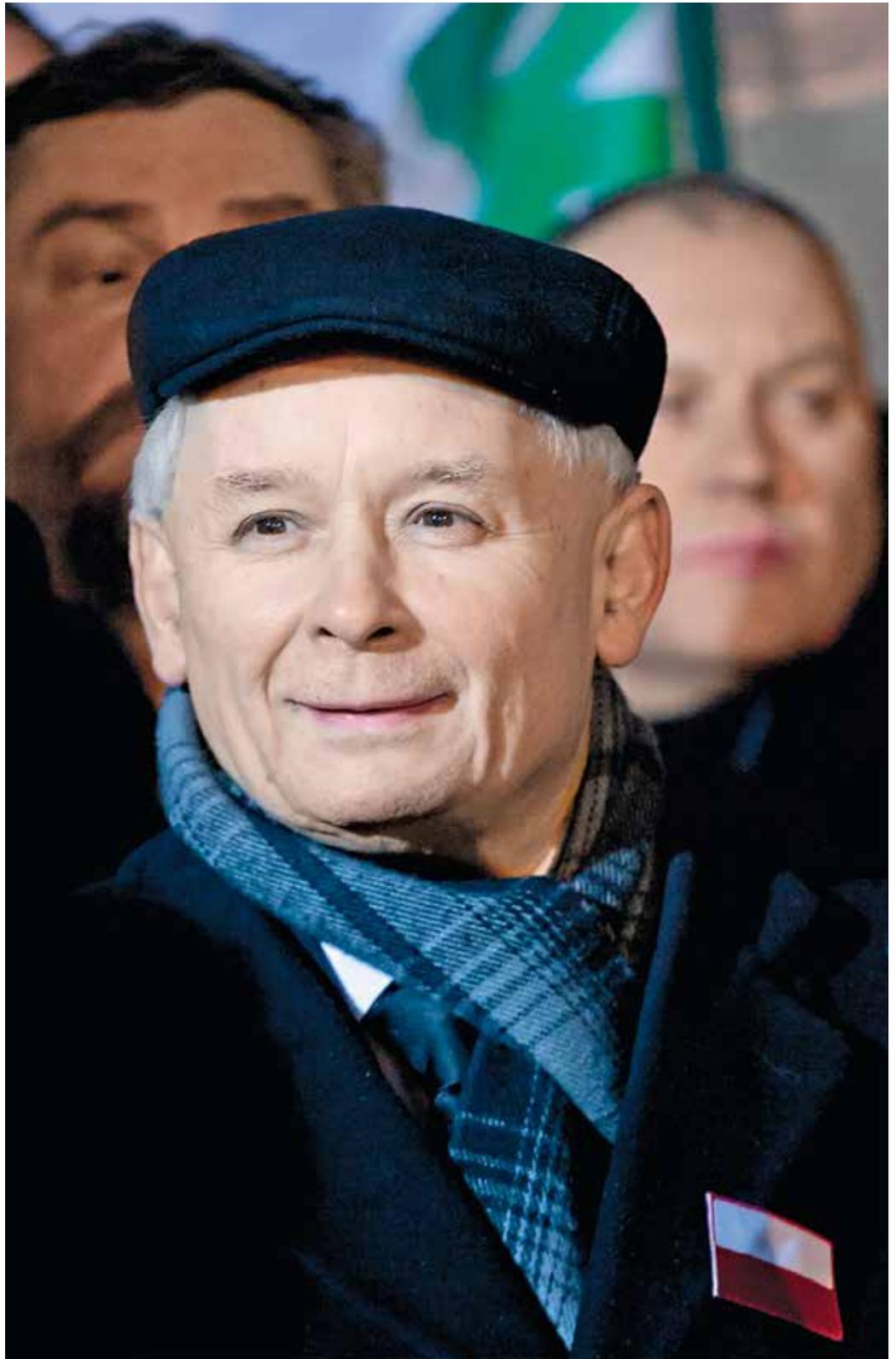
Auch Pilsudskis Nachwirken war stark – und ist es bis heute. Bereits vor 1989 konnte man in polnischen Wohnzimmern kleine Pilsudski-Büsten sehen; damals ein Ausweis oppositioneller Gesinnung. Eine Umfrage ermittelte schon in den siebziger Jahren, Pilsudski sei in Polen die beliebteste historische Figur; in diesem Rang hat ihn später nur Papst Johannes Paul II. übertroffen.

Heute ist der Respekt vor Pilsudski eines der wenigen Bindemittel, die die polnische Gesellschaft noch zusammenhalten. Eine der jüngsten Grossdemonstrationen der Kaczynski-Partei endete am Pilsudski-Denkmal. Ist Kaczynski also ein «Pilsudczyk»? Die Soziologieprofessorin Jadwiga Staniszkis, eine der bekanntesten Intellektuellen aus seinem Lager, sieht ein Paradoxon: «Kaczynski ist einerseits ein Pilsudczyk, oft in greller Überzeichnung, aber andererseits durch seine soziale Basis und seine Rhetorik näher an der Nationaldemokratie. Dabei beisst sich das eine Element mit dem anderen.» Für viele Ziele der neuen Regierung (nachhaltige Entwicklung des Landes, soziale Gerechtigkeit) empfindet Staniszkis Sympathie. Zugleich tritt sie seit zwei Wochen mit schärfster Kritik an den rabiaten Methoden auf, mit denen die Kaczynski-Partei ihre Ziele verwirklicht. Kritische Worte einer prominenten Anhängerin haben naturgemäss grösstes Gewicht. Sie dürften für die nächste Zeit die Debatte bestimmen.

Taktische Siege

Wo will Kaczynski hin mit «seinem» Polen? Das Dümme, was derzeit in den Medien Europas behauptet wird, ist, Macht sei für ihn «nicht das Mittel zur Umsetzung seiner Politik, sondern das Ziel an sich». Natürlich hat er eine Vision. Eine konservative und sehr ehrgeizige Vision, deren Inhalt der medienscheue Kaczynski kürzlich in einem Interview darlegte: «Ein sehr starkes Polen. Ein wohlhabendes, gut regiertes und gut bewaffnetes Polen.» Wohlhabend und gut regiert, das heisst für ihn auch: mit einer gerechteren Verteilung der Lasten, wofür vor allem das erstmals in Polen geplante Kindergeld und eine steuerliche Entlastung der Schlechterverdienenden sorgen sollen. Sozialpolitisch ist die PiS eine «linke» Partei; kein Wunder, dass in diesem Parlament erstmals seit 1989 keine echte Linke mehr vertreten ist.

Zunächst sind es vor allem die Mittel, die Kaczynski auf dem Weg dorthin einsetzt, welche für Widerspruch sorgen. Der Parteichef will «durchregieren» – deshalb der Streit um die Besetzung des Verfassungsgerichts und



Konservative und sehr ehrgeizige Vision: polnischer Politiker Kaczynski.

der Posten im öffentlichen Fernsehen. Vermutlich ist sein Kalkül, dass der zu erwartende Widerstand gegen seine Massnahmen am ehesten gebrochen werden könne, wenn diese blitzschnell verwirklicht würden. Taktische Siege, die aber erhebliche Folgekosten nach sich ziehen könnten.

Die Polen, zum Grossteil eine bodenständige und zu neunzig Prozent katholische Gesellschaft, sind verunsichert über die Zukunft ihres Landes, und erst recht über jene der Europäischen Union. Polen braucht in dieser Lage drin-

gend eine seriöse konservative Partei, die das Land nicht isoliert, sondern den Anschluss hält zu Partnern in Westeuropa (nicht nur zu den britischen Konservativen, mit denen die PiS in Strassburg in einer Fraktion sitzt). Ob Kaczynski dafür der richtige Mann ist? Oder eher sein politisches Ziehkind, Staatspräsident Andrzej Duda? Bis sich das klärt, muss noch etwas Wasser die Weichsel hinunterfliessen.

Gerhard Gnauck ist Osteuropakorrespondent der Welt in Warschau.

Ohne Kompromisse nach oben

Zoë Keating ist eine gefragte Cellistin und Komponistin. Keine Plattenfirma hat ihr dabei geholfen. Ihre von der Musikindustrie unabhängige Karriere fasziniert Vordenker wie Klaus Schwab und Richard Branson. *Von Beatrice Schlag und Sally Montana (Bild)*



«Toronto war toll, aber Ilanz war perfekt»: Musikerin Keating, 43.

Auf die Frage, ob sie mir ihre Handynummer geben könne, falls wir uns bei ihrem Check-in für den Zürich-Flug in San Francisco verfehlen sollten, mailt sie: «Ich habe ein riesiges Cello als Fluggepäck. Man kann mich schwer übersehen.» Tatsächlich ist der Cellokasten fast so gross wie die schmale Frau mit dem abenteuerlich vielfarbenen Schopf neben ihm. Dabei ist Zoë Keating sehr gross. «Sehen Sie», sagt sie vergnügt am Swiss-Schalter, «mit so einem Instrument braucht man keine Handynummer.» Das Cello kommt in den Frachtraum, ihre Computeranlage im Rucksack ins Handgepäck: «Die ist viel kostbarer, da ist meine ganze Musik drauf. Ein Cello kann man überall kaufen.»

Karriere trotz Lampenfieber

Dazu muss man wissen, dass Zoë Keating bei ihren Auftritten zwar allein mit ihrem Cello auf der Bühne ist, aber dank Computer mit Fusspedal klingt wie ein ganzes Cello-Orchester, weil sie beim Komponieren und Spielen von musikalischen Phrasen Schicht um Schicht aufnimmt und dann übereinanderlegt. Das Ergebnis ist eine ebenso eingängige wie eindringliche Musik, die einen nicht loslässt. Nicht zufällig verdient Keating inzwischen mehr Geld mit Commercials und Soundtracks für TV-Serien als mit dem Internetvertrieb ihrer Alben. Wer den dramatischen und dennoch leicht und modern klingenden Sound hört, zapft nicht weg. Kritiker nennen ihn gerne avantgardistisch. Sie selber schert sich nicht um Kategorisierungen: «Ich würde meine Musik gern «Post-was-auch-immer» nennen.»

Die gebürtige Kanadierin mit der klassischen Celloausbildung dachte lange nicht daran, Musik zum Beruf zu machen. Sie litt unter fürchterlichem Lampenfieber. Erst in

«Es war mein Perfektionsdrang der klassischen Musik gegenüber, der mich lähmte.»

San Francisco, wo sie mit mehreren jungen Künstlern in einem leerstehenden Lagerhaus lebte, entdeckte sie, dass sie überhaupt nicht nervös war, wenn sie vor Freunden improvisierte, kleine eigene Kompositionen spielte oder zum musikalischen «Ambient Brunch» einlud. «Es war mein Perfektionsdrang der klassischen Musik gegenüber, der mich lähmte.» Zum Geldverdienen arbeitete sie in einer Start-up-Firma im Silicon Valley, die ihr die pompöse Berufsbezeichnung «Informationsarchitektin» verlieh und die rechtzeitig vor dem Platzen der IT-Blase verkauft wurde. Ihr Anteil an dem Verkaufserlös gab ihr die Möglichkeit, ein Jahr lang auszuprobieren, ob sie als freie Künstlerin eine Chance hätte.

Zoë Keating wusste, dass sie auf keinen Fall eine Plattenfirma wollte, «ganz abgesehen

davon, dass ich auch keine Angebote bekam. Mich kannte ja kaum jemand.» Aber warum sollte sie von Mittelsmännern Vorschriften bekommen? Sie kannte sich mit dem Internet zur Genüge aus. Sie würde ihre Musik dort anbieten, die Käufer sollten zahlen, was sie wollten. Im Übrigen würde sie auf Facebook, Twitter und Tumblr mit ihren Fans reden, wenn es solche geben sollte.

Sie war inzwischen mit dem Grafiker Jeff Rusch verheiratet und wohnte im Hinterland von San Francisco im Sonoma County in einer winzigen Gemeinde tief in den Wäldern, «weil es das war, was wir uns nach der Räumung des Lagerhauses leisten konnten, ohne uns zu verschulden. Wir wollten in der Lage sein, Risiken einzugehen. Der Strom geht oft aus, und die Strassen sind überflutet, wenn es regnet. Aber wir sind nur 350 Leute und kümmern uns umeinander. Manche pflanzen Marihuana, manche sind Rentner mit wenig Geld. Es ist eine Nachbarschaft wie die, von der unsere Eltern erzählten.»

Die Fans stellten sich zuhauf ein. Kein Wunder bei der Musik, dem Gesicht und der unbekümmerten Offenheit, mit der sie ihre Einnahmen aus dem Internet offenlegte. Weit über eine Million folgen inzwischen ihren Tweets @aufzoecello. Ihr 2005 auf iTunes veröffentlichtes Album «One Cello × 16: Natoma» landete unter den klassischen Alben mehrmals auf dem ersten Platz. Das Album «Into the Trees» (2010) hielt sich so viele Wochen auf den Spitzenplätzen, «dass ich irgendwann nicht mehr mitzählte». iTunes machte sie nicht reich, aber sicherte ihr ein beruhigendes Einkommen. Und immer häufiger kamen Anfragen von Veranstaltern für Live-Konzerte. Unter anderem eine aus Ilanz. Zoë Keating schwärmt immer noch von Ilanz: «Ich mache gern Konzerte an kleinen Orten. Toronto war toll, aber Ilanz war perfekt.»

Die Do-it-yourself-Karriere als Musikerin über Internet war nicht nur erfreulich. Über 12 000 Videos mit ihrer Musik wurden auf YouTube gestellt, kein einziges davon von ihr selbst platziert. Dass Amateurtänzer zu ihrer Musik tanzten, war nicht ihr Problem, sondern dass unter den Videos auch Werbespots waren. Deren Erzeuger hatten keinen Cent für ihre Begleitmusik bezahlt und priesen oft Produkte an, mit denen sie nichts zu tun haben wollte. Keating hatte keine Chance, das zu verhindern.

In der Luxus-Privatoase

Sie begann, über Blockchain nachzudenken. Ich wusste nicht, was Blockchain ist. Sie sah mich mild an. «Blockchain ist für Musiker eine Chance, mit ihrer publizierten Kunst an einem öffentlichen Ort präsent zu sein und gleichzeitig ihre Rechte an ihrer Arbeit zu behalten. Offenbar ist die Technologie auf dem Weg, das zu vereinen. Was mich interes-

siert, ist, Verträge so klar festzuhalten, dass künftige Benutzer, von denen wir noch nicht einmal wissen, wer sie sein könnten, uns ohne Mittelsmänner kontaktieren können.» Ich hatte den Verdacht, das sei nur ein Bruchteil dessen, was sie über Blockchain wusste. Der Bruchteil, den man virtuellen Deppen zumuten kann.

Anders ist schwer zu erklären, warum die Cellistin im letzten Mai mit einer Handvoll

«Meine Batterien aufzufüllen, ist dringend nötig. Ich brauche wieder andere Leute.»

Blockchain-Vordenkern Gast in der Luxus-Privatoase Necker Island von Virgin-Gründer Richard Branson war. Zoë Keating betont, dass sie nur als Musikerin auf die Britischen Jungferninseln eingeladen war, nicht als Diskussionsteilnehmerin, aber «ich habe jeden der Anwesenden mit Fragen gelöchert, der bereit war, mit mir zu reden». Daneben, sagt sie, habe sie den Luxus genossen. «Ich ging am Strand entlang und dachte, hier würde ich gern schnorcheln gehen. Ein paar Meter vor mir stand ein Tablett mit Taucherbrillen und Schnorcheln. Als ich aus dem Wasser kam, war ich etwas durstig. Natürlich war da eine Bar.» Richard Branson beschreibt sie als ausserordentlich höflichen Menschen, der immer wie durch eine Wand von seinen Gesprächspartnern entfernt scheine. Keating fand das nicht überraschend. «Wenn man so berühmt ist, erhofft wahrscheinlich jeder etwas von einem. Man muss ihn bestimmt eine Weile kennen, bis er glaubt, dass man nichts von ihm will.»

Hoffen auf Sheryl Sandberg

Nach Davos wurde Keating bereits 2011 eingeladen, sagte aber ab, weil kurz davor ihr Sohn Alex auf die Welt gekommen war. 2014 stiess sie erstmals beim WEF zu der Gruppe der «Young Global Leaders». Die Vielzahl neuer Ideen war unerwartet. Zwei Jahre später sagt sie: «Meine Batterien aufzufüllen, ist dringend nötig. Ich brauche wieder andere Leute.» Sie wird das Abschlusskonzert bestreiten und darüber reden, wie ihre im Internet zugängliche Musik von anderen genutzt wird und wie Blockchain als Lösung greifbar scheint, sich dagegen zu schützen.

Dass sie in Davos auf die ebenfalls anwesende Facebook-COO Sheryl Sandberg zu treffen hofft, hat weder mit Musik noch mit Sandbergs Bestseller «Lean In» zu tun. Beider Ehemänner starben im letzten Jahr unerwartet. «Ich würde sie gern fragen, was sie motiviert, weiterzumachen. Die Kinder? Der Job? Mir sind nicht mehr dieselben Dinge wichtig wie vorher. Hat sich ihr Arbeitseinsatz verändert? Aber ich weiss nicht, ob sie darüber reden möchte.» ○

Ein Denkmal für Klaus Schwab

Was wäre Davos ohne das Weltwirtschaftsforum? Die Bündner Alpenstadt kann kaum noch darauf verzichten: Sie ist auf Gedeih und Verderb auf das Treffen angewiesen.

Von Wolfgang Koydl und Marvin Zilm (Bilder)

Bei Bergsport Outlet war man in diesem Jahr besonders früh dran. Mehr als eine Woche vor dem Tag X ist der Laden leer geräumt, sind die Wände frisch gestrichen und das neue Mobiliar geliefert. Nur am Schaufenster kleben noch die Sonderangebote für Bergfinken und Tourenschuhe, aber auch die würden bald verschwinden und durch Logos des neuen Mieters ersetzt.

Schräg gegenüber bei Schuler Bücher erinnert ein Zettel an der Tür die Kunden daran, dass auch die Buchhandlung bald für zwei Wochen schliessen wird. Packer verstauen Tausende von Büchern in Kisten und transportieren sie in ein Lager in Landquart. Der ganze Laden erhält ein Remake, der Name an der Fassade wird überklebt. Nichts soll mehr daran erinnern, was eigentlich hier verkauft wird.

Davos im Januar: Der Ort verwandelt sich in ein Potemkinsches Dorf. Traditionsläden werden zu Luxus-Lounges, überall verändern provisorische Zweckbauten das gewohnte Bild, und sogar Claudio Caprez' Standbild «Träume vom Fliegen» wird mit massiven Holzbohlen verschalt. Warum, das wissen die beiden Buezer nicht, die der Engelsfigur zu Leibe rücken. Selbst Stadtbusse wandeln sich: «Make Andhra Pradesh your business destination», wirbt einer für den indischen Teilstaat. «Welcome to Kazakhstan» ein anderer. Der Ruhm von Davos soll abfärben auf die eigenen Aktivitäten.

Exodus der Ladenbesitzer

Es ist jedes Jahr dasselbe Bild: Wenn die internationale Elite aus Politik, Wirtschaft und Showbusiness zum Weltwirtschaftsforum (WEF) in den Ort einfällt, ergreift die lokale Geschäftswelt die Flucht. «Wer will denn schon einkaufen, wenn er überall Maschinengewehre sieht», meint Isabella Schneider achselzuckend. «Ausserdem hat heute sowieso kein Teilnehmer mehr Zeit zum Einkaufen; die hetzen nur noch von Veranstaltung zu Veranstaltung.» Zum ersten Mal wird auch sie ihr Juweliergeschäft an der Davoser Promenade für die fünf WEF-Tage schliessen und in die Ferien gehen. Urlaub statt Leben in einer Festung.

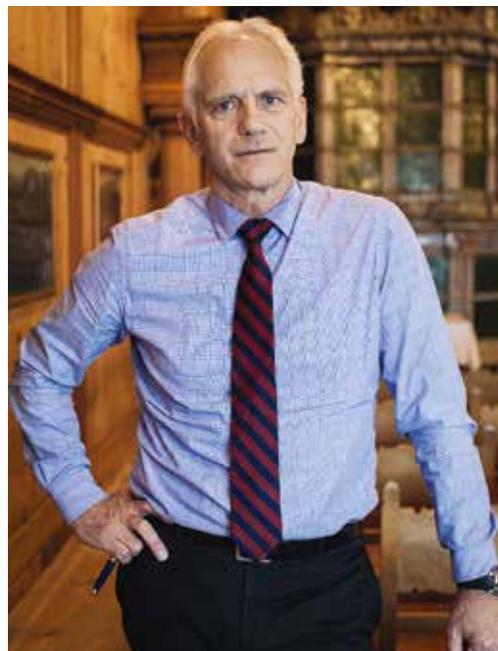
Der Exodus der Ladenbesitzer in der Haupteinkaufsmeile von Davos gehört ebenso zum Ritual wie die regelmässigen Helikopterflüge, die Staatschefs, Zentralbankpräsidenten, Wirtschaftsführer und den einen oder anderen Glitzer-Promi in die Bündner Bergwelt bringen. Doch diese Flucht ist lukrativ. Die Geschäfte werden vermietet an Banken, Unternehmen oder Verbände, die für die Dauer des WEF einen

Stützpunkt brauchen, an dem sie potenzielle Kunden empfangen und bewirten können.

«So mancher kriegt so in den paar Tagen die halbe Jahresmiete rein», knurrt einer, der sein Geschäft nicht schliesst – aus Anstand gegenüber den Einheimischen, wie er geltend macht. «Die stehen dann vor verschlossenen Türen und können sich nicht die Haare schneiden lassen, nur zum Beispiel.» Er verstehe schon, dass Geld wichtig sei, aber es gebe schliesslich Grenzen. «Als Nächstes verkaufen sie noch ihre Grossmutter.»



Einen Plan B gibt es nicht: Davos.



«Welcome to Kazakhstan»: Ammann Caviezel.

Seinen Namen will der Stänkerer nicht nennen. Davos mag zwar, wie Landammann Tarzisius Caviezel stolz hervorhebt, kein Dorf sein, sondern eine Stadt. Doch mit gut 12 000 Einwohnern ist diese Alpenmetropole doch immer noch überschaubar genug, so dass jeder jeden kennt und daher notfalls dem eigenen Missmut über Kritik am Weltwirtschaftsforum persönlich überbringen kann. Schliesslich hängt für Davos viel von dieser «Ideologiefabrik der Kosmokraten» ab, wie der streitbare Kapitalismus- und Globalisierungsfeind Jean Ziegler den Aufzug der «Weltherrscher» einmal nannte. Der Ort ist mittlerweile auf Gedeih und Verderb an die Veranstaltung gekettet.

Klaus Schwab, dem Gründer und Organisator der Konferenz, sei es gelungen, «aus heisser Luft Millionen» zu machen, ätzte Ziegler damals weiter. Das stimmt: Rund 60 Millionen Franken, rechnet Ammann Caviezel vor, werde die diesjährige Tagung in die Kassen von Davoser Unternehmen spülen – vom Blumenladen über Handwerker- und Taxibetriebe bis hin zu Restaurants und Luxushotels. Auf 35 000 Übernachtungen bringen es die WEF-Gäste – das ist ein Fünftel aller Logiernächte im ganzen Jahr, die da in lediglich fünf Tagen auflaufen.

Dazu kommt der kaum kalkulierbare globale Werbeeffekt, wenn TV-Sender Bilder von Staatenlenkern und Schauspielern in der ganzen Welt verbreiten. Auch dieses Jahr liest sich die Gästeliste wie ein Lexikon über Geld, Macht und Schönheit: arabische Potentaten und Amerikas Vizepräsident, europäischer Hochadel und Europas Brüsseler Kommissare, dazwischen Weltstars wie Leonardo DiCaprio und Kevin Spacey. Wollte Davos für diese kostenlose Werbung zahlen, so müsste man mit 90 Millionen Dollar im Jahr rechnen, zitiert Caviezel einschlägige Fachleute. «Inzwischen kommen Touristen, die speziell das Konferenzzentrum sehen wollen, in dem das WEF stattfindet», ergänzt er. Er denkt über den Bau eines WEF-Museums nach, in dem die Höhepunkte dieser Konferenz verewigt werden.

Von Albert Einstein bis Spengler-Cup

Die Erfolgsstory hat aber einen Haken: Davos kann es sich nicht leisten, die Gunst von Klaus Schwab zu verlieren, und einen Plan B gibt es nicht wirklich, auch wenn die Gemeinde schon immer mehr als andere Ferienorte auf den Kongress-tourismus gesetzt hat. Mediziner richteten 1923 die erste internationale Konferenz im Luftkurort aus, und auch in der Frühzeit man-

gelte es nicht an prominenten Teilnehmern: Einer der ersten Sprecher war Albert Einstein. Im vergangenen Jahr fanden 38 Konferenzen und 45 eintägige Veranstaltungen in dem Bündner Bergort statt. Mit dem Eishockey-Spengler-Cup verfügt Davos zudem über eine weitere Publikumsattraktion, die vom unzuverlässigen Schneefall unabhängig ist.

«Es gibt viele Berlusconis»

Aber Schwab und sein WEF nehmen eine überragende Rolle ein, weshalb Caviezel denn auch auf die als Scherz gemeinte Frage eingeht, wann die Gemeinde dem Wohltäter ein Denkmal setzen werde. «In fünf Jahren», sagt er nach einer längeren Denkpause und bemüht sich um eine ernste Miene. «2020, da haben wir das fünfzigste WEF. Das wäre doch ein guter Termin.» Immerhin das Bürgerrecht der Gemeinde besitzt der gebürtige Deutsche schon. Er hat ein Haus in Davos, und im romantischen Sertigtal hat er geheiratet.

In zwei Jahren, 2018, läuft der Vertrag zwischen dem WEF und der Gemeinde aus. Es ist das erste Mal, dass sich der 2013 gewählte Caviezel mit der Angelegenheit beschäftigen muss.

«Wer will denn schon einkaufen, wenn er überall Maschinengewehre sieht.»

Doch es scheint unwahrscheinlich, dass es Probleme gibt, Caviezel weiss die Bürger hinter sich. In einer Abstimmung über die Finanzierung der Sicherheitskosten haben sie sich vor kurzem wieder deutlich mit fast einer Zweidrittelmehrheit hinter die Konferenz gestellt. Die meisten Davoser akzeptieren klaglos, dass sich ihr Ort während dieser Zeit in eine Festung verwandelt – mit Strassensperren, Kontrollen, Absperrgittern, Soldaten auf den Strassen und Scharfschützen auf den Dächern. 41 Absätze umfassen die detaillierten Sicherheitsanordnungen, die vor der Rathaustür aushängen.

Aber die Vorteile des Meetings überwiegen eindeutig, und nicht der schlechteste Aspekt besteht darin, dass es auf alle Preise – vom Café crème bis zur Luxussuite – einen 20-prozentigen WEF-Aufschlag gibt, und ja, manchmal kann es noch ein wenig mehr sein. «Die Kongressgäste schauen nicht aufs Geld», hat ein Kellner in einem Dreisternehotel beobachtet, der ebenfalls anonym bleiben möchte. «Manchmal denke ich mir, was die Völker daheim wohl denken würden, wenn sie wüssten, wie viel Geld ihre Führer hier ausgeben, und vor allem, wofür.» Er zwinkert vieldeutig. Tagsüber hätten die überwiegend männlichen Teilnehmer zwar nicht viel Zeit, aber das gleichen sie nachts wieder aus mit Partys bis in den frühen Morgen: «Sie müssen wissen, es gibt viele Berlusconis.» Tatsächlich haben Schweizer Escort-Dienste während des WEF Hoch-



Die Vorteile überwiegen: Aufbauarbeiten.



Lieber Ferien: Ladenbesitzerin Schneider.

konjunktur. Die Mädchen seien speziell bewandert in Politik und Ökonomie, wirbt High Class Escort für Nelli, Pia und Nicole. Damit der Kunde nicht befürchten muss, Christine Lagarde oder Fed-Chefin Janet Yellen vor der Zimmertür anzutreffen, ergänzen Fotos und Angaben zur Körbchengrösse das Angebot.

Hochkonjunktur hat auch Richard Koch, der vorsorglich schon die Schneeketten für sein Taxi bereitgelegt hat. Er will schliesslich nicht, wie es einem Kollegen widerfuhr, auf einem Berg hängenbleiben und vom Geschäft abgeschnitten sein. Dazu gibt es viel zu viel zu tun: «Eine Woche lang, 24 Stunden, nonstop. Pausen gibt es nicht», sagt er. Nächste Woche, bestätigt auch er, würde die soeben beendete 70-Franken-Tour durchs Dorf «gut mehr als 100 Stutz» kosten. Sonderschichten legt man auch im «Cioccolino»-Restaurant an der Promenade ein: «Normalerweise schliessen wir um zehn», sagt die



Sonderschichten: «Cioccolino»-Wirtin Thiel.



«24 Stunden, nonstop»: Taxifahrer Koch.

Salzburgerin Claudia Thiel, die seit elf Jahren in Davos lebt. «Aber beim WEF geht keiner vor ein Uhr nachts.» Auch Karin Fluor will ihre Bogner-Boutique unter Umständen länger offen halten. «Ich habe ohnehin viele Stammkunden, die jedes Jahr wiederkommen», freut sie sich.

Bonzen im Schnee

Luxus, so scheint es, findet auch bei gestressten Managern immer Abnehmer – egal, ob als Kleidung oder Schmuck. Das dürfte der Grund sein, weshalb sich auch der Juwelier Bucherer ein paar Türen weiter dem Exodus nicht anschliesst. Ein Mitbringsel für die Ehefrau, eine kleine Belohnung für sich selbst – dafür ist Zeit und Geld vorhanden. Wie taxierte doch Rockstar Bono die Davos-Klientel ein: «fat cats in the snow» – Bonzen im Schnee. Es scheint ihm gleichwohl zu gefallen. Dieses Jahr kommt er wieder. ○

Stille Revolution

Das WEF in Davos steht dieses Jahr unter dem Motto der vierten industriellen Revolution: Die Robotik ermöglicht eine enorme Automatisierung, und das Internet vernetzt Menschen, Geräte und Firmen. Anleger und Regierungen sollten die Chancen nutzen. *Von Mark Haefele*

Viele von Ihnen haben während der Festtage Trends genutzt, die der vierten industriellen Revolution zugeschrieben werden. Zwar dürfte erst in ganz seltenen Fällen eine Drohne die Geschenke an die Tür geliefert oder unter den Weihnachtsbaum gelegt haben. Doch haben Sie Ihre Festtagsgrüsse an ferne Verwandte drei Wochen im Voraus per Post geschickt? Haben Sie nicht vielmehr Ihre Cousins in Australien mit einer Videobotschaft überrascht, als Sie gerade das Weihnachtsmenü zubereitet haben? Viele von Ihnen nutzen schon jetzt einige der Vorteile der Digitalisierung, die auch als vierte industrielle Revolution bezeichnet wird. Jede Revolution bringt einen Strukturwandel, aber auch Anlagechancen mit sich. Doch viele Anleger haben diese Revolution kaum bemerkt und nahezu gar nicht auf sie reagiert.

Industrielle Revolutionen laufen gewöhnlich in zwei Phasen ab: In der ersten Phase wird der Automationsgrad der Produktion erhöht; und in der zweiten nimmt die Vernetzung zwischen den Akteuren in einer Volkswirtschaft zu. Die vierte industrielle Revolution unterscheidet sich darin nicht von ihren Vorläufern.

Computer macht bessere Diagnosen

Die Automatisierung in der vierten industriellen Revolution treibt den Fortschritt in der Robotik, bei intelligenter Software und künstlicher Intelligenz an. Durch die Fortschritte in der Robotik werden immer mehr Arbeitsplätze für Geringqualifizierte mit tiefem Lohn durch intelligente Software oder künstliche Intelligenz ersetzt. Der Aufwand pro Stunde für einen generischen Roboter sank 2015 unter den Stundenlohn eines durchschnittlichen deutschen Fabrikarbeiters.

Auch die künstliche Intelligenz lernt dazu und wird schon bald im mittelqualifizierten Segment Menschen von ihren Arbeitsplätzen verdrängen können. Dies könnte das Leben der Konsumenten grundlegend verändern. Im November 2015 belief sich die Erfolgsrate des Supercomputers Watson von IBM bei der Diagnose von Lungenkrebs auf neunzig Prozent. Ärzte lagen mit ihren Diagnosen nur zur Hälfte richtig.

Dieser Aufstieg der Maschinen wird kaum zu einem Heer von Arbeitslosen führen oder bewirken, dass das Drehbuch der Sozialdemokratie neu geschrieben werden muss. Der Strukturwandel, den jede industrielle Revolu-

tion in der Vergangenheit auslöste, war jeweils auch mit Chancen verbunden: Es entstanden neue Arbeitsplätze und Berufsbilder. Zudem könnten die Steuereinnahmen durch wenige, aber hochqualifizierte Erwerbstätige sogar steigen. Da die künstliche Intelligenz jedoch noch intelligenter werden wird, müssen Bildungs- und Arbeitsmärkte anpassungsfähig und flexibel sein, damit eine Verlagerung der Arbeitskräfte auf Stellen mit höherer Wertschöpfung stattfindet und das ökonomische und politische Kapital der Vorreiter der Automatisierung erhalten bleibt. Die Entwicklung in diese Richtung zu lenken, sollte in den kommenden Jahren ganz oben auf der Agenda der Entscheidungsträger rund um den Globus stehen.

Die weitgehende Vernetzung im Zuge der vierten industriellen Revolution wird sowohl Chancen als auch Risiken mit sich bringen. Bereits heute ist diese starke Vernetzung nicht mehr aus unserem Leben wegzudenken. Können Sie den Thermostat zu Hause per Tablet oder Smartphone steuern? Gehören Sie zu den 900 Millionen Menschen, die aktiv den kostenlosen Instant-Messaging-Dienst Whatsapp benutzen? Zu den zukünftigen Errungenschaften, welche die Vernetzung hervorbringt, gehören Blockchain-Applikationen (ein geteiltes digitales

Buchungssystem für Kryptowährungen), die innovative Lösungen zur sicheren Abwicklung von Transaktionen, zur Wahrung des geistigen Eigentums und zur Ablösung von teuren Vermittlern bieten.

Bedrohungen für die Sicherheit

Diese Fortschritte haben jedoch auch ihren Preis. In einer hochgradig vernetzten Welt müssen wir uns der Bedrohungen für die Cyber-Sicherheit bewusst sein. Der Markt ist bereits 500 Milliarden Franken wert und dürfte gemäss unserem Research bis 2020 auf 700 Milliarden wachsen. Bis dahin müssen die Industrieländer ihre Ressourcen von der schweren zur digitalen Infrastruktur verlagern, wollen sie den Anschluss in diesem Transformationsprozess nicht verpassen.

Regierungen und Anleger müssen sich gleichermaßen mit den Auswirkungen der vierten industriellen Revolution befassen. Nur dann lassen sich Antworten darauf finden, wie wir die mit dieser Revolution einhergehenden Umwälzungen und Anlagechancen so nutzen können, dass wir höhere Produktivität und Profitabilität erzielen.

Mark Haefele ist Chefökonom bei der UBS.



Aufstieg der Maschinen: robotischer Pflegehelfer in Japan.



GYMNASIUM & INTERNAT
KLOSTER DISENTIS



Via Disentis ans WEF.

Wir machen seit 1400 Jahren Schule – und Leader.
Mit Gymnasium und Internat.
Und mit guten Aussichten, am WEF dabei zu sein.



«Das beste Internatsgymnasium der Schweiz» DIE WELTWOCHE

Gymnasium schnuppern

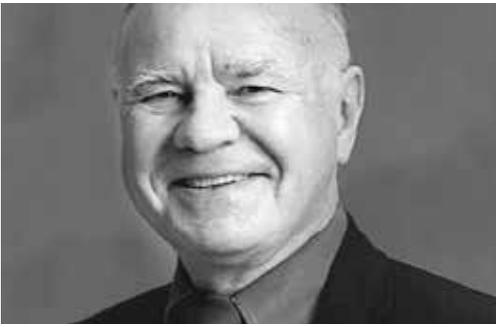
Ohne Voranmeldung:
28./29. April 2016

Internat schnuppern

Jederzeit nach Voranmeldung:
2 Tage inkl. Übernachtung

Fortsetzung

matura@gymnasium-kloster-disentis.ch
Telefon +41 (0)81 929 68 68



Essay

Warum ich nicht ans WEF gehe

Von wegen Kapitalisten: Die «Davos crowd» besteht vor allem aus Leuten, die Kontakt zu den höchsten Sphären in Politik und Wirtschaft suchen. Ein normaler Investor kann sich den Weg in die Schweizer Berge sparen.

Von Marc Faber

Das Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos ist ein Anlass, für den viele Leute ein hohes Eintrittsgeld bezahlen, um Networking zu betreiben. Networking ist nicht mein Business. Ich bin ein Investor. Am WEF geht es aber nicht um Investment. Es sei denn, Sie sind ein UBS-Investmentbanker und möchten gerne für diese oder jene Regierung eine Anleihen-Emission betreuen. Dann können Sie in Davos den Finanzminister treffen. Oder Sie sind eine Nestlé und wissen, dass Ihr Geschäftserfolg in Ländern wie Indien und Indonesien massgeblich davon abhängt, wie Ihre Beziehungen zu den entsprechenden Regierungen sind. Ansonsten ist es aber eher ein Treffen für die *world improvers*, was auf Deutsch mit dem wenig schmeichelhaften Wort «Weltverbesserer» übersetzt werden kann. Wenn Sie ein Bill Gates sind und die Regierung von Russland treffen möchten, dann geht das am WEF. Für normale Leute gibt es aber kaum einen Grund, nach Davos zu gehen.

Ich war nur einmal an einem Anlass des World Economic Forum. Und zwar in Singapur, auch von Klaus Schwab organisiert. Dort habe ich eine Rede gehalten. Ans WEF in Davos hat man mich noch nie eingeladen, um eine Rede zu halten. Ich nehme an, dass die in der «Davos Crowd» versammelten Politiker, Bürokraten und Wirtschaftsführer meinen Einsichten gar nicht so gerne zuhören würden.

Was man alles sagen müsste

Wäre ich in Davos, dann müsste ich den Politikern und Zentralbankern nämlich sagen, dass ihre fiskalischen und monetären Interventionen schiefgegangen sind. Und das würden sie nicht gerne hören, denn im Wesentlichen geht es in Davos ja um ein Treffen der Interventionisten, die den freien Markt beschränken und uns Kapitalisten das Leben schwermachen. Resultate dieser Politik sind der mittlerweile exzessive Einfluss der Regierungen auf die Wirtschaft und die weltweit unter Druck geratenen Wachstumsraten. Das wird sich auch nicht ändern, solange die Weltverbesserer ein so grosses Stück der Wirtschaft kontrollieren möchten und es Unternehmern schwermachen, Firmen zu gründen und zum Wachsen zu bringen.

Ich müsste den Teilnehmern aus den USA sagen: «Schaut euch eure Aggressionen und

geopolitischen Interventionen auf der Welt an! Eure merkwürdige Idee des *nation building* ist ein grosser Fehler. Euer Aufschwung ist schwächer als gedacht und eure Aktien sind überbewertet!» Schweizer Blue Chips sind momentan besser als amerikanische.

Als Investor lohnt es sich auch nicht, an solche Konferenzen zu gehen, weil man meint, man würde etwas Neues von den Zentralbankern erfahren. Ich habe weltweit schon Hunderte Konferenzen besucht, und ich kann Ihnen sagen: Von Zentralbankern hört man nie irgendetwas, was sie vorher nicht schon

«Wenn das WEF eine Firma wäre, würde ich trotz alledem investieren. Ich bewundere Klaus Schwab!»

einmal irgendwo einmal geschrieben hätten. Nehmen Sie den jüngsten Börsencrash in China. Kein Zentralbanker oder Regierungsvertreter wird in Davos hinstehen und die Wahrheit erzählen: «Das kommt davon, dass wir alle versuchen, unsere Währungen zu schwächen.» Richtige Diskussionen über die wirklich wichtigen Fragen gibt es in Davos

nicht. Dafür aber sehr viel heisse Luft. Ich glaube, es wäre besser, wenn die Weltverbesserer weniger darüber nachdenken würden, wie sie die Welt verbessern könnten, und stattdessen Golf spielten oder, wenn es Schnee hat und kalt genug ist, Ski fahren oder Curling spielen würden.

Neue Flughöhe

Wenn das WEF eine Firma wäre und Aktien herausgeben würde, würde ich trotz alledem investieren. Ich bewundere Klaus Schwab! Er ist ein Business-Genie und hat etwas Neues geschaffen, das es vorher auf dieser Flughöhe nicht gab. Das WEF ist wichtig für die Schweizer Regierung, es ist wichtig für Davos, und es ist nützlich für Schweizer Firmen, die hier ihre internationalen Kunden treffen können. Dieses Geschäftsmodell wird auch in der Zeit nach Klaus Schwab noch aufgehen. Das WEF ist mittlerweile stark genug, dass es mit und ohne seinen Gründer erfolgreich bestehen kann.

Marc Faber gilt als Investment-Guru. Der Autor des «Gloom, Boom & Doom Report» lebt grösstenteils in Thailand.



Ein Treffen für Weltverbesserer.

Hauptpartner



Das WEF diskutiert die Zukunft. Wir stellen die Weichen.

Es ist der längste Eisenbahntunnel der Welt: Über 57 Kilometer führt das Jahrhundertbauwerk tief unter dem Gotthardmassiv hindurch. Pro Tag werden ab Dezember 2016 bis zu 260 Güter- und 65 Passagierzüge durch den Tunnel verkehren – bis zu 2300 Meter Gebirge über sich und bis zu 250 km/h schnell. Dafür ist der neue Basistunnel auf eine perfekte Infrastruktur und zuverlässige Belüftung angewiesen. ABB steuerte dazu innovative Energietechnik und Steuerung für das stärkste Ventilationssystem der Welt bei – und setzt damit eine Erfolgsgeschichte fort.

125

JAHRE IN DER
SCHWEIZ

www.abb.com

Power and productivity
for a better world™





Unternehmerisch hochbegabte Überfrau: Country-Konzern Dolly Parton, 70.



Ewige Liebe

Von Claudia Schumacher

Sie hatte das *duck face*, den putzigen Gesichtsausdruck mit Schnute, bereits Jahrzehnte vor allen anderen Frauen, die ihn heute für ihre Facebook-Profilbilder einsetzen: Dolly Parton – US-Countrystar, lebende Legende, schmachttende Kratzstimme, Perückenträgerin, Busenwunder, Klonschaf-Namensgeberin, Kitschtante, Hitsängerin und erfolgreiche Songwriterin – ist am 19. Januar stolze siebzig Jahre alt geworden. Und wenn Sie es noch nicht wissen: «I Will Always Love You», das schönste Lied der verstorbenen Soul-Diva Whitney Houston, hat Houston nur gecovered. Geschrieben hat es Dolly Parton. Gesungen auch. Bereits im Jahr 1974. Halt nicht mit Houstons Stimme, sondern mit Partons – was den erst späteren Riesenerfolg des Stücks erklären dürfte. Doch da kann Parton getrost gönnerisch sein.

Hundert Millionen verkaufte Alben, acht Grammys: Parton ist längst die weltweit erfolgreichste Countrysängerin.

«Gott, Musik und Sex»

Und ein lupenreines *good girl* ist sie. Zwar sieht sie aus wie eine Pornodarstellerin, tut gerne so, als hätten die Männer bei ihr leichtes Spiel, und sagt auch noch: «Meine Schwächen sind Essen und Männer – in dieser Reihenfolge.» Aber in Wahrheit ist die grosse Kindfrau, dieses als Dummchen verkleidete Talent mit den Ulksprüchen, seit fünfzig Jahren mit dem gleichen Mann zusammen: einem Carl Dean. Sie hat den Bauarbeiter an ihrem ersten Tag in Nashville in einem Waschsalon kennengelernt. Und zeitlebens an ihm festgehalten.

Partons Schönheitsoperationen sollen insgesamt 600 000 Dollar gekostet haben. Geschmack hat Parton nicht unbedingt in allen Lebensbereichen den besten. Doch wer sind wir, zu urteilen? Das von Parton ohne Pardon gelebte, auf die Spitze getriebene Blondsein ist dermassen klischiert, dass es schon wieder originell ist. «Ich wurde die beste Dolly Parton, die ich werden konnte», sagt sie. Vor so viel glaubhafter Selbstverwirklichung möchte man knicksen.

Leicht hatte es die Tochter aus der einfachen Familie mit elf Geschwistern nicht. «Arm wie Dreck» seien sie gewesen. Ganz hoch ist sie trotzdem gekommen. Als Musikerin, Schauspielerin und Geschäftsdame, die unter anderem mit Vergnügungsparks, einer eigenen Perücken-Linie bei Revlon und ihren Memoiren Geld macht. Diese sollen auch noch witzig, schlau und gut geschrieben sein. Partons Antrieb? «Gott, Musik und Sex.» Möge es noch lange so weitergehen.

Bestseller

Belletristik

- 1 (2) **Camilla Läckberg**: Die Schneelöwin
(List)
- 2 (1) **Jojo Moyes**: Ein ganz neues Leben
(Wunderlich)
- 3 (3) **Donna Leon**: Endlich mein
(Diogenes)
- 4 (-) **Michael Robotham**: Der Schlafmacher
(Goldmann)
- 5 (-) **Jo Nesbø**: Blood on Snow. Der Auftrag
(Ullstein)
- 6 (6) **Paula Hawkins**: Girl on the Train
(Blanvalet)
- 7 (5) **Cecelia Ahern**: Der Glasmurmelsammler
(Fischer Krüger)
- 8 (-) **Martin Walser**: Ein sterbender Mann
(Rowohlt)
- 9 (7) **J. J. Abrams, Doug Dorst**: S. – Das Schiff
des Theseus (Kiepenheuer & Witsch)
- 10 (9) **Sarah Lark**: Eine Hoffnung am Ende
der Welt (Bastei Lübbe)

Sachbücher

- 1 (5) **Ildikó von Kürthy**: Neuland (Wunderlich)
- 2 (2) **Giulia Enders**: Darm mit Charme (Ullstein)
- 3 (1) **Arno Renggli**: Der Hund starb –
was er nicht überlebte (Wörterseh)
- 4 (-) **Richard David Precht**:
Erkenne die Welt (Goldmann)
- 5 (4) **Jamie Oliver**: Jamies Superfood für
jeden Tag (Dorling Kindersley)
- 6 (3) **Guinness World Records 2016**
(Hoffmann und Campe)
- 7 (-) **Ueli Oswald**: This Jenny (Wörterseh)
- 8 (6) **Nadia Damaso**: Eat Better Not Less
(Fona)
- 9 (-) **Papst Franziskus**: Der Name Gottes ist
Barmherzigkeit (Kösel)
- 10 (8) **Fern Green**: Super Smoothies – Die
besten Detox-Drinks (Dorling Kindersley)

Quelle: SBVV/Mediacontrol

Apropos: Ganz vorn dabei

«Vor Ort» lautet der professionelle Imperativ des modernen TV-Journalismus: Der Mann, die Frau mit dem Mikrofon – sie müssen sich vom Ort des Geschehens melden. Ob Regen, Frost oder Sonnenglut, tapfer stehen die Reporter vor Kreml, Reichstag oder Bundeshaus, auch wenn sie nur dünne Agenturmeldungen vortragen. Als jüngst der Atom-Deal mit Iran in Kraft trat, schickte die SRG den alten Korrespondenten-Haudegen Fredy Gsteiger ins Feld. Dunkel war's und eisig kalt. Doch wo war der Mann nur – in Teheran, Moskau oder Washington? Plötzlich ratterte ein vertrautes blaues Tram ins Bild. Der 13er in Richtung Albigütli fuhr in die Haltestelle Bahnhofquai, hinein ins Zentrum des Geschehens. Und Gsteiger war ganz vorn dabei. (ky)

Geist

Nur noch schöne Erinnerungen

Unser Gedächtnis ist flexibel und manipulierbar. Die Hirnforschung will sich diesen Umstand für neuartige Therapien zunutze machen.
Von Sarah Pines und Doreen Borsutzki (Illustration)

Ob 9/11 oder die erste grosse Liebe – in Erinnerung bleiben globale Ereignisse oder solche, die emotional nahegingen. Rasch in Vergessenheit gerät hingegen Harmlos-Banales; Peinliches oder Schreckliches fällt der Verdrängung anheim. Die Psychologie geht davon aus, dass nichts je wirklich vergessen werden kann und dass mit richtiger Gesprächstaktik, mit Hypnose oder Traumanalyse sich auch das staubigste Detail erinnern lässt. Falsch, das Hirn funktioniert anders als angenommen, es sei ungenau und vergesslich, erklärt Dr. Marijn Kroes, Neurologe am Phelps Lab der New York University, Stipendiat der ETH Zürich und der Marie-Curie-Stiftung. Erinnertes werde im Unterbewusstsein so lange gewendet, verdreht, von Emotionen gesteuert, bis die Realität dahinter häufig ganz unkenntlich geworden sei.

Wir sitzen im achten Stock des Neurologietrakts mit Aussicht auf eine sonnige Ecke des Washington Square Park. Das Labor ist neben dem New Yorker Mount-Sinai-Krankenhaus die führende Institution in Erinnerungs- und Vergessensforschung. Knapp zwanzig Mitarbeiter – Professoren, Postdocs, Doktoranden – untersuchen hier erstmalig den Zusammenhang zwischen Emotionen und Erinnerung. Denn die gefühlsduselige Ungenauigkeit des Gedächtnisses hat einen Vorteil: Erinnerungen lassen sich gezielt manipulieren, um in einer Zeit der Flüchtlingskatastrophen, Terroranschläge, der Phobien, Depressionen und posttraumatischen Stresserscheinungen neue Heilungswege zu finden.

Lernen mit Mozart oder Metallica

Ist also das rührselige Gefühl beim Betrachten alter Familienfotos, das Schaudern angesichts der Akropolis-Gipsstatuette, gekauft während eines Ehekrachs in Athen, oder die schamvolle Empörung beim Anblick des Abendkleides, in dem man einst sitzengelassen wurde, falsche Empfindungen? «Nein, natürlich nicht», sagt Kroes lachend. Diese Beispiele veranschaulichten ja, worum es dem Phelps Lab gehe: Bestimmte Ereignisse lösen starke Emotionen aus. Diese versetzen das Hirn in «Alarmbereitschaft», machen Ereignisse lebhafter erinnerbar.

Nicht nur das: Rückwirkend, quasi «über Nacht», schärfen Emotionen das Gedächtnis in Bezug auf sämtliche Erlebnisse des Tages, auch hinsichtlich jener Dinge, die vor einschneidenden Geschehnissen passiert sind –

der Spaziergang vor der Autobombe, das Abendessen vor dem Heiratsantrag, das Telefongespräch vor dem Lottogewinn in den Abendnachrichten.

Und dennoch, betont der junge Forscher – Emotionen intensivierten zwar Erinnerungen, das erinnerte Geschehen könne aber trotzdem «falsch» sein. Das heisst, es kommt zu unzuverlässigen Augenzeugenberichten oder zu falschen Anklagen vor Gericht? Der Neurologe winkt ab. Ja, schon lange sei bekannt, dass Zeugenaussagen unzuverlässig seien. «In einer Gefahrensituation erinnert

«Fremdinformationen können uns später tatsächlich als gelebte Erinnerung erscheinen.»

man eben die Pistole, die einem ins Gesicht gehalten wurde, eher als das Gesicht dessen, der sie hielt.» Falsches Erinnern sei per se nichts Schlimmes, Erinnerung keine Bibliothek, aus der man stets dieselben Bücher ziehe. Bereits der Traum nehme ja Verzerrungen vor, verarbeite Eindrücke des Vortages, vermische diese mit Vergangenen und so fort. «Erinnerungen sind Erfahrungsberichte», erklärt Kroes, «sie müssen nicht akkurat sein, nur optimal, damit wir angemessen auf bestimmte Situationen reagieren: bei Gefahr weglaufen, Harmloses erkennen.»

In den Neunzigern führte die Neurologin Elizabeth Loftus ein Experiment zur Thematik des Sichverlaufens im Einkaufszentrum («Lost in the mall») durch. Erwachsenen wurde suggeriert, sie hätten sich als Kind im Einkaufszentrum verlaufen. Zirka drei Monate nach dem Experiment «erinnerten» sich alle lebhaft an das Sichverlaufen, als sei es tatsächlich geschehen.

Auch totales Vergessen sei möglich, sagt Kroes. «Manches ist für immer verloren, nur quacksalberische Psychologie behauptet das Gegenteil.» Inkorrekt sei auch die Annahme, dass sich echte Erinnerungen von falschen durch Detailreichtum oder starke Emotionalität unterscheiden, nach dem Motto: «Je gefühlsbeladener oder genauer, desto wahrer». «Wir leben in einer detaillierten Welt überreicher Informationen», erklärt er, «ständig flimmern Bildschirme und Schriftzüge an unserer Blickperipherie. Fremdinformationen können uns später tatsächlich als gelebte Erinnerung erscheinen.»



«Je gefühlsbeladener oder genauer, desto wahrer.»

Was ist mit dem Mythos des Supergedächtnisses? Gibt es das fotografische Erinnerungsvermögen? Nein, es gebe sicherlich Menschen, die sich sehr visuell erinnerten; andere erinnerten besser Töne – es sei aber unbewiesen, unwahrscheinlich, dass es polaroidartige Erinnerungsbilder gebe. Was aber ist mit Klassikern, Gedächtnis-Boostern wie Mozart oder Farbtherapie beim Vokabel-Lernen? «Der berühmte Mozart-Effekt», sagt Kroes schmunzelnd. Das Wichtigste sei jedoch, dass man die Musik möge. Andere lernten besser mit Metallica. Eine gute Stimmung helfe beim Auswendiglernen; rote Räume beförderten das Lernen, grüne Tapeten weniger.

Für den Autor Marcel Proust war der Körper das authentischste Erinnerungsinstrument. Wahre Erinnerung, so Proust, entstehe beim zufälligen Erleben identischer vergangener und gegenwärtiger Körpergefühle: Im Buch «In Swanns Welt» sitzt der Protagonist Marcel am Küchentisch und isst eine in Tee getunkte Madeleine. In diesem Moment aufersteht die Vergangenheit – einstige Nachmittagsteestunden mit der Tante, die Jugend im Dorf Combray – prächtig vor seinem inneren Auge.

Proust sei auch hier im Labor beliebt, sagt Kroes, er selbst habe leider nicht jeden der vielen Bände gelesen, kenne aber die Madeleine-Episode. In der Tat könnten Gerüche, Töne aber auch Unangenehmes wie Schmerz oder Angst Erinnerungen auslösen.

In Experimenten geht das Phelps Lab diesen Empfindungen auf den Grund. Dabei werden den Probanden Gesichter oder Vierecke gezeigt. Beim Betrachten einiger Bilder werden ihnen leichte, aber unangenehme Elektroschocks verpasst. Was passiert? Beim Anblick der «Schock-Bilder» brechen die Patienten in Schweiß aus, haben Angst. Kurz, sie formen eine Negativerinnerung. In moderater Form können Elektroschocks positiv dazu beitragen,

Beim Anblick der «Schock-Bilder» brechen die Patienten in Schweiß aus, haben Angst.

gen, Erinnerungen zu verändern. Im Phelps Lab zeigt man den Beteiligten in einem zweiten Schritt die «Schock-Bilder» ohne Elektroschock und stellt dabei fest, dass das Angst-

gefühl rasch aufhört. Die Patienten sind also dazu fähig, eine negative mit einer positiven Erinnerung zu ersetzen. Diese Erkenntnis ist wichtig bei der Behandlung von traumatisierten Menschen. Erinnerungsbilder und die sie begleitenden Emotionen lassen sich künstlich aufrufen und negative Emotionen durch positive ersetzen. Das heißt, man kristallisiert Angst verursachende Bilder heraus, um dann (eventuell unter Beigabe von Medikamenten) punktuelle Amnesien zu erzeugen und neue Erinnerungen zu schaffen.

Innere Ausnahmezustände

Ist eine Manipulation des Gehirns zulässig? «Warum nicht?», fragt Kroes. Warum solle man nicht kontrolliert herbeiführen, was ohnehin natürlicher Hirnprozess sei? Viele haben Schreckliches erlebt – 9/11, die Londoner U-Bahn-Attentate, den Krieg im Irak, das Massaker in Boston; die Welt ist in ständigem Terroralarm, in inneren Ausnahmezuständen. Für manche sei eine gezielte Umgestaltung des Gedächtnisses besser als das, was man sich normalerweise wünscht: ein perfektes Erinnerungsvermögen. ○

Top 10

Knorrs Liste

1	The Revenant	★★★★★
	Regie: Alejandro González Iñárritu	
2	Carol	★★★★★
	Regie: Todd Haynes	
3	The Danish Girl	★★★★☆
	Regie: Tom Hooper	
4	Joy	★★★★☆
	Regie: David O. Russell	
5	The Big Short	★★★★☆
	Regie: Adam McKay	
6	Legend	★★★★☆
	Regie: Brian Helgeland	
7	Heidi	★★★★☆
	Regie: Alain Gsponer	
8	Schellen-Ursli	★★★★☆
	Regie: Xavier Koller	
9	Creed – Rocky's Legacy	★★★☆☆
	Regie: Ryan Coogler	
10	Star Wars: The Force Awakens	★★★☆☆
	Regie: J. J. Abrams	

Kinozuschauer

1 (1)	The Revenant	46 257
	Regie: Alejandro González Iñárritu	
2 (2)	Heidi	22 505
	Regie: Alain Gsponer	
3 (-)	Creed	20 782
	Regie: Ryan Coogler	
4 (3)	Star Wars: The Force Awakens	14 434
	Regie: J. J. Abrams	
5 (6)	The Danish Girl	9 023
	Regie: Tom Hooper	
6 (4)	Joy	7 973
	Regie: David O. Russell	
7 (5)	Schellen-Ursli	7 264
	Regie: Xavier Koller	
8 (7)	Spectre	4 779
	Regie: Sam Mendes	
9 (10)	The Big Short	3 569
	Regie: Adam McKay	
10 (8)	The Peanuts Movie (3-D)	3 524
	Regie: Steve Martino	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (3)	The Transporter Refueled (Rainbow)
2 (2)	Mission: Impossible 5 (Rainbow)
3 (-)	Vacation (Warner)
4 (-)	Southpaw (Ascot)
5 (1)	Der Hobbit: Schlacht... (Warner)
6 (4)	Minions (Universal)
7 (5)	Honig im Kopf (Warner)
8 (7)	Pixels (Sony)
9 (6)	Jurassic World (Universal)
10 (8)	Ant-Man (Disney)

Quelle: Media Control



Kraft des Monuments: Tom Hiddleston als König Henry V in «The Hollow Crown».

Serien

Mit glutvoller Hingabe

Bekannte Kinostars brillieren in der BBC-Serie «The Hollow Crown» in Shakespeare-Dramen. Erste Staffel dieser exzellenten Produktion: die Lancaster-Tetralogie. Von Wolfram Knorr

Im Staunen eines jeden, der dich kennt, / Erschufst du dir dein eignes Monument», schrieb John Milton über den grössten von allen: Shakespeare. Bis in die Gegenwart, in Kino und Fernsehen, ist das «Monument» spürbar, selbst wenn nur ein paar grobe Handlungsgerüste übernommen werden («Sons of Anarchy», «House of Cards») – kleinzukriegen ist der Koloss nicht. Und wer noch mal so richtig erfahren will, warum das so ist, dem sei die BBC-Produktion «The Hollow Crown» empfohlen, die in der ersten Staffel die Lancaster-Tetralogie, die Königsdramen «Richard II», «Henry IV» und «Henry V», umfasst und mit einem einzigartigen Staraufgebot glänzt. Das Dreierpack, mitproduziert von Sam Mendes («Spectre»), konzentriert sich, auch aus Kostengründen, auf klassische, den Stücken verpflichtete Umsetzungen. Was dabei wieder mal beauscht, ist die unglaublich kraftvoll poetische Sprache, verkörpert von Stars wie Ben Whishaw («Cloud Atlas»), Patrick Stewart («X-Men»), Jeremy Irons, Tom Hiddleston, Julie Walters und John Hurt, die mit glutvoller Emphase spielen, wie es nur britische Mimen beherrschen.

«Richard II» ist das Charakterporträt eines schwachen Königs (Ben Whishaw), der zwischen Selbstmitleid und herrischen Posen schwankt, Entscheidungen trifft und widerruft. Sein Gegenspieler Henry Bolingbroke (Richards

Cousin) hat das Zeug zum besseren König, setzt sich am Ende auch durch, aber einen König zu stürzen, kam in der elisabethanischen Gesellschaft einer Gefährdung des Staates gleich. Bolingbroke besteigt zwar als Henry IV den Thron, wird aber von Schuld geplagt. Im gleichnamigen Doppeldrama möchte er zur Busse ins Heilige Land, kann aber nicht; Aufstände, Rebellionen verhindern es. Auch er entpuppt sich als eher schwach, weil er an der Absetzung und Ermordung seines Vorgängers sein Leben lang leidet. Sein Sohn Prince Hal ist der kommende starke König Henry V, der mit dem wüsten Trinkkumpen Falstaff zu einem gewaltigen Lotterleben anhebt. Erst nach dem Tod des Vaters entpuppt er sich als königlicher Herrscher und verstösst, was befremdlich wirkt, als Erstes Falstaff: «Wer bist du, alter Mann? Knie hin und bete! / Wie schlecht steht weisses Haar doch einem Narren!»

«Henry V» hat (leider) etwas von einem patriotischen Weihespiel (nicht umsonst hat Sir Laurence Olivier das Stück 1944 verfilmt) und ist recht handlungsarm. Trotzdem lohnt sich die Staffel. Man darf auf die zweite gespannt sein, in der Benedict Cumberbatch Richard III verkörpert. Selbstverständlich ist die DVD zweisprachig (mit Untertiteln), denn nur im Original entfaltet sich die ganze Kraft des Monuments. ★★★★★

Weitere Serien

The Honourable Woman — Sie war eine der meistdiskutierten Serien, obwohl sie nur, ausser auf BBC 2, auf iTunes zu sehen war, doch Gott sei Dank ist sie auch als DVD auf dem Markt. Nessa Stein (Maggie Gyllenhaal), britisch-israelische Unternehmerin, ist Idealistin, die die Rüstungsfirma ihres ermordeten Vaters in eine Telekom-Firma umgewandelt hat, um mit Breitbandinternet die palästinensischen Gebiete voranzubringen und mit Hilfe von Kommunikation den Konflikt zu entschärfen. Doch schon mit der Entscheidung, wer den Auftrag zur Kabelleitung übernehmen kann und soll, beginnen die Querelen: Palästinenser oder Israelis? Dass die Überprüfungen der Firmen und Dokumente durch politische Interessengruppen manipuliert werden und Spionageorganisationen ihre



Verlogene Welt: «The Honourable Woman».

Finger mit im Spiel haben, um zu verhindern, was andere wollen, erkennt die parzivalische Nessa viel zu spät und wird selbst zum Opfer übelster politischer Machenschaften. Vergangenes Jahr gewann Maggie Gyllenhaal zu Recht einen Golden Globe. Die Mini-Serie (neun Folgen) von Hugo Blick ist nicht nur extrem spannend, sondern auch intelligent und liefert die deprimierende Einsicht, dass Idealismus in einer durch und durch verlogenen Welt der kompletten Irrsinn ist. ★★★★★

Fragen Sie Knorr

Der Western «The Revenant» soll angeblich auf einer wahren Geschichte beruhen. Der Trapper, den Leonardo DiCaprio spielt, habe einen Grizzlybär-Angriff überlebt. Weiss man darüber Genaueres?

W. C., Basel



Nein. Historiker sind skeptisch bis ablehnend. Selbstverständlich sind damals unter den Pionieren und Jägern Unfälle in der Wildnis passiert, darunter auch Bärenangriffe, zumal die Jagd auf Bärenfelle im Konkurrenzkampf heftig ablief. Um den eigenen

Marco Polo — Ob der reiselustige Abenteurer aus dem 14. Jahrhundert das alles wirklich erlebt hatte, worüber er berichtete, wird angezweifelt; es ist aber auch egal. Seine Reiseberichte bleiben Stoff für prächtige, exotische Abenteuer – und genau das macht sich auch das



Kostüm-Epos: «Marco Polo».

aufwendige Kostüm-Epos zunutze. Die Serie erzählt in der ersten Staffel Polos Erlebnisse am Hofe Kublai Khans, des Enkels von Dschingis Khan, der zum Kaiser von China aufstieg. Bildgewaltig, intrigenreich – nur Lorenzo Richelmy als Marco Polo fehlt es an Charisma. ★★★★★

Gotham — Die Vorgeschichte des *caped crusader* Batman. Der hat gerade als Knabe seine Eltern durch Mord verloren. Da macht sich James Gordon, Neuling bei der Polizei und späterer Freund Batmans, an die Aufklärung. Doch Gotham City ist durch und durch korrupt. Die Serie von Bruno Heller («Rom») orientiert sich stilistisch an Frank Millers Comics und atmosphärisch an der «Serie in Schwarz». ★★★★★

The Strain — Seit «Pan's Labyrinth» gilt Guillermo del Toro als bildgewaltiger, einfallreicher Fantast. Er war auch als Horror-Romancier («Die Saat», «Das Blut», «Die Nacht») erfolgreich. Daraus entstand eine Serie, die zwar mit Ambiente umgesetzt worden ist, aber inhaltlich enttäuscht. ★★★★★

Status (der Jäger) zu erklären, strickte man an einer Figur, spann sie immer weiter und gab ihr einen Namen als Beleg der Wahrheit. Typisch, dass Hugh Glass zunächst zur See gefahren sein soll, ehe er durch die Rocky Mountains streifte. Aus ihm eine Art Odysseus zu machen, klingt schwer nach Jägerlatein. Ist aber letztlich eigentlich auch egal. Es ist der Stoff, aus dem eben tolle Abenteuer werden.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Jazz

Der Vulkan im Salon

Von Peter Rüedi

Oscar Peterson (1925–2007) war der Pianist für alle Gelegenheiten. Ursprünglich beeinflusst von Nat King Cole und Art Tatum, betrat er die Bühne 1949 und war ab dem ersten Moment nicht mehr zu übersehen. Seiner Körperfülle entsprach seine pianistische Opulenz, er war mit allen Wassern des komplexen neuen Stils, des Bebop, gewaschen, phrasierte noch bei rasendsten Up-Tempi mit muskulöser Dynamik, und vor allem swingte er wie der Teufel. Aber er beherrschte auch das balladesk arpeggierende Filigran und war ein grossartiger Begleiter – von Fred Astaire bis Billie Holiday. Für den Impresario Norman Granz war er das unverzichtbare Missing Link zwischen altem und modernem Jazz, ein idealer Partner für Louis Armstrong ebenso wie für Dizzy Gillespie. In seinen Trios, erst mit Bass und Gitarre, dann mit Bass und Schlagzeug, war er bei den Essenzialisten und Existenzialisten der progressiven Fraktion mit seiner Virtuosität bald einmal in Misskredit geraten, das leuchtendste Beispiel einer Kunst, die Finesse und mitreissende Unterhaltung mühelos verband. Zeitlebens stand er bei Granz unter Vertrag, mit Ausnahme eines Jahrzehnts zwischen den Sechzigern und den Siebzigern. Ausgerechnet da entstanden seine schönsten Aufnahmen, im privaten Salon von Hans Georg Brunner-Schwer. Der hatte es als Unternehmer mit Unterhaltungselektronik zu einem Vermögen gebracht (Saba), aber vor allem war er ein glühender Jazzfan, ein exzellenter Tontechniker und Besitzer eines legendären grossen Steinway. So entstanden in seiner Villa in Villingen für sein Label MPS vor einem handverlesenen Publikum die gleichzeitig spannendsten und entspanntesten Peterson-Aufnahmen aller Zeiten, «Exclusively for My Friends» (anfänglich auch aus rechtlichen Gründen). Der Piano-Sound ist nicht weniger als überwältigend. Die sechs LPs, solo oder im Trio mit Ray Brown oder Sam Jones am Bass, Ed Thigpen, Louis Hayes oder Bob Durham an den Drums, liegen wieder in einer Box vor, ergänzt durch zwei CDs mit «lost tapes». *Indispensable for your friends. And for you, too.*



Oscar Peterson: Exclusively for My Friends. 8 CDs. MPS 0210325MSW

Der schöne Klang

Exklusive Steinway-Flügel im «Dolder Grand»; Trinkgelder und Rochaden in der Zürcher Gastroszene. *Von Hildegard Schwaninger*



Es wurde ruhig im Publikum: Pianistin Berrut im «Dolder».

Mark Jacob, Direktor von «The Dolder Grand», musste flexibel handeln. Für die Präsentation neuer Steinway-Flügel war der Ballroom vorgesehen, doch statt der erwarteten 150 Gäste hatten sich 450 angemeldet. So wechselte man in die Gallery, der Saal war – alle sind erschienen – vollbesetzt bei diesem exquisiten Event, zu dem Musik Hug eingeladen hatte. Erika und Eckard Harke-Hug, die das Musikhaus in sechster Generation führen, standen am Eingang, begrüßten die Gäste (hochkarätiges Zürich) und dankten für ihr Kommen trotz Kälte und eisiger Strassen.

Neue Steinway-Flügel wurden präsentiert, darunter zwei von Lalique gestaltete Klaviere (Objekte der Begierde für Ölscheichs und andere Oligarchen) und ein neuer Hightech-Flü-



«Sogar violett»: Andreas Wyss.

gel, der von einem Klavierspieler, aber auch mit dem iPad in Bewegung gesetzt werden kann.

Dann begab sich eine leibhaftige Pianistin ans Klavier. Noch dazu eine wunderhübsche. Die junge Walliserin **Beatrice Berrut**, im nachtblauen schulterfreien Abendkleid, setzte sich an den «Heliconia»-Flügel «designed by Lalique» von Steinway & Sons (177 000 Franken) und spielte unter anderem eine Ballade von Franz Liszt. Der Klang war so schön, dass es ganz ruhig wurde im Publikum; man hätte die berühmte Stecknadel fallen hören.

Dann eine Weltpremiere: Synchron-Performance von Film und Hightech-Flügel «Spirio» mit den Altmeistern **Artur Rubinstein** und **Wladimir Horowitz**. Die Gäste reckten ihre Hälse; allgemeines Staunen! Der «Säbeltanz» von Chatschaturjan und etwas Boogie-Woogie brachten dann die richtige Stimmung für den Champagner, der nach der Präsentation gereicht wurde. Die Steinway-Flügel gehen auf Welttournee; in dieser Woche sind sie bei Musik Hug am Limmatquai zu bewundern.

Der in Zürich und Mexiko tätige Gastronom **Cédric Schweri** erweitert sein Reich. Er übernimmt als Pächter das «Madonna», den angesagten Italiener an der Löwenstrasse. Das Konzept für die Küche macht **Giovanni Rizzo** von der «Stapferstube», das Restaurant wird zurzeit umgebaut und eröffnet wieder Ende Januar.

Wo ist **Paul Senn**, der einstige Chef de Restaurant der «Kronenhalle»? Über die Feiertage half er **Sepp Wimmer** im «ZunftHaus zur Waag» aus. Jetzt ist er auf Jobsuche. Dass es mit **Antonio Sturiale** im «Zagra» nicht klappte, hat einen monetären Hintergrund. Trinkgelder sind in der Gastrobranche ein wichtiger Teil des Einkommens. Dass man dem Kellner eine Note zusteckt, wenn man einen bestimmten Tisch will, ist weltweit Usus. In der «Kronenhalle», wo die Plätze begehrt sind, konnte man da einen schönen Zustupf erwirtschaften. Wie der frühere Chef **Andreas Wyss** (heute heisst der Chef **Christian Dangel**) es einmal formulierte: «Erst waren die Noten rot, dann grün, später blau, und heute sind manche sogar violett.» Dieses Business war im «Zagra», wo weniger Tische sind, nicht lukrativ. So wollte Paul Senn beim «Zagra» beteiligt werden – und es kam zur Trennung.

Getrennt haben sich auch **Teresa Wenger** (früher «Onkel Tom's Hütte – da Teresa» und **Marisa Odermatt** (früher «Da Angela»), die seit Herbst gemeinsam im «Gandria» wirteten. Freundinnen sind sie noch immer, die Zusammenarbeit aber wurde am 27. Dezember beendet. Grund: Wenger ist die Chefin des «Gandria»; Odermatt, die selber vierzig Jahre lang Chefin war, eignet sich nicht zur Unterordnung. Ein Augenschein im «Gandria» letzte Woche zeigte: **Adriano Peroncini**, der junge Koch aus Apulien (früher im «Wolf-



Restaurantbesitzerin Wenger, Koch Peroncini.

bach»), kocht hervorragend, das Preis-Leistungs-Verhältnis ist sehr gut, das Restaurant war voll, nur Teresa ist etwas überarbeitet. Sie hat zurzeit nur einen Kellner, sucht dringend einen zweiten.

Das «Aurora» an der Bahnhofstrasse (früher «Café Ernst») hat eine neue Leitung. **Michael Oberperfler**, ein Südtiroler, ist CEO, **Stefan Persterer** Direktor und **Alex Unterberg** Betriebsassistent und Barchef. Persterer und Unterberg waren vorher drei Jahre im «Aurora». Mit Pinselrenovation wurde dem «Aurora» ein neues Gesicht gegeben. Die scheusslichen violetten Stühle wurden schwarz überzogen und sehen jetzt ganz passabel aus.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Von der Ururgrossmutter

Zu ihrer Hochzeit trug Abigail Kingston, 30, ein Kleid aus dem Familienbesitz. Seit 1895 sind zehn Bräute in der prachtvollen Robe zum Altar geschritten.



Fest und glänzend: Abigail Kingston.

Das Kleid: Es ist aus champagnerfarbener Seide, der Stoff ist fest und glänzend. Meine Ururgrossmutter hatte es vor 120 Jahren ausgewählt und schritt darin zum Altar. Während andere Bräute die Kleider ihrer weiblichen Vorahnen tragen, diese meist an die jeweilige Gegenwart adaptieren und somit Stück für Stück zerstören, blieb unser Hochzeitskleid aufgrund eines beinahe zeitlosen Designs praktisch unverändert. Natürlich musste es für die jeweiligen Trägerinnen enger oder weiter gemacht werden, das war aber auch schon alles.

Diana-Look: Der Rock ist bodenlang, das Oberteil eine Art Bustier mit riesigen Puffärmeln, die über die Schultern gezogen werden. Für die damalige Zeit war es eine prachtvolle, aber auch ziemlich offenherzige Kreation. Bilder der ersten Braut zeigen die auffälligen Ärmel ausgestopft und extrem bauschig, die Taille wurde sehr eng geschnürt. Die sogenannten *leg of mutton*-Ärmel haben ihr Revival Lady Diana zu verdanken, die in einem ähnlichen Kleid geheiratet hat.

Kindheitserinnerungen: Als Achtjährige sah ich das Traumkleid zum ersten Mal: auf den eingerahmten Bildern, die bei uns auf dem Klavier standen. Meine Ururgrossmutter

Mary trug einen Schleier, und in den Händen hielt sie eine Bibel. Den Schleier trugen danach alle Bräute ausser meiner Vorgängerin, die vor 25 Jahren in diesem Kleid geheiratet hat. Ich verzichtete ebenfalls auf eine Kopfbedeckung. Ich wusste auch, dass das Kleid nicht von allen weiblichen Mitgliedern meiner Familie mütterlicherseits für schön befunden wurde.

«Für die damalige Zeit war es eine prachtvolle, aber auch ziemlich offenherzige Kreation.»

Meine Mutter wählte in den 1980er Jahren ein modernes Modell und bedauert dies heute ein wenig. Als ich ihr verkündete, dass ich die Liebe meines Lebens, Jason Curtis, heiraten wolle, erinnerte sie sich lustigerweise sofort, in wessen Besitz die Robe zurzeit war: bei einer Tante von mir.

Zu alt: Sie schickte es mir postwendend zu. Auf der Karte stand die etwas eklige Notiz, dass das gute und oft getragene Stück erst ein einziges Mal in der chemischen Reinigung gewesen sei. Als ich es auspackte, traf mich beinahe der Schlag: Die Ärmel waren zerschlissen, überall hatte es kleine Löcher, und der Stoff war unschön verfärbt. Zuerst dachte ich: «Es wird nicht möglich sein, das Kleid zu restaurieren», doch dann fand ich ein auf historische Gewänder spezialisiertes Geschäft. Zweihundert Stunden Arbeit waren notwendig, um den Stoff zu reinigen und andere Schäden zu beheben. Das alte Material wurde neu unterlegt, die belgische Spitze von Hand ausgebessert. Als ich es schliesslich begutachten durfte, wusste ich, dass auch Jason begeistert sein würde.

Am grossen Tag: Wir heirateten im vergangenen Oktober. Mein Mann hatte Tränen in den Augen, als er mich in diesem Kleid sah. Die Reparaturen kosteten ein kleines Vermögen, etwa so viel wie ein neues Couture-Kleid. Doch nun steht es auch weiteren Frauen in der Familie wieder zur Verfügung, und im glücklichsten Fall werden es unsere Töchter eines Tages ebenfalls tragen. Bis dahin bewahre ich es auf – natürlich in einer Box aus Zedernholz, denn diesen Duft mögen die Motten nicht.

Protokoll: Franziska K. Müller

Anstand

Von Andreas Thiel —
Political Correctness ist unmoralisch.

Kritiker: Herr Thiel, Sie haben es schon wieder getan, Sie haben den Koran kritisiert!

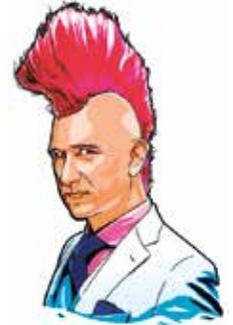
Thiel: Ja, aber ich habe es anständig formuliert.

Kritiker: Das ist egal, es ist politisch nicht korrekt.

Thiel: Nur Politiker halten sich an die Political Correctness. Aber von den Politikern wissen wir, dass sie jene Berufsgruppe sind, die am meisten lügt. Ich bin Poet und nicht Politiker. Poetik ist die Kunst des schönen Redens. Politik ist bloss die Kunst des Schönredens.

Kritiker: Woran sollen wir Aussagen denn messen, wenn nicht an der Political Correctness?

Thiel: Messen wir nicht Aussagen, sondern Taten. Im Dritten Reich war es politisch korrekt, Juden aufs Gröbste zu beschimpfen. Wer die Tat misst, wusste schon damals, dass Be-



«Poetik ist die Kunst des schönen Redens. Politik ist bloss die Kunst des Schönredens.»

schimpfung etwas Schlechtes ist. Heute ist es politisch korrekt, Banker als Verbrecher zu bezeichnen. Dabei ist auch das übelste Beschimpfung und die Verleumdung einer ganzen Berufsgruppe. Gleichzeitig es ist aber politisch inkorrekt, den Koran zu kritisieren, obwohl dieser durchgesetzt ist mit gegen Juden gerichteten Beschimpfungen und Mordaufrufen.

Kritiker: Jetzt haben Sie es wieder getan!

Thiel: Was?

Kritiker: Den Koran kritisiert!

Thiel: Offensichtlich ist es gerade politisch korrekt, sich furchtbar aufzuregen, wenn jemand etwas ganz Vernünftiges sagt wie: «Beschimpfungen und Mordaufrufe finde ich schlecht.» Und es scheint sogar politisch korrekt zu sein, einen solchen Menschen als Rassisten zu beschimpfen. Daran erkennt man, wie wenig die Political Correctness als Wertemasstab taugt.

Kritiker: Mit Ihnen kann man nicht reden!

Thiel: Das ist zwar falsch, aber politisch sicher korrekt.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Bankers grosser Toskaner

Von Peter Rüedi



Wann wird aus einem Hobby-Winzer ein Profi-Winzer? Der Übergang ist schwer auszumachen, am Wein oft nur mit Verzögerung abzulesen. Hat doch jeder Besitzer seinen önologischen Berater. In dessen Wahl freilich zeigen sich die wachsende Professionalität und das Selbstbewusstsein des ehemaligen Anfängers. Zu Beginn produzierte Thomas Bär, vormals Anwalt, Banker und Verwaltungsratspräsident der Schweizer Bank gleichen Zunamens, mit dem Önologiestar Luca d'Attona (Duemani, Tua Rita) auf seinem Gut Gagliole im toskanischen Castellina in Chianti «sehr pfundige, fast protzige Weine» – nach eigener Aussage – eigentliche «Parker-Bomben». Inzwischen hat er mit zunehmender Erfahrung und dem Beistand des neuen Beraters Stefano Chioccioli zu seinem eigenen Geschmack gefunden, und der tendiert zu zwar substanziellen, aber doch eleganteren Weinen. Nicht dass das eine Flaggschiff mit dem Namen des Guts, «Gagliole», ein Leichtgewicht wäre (das andere heisst nach seiner Spitzenlage «Pecchia»). Vierzehn Prozent Alkohol sind schon mehr, als für Pfarrerstöchter ratsam erscheint. Und Bär baut den sorgsam selektionierten Stoff, aus dem er seine Cuvée komponiert (viel Sangiovese und ein bisschen Cabernet Sauvignon), achtzehn Monate in französischer Eiche aus, beginnend mit der Gärung. Das Resultat ist ein hocharomatischer, ebenso zugänglicher wie spannender Wein. Viel Kirsche und Brombeere, sehr würzig, am Gaumen subtile Tabaknoten, aber kaum das typische Vanille vom Holz: Die Eiche wurde nicht brutal mit Flammen getoastet, sondern subtil über der Glut. Das zahlt sich aus. Nicht unbedingt in den üblichen verdächtigen Bewertungen der Führer, wohl aber im Vergnügen des geeigneten Weinfreunds. Jedenfalls haben Bär und seine Frau inzwischen ein zweites Gut gekauft, La Valletta in Panzano: bequemer und moderner zu bearbeiten als die Mischkultur im paradiesischen Gagliole.

Monika und Thomas Bär: Gagliole. Colli della Toscana Centrale IGT 2011. 14%. Riegger, Birrhard. Fr. 38.–. www.riegger.ch

Zürich rüstet auf

Die grösste Schweizer Stadt holt beim guten Essen auf. Zum Beispiel mit dem «Yu Nijyo» im «Kameha Grand». Von David Schnapp



Gerichte mit Ausrufezeichen: Küchenchef Norman Fischer.

Zürich ist nicht gleichzeitig der Schweizer Ort mit dem besten Speiseangebot. Die grösste Schweizer Stadt zeichnet sich im Gastronomiebereich aus durch eine breite Mittelschicht von Restaurants mit einem relativ gleichförmigen Angebot zu stolzen Preisen. Ausnahmen bestätigen allerdings auch hier die Regel: Es gibt tolle Restaurants, die einfach, gut kochen, und einige wenige, die hervorragendes, teures Essen zubereiten. Letztere Kategorie ist in jüngster Zeit glücklicherweise gewachsen.

Schon Ende des vergangenen Jahres eröffnete draussen vor den Toren der Stadt das «Kameha Grand». Das Hotel beherbergt das Restaurant «Yu Nijyo», das kürzlich in «You» umgetauft wurde. Der japanische Name und die entsprechende minimalistische Innenarchitektur treffen das kulinarische Thema nicht ganz: Gekocht wird zwar mit leicht asiatischem Einschlag, aber die moderne Küche von Norman Fischer präsentiert sich weltoffen mit deutlichem Lokalbezug.

Auftritt der Ente

Das Menü, das ich vor einigen Wochen im «Yu Nijyo» ass, begann mit Kleinigkeiten wie einem Rauchfisch-Macaron oder einem Rindstatar mit Kaviar und Wasabi. Die Welt und das Lokale kamen dann erstmals beim sanft gegarten Eglifilet mit Soja und Zuckerschoten

zusammen, was frisch und leicht säuerlich schmeckte.

Ein erstes Highlight war die Deklination vom Topinambur – roh und eingelegt, als Püree und als Chip, kombiniert mit einem Kartoffel-Eis, mit Kaviar und einem cremigen Stunden-Ei. Durch das Spiel der Texturen, Temperaturen und die erdig-salzigen Aromen ergab dies eine starke, nachhaltige Wirkung. Gerichte mit Ausrufezeichen waren auch die *sous vide* im Lardo-Fett gegarte Bachforelle oder der Kalbshals mit Biercreme und Shiitake-Pilzen.

Der Hauptgang – Appenzeller Freiland-Ente – kündigte sich spielerisch an: ein Brotchip mit Entenleberschnee, ein grandioser Entente Tee sowie eine Frühlingsrolle mit Cassis. Die Entenbrust selbst hätte dann etwas knuspriger gebraten sein können, geschmacklich überzeugte ihr Auftritt durch die Begleitung mit fermentiertem Kohl oder einer Reiscrème. Kurz: Draussen vor den Toren Zürichs isst man ausgezeichnet, die kulinarische Aufrüstung der Stadt ist im Gange.

Restaurant You im Hotel Kameha Grand, Dufauxstrasse 1, Opfikon, Tel. 044 525 5000. Sonntags und montags geschlossen.

Ausführliche Besprechung des Menüs auf www.dasfilet.ch



Auto

Parfüm und Abenteuer

Als Mischung aus Offroader und Kombi stillt der VW Passat Alltrack ein wenig die Sehnsucht nach dem wilden Leben. *Von David Schnapp*

Vielleicht gibt es einen Zusammenhang: In einer Welt wie der unseren, die wohl-organisiert, fein parfümiert und beinahe knitterfrei ist, wächst der Wunsch nach Abenteuer. Damit kann man möglicherweise erklären, dass Autos wie der VW Passat Alltrack Erfolge feiern. Als Alltrack verströmt der Passat, der Liebling aller Vielreisenden und Handelsvertreter, den intensiven Geruch der Wildnis.

VW Passat Alltrack

Leistung: 240 PS / 176 kW,
Hubraum: 2000 ccm,
Höchstgeschwindigkeit: 234 km/h
Preis: Fr. 53 000.–
Testwagen:
Fr. 70 110.–



Diesen Kombi kann man vor Boots- oder Pferdeanhänger (bis zu 2200 Kilogramm Anhängelast gebremst, inklusive Lenkautomatik beim Rückwärtsfahren) spannen – und dank des modifizierten Fahrwerks mit Allradantrieb, das im Offroad-Modus exakt 174 Millimeter Bodenfreiheit erlaubt, könnte man jederzeit asphaltierte Strassen verlassen, über unebenes Terrain holpern und erste Meter in ein weniger organisiertes Dasein zurücklegen.

Das selbstfahrende Auto

Ich tat natürlich nichts dergleichen. Aber ich fuhr mit dem VW Passat Alltrack so entspannt und sparsam durch meinen wohl-organisierten, fein parfümierten und beinahe knitterfreien Alltag, dass es die reine Freude war. Man kann es nicht verschweigen, der Passat ist ja eigentlich nicht das Auto, das einem in Erwartung der ersten Fahrt schlaflose Nächte bereitet. Der Passat ist das Auto, das einen mit dem diskreten Charme der Perfektion betört.

Denn bei diesem Fahrzeug stimmt alles: Es fängt an beim hochnüchternen Interieur, geht über den sanft brummenden Vierzylinder-Dieselmotor (240 PS) neuester Generation, mit dem man den VW problemlos mit 6,5 Litern pro 100 Kilometer bewegen kann – wer hat da «Abgasskandal» gesagt? –, und endet keinesfalls bei den umsichtigen Sicherheitssystemen, zu denen ein aktiver Spurhalteassistent und ein Abstandsradar gehören. Das selbstfahrende Auto ist eigentlich schon zu haben. Wenn nicht nach ein paar Sekunden ein Warnton erklinge und die unmissverständliche Aufforderung erginge, die Hände sofort wieder ans Lenkrad zu legen, wäre der Passat problemlos in der Lage, selbständig mit einer voreingestellten Geschwindigkeit über die Autobahn zu schaukeln. Ich war bei starkem Regen- und Schneefall froh um den Allradantrieb, aber seine Möglichkeiten mit Haldex-Kupplung und elektronischen Differenzial- und Quersperren wurden dabei kaum auf die Probe gestellt.

Kurz, das Einzige, was man dem Passat Alltrack vorwerfen kann, ist vermutlich, dass man ihm nichts vorwerfen kann. Der Journalist an sich sucht ja gerne nach dem Fehler. Aber bei diesem Passat gibt es kaum etwas zu bemängeln. Denn dass wir uns auf der Suche nach dem letzten Abenteuer ein neues Auto kaufen muss, das ist nun wirklich nicht die Schuld von Volkswagen.



«Ein bisschen überschätzt»: Künstler Hersberger, 51.

MvH trifft

Lori Hersberger

Von Mark van Huisseling — Er war ein Shootingstar unter den Schweizer Künstlern – wie geht es seiner Laufbahn heute?

Man stellt sich vor, wie der Künstler im Atelier sitzt, in einem Unterhemd, dann die grosse Idee hat und diese umsetzt ... Ist es so? – «Zuweilen schon, vielleicht nicht grad im Unterhemd, aber es gibt durchaus romantische Situationen. Es ist ein antiquiertes, klischiertes Bild, das man hat von Künstlern, aber jeder Künstler arbeitet darauf hin, dass er solche Momente haben kann, ein Refugium hat, wo er ungestört ist, das ist wichtig. Ich nenn' es immer eine Bühne, auf der man gleichzeitig der Regisseur, der Schauspieler und das Publikum ist und die selbstgeschaffenen Dramen durchleben kann.» – «Das ist ziemlich viel ...» – «Ja, man ist eben alles zusammen auf einmal. Natürlich, in der Realität ist man einer Ökonomie unterworfen wie alle andern auch, und das bedeutet, dass man noch andere Fähigkeiten entwickeln muss: kommunizieren können, geschäftliche Interessen verfolgen und so weiter. Das unterscheidet sich gar nicht gross von anderen Berufen.»

Lori Hersberger, 51, beschreibt sich als ein in Basel geborener Zürcher Künstler. Die undogmatische Wahl verschiedener Medien und Materialien (Installation, Licht, Skulptur, Malerei) sei ein Markenzeichen seiner Arbeit, steht in einer Biografie. Für ein breiteres Publikum ist sein Glas-Paravent mit Namen «Dystopia Stalker» wohl am bekanntesten – er hatte dafür Scheiben aus eingefärbtem Sicherheitsglas eingeschlagen; diese wurden von Unbekannten noch stärker beschädigt, als das Werk auf dem Zürcher Paradeplatz ausgestellt war. Hersberger hat etwa den Eidgenössischen Preis für freie Kunst oder den Manor-Kunstpreis erhalten; er wird von der Galerie Clemens Gunzer in Zürich vertreten. Heute ist er ein *mid-career artist*; er lebt unverheiratet und kinderlos im Zürcher Kreis 4 und arbeitet in einem Atelier in der Nähe.

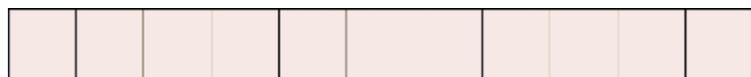
«Du bist also ein Unternehmer, der sich Kunstwerke ausdenkt, diese herstellt oder

herstellen lässt und über Galerien verkauft.» – ««Unternehmer» ist vielleicht ein bisschen hoch gegriffen. Ich hab Künstlerkollegen erlebt, Ende der achtziger Jahre, die haben noch anders gearbeitet: Da stand einer, der in der Schweiz war, nicht zwangsläufig in einer globalen Konkurrenz, er hat regional oder national agiert. Das ist der grosse Unterschied zu heute. Ich sehe das schon bei der ganz jungen Generation – nur wer ein Gefühl dafür entwickelt, dass es nicht reicht, einfach tolle Kunst herzustellen, kann längerfristig existieren. Gut sein musst du sowieso [als Künstler], aber wenn einer nicht auch gut kommuniziert, hat er das, was man ein Klumpenrisiko nennt. Weil er abhängig ist von wenigen Leuten. Wirklicher Erfolg ist nicht der schnelle Erfolg; vier, fünf Jahre können viele mithalten. Aber fünfzehn, zwanzig Jahre, eine ganze Laufbahn dabeizubleiben, nicht zu verzweifeln an den Höhen und Tiefen, das ist die wahre Leistung. Und das ist es, was mich interessiert.»

«Im sogenannten Künstler-Rating der Bilanz von 2014 stand: «Um Shootingstars, die vor einer Dekade auf der Liste figurierten – etwa Lori Hersberger –, ist es still geworden» ... – «Wenn man hinter die Kulissen schaut, die wahren Verhältnisse erkennt, wer wie arbeitet und davon leben kann, ist es eine ganz andere Story, das hat wenig mit solchen Ratings zu tun; meine Preise haben sich mittlerweile vervielfacht. Ich wurde damals als junger Künstler vielleicht ein bisschen überschätzt, jetzt ist es eher umgekehrt – also in der medialen Wahrnehmung, das hat mit dem Zwang zu tun, neue Gesichter zu zeigen. Und das stört mich nicht, ich werd' lieber unterschätzt als überschätzt; «Shootingstar» ist ein gefährliches Attribut, das habe ich damals schon gedacht. Ich bin heute an einem Punkt, an dem ich viel erfahrener bin und einen souveräneren Umgang mit meiner Arbeit habe. Und es fällt mir einfacher, simultan viele Projekte parallel bewältigen und Ideen generieren zu können, das ist klar.» – «Dafür fallen Förderpreise, Stipendien et cetera weg, die man als junger Künstler bekommt.» – «Ach, ich hab solche Preise bekommen, aber ganz wohl war mir nie dabei. Die staatliche Förderung in der Schweiz ist vorbildlich, einzigartig. Aber sie birgt auch Gefahren – es sind Freunde von Freunden, die in diesen Gremien sitzen ... Das ist nicht die Realität, man kann Künstlerlaufbahnen nicht durch Fördergelder längerfristig erhalten. Heute bin ich auf so was nicht mehr angewiesen.» – «Was ist das Nächste, was man von dir sehen kann?» – «Eine Installation mit Gas und Neon, sehr unkommerziell, an der Art Genève [28.–31. Jan., Palexpo].»

Seine liebsten Restaurants: «Kronenhalle», Rämistrasse 4, Zürich, Tel. 044 262 99 00; «Cheval Blanc» im Hotel «Les Trois Rois», Blumenrain 8, Basel, Tel. 061 260 50 07

	1	2		3	4	5	6	7		8	9	10		
11				12										13
14										15			16	
17				18										
		19	20								21			
22	23					24	25		26					
27					28						29	30		31
			32	33					34	35				
36		37					38	39					40	
41										42				
43								44					45	
46										47				



Lösungswort — Kalendarisch bedingte Explosivität

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Nach innen gewölbt, gleich beiderseits. 8 Einst Dynastie mit schwedischem und polnischem Königshaus. 11 Eine Sauce ohne es ist eine fade Chose. 12 Der Prima steht dann die Hauptrolle zu. 14 Lebloses Gewässer, sagt man. 15 Spelzen und Grannen ergeben es. 17 Kurz: Das um die Erde kreisende Objekt bezweckt Forschung. 18 Wo behördenmässig vermessen wird. 19 Die ukrainische Stadt entspricht in etwa Chur. 21 Wir lagern vor Madagaskar, und wie der Refrain beginnt. 22 Franz, Mitbegründer der Silbernen Operettenära. 24 Gemeine sind auch heilende. 27 Dieser See trennt in Nordamerika zwei Staaten. 28 Was Warszawa für die Polen ist es für die Nachbarn. 29 Unordentlich, und im Ticino politisch rechts. 32 Ein solcher Rücken wird so dann Ballettfreunde entzücken. 34 Palme: Sie sticht und bietet Vögeln Schutz. 36 Kein Schmusetier, der Meerkatzenverwandte. 38 Der Hirnzellenkiller macht fremd in fremder Welt. 41 Ist jemand 46 waagrecht, macht er das gerne mit anderen. 42 Von Nyon aus gesehen in etwa zwischen Genève und Lausanne. 43 Die Grave passt so zum Imperium Romanum. 44 Irgendwo zwischen niente und nada. 45 Eine, und bestimmt nicht nur in Paris bekannt. 46 Tiere sind nicht human, aber dafür nicht bewusst das Gegenteil. 47 Neid ist dem Menschen, was Rost ihm.

Senkrecht — 1 Sie sind sprachbegabt und schnabulieren gerne Früchte. 2 Das Pferd gehörte Winnetou. 3 Irgendwie dunkel und fragwürdig. 4 Kurz: Klimaschutzmassnahmen in Entwicklungsländern. 5 In der Ebene will höchstens der Törichte dies tun. 6 Ein Würfel aus dem historischen Italien. 7 Er ist immer ein Anfang mit offenem Ende. 8 Philosoph David Hume könnte man so nennen. 9 Desavouieren, um es nett zu sagen. 10 Die deutsche Linke, bei der ein Detail buchstäblich nach links gerutscht ist. 11 Statt Getöse eine ganz andere Grösse. 13 To Rome with Love – und mit Ornella. 16 Chopin, 1. Klavierkonzert op. 11 – fehlt noch dies. 20 Sie kann ganz schön rammelig sein. 23 Passt zum Handwerker wie zum Architekten. 25 Eiszeitliche Schotterebene. 26 Was der Zuruf mit Hagel zu tun hat, lernt man in den USA. 28 Ob Focaccia oder Ciabatta, es ist immer auch dies. 30 Da ist man dann mal wirklich weg. 31 Thomas Jefferson: Banken sind gefährlicher als stehende ... 33 Memory ist einer seiner verwandten Nachfolger. 35 Eilen – hier nicht mit Weile, sondern chaotisch. 36 Nun sehen wir 28 waagrecht in deutscher Sprache. 37 Sie bestätigen wenn denn nötig die Einreise. 39 Es ist nur dein, wenn du es entwirrst. 40 Bei ihr geht es um die Wahl, manchmal auch im Todesfall.

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 450

H	I	G	H	L	I	F	E			G	L	E	V	E
O	U	U		E	C	H	I	N	I	T		U		
W	A	S	S	E	R	S	K	I		O	S	A	G	E
E	R	L	E	N		T	E	L	E	M	E	T	E	R
S	I	E	G	E	L		F		N	E		G		
E	L			A	U	S	S	T	E	U	E	R		
S	N	O	E	B	E	N		B	A	U			N	
E	A	R		L		D	O	E	R	R	O	B	S	T
A	L	T	O	E	L			R	A	M	S	E	T	
N	U	R	S	A	C	H	E		U	M	B	A	U	
C	A	N	A	S	T	A		I		H	A	R	N	
E		G	L	E	S	S		T	O	R	N	A	D	O

Waagrecht – 1 HIGHLIFE 6 GLEVE 10 ECHINIT 12 WASSERSKI 15 OSAGE 17 ERLN 18 TELE-METER 19 SIEGEL 20 AUSSTEUER 23 SNOEBEN 26 BAU 27 EAR (engl. f. Ohr) 28 DOERROBST 31 ALTOEL 34 RAMSET (auch Ramser-Jass genannt) 35 URSACHE 37 UMBAU 38 CANASTA 39 HARN 40 GLESS 41 TOR-NADO

Senkrecht – 1 HOWE 2 GUSLI 3 LUENG (Lunge) 4 FESTLAND 5 ECKE 6 GNOM 7 LISENE 8 ETAT 9 EUER 11 HILFSBEREIT 13 ARSENAL 14 SEELE 16 GEGENSTAND 21 SARA 22 TURMUHR 23 SEANCE 24 ORTUNG 25 BLESSE (spezieller Fleck, oft auf Nasenrücken gewisser Tiere) 29 OSMAN 30 BEBRA 32 ORAL 33 LATS 36 CAS (franz. f. Fall)

Lösungswort — **FANTASTEREI**



EMS – Innovativ, weltweit erfolgreich in den Geschäftsbereichen Hochleistungspolymere Spezialchemikalien

MEHR SPASS MIT MEHR SICHERHEIT.

DER BMW 2er ACTIVE TOURER. JETZT MIT xDRIVE,
DEM INTELLIGENTEN ALLRADSYSTEM.



BMW EFFICIENT DYNAMICS.
WENIGER EMISSIONEN. MEHR FAHRFREUDE.

BMW 2er
Active Tourer

www.bmw.ch



Freude am Fahren